



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Umstrittene Naturverhältnisse.

Zur politischen Ökologie des Hochwasserschutzes
im Eferdinger Becken

verfasst von / submitted by

Martin Thalhammer, BA BSc.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 810

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Kultur- und Sozialanthropologie

Betreut von / Supervisor:

Mag.a Dr.in Herta Nöbauer

Vorwort

Eine der Fragen, die mir in Bezug auf mein Master-Arbeitsthema von unterschiedlichen Seiten immer wieder gestellt wurde, bezog sich darauf, was denn nun konkret anthropologisch an einer Auseinandersetzung mit der Planung, Gestaltung und Durchsetzung eines Hochwasserschutzprojektes in einer Region wie dem Eferdinger Becken sei. Da müsse es doch vielmehr um rechtliche, um wasserbauliche, um technische Fragestellungen gehen, also um Themenbereiche, die sich, so die Unterstellung meiner Gesprächspartner*innen, einer kultur- und sozialanthropologischen Betrachtung entziehen würden. Zugegeben: Es mag stimmen, dass eine Kultur- und Sozialanthropologie nicht in der Lage ist, zu ermitteln, wo aufgrund welcher Abflussdynamiken ein Damm zu errichten ist. Das muss sie aber auch gar nicht, geht es Kultur- und Sozialanthropologie meiner Lesart zufolge doch wesentlich darum, sich möglichst nahe und respektvoll entlang der Lebensrealitäten der Menschen zu bewegen, *für die sie sich und mit denen sie sich* für etwas interessiert. Insofern als der Hochwasserschutz im Eferdinger Becken bei allen Versuchen, diesen als technisch-interessensloses Projekt darzustellen, vom Anfang bis zum noch nicht absehbaren Ende eine immanent soziale Angelegenheit gewesen ist und weiter sein wird, hat auch eine kultur- und sozialanthropologische Perspektive ihre Berechtigung. Vor allem dann, wenn Hochwasserschutz und dessen Verhandlung zu Konflikten um die mit Machtverhältnissen aufgeladenen Beziehungen zwischen *Natur* und *Kultur* führt, wenn Menschen gemäß einem passiven Hochwasserschutz ihren Wohnort verlassen (müssen) oder Menschen sich gegen (ungerecht erscheinende) Entscheidungen zu formieren beginnen.

Sehr wohl ist es hier die Kultur- und Sozialanthropologie, die *hinhört, nachfragt* und sich für das zu begeistern weiß, was Menschen unmittelbar wie langfristig ein Anliegen ist. Das kann sie aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Allen voran steht hierbei die Bereitschaft der Forschungssubjekte, am Erkenntnisprozess der forschenden Person mitwirken zu wollen, wie umgekehrt die Demut der forschenden Person, überhaupt teilhaben zu *dürfen*. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass sich Menschen trotz der vielen Anforderungen, die das Leben täglich an sie stellt, zu Gesprächen bereit erklären, sich um das Zur-Verfügung-Stellen von Materialien bemühen, kurzum sich ohne Ansprüche Zeit nehmen.

Umso mehr möchte ich mich bei allen bedanken, die mir aufgrund ihrer Mitarbeit als Gesprächspartner*innen und Fragebogen-Ausfüllende ermöglicht haben, eine Arbeit über ein Thema zu verfassen, das mich nicht nur als sozial-ökologisch interessierter Anthropologie-Student umtreibt, sondern mich auch aufgrund meiner biographischen Wurzeln im Eferdinger Becken besonders beschäftigt. Mir ist bewusst, dass ich ob der Diversität der Ansichten und Konfliktpositionen nicht allen Erwartungen gerecht werden kann/konnte, ich hoffe aber

dennoch, für die eine oder andere Person zumindest ansatzweise aufschlussreiche Einblicke zusammengetragen zu haben.

Zudem möchte ich auf diesem Wege all jenen meine große Wertschätzung aussprechen, die mich vor und während des sich nun über ein Jahr erstreckenden, von Höhen und Tiefen geprägten Prozesses ermutigt, unterstützt und begleitet haben. Allen voran meine ich damit meine wunderbare Partnerin Hannah, ebenso wie meine Eltern und Geschwister, die mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind. Ein weiterer wesentlicher Anteil an dieser Arbeit gebührt meinen geschätzten Kolleg*innen aus dem SOWI-STEOP-Team, die mir in unzähligen Situationen weitergeholfen haben. Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang Eva und Timo, deren scharfsinniger Expertise und gewissenhafter Redaktion diese Arbeit Einiges zu verdanken hat. Zuguterletzt ein herzliches Dankeschön an Herta Nöbauer für die hervorragende Betreuung, für die zahlreichen Tipps und die wertschätzende Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	iii
Inhaltsverzeichnis.....	v
1 Einleitung.....	1
1.1 Was an Hochwasserschutz anthropologisch ist, oder: Warum eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes?.....	1
1.2 Kultur – Natur – Umwelt – Landschaft? Anmerkungen zu ausgewählten Begrifflichkeiten.....	3
1.3 Forschungsstand: Von Hochwässern, Naturverhältnissen und der Anthropologie	7
1.4 Über Form und Struktur des Vorhabens.....	13
2 Zum Verhältnis von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie – theoriegeschichtliche und theoretische Annäherungsversuche.....	15
2.1 „Politische Ökologie vor ihrer Zeit“ – von den gemeinsamen Wurzeln der <i>Environmental Anthropology</i> und der politischen Ökologie	18
2.2 „Politische Ökologie bisher“ – Verworrene Wege in und außerhalb der Kultur- und Sozialanthropologie.....	22
2.2.1 Inspirationen und Hintergründe: Historische und epistemische Meilensteine einer politischen Ökologie	23
2.2.1.1 Die politische Ökologie und ihre marxistischen Wurzeln: der Sprung von politischer Ökonomie zu politischer Ökologie.....	24
2.2.1.2 Die politische Ökologie zwischen Kultur- und Sozialanthropologie und Humangeographie: wegweisende Werke	27
2.2.2 Definitionen und zentrale Annahmen: Grundzüge der politischen Ökologie.....	30
2.2.2.1 Wozu politische Ökologie?	31
2.2.2.2 Ausgewählte Kategorien politischer Ökologie.....	33
2.2.3 Herausforderung und Bereicherung: Politische Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie	37
2.2.3.1 Antithese? Zur kultur- und sozialanthropologischen Kritik der politischen Ökologie	38
2.2.3.2 Synthese! Für eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie....	42
2.3 „Politische Ökologie konkretisiert“ – zentrale Analysekonzepte für eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes.....	49
2.3.1 <i>Naturbeherrschung</i> und <i>Gesellschaftliche Naturverhältnisse</i> – <i>Kritische Theorie</i> und politische Ökologie	49
2.3.2 Macht, Konflikt und <i>Landschaft</i> – drei komplexe Kategorien und deren polit-ökologische Relevanz	53

2.3.2.1 Politische Ökologie und Macht	54
2.3.2.2 Politische Ökologie und Konflikt.....	55
2.3.2.3 Politische Ökologie und <i>Landschaft</i>	58
3 Wie polit-ökologisch forschen? Anmerkungen zu Methodologie und Methodik.....	60
3.1 Kritischer Realismus und politische Ökologie – ontologische, epistemologische und methodologische Anknüpfungspunkte für die Kultur- und Sozialanthropologie.....	61
3.2 „Wider die Methodenqual“ – mein Methodendesign und dessen Funktionalität.....	64
3.3 Vom Forscher zum Beforschten? Eindrücke zu meiner Rolle im Feld.....	71
4 Von der Anthropologie des Hochwassers zur politischen Ökologie des Hochwasserschutzes – von der Formierung zentraler Konfliktfelder	74
4.1 Donau und Eferdinger Becken: Schlaglichter auf eine gemeinsame Geschichte.....	75
4.2 Kämpfe um das Eferdinger Becken: Überflutungsgebiet und/oder Siedlungsraum?.....	77
4.3 Von Kraftwerken und Hochwässern – Scheidepunkte auf dem Weg zur <i>Katastrophe</i> ...	84
4.4 Das Hochwasser 2013 und die Zeit danach: Ereignisse – Erlebnisse – Erkenntnisse – Erfordernisse	91
4.4.1 Ereignisse – Chronologie einer <i>Katastrophe</i>	91
4.4.2 Erlebnisse – Betroffene berichten	93
4.4.3 Erkenntnisse – vom Ende des Hochwassers zum Anfang der Konflikte.....	96
4.4.3.1 Schlussfolgerungen der Betroffenen: auf der Suche nach Verantwortlichen....	96
4.4.3.2 Schlussfolgerungen der Landespolitik: Aussiedlung als Nonplusultra?	99
4.4.4 Erfordernisse? – das <i>Generelle Projekt</i> als Stein des Anstoßes	103
5 Die politische Ökologie des Hochwasserschutzes – von der Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Naturverhältnisse	109
5.1 Das <i>Generelle Projekt</i> und deren Fürsprecher*innen – ein spezifisches Naturverhältnis?	110
5.1.1 Zwischen <i>Natur-</i> und <i>Menschenbeherrschung</i> : zur <i>Ökonomisierung</i> , <i>Verrechtlichung</i> und <i>Technisierung</i> des Hochwasserschutzes	111
5.1.2 Zwischen Expert*in und Lai*in: Epistemische Kämpfe um den „richtigen“ Hochwasserschutz.....	119
5.1.3 Zwischen den Fronten: widersprüchliche Rollen in einem widersprüchlichen Naturverhältnis.....	126
5.2 Jenseits des <i>Generellen Projekts</i> – divergierende Naturverhältnisse?	130
5.2.1 Zwischen Konformität, Widerstand und Resignation: Versuche der Durchsetzung divergierender <i>gesellschaftlicher Naturverhältnisse</i>	131
5.2.1.1 Von den Triebkräften der Unzufriedenheit mit dem <i>Generellen Projekt</i>	131

5.2.1.2 Von Form und Ausmaß des Widerstands gegen das <i>Generelle Projekt</i> am Beispiel der <i>Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken</i>	136
5.2.1.3 Von umstrittenen <i>gesellschaftlichen Naturverhältnissen</i> als Nährboden der Konflikte.....	139
5.2.2 Zwischen „Hochwasserschutz für alle, für die anderen und für mich“: Hochwasserschutz und die Frage der Gerechtigkeit	142
5.2.3 Zwischen „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“: von Polarisierung und neuen Allianzen	148
6 Schlussfolgerung	155
Bibliographie.....	158
Literaturverzeichnis	158
Sonstige Quellen.....	177
Abbildungsverzeichnis	181
Beobachtungsverzeichnis	182
Fragebogenverzeichnis	182
Gesprächs- und Korrespondenzverzeichnis	182
Interviewverzeichnis	183
Anhang	184
A1 Grafische Erweiterung der Theoriegeschichte	184
A2 Leitfragen-Katalog	185
A3 Teilstrukturierter Fragebogen.....	187
A4 Diverses Kartenmaterial	192
A5 Schematische Grafik zum <i>Reading</i> /zur Interpretation des Eferdinger Beckens.....	195
A6 Entscheidungsbaum im Rahmen des <i>Generellen Projekts</i>	195
A7 Bildmaterial	196
Abstract Deutsch	197
Abstract English	198

1 Einleitung

1.1 Was an Hochwasserschutz anthropologisch ist, oder: Warum eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes?

Sechs Jahre nach dem verheerenden Donau-Hochwasser des Jahres 2013 schwebt die Mammutaufgabe der Planung und Umsetzung eines Hochwasserschutzes für das Eferdinger Becken noch immer wie ein Damoklesschwert über den betroffenen Gemeinden. Und das umso mehr, als seit dem Hochwasser unter dem Banner des „passiven Hochwasserschutzes“ zwar Aussiedlungen aus der Überflutungszone vorgenommen wurden, bis heute aber zum Unmut vieler noch keine einzige aktive Schutzmaßnahme (Mauern, Dämme etc.) baulich realisiert wurde. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass das vom Land Oberösterreich in Auftrag gegebene Hochwasserschutzprojekt (vollständige Bezeichnung: *Generelles Projekt Hochwasserschutz Eferdinger Becken*; kurz: *Generelles Projekt*, im Weiteren als GP abgekürzt) keineswegs auf allgemeine Zustimmung gestoßen ist und stößt, dass sich rückblickend Planungs- als auch Entscheidungsprozesse als umkämpfter als angenommen gestalteten. Sowohl aus historischer wie aus aktueller Perspektive wird dabei eines deutlich: die Planung, Verteilung und (ausstehende) Umsetzung des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken (kurz: EFB), aber auch das vorangegangene Hochwasser selbst ist eine immanent politische, eine kontroverielle soziale Angelegenheit.

Letztlich bedeuten die vielgestalteten Kämpfe um einen „richtigen“ Hochwasserschutz im Eferdinger Becken nämlich nichts anderes als Kämpfe um Fragen, wie gesellschaftliche Gruppen ihre Verhältnisse zur *Natur* gestalten/durchsetzen, wie eine von unterschiedlich mächtigen Akteur*innen bewohnte *Landschaft* auszusehen hat, wie das Zusammenspiel von Eferdinger Becken und Donau vor dem Hintergrund divergierender Nutzungsansprüche ausverhandelt wird. So geht es im Kontext des Hochwasserschutzes und dessen von Gruppe zu Gruppe unterschiedlicher Vorstellung von Hochwasserschutz auch um die Frage, was *Natur* und was *Kultur* ist, wer überhaupt in der Lage ist, das eine oder andere Kollektiv geltend machen, und das mitunter als „wahres Wissen“ durchsetzen zu können.

Wo Konflikte um die Gestaltung und Durchsetzung von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen*¹ wie im Fall des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken manifest sind, wo es darum geht, zur Diskussion zu stellen, wer sich in welcher Weise *Natur* (im Rahmen von

¹ Immer dann, wenn im Weiteren von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* (abgekürzt als *gNv*) kursiv geschrieben die Rede ist, beziehe ich mich auf ein, im Kapitel 2.3.1 noch im Detail ausgeführtes spezifisches Konzept. Ansonsten schreibe ich von Gesellschaft-Natur-Verhältnissen bzw. Naturverhältnissen und bringe mit der Normalsetzung zum Ausdruck, dass wir es zwar mit der Bezeichnung von Interaktionen zwischen Mensch und *Natur* zu tun haben, nicht aber mit einem, in einer ganz bestimmten Tradition stehenden Konzept.

natürlichen Ressourcen) aneignet und wie diese Aneignung von Machtverhältnissen geprägt ist, bietet sich die Perspektive der politischen Ökologie an. Wo Menschen als soziale wie kulturelle Gruppen auftreten und dementsprechende Anliegen zu äußern und zu verfolgen wissen, wo es notwendig ist, sich für ein Verständnis der Lebensrealitäten dieser Gruppen nahe an ihrem Alltag *mitzubewegen*, tritt die Kultur- und Sozialanthropologie auf den Plan.

Erstere widmet sich als Perspektive der Verknüpfung der „concerns of ecology and a broadly defined political economy“ (Blaikie/Brookfield 1987: 17) und trägt damit den Kämpfen rund um den Zugang zu, die Aneignung von, aber auch der ungleichen Exposition gegenüber *Natur* Rechnung. Kultur- und Sozialanthropologie wiederum beschäftigt sich als wissenschaftliche Disziplin mit der Vielfalt sozialen wie kulturellen Lebens. Das Verhältnis der beiden, das Verhältnis von Perspektive zur sie umfassenden Disziplin, ist jedenfalls kein einfaches. Das hat damit zu tun, dass sich politische Ökologie zwar maßgeblich aus der Kultur- und Sozialanthropologie entwickelt hat und von letzterer ob gemeinsamer Interessen auch nach wie vor *betrieben* wird, in Teilen aber Annahmen voraussetzt, die von der gegenwärtigen Kultur- und Sozialanthropologie als Disziplin marginalisiert werden. Umgekehrt fehlt es politischer Ökologie teils an synthetischen Ansätzen zur Überwindung des Dualismus von *Natur* und *Kultur*, teils an einer ethnographischen Ausrichtung. Diese Leerstelle, so meine These, lässt sich durch die Integration umweltanthropologischer Ansätze nach der *ontologischen Wende* füllen.

In einem ersten Schritt zielt vorliegende Arbeit darauf ab, ebenjenes komplexe Verhältnis von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie theoriegeschichtlich wie theoretisch zugunsten einer kultur- und sozialanthropologischen politischen Ökologie aufzubereiten. Darüber hinaus werde ich den Versuch unternehmen, das aus der Tradition der kritischen Theorie stammende und von der Vermitteltheit von Natur und Gesellschaft ausgehende Konzept der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* in die Kultur- und Sozialanthropologie einzuführen und anhand der Kämpfe um den Hochwasserschutz zu „ethnographisieren“. Zwangsläufig muss dabei die Frage behandelt werden, inwiefern sich *gesellschaftliche Naturverhältnisse* überhaupt als empirische Größe fassen lassen bzw. wie sie (zumindest) auf einer analytischen Ebene als für eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie fruchtbare Heuristik verwendet werden können.

Auf die Umkämpftheit des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken bezogen, lautet meine Forschungsfrage, inwiefern die rezenten Konflikte rund um den Hochwasserschutz als Ausdruck von konfligierenden *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* gedeutet werden können. Unter *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* verstehe ich in diesem Zusammenhang dialektisch

vermittelte „*Beziehungen* zwischen Gesellschaft und Natur“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 77), also widersprüchliche Sinnzusammenhänge zu Fragen nach den Gründen des Hochwassers, aber eben auch nach Gestalt und Verteilung von Hochwasserschutz-Maßnahmen. Zudem werde ich zur Diskussion stellen, inwiefern die Konflikte um den Hochwasserschutz in ihrer gegenwärtigen Form maßgeblich dadurch geprägt sind, auf welche Weisen Menschen in Gegenwart und Vergangenheit die Donau, das Hochwasser und den Umgang mit diesem begreifen und gestalten wollen. Demnach wird es auch eine Rolle spielen, wie Menschen das Hochwasser 2013, die Entwicklungen davor und danach erlebt haben.

1.2 Kultur – Natur – Umwelt – Landschaft? Anmerkungen zu ausgewählten Begrifflichkeiten

Wenig überraschend wird vorliegende Arbeit für eine Auseinandersetzung mit *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* eine Vielzahl an Begriffen und Konzepten bemühen, von denen die meisten als vielstimmig und (ohne Reflexion) als problematisch zu werten sind. Das trifft vor allem auf die Konzepte Kultur, Natur, Umwelt und Landschaft zu, die sich – wenn auch keinesfalls als Synonyme zueinander – allein ob ihrer ontologischen und analytischen Komplexität einer jeden letztgültigen Definition entziehen. Wenn die jahrhundertelangen Debatten um die Frage, was denn nun Natur, Kultur, Umwelt und Landschaft bedeute, eines gezeigt haben, dann, dass derart umfassende Begriffe aufgrund ihrer Instrumentalisierbarkeit umkämpft sind, dass sie in einem permanenten Wandlungsprozess inbegriffen sind und erst über theoretische Ansätze (wie bspw. durch die „Brille“ der politischen Ökologie) fassbar und aufeinander beziehbar werden (Soper 1995).

Wiewohl es aus Perspektive der Umweltanthropologie und der politischen Ökologie gute Gründe gibt, zwischen Natur, Umwelt und Landschaft zu differenzieren und eine solche Differenzierung in dieser Arbeit im Zuge eines kombiniert sozial-, polit-ökologischen wie kultur- und sozialanthropologischen Modells (orientiert an Fischer-Kowalski 1997; Fischer-Kowalski/Weisz 1998) auch angedacht wird, sieht diese Arbeit von einer systematischen (Vorab-)Definition der besagten Begriffe ab. Ein solches Vorhaben wäre derart herausfordernd, dass wir gar nicht dazu kommen würden, die (meines Erachtens weitaus interessanteren) Beziehungen und Interaktionen zwischen Menschen, Nicht-Menschen und dem, was *die Entitäten selbst* als Umwelt, als Landschaft wahrnehmen und sich aneignen, in den Blick zu nehmen. Jetzt ließe sich erwidern, dass es doch – um eine Beziehung zwischen den (als nicht-identisch verstandenen) Kollektiven A und B herstellen und analysieren zu können – eine genaue Kenntnis davon brauche, was A und B ist und was nicht. Genau das aber möchte ich (abgesehen von einem kursorischen Vorschlag) vermeiden, nicht zuletzt, weil ich behaupte,

dass auf mehreren Ebenen zwischen ontologischen, analytischen und strategisch-essentialistischen (naturalistischen) Natur-, Umwelt- wie Landschaftsbegriffen unterschieden werden muss (siehe Kapitel 2.2.3).

Mit der auf der nächsten Seite angefügten Grafik (Abbildung 1) möchte ich zeigen, wie ich die Verhältnisse und Verbindungen zwischen den Termini begreife, weniger wird dadurch eine genaue Definition der Begriffe selbst angestoßen. Insofern als ich Natur und Kultur als aufeinander bezogene Relate fasse, die Kollektive im zweiten Kapitel aber nicht systematisch definiere, habe ich versucht, die Problematisierung dieser Begriffe wie folgt zu antizipieren: Immer dann wenn *Natur* (bzw. analog dazu *Kultur*) kursiv gesetzt ist, soll das ausdrücken, dass ich von *Natur* (wie im Modell weiter unten) als abstrakte analytische Kategorie spreche, die zwar kulturellen Konstruktionsprozessen unterworfen ist, sich aber bis zu einem gewissen Grad eine davon unabhängige biophysische Materialität *sui generis* bewahrt (vgl. Escobar 1999; Hornborg 2016). Umgekehrt steht *Kultur* in einem analytischen und simplifizierten Sinne für die von natürlichen Gesetzmäßigkeiten beeinflusste, aber nicht prä-determinierte Sphäre gesellschaftlicher, sozialer/kultureller/symbolischer (Konstruktions-)Prozesse und deren räumlichen wie zeitlichen Fortbestand in Form von sozialen Institutionen, Praxen und Strukturen (vgl. Barnard/Spencer 2010 [1996]); siehe blaue Kreise in Abb. 1).

Natur und *Kultur* wirken in Form einer spezifischen Landschaft (polit-ökologisch formuliert: in Form einer *politicised environment*) und vermittelt durch einen spezifischen Stoffwechsel zusammen, müssen aber, um von Beziehungen, Interaktionen und Wechselwirkungen zwischen den beiden Größen, ergo von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen*², sprechen zu können, bis zu einem gewissen Grad auseinandergehalten werden (siehe Kapitel 2.3.1). Schreibe ich von Natur in einem ontologischen Sinne, also im Sinne der Frage, was, in welcher Form (jenseits eines im globalen Kontext unmöglich zu verallgemeinernden cartesianischen Dualismus) existieren kann, dann notiere ich das mit Natur‘ bzw. Kultur‘. Damit bringe ich von der Makro- bis zur Mikro-Ebene (entgegen der eben vorgenommenen analytischen Trennung von *Natur* und *Kultur*) zum Ausdruck, dass Natur und Kultur ungeachtet der analytischen Zweischneidigkeit als gemeinsamer Prozess zu fassen ist (Descola 2011, 2014) und in diesem Sinne Natur‘ und Kultur‘ zugunsten eines einzelnen

² Der Einsatz dieses Konzepts in einem Natur-Kultur-Schema verkompliziert die Dinge noch zusätzlich, weil, wie Godelier (1990 [1984]: 24ff.) festhält, *Kultur* keineswegs einfach so mit Gesellschaft gleichgesetzt werden kann, weil Gesellschaft als quasi hybride Größe immer sowohl kulturell/symbolisch als auch natürlich/materiell konstituiert ist (siehe dazu auch Fischer-Kowalski/Weisz 1998). Im Kontext des auf der nächsten Seite erarbeiteten Schemas haben wir es somit (ähnlich wie bei *Natur* und Natur‘) mit zwei konzeptuellen Dimensionen von Gesellschaft zu tun. Gesellschaft einmal als hybride Größe, als Resultat von *Natur-Kultur-Interaktionen*, also als handelnde Größe und andererseits Gesellschaft in der bisherigen (cartesianischen) Wissenschaftsgeschichte als Analogon zu Kultur (und damit als Gegenstück zu Natur) (Görg 2003a: 27).

Kollektivs (alles Seienden) gleichgesetzt werden können (vgl. Ingold 2013: 9ff.; siehe großer weinroter Kreis in Abb. 1).

Natur und Kultur normal geschrieben, rekurren wiederum auf die eurozentrische und tief in die – mit einem Durkheim’schen/Weber’schen Gesellschaftsbegriff operierenden – Sozialwissenschaften eingelassene Tradition der Polarisierung in Naturalismus und Soziozentrismus/Kulturalismus (Görg 1999). Letztere verbindet meines Erachtens, dass sie die jeweils andere Kategorie in ihren Erklärungskanon zu subsumieren suchen, also mal Natur (durch ihre Logiken) über Kultur (und weiters Gesellschaft) gebietet, mal Kultur über Gesellschaft erst Natur konstruiert und unter ihre Wirk- und Sinnzusammenhänge stellt. Zudem spiegelt sich in den Termini Natur und Kultur eine naturalistische Ontologie³ (Descola 2011) wider, die davon ausgeht, dass Natur und Kultur qualitativ voneinander zu unterscheiden sind. Wenn auch eine Differenzierung von Natur und Kultur in besonderen Kontexten strategisch wertvoll sein kann, so werden dadurch erst recht die Kategorien reifiziert und die dialektische Vermitteltheit der beiden ausgeklammert (siehe rote Halbmonde in Abb. 1).

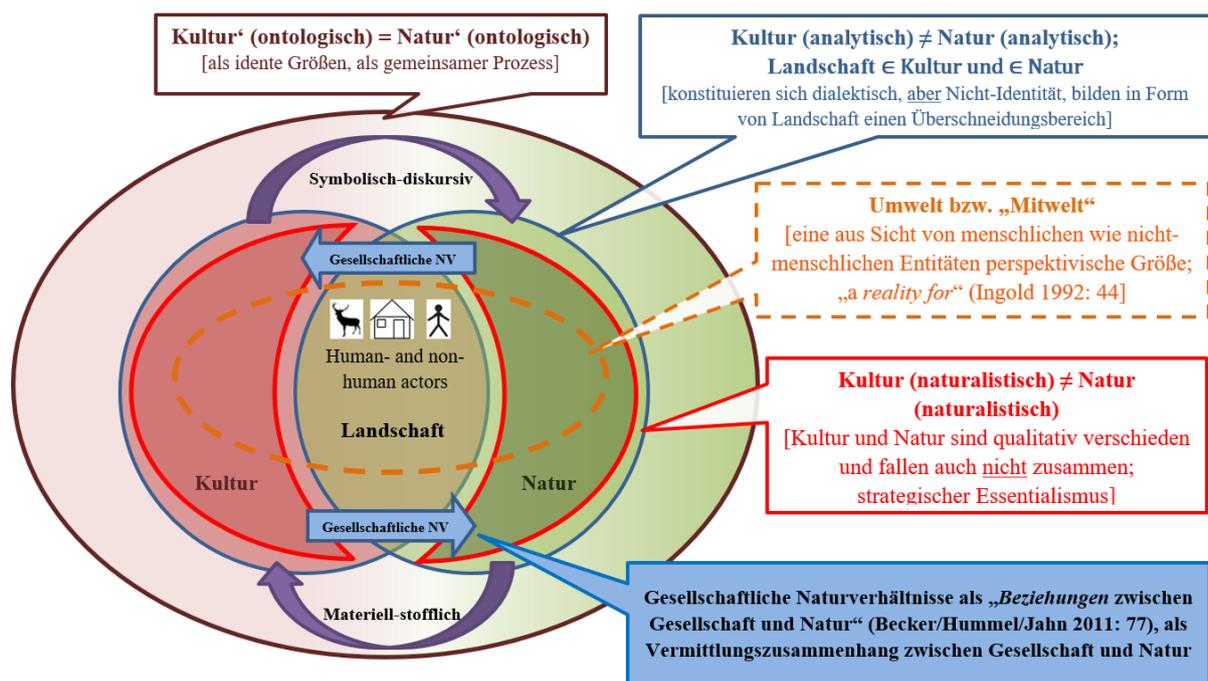


Abbildung 1: Kultur-Natur-Modell. © Verfasser, 2019, angelehnt an Fischer-Kowalski/Weisz 1998.

³ Unter Naturalismus versteht Descola einen von vier Ontologietypen und damit ein die Wahrnehmung strukturierendes Denksystem, das auf der binären Opposition von *Interiorität* und *Physikalität* beruht (Descola 2011: 181ff.). Zentral bei Descola ist in Hinblick auf die vier bei ihm diskutierten Ontologien (Naturalismus, Animismus, Analogismus, Totemismus) das Moment der *Identifikation*, also wie andere Entitäten wahrgenommen und unterschieden werden (ebd.: 176ff.). Der Naturalismus zeichnet sich dadurch aus, dass er Entitäten aufgrund ihrer *Interioritäten* unterscheidet, also annimmt, dass so etwas wie Geist/Seele sich von Entität zu Entität unterscheidet, nicht aber die *Physikalität*, also die Materie, aus dem die Entitäten bestehen. Demnach trennt der Naturalismus Geist und Materie und setzt diese Dichotomisierung gleich mit der Trennung von Natur und Kultur. Während sich also, so die naturalistische Annahme, Kultur im Rahmen einer divergierenden *Interiorität* als Plural zeigt, steht dem eine einzige materielle Natur im Singular gegenüber (vgl. Latour 2001: 67ff.).

Landschaft ist für mich eine hybride, stofflich wie diskursiv reale Kategorie, die den Überschneidungsbereich der (analytisch eben nicht gleichbedeutenden Kollektive) *Kultur* und *Natur* markiert und sich dadurch auszeichnet, dass sie von *human- and non-human actors* gestaltet, bewohnt, angeeignet wird. *Landschaft* ist dadurch eine im Vergleich zu *Natur* konkrete Größe, ein Ausdruck der Praxis unterschiedlicher Entitäten und als solche der räumlich wie zeitlich definierte Schauplatz, die „sozionatürliche Arena“ von Kämpfen um Kultur, Natur bzw. deren Zusammenwirken (Bender 1998; Tilley/Cameron-Daum 2017). *Umwelt* unterscheidet sich von *Landschaft* insofern, als ich erstere als abstraktere, wenn auch relationale Größe fasse, wenn auch ebenso verräumlicht, prozessual und historisch kontingent wie *Landschaft*. Während *Landschaft* den (im Zeitalter des *Anthropozäns* quasi global verallgemeinerbaren) Charakter von *socionatures* (Castree/Braun 2001) widerspiegelt, ist der fokale Referenzpunkt von *Umwelt* ein Individuum bzw. eine (wie auch immer große) Gruppe von menschlichen oder auch nicht-menschlichen Akteur*innen. Ebenso wie *Landschaft* fasse ich *Umwelt* als eine Größe, die erst angeeignet, die diskursiv wie materiell (re-)produziert werden muss und nicht einfach „out there“, sondern nur als „*reality for*“ existiert (Ingold 1992: 44). Wenn auch im *Common Sense* Umwelt im Rahmen von *environment* zumeist als sehr abstrakte Kategorie gehandhabt wird, so verstehe ich in Anlehnung an Jakob von Uexkülls Kombination von *perceptual* und *effector world* sowie mit Klaus Meyer-Abich (1990) *Umwelt(en)*⁴ als (konkrete) „Mitwelt“ und damit als einen aus Perspektive einer Gruppe zu denkenden *Lebensraum* (Ingold 2000: 176).

Zwei weitere Bemerkungen sind an dieser Stelle notwendig: Die erste betrifft die Art und Weise, wie in dieser Arbeit sprachlich nicht nur Geschlechtsdimensionen, sondern auch speziesistische Fragestellungen aufgezeigt werden. Ich habe mich bewusst für die Schreibweise mit * entschieden, weil ich dadurch gleichermaßen die Vielgestaltigkeit von geschlechtlichen Lebensentwürfen⁵ und die Vielfalt von handlungsmächtigen Entitäten, angelehnt an einen *multi-species approach*, zum Ausdruck bringen möchte. Im Zusammenhang mit den Kämpfen um den Hochwasserschutz steht der Begriff „Akteur*innen“ somit für Menschen vielerlei

⁴ Im Folgenden werden in Ergänzung zu *Natur* und *Kultur* die Begriffe *Landschaft* und *Umwelt* ebenso kursiv geschrieben. Damit sollen bei aller Fluidität der Termini die eben skizzierten Beziehungen sowie die Referenz auf das andiskutierte Modell hervorgehoben werden.

⁵ Auf den Geschlechtskontext bezogen, möchte ich festhalten, dass die Schreibweise mit * bei all ihren Vorteilen die Gefahr birgt, Geschlechtsvielfalt zu suggerieren, wo eigentlich keine ist und damit geschlechtliche Ungleichheiten zu somatisieren. In der Arbeit habe ich das so gelöst, dass ich immer dann von „Akteur*innen“ gesprochen habe, wenn ich mir aufgrund meiner Erfahrungen im Feld sicher sein konnte, dass tatsächlich auch Menschen vielerlei Geschlechts in dieser „Anrufung“ enthalten sind. Gleichsam spreche ich teils von „Expert*innen“ und das trotz der Tatsache, dass es im Kontext der Planung des Hochwasserschutzes zumeist (bisweilen ausschließlich) Männer* sind, die die relevanten Entscheidungen treffen. Wann immer ich auf eine Schreibweise mit * verzichtet habe, bedeutet das, dass wir es (unterstellt) mit einer einzelnen geschlechtlichen Gruppe zu tun haben.

Geschlechts, kann sich in besonderen Situationen aber auch auf einen Zusammenschluss von *humans* und *non-human actors* erstrecken.

Die zweite Anmerkung ist auf all jene Termini bezogen, die im Laufe der Arbeit aus Gründen der Einfachheit eingeführt werden, ihrerseits allerdings als problematisch empfunden werden könnten. Das betrifft die Unterscheidung der betroffenen Lokalbevölkerung in „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“ ebenso wie die Termini „Lokalbevölkerung“ und „Betroffene“.⁶ Mir ist bewusst, dass ich mit dem Label „Dableiber*innen“/„Absiedler*innen“ heterogene Gruppen auf eine (einzelne) Entscheidung reduziere. Gleichsam halte ich insofern an den (fluiden) Kategorien „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“ fest, als sich viele vom Hochwasser und vom Hochwasserschutz Betroffene diese Bezeichnung angeeignet haben, als die Begriffe als emische Konzepte eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

1.3 Forschungsstand: Von Hochwässern, Naturverhältnissen und der Anthropologie

Noch bevor wir uns im zweiten Kapitel den theoriegeschichtlichen, theoretischen und konzeptuellen Dimensionen politischer Ökologie widmen, gilt es abzuklären, welche Ansatzpunkte uns die bisherige Kultur- und Sozialanthropologie für ein Verständnis von Hochwässern und Hochwasserschutzmaßnahmen bietet. Oder anders formuliert: wie der thematische Forschungsstand in Hinblick auf eine kultur- und sozialanthropologisch ausgerichtete polit-ökologische Erforschung von Hochwässern, deren Auswirkungen und dem (künftigen) gesellschaftlichen Umgang mit diesen aussieht. Das ist deshalb so relevant, weil sich die vorliegende Arbeit zwar auf eine reiche Tradition an anthropologischen Ansätzen zu Form und Umkämpftheit von Mensch-*Natur*-Interaktionen im Allgemeinen stützt, sich diese Tradition aber wie jede andere als fragmentiert erweist und sich nicht ohne eine gewisse (theoretische) Vorarbeit auf die Thematik der Kämpfe um Hochwasserschutz im Eferdinger Becken umlegen lässt.

Beginnen muss eine anthropologische Perspektive auf Hochwasser bzw. Hochwasserschutz mit der Frage, was überhaupt ein Hochwasser ist und weiters was uns in einem anthropologischen Sinne an diesem interessiert. Eine prominente (zunächst nicht-

⁶ Alle diese vier Bezeichnungen sind hochgradig politisiert und werden je nachdem wer damit operiert mal als Selbst-, mal als Fremdbezeichnung geführt. Woher die Begriffe kommen, wer diese als Kategorisierung geprägt hat, lässt sich in Retrospektive nicht letztgültig ermitteln. In Bezug auf die Frage nach der Haltbarkeit des Begriffs „Lokalbevölkerung“ ist anzumerken, dass die von mir begleiteten Forschungssubjekte aufgrund ihrer Betroffenheit vom Hochwasser und von Hochwasserschutzmaßnahmen Teil der Forschung wurden. In diesem Sinne ist auch der Begriff „Lokalbevölkerung“ zu verstehen, der im Rahmen der Arbeit mit dem Begriff „Betroffene“ weitgehend zusammenfällt. Keineswegs bedeutet „Lokalbevölkerung“ die Festschreibung der Gruppe auf eine (nur) lokal agierende Gruppe, vielmehr ist eine jede „Lokalbevölkerung“ eingebettet in größere, allen voran globale Zusammenhänge (Biersack 2006: 19).

anthropologische) Definition eines Hochwassers kommt von Ward (1978: 16), der von einem Hochwasser als „a body of water which rises to overflow land which is not normally submerged“ spricht. Im Weiteren wird in der einschlägigen Literatur zwischen verschiedenen Arten von Hochwasser-Ereignissen unterschieden, von denen das Ereignis im Eferdinger Becken im Jahr 2013 als „Flussüberschwemmung“ (Patt/Jüpner 2013: 6) zu klassifizieren ist. Am Beispiel der beiden letzten größeren Donau-Hochwässer im Eferdinger Becken im Jahr 2002 und 2013 ist noch spezifischer vom Typus eines *overspilling* die Rede, also von einem Überschreiten der Abflusskapazitäten und einem Über-die-Ufer-Treten des Flusses in (menschlich genutzten sowie nicht-genutzten, noch vorhandenen und geschaffenen) Retentionsbereichen⁷. Die Ursachen für das Zustandekommen von Flussüberschwemmungen sind vielfältig, hängen aber in den meisten Fällen mit Starkregenereignissen und Prozessen der Schneeschmelze zusammen (Smith/Ward 1998: 10f.). Auf Ausmaß und Verlauf des Ereignisses haben sogenannte *flood-intensifying factors* Einfluss, die sich wiederum aus Größe, Form, Gefälle und Höhe des Einzugs- wie des Überflutungsgebiets und aus deren hydrologischer, geologischer, wasserbaulicher und (vegetations-)ökologischer Konstitution ergeben (vgl. Newson 1992). Allgemein ist in den letzten Jahren der Trend zu verzeichnen, dass *Flutkatastrophen*⁸ nicht nur in ihrer Intensität und Häufigkeit zunehmen, sondern, dass auch die verursachten (materiellen) Schäden für Menschen im Steigen begriffen sind (Barredo 2007). Das habe sowohl mit klimatischen Entwicklungen zu tun, aber auch mit „anthropogenically altered flow regimes and heavily modified river morphologies which are no longer capable of retaining large flood water volumes“ (Schober/Hauer/Habersack 2015: S34). Mit einer solchen Feststellung kommt der hybride Charakter des Hochwassers als gleichermaßen *natürliches* Phänomen sowie als menschengemacht (im Rahmen von Planungs-/Siedlungs-/Nutzungs- und Regulierungsarrangements) zum Ausdruck: „Disasters occur at the interface of society, technology, and environment and are fundamentally the outcomes of the interactions of these features“ (Oliver-Smith 1996: 303). Des Weiteren hat sich mit der Einsicht um die Zunahme

⁷ Unter Retentionsbereichen, enger gefasst unter Retentionsflächen sind im wasserwirtschaftlichen Kontext all jene (naturnahen wie künstlich geschaffenen) Flächen zu verstehen, „die im Hochwasserfall überflutet werden können und welche dadurch das Wasser für einige Zeit zurückhalten und eine Hochwasserentlastung bewirken“ (Krampfl/Sohm/Süntinger 2016: 154). Die Retentionswirkung eines Retentionsraums äußert sich am Ende eines Gewässerabschnitts in der Regel in der Verringerung des Scheiteldurchflusses, der Verlängerung der Durchflusszeit einer Hochwasserwelle etc. (Honecker 2005: 83).

⁸ Auch den Begriff der *Katastrophe* setze ich in dieser Arbeit kursiv, weil dieser dem Schema der Vermitteltheit von *Natur* und *Gesellschaft* erhebliche Probleme bereitet, vor allem dann, wenn es um den Terminus *Naturkatastrophe* in seiner naturalistischen Konnotation geht. So wird mit *Naturkatastrophe* suggeriert, ein Ereignis sei von der *Natur* hervorgebracht worden. O’Keefe, Westgate und Wisner (1976) haben in diesem Zusammenhang schon früh ein *Taking the naturalness out of natural disasters* gefordert. Damit haben sie nicht gemeint, dass Katastrophenfälle durch und durch von Menschen erzeugt werden, sie zeigen vielmehr, wie die Exposition und Resilienz gegenüber und der Umgang mit dem Ereignis von sozialen Verhältnissen geprägt ist, dass es gewisse Nutzungsregime sind, die eine *Katastrophe katastrophal* werden lassen (Oliver-Smith 1996 etc.).

von menschbeeinflussten Hochwasser-Ereignissen spätestens mit der Jahrtausendwende auch das dementsprechende Hochwasserschutz-Paradigma verändert. So hat sich vielerorts der Schwerpunkt von einem technisch-*sektoralen* Hochwasserschutz (in seiner Priorisierung von *flood control structures* wie Deichen und Schutzmauern) hin zu einem vorsorgend-*integrativen* Hochwasserschutz verlagert, wobei letzterer auf Erhalt, Wiederherstellung und Schaffung von Überflutungsräumen abzielt (vgl. Kruse 2010: 23ff.). Dabei werden aber nicht nur Gewinner*innen produziert, eben deshalb, weil – wie im Eferdinger Becken – die Schaffung von Retentionsräumen mit Aussiedlungen einhergeht (vgl. Oliver-Smith 1982).

Für die Anthropologie ergeben sich an dieser Stelle verschiedene Ansatzpunkte der Beschäftigung mit Hochwasser und Hochwasserschutz. Ein wesentlicher Strang thematisiert die soziokulturellen Prozesse der Anpassung an, der Reaktion auf und der Auswirkungen von Hochwasser-Ereignissen. Hier ist die Anthropologie wesentlich von der *disaster* und *hazards research* geprägt worden bzw. hat sich im Zusammenspiel mit der politischen Ökologie selbst zu einer *anthropology of disaster* entwickelt (Oliver-Smith 1996; Hoffman/Oliver-Smith 2002). Einen erheblichen Einfluss auf anthropologisch polit-ökologische Arbeiten zum Thema Hochwasser hat bis heute die Arbeit von Gilbert White, der sich bereits in den 1940er Jahren mit der Frage nach dem sozioökonomischen Umgang mit Hochwasser-Ereignissen auseinandersetzte (White 1945). Hier ist auffallend – und bezeichnend für die darauf aufbauende anthropologische Theoriebildung –, dass White diese Frage nicht, wie zu dieser Zeit üblich, mittels der technokratischen Forderung nach dem Bau weiterer *engineered structures* beantwortete. Vielmehr betonte er, der Rezeption Robbins (2012: 33) folgend, vergleichsweise früh, „[that] the traditional distinction of those things *natural* from those things *social* is rendered particularly difficult when viewing the environment as a hazard. A flood is a hybrid human-environmental artifact, no more an act of nature than one of planning”.

Damit lieferte White nicht nur eine für die Kultur- und Sozialanthropologie aufschlussreiche Definition von Hochwasser als hybride Größe zwischen *Natur* und Gesellschaft, sondern spricht von der Notwendigkeit der Perspektive auf eine „*political economy of floodplain investment*“ (ebd.: 35). Anthropolog*innen haben ebenso wie Humangeograph*innen diesen von White geprägten Ansatz in unterschiedlicher Weise fortgeführt. Dabei interessiert sie besonders, wie durch Krisenereignisse wie Hochwässer sonst latente soziale Strukturen offengelegt werden, wie in Zeiten der Erschütterung der öffentlichen Ordnung sonst verschleierte Machtverhältnisse zu Tage treten (Bode 1977; Johnston 1994). Ein wesentliches Charakteristikum einer anthropologischen *hazards research* rührt nach Michael Watts (1983a) daher, dass sie sich nicht wie die lange Zeit dominante rationalistisch-

individualistische Spielart innerhalb der *hazards research* mit der Auffassung zufriedengibt, *Katastrophen* (wie die nigerianische Hungersnot als Beispiel bei Watts 1983b) könnten allein durch rationale Anpassung abgemildert oder verhindert werden (Robbins 2012: 93). Vielmehr müsse der von Machtverhältnissen geprägte Charakter der Exposition und Vulnerabilität gegenüber *Naturkatastrophen* thematisiert werden anstatt optimal informierte Individuen zu unterstellen, „who first perceive a hazard, recognize available alternatives, and then rationally adjust their behavior“ (Robbins 2012: 35). Die entscheidende Frage ist somit, welche sozialen und kulturellen Verhältnisse und damit auch welche Kräfteverhältnisse zu ungleichen Vulnerabilitäten gegenüber Katastrophenereignissen beitragen und wie sich diese in Form der Verteilung von Risiko reproduzieren (Bullard 1983; Wisner et al. 2003: 10; Bankoff 2003).

Wir haben eine erste Definition von Hochwasser als hybrides „human-environmental artifact“ (Robbins 2012: 33) kennengelernt, als etwas, das in einem *In-Between* zwischen „dem Natürlichen“ und „dem Künstlichen/dem Kulturellen“ anzusiedeln ist. Damit gelangen wir zu einem weiteren Ansatzpunkt zum Thema Hochwasser und Hochwasserschutz. Dieser macht die Auseinandersetzung mit den komplexen Dynamiken des Zusammenwirkens von Mensch, Wasser, *Landschaft*, Infrastruktur, Technologien, Wissen und sozialen Praxen im Rahmen von Netzwerken bzw. von unterschiedlichen *scapes* zum Fokus. Hier ist vor allem Eric Swyngedouw zu nennen, der in der urbanen politischen Ökologie, der Anthropologie und der Geographie stark rezipiert wird und sich seit geraumer Zeit mit der Verschränkung von Gesellschaft und Wasser im Rahmen eines hydro-sozialen Systems, einer umkämpften *waterscape*⁹ befasst (1999, 2009b; vgl. Orlove/Caton 2010; Hastrup/Hastrup 2015). Neuerdings ist diese Perspektive verbunden mit solchen Zugängen, die sich unter dem Banner der „agentic nature“ (Haraway 1991) bzw. der „natural agency“ (Little 2007) der Materialität und *Agency* von Wasser annehmen (bspw. Jones/MacDonald 2007; Barnes/Alatout 2012). So diskutieren Walker und Kolleg*innen (2011: 2316) Hochwasser-Ereignisse als „assemblages“ verschiedener Elemente, die „the interacting agencies of water, of material infrastructures and technologies (drains, air bricks, damp meters), and of social actors and institutions of various forms (residents, neighbours, landlords, [...])“ umfassen. Dabei gehen derartige Ansätze davon aus, dass jedes Hochwasser über eine gewisse Materialität, über eine ihr einzigartige Form, Ausdehnung und Dynamik von Stofflichkeit verfügt (vgl. Miller 2005a; Becker/Otto 2016; Schmitt 2016). Diese Stofflichkeit, diese *Vital Materiality* ist es, die ein widerständiges

⁹ Unter einer *waterscape* versteht Swyngedouw (1999) eine *water landscape* und damit ein hybrides System des Zusammenwirkens von *natürlichen* Prozessen und menschlichen Interventionen. Orlove und Caton (2010: 408) fassen *waterscape* wiederum als „the culturally meaningful, sensorially active places in which humans interact with water and with each other“.

Potential in sich birgt (Bakker/Bridge 2006: 16ff.; Bennett 2010). Wasser widersetzt sich, es fließt nicht dort, wo es laut Plan fließen müsste, es überwindet und zerstört sicher geglaubte Hochwasserschutzanlagen (Jones/MacDonald 2007). Das Handeln des Wassers ist, wie Schmitt (2016: 233) es auf den Punkt bringt, „weder vollständig vorhersehbar noch kontrollierbar“, sondern erfindet sich in Abstimmung mit der *assemblage* immer wieder von neuem.

Eine weitere in dieser Arbeit besonders ausgeprägte Stoßrichtung – nicht zuletzt, weil diese dem Forschungsschwerpunkt einer anthropologisch politischen Ökologie entspricht – nimmt Wasser, Hochwasser und Hochwasserschutz in ihrer Macht- und Herrschaftsförmigkeit in den Blick (Pelling 1999; Swyngedouw 2004, 2015; Bakker 2002, 2003; Ekers/Loftus 2008). Diese Zugänge stehen im Kontext von Fragen nach der Kontrolle von natürlichen Ressourcen und spezifischer im Kontext von Fragen nach der Kontrolle einer so wichtigen Ressource wie Wasser in einer langen (anthropologischen) Tradition. Diese ist durch die Annahme gekennzeichnet, dass das Durchsetzen und Absichern des Zugangs zu, der Aneignung und Verteilung von Wasser eine mächtige politische Position erfordere (Worster 1985; Bakker 1999 Swyngedouw 2004, 2009b). So hat schon Wittfogel mit seiner These der *hydraulischen Gesellschaften* auf den Zusammenhang von Wasser, Wassermanagement und (totalitärer) Herrschaft hingewiesen (Wittfogel 1957). Ungeachtet der Frage, ob Wittfogels These heute noch haltbar ist, spricht mit Strang (2004: 21) nach wie vor viel dafür, Wasser (und dessen Kontrolle) als Metapher „for social, economic and political relationships“ zu sehen, als „a barometer of the extent to which identity, power and resources are shared“. Auch Krause (2012) betont die Wechselwirkungen von (Hoch-)Wasser- und Menschenbeherrschung, wenn er in seiner Arbeit über die politische Ökologie der Regulierung des Kemijoki-Flusses „Managing floods“ mit „Managing people“ in Verbindung bringt. Doch nicht nur die Kontrolle von Wasser steht zur Debatte, sondern ganz allgemein, welche Gruppen in welchem Ausmaß von Hochwasser und Hochwasserschutz betroffen sind und wie diese ungleichen Betroffenheiten mit Ungleichheitskonstellationen zusammenhängen (Cutter 1995). Es geht somit um nicht weniger als um die Frage, wie Menschen Katastrophenereignissen ausgesetzt werden (Wisner et al. 2003), wer und wer nicht welche Form des Hochwasserschutzes durchsetzen kann, wie Hochwasserschutz als Verhandlungsmaterie einer *politics of landscape* (Bender 1993, 1998) aussehen soll. Hier sind wir inmitten der politischen Ökologie und in der Diskussion rund um miteinander um Vorherrschaft ringende Naturverhältnisse. Letztere drehen sich um die Frage, wie in Hinblick auf den „richtigen“ Hochwasserschutz unterschiedliches „Sensemaking“ betrieben wird (Kruse/Mölders 2005: 36ff.). Oder anders ausgedrückt: Wie Menschen aufgrund ihres unterschiedlichen *Bewohnens der Welt* (Ingold 2000, 2005) und aufgrund ihrer

Machtposition in „rooted networks“ (Rocheleau/Roth 2007) widersprüchliche Zugänge zu Hochwasserschutz entwickeln und diese im Rahmen ungleicher materieller wie diskursiver (Mitbestimmungs-)Möglichkeiten durchzusetzen versuchen.

Ein Ansatz, der sich für eine Analyse der sowohl materiell-stofflichen wie symbolisch-diskursiven Dimensionen der Umkämpftheit von Hochwasserschutz anbietet, kommt aus der sozialen Ökologie, hat bisher aber kaum Eingang in die deutschsprachige Kultur- und Sozialanthropologie gefunden. Ebenjener Ansatz knüpft an die obigen Überlegungen an und versucht mit dem aus der kritischen Theorie abgeleiteten Konzept der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* (Görg 1999, 2003a; Becker/Hummel/Jahn 2011) die Kämpfe um den Hochwasserschutz fassbar zu machen. Dabei ist das in Kapitel 2.3.1 noch eingehender zu diskutierende Konzept insofern für Kultur- und Sozialanthropologie fruchtbar, weil durch dieses die Beziehungen und Sinnzusammenhänge zwischen Gesellschaft und *Natur* als empirisch fassbare Größe in den Fokus geraten. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Sylvia Kruse (2010) und Tanja Mölders (gem. mit Kruse 2005), in denen der Versuch unternommen wurde, das Konzept der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* als Heuristik heranzuziehen, „um den Transformationsprozess im Umgang mit Hochwasser analytisch erfassen zu können“ (Kruse 2010: 75).

Ich halte fest, dass die vorliegende Arbeit auf einen breiten Kanon an unterschiedlichen Ansätzen aus dem Überschneidungsbereich der Anthropologie, der Humangeographie und der sozialen Ökologie aufbaut, diese Ansätze aber erst zu einem anthropologisch polit-ökologischen Gesamtprojekt zusammengesetzt werden müssen. Das liegt daran, dass zur Thematik der Kämpfe um Hochwasserschutz, analysiert anhand des Konzepts der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse*, in Erweiterung einer *anthropology of disaster* nur wenige wissenschaftliche Arbeiten existieren, das heißt, die Vergleichswerte zum Hochwasserschutz im Eferdinger Becken mit Ausnahme zweier Forschungsprojekte und daraus resultierender Publikationen¹⁰ weitgehend fehlen.

¹⁰ Demnach beschäftigen sich sowohl ein seit 2015 laufendes Forschungsprojekt mit dem Titel *RELOCATE (2016-2018) – Absiedlung von hochwassergefährdeten Haushalten im Eferdinger Becken: Begleitforschung zu sozialen Folgewirkungen*, als auch ein unter Leitung von Thomas Thaler anschließendes Folgeprojekt (*Social and land-use impacts of flood relocation policies in the Eferding and Machland region: Longitudinal study of the 2016-2018 period*) eingehender mit Hochwasserschutz im Eferdinger Becken. Im Zentrum der Projekte steht dabei aber nicht explizit eine sozialwissenschaftliche Bearbeitung der Konflikte um Naturverhältnisse der vom Hochwasser geschädigten Bevölkerung, sondern ein Fokus auf Risiko-Bewertungsprozesse und Handlungsoptionen unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungsfindung für oder gegen Absiedlung (Seebauer/Babcicky 2016; siehe dazu auch Seebauer/Thaler/Babcicky 2017; Seebauer et al. 2017, 2018). Wenn sich auch etliche Erkenntnisse des Projekts in Bezug auf die sozialen Dynamiken rund um das Hochwasser/den Hochwasserschutz mit den in dieser Arbeit versammelten decken mögen, sind die Schwerpunktsetzungen der beiden Arbeiten doch verschieden. Nicht zuletzt setzen die Forschenden gemäß dem Projektnamen RELOCATE die Notwendigkeit von Aussiedlung voraus und werden dafür von manchen „Dableiber*innen“ dementsprechend angefeindet (Interview XI: Z. 180f.).

1.4 Über Form und Struktur des Vorhabens

Wie weiter oben durch die Vorstellung meiner Fragestellungen angedacht, lässt sich die vorliegende Arbeit in einen theoriegeschichtlich-theoretischen (Kapitel 2), einen methodischen (Kapitel 3) und einen empirischen Abschnitt (Kapitel 4 & 5) unterteilen. Dieser Aufbau ist in erster Linie auf die unterschiedlichen (theoretischen wie empirischen) Zielsetzungen zurückzuführen:

Zum einen soll (als Vorarbeit für den empirischen Teil) eine zunächst theoriegeschichtliche (Kapitel 2.1), dann theoretische Auseinandersetzung mit der politischen Ökologie *in* und *außerhalb* der Kultur- und Sozialanthropologie angestellt werden. Darauf folgt eine Diskussion zentraler Annahmen der politischen Ökologie sowie eine Problematisierung des Verhältnisses von politischer Ökologie zur Kultur- und Sozialanthropologie (Kapitel 2.2.). Abschließen wird dieser Teil mit einer Diskussion der im empirischen Teil anzuwendenden polit-ökologischen Analysekatoren (Kapitel 2.3).

Zum anderen wird im empirischen Teil zunächst eine stärker ethnographische, im Geiste einer *dichten Beschreibung* (Geertz 1973) stehende Darstellung der Konfliktfelder und Ausgangspositionen rund um den Hochwasserschutz im Eferdinger Becken (Kapitel 4) vorgenommen. Darauf aufbauend erhebt sich sodann eine polit-ökologische Analyse umstrittener *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* (Kapitel 5).

Im Kontext des inhaltlichen Vorhabens bedeutet das im Detail, dass ich mich im theoretischen Kapitel mit einer theoriegeschichtlich strukturierten Einführung in Spielarten und Charakteristika der vergangenen wie gegenwärtigen politischen Ökologie beschäftige. Wenn sich auch politische Ökologie unter anderem aus der Kultur- und Sozialanthropologie entwickelt hat, so hat sie, wie ich zeigen werde, in den letzten Jahren teils solche Wege beschritten, die mit kultur- und sozialanthropologischen Ansätzen in Konflikt geraten.

Im dritten Kapitel diskutiere ich die ontologischen, epistemologischen und methodologischen Vorzeichen dieser Arbeit. Hierfür stütze ich mich auf einen kritischen Realismus und nehme diesen zum Ausgangspunkt, die gemeinsamen erkenntnistheoretischen Nenner von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie zu diskutieren (Kapitel 3.1). Sodann werde ich mein methodisches Design begründen (Kapitel 3.2), abgerundet durch eine Reflexion meiner Rolle im Feld (Kapitel 3.3).

Der empirische Teil selbst stützt sich auf zwei Säulen. Die erste dieser beiden (Kapitel 4) steht ganz im Zeichen einer Anthropologie des Hochwassers und ist als eine ethnographische, bisweilen stärker deskriptive Skizze der für die späteren Konflikte relevanten Entwicklungen vor, während und nach dem Hochwasser 2013 zu verstehen.

Zu diesem Zweck werde ich im Kapitel 4.1 einen kurzen Aufriss zum Eferdinger Becken und zur Donau anbieten. Im Anschluss erfolgt in Kapitel 4.2 eine Darstellung der *politics of landscape*, sozusagen der Kämpfe um das Eferdinger Becken als *Landschaft*. Zudem wird in diesem Zusammenhang die Rolle der Kraftwerke thematisiert (Kapitel 4.3). Daran knüpft eine Beschäftigung mit dem Hochwasser 2013 anhand von vier, zeitlich aufeinander folgenden Perspektiven. Die erste zielt darauf ab, einen Überblick über das Hochwasser 2013 als „Ereignis“ zu geben (Kapitel 4.4.1), die zweite auf die Sichtbarmachung unterschiedlicher „Erlebnisse“ im Zuge des Hochwassers (Kapitel 4.4.2). Zudem werden die aus dem Hochwasser 2013 gezogenen „Erkenntnisse“ mitsamt divergierenden Schlussfolgerungen, wie Hochwasserschutz auszusehen habe, in die Diskussion eingeführt (Kapitel 4.4.3). Gegen Ende dieses Teils wird das *Generelle Projekt* skizziert, also der Stein des Anstoßes für die gegenwärtigen Konflikte umrissen (Kapitel 4.4.4).

Erst im fünften Kapitel folgt eine explizite Beschäftigung mit *gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, wobei ich letztere der Einfachheit halber mit zwei größeren „Lagern“ in Verbindung bringe – mit jenen, die das *Generelle Projekt* vorantreiben bzw. (mit Einschränkungen) unterstützen (Kapitel 5.1) und mit solchen, die jenseits des *Generellen Projekts* denken, sich mitunter im erklärten Widerstand zu diesem befinden (5.2).

Adressiere ich das erste dieser beiden „Lager“, so spreche ich zunächst vom komplexen Zusammenhang zwischen Herrschaft-, Naturverhältnissen und Dynamiken wie *Technisierung*, *Ökonomisierung* und *Verrechtlichung* (Kapitel 5.1.1). Des Weiteren werde ich mich vor dem Hintergrund des Konzepts der *epistemischen Gewalt* mit der Reproduktion eines für die Debatten um den Hochwasserschutz bezeichnenden Expert*innen-Lai*innen-Gefälles beschäftigen (Kapitel 5.1.2). Den Abschluss dieses Teils bildet eine Auseinandersetzung mit der Widersprüchlichkeit *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* inner- und außerhalb der von mir gezeichneten „Fronten“ (Kapitel 5.1.3).

Das zweite „Lager“ umfasst jene Akteur*innen, die dem *Generellen Projekt* skeptisch gegenüberstehen bzw. deren Versuche der Gestaltung ebendieses ignoriert, eingeschränkt oder verunmöglicht werden (Kapitel 5.2.1). Zudem diskutiere ich die für viele als ungerecht erscheinende Verteilung von Hochwasserschutzmaßnahmen (Kapitel 5.2.2) – mit besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen ebendieser Verteilung auf das (lokale) soziale Gefüge (Kapitel 5.2.3).

Die Arbeit schließt mit einer als Zusammenschau gehaltenen Schlussfolgerung und einem Plädoyer für eine kritische kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie.

2 Zum Verhältnis von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie – theoriegeschichtliche und theoretische Annäherungsversuche

Kultur- und Sozialanthropologie teilt mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen das Interesse an Fragen über das Wesen des Menschen, über die kulturelle und soziale Vielfalt menschlichen Zusammenlebens und dessen Einbettung in einer von vielen Entitäten geprägten Welt. Somit hat sich Kultur- und Sozialanthropologie nicht nur der Bestimmung des Verhältnisses des Menschen zu sich selbst bzw. zu anderen Menschen verschrieben, sondern auch wesentliche Beiträge zum Verständnis der Verhältnisse zwischen Menschen und ihrer *Umwelt* geliefert. Dabei zeigt sich mit Blick auf die Theoriegeschichte des Faches, dass sich viele der bisherigen Debatten rund um das Zusammenwirken von Mensch und *Natur* im Wettstreit voneinander als ausschließend begriffenen Erklärungsansätzen, um nicht zu sagen Weltansichten, erschöpft haben (siehe Sahlins 1976, 2017; Godelier 1990 [1984]: 186ff.). Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen den als binär zueinander dargestellten Polen Materialismus und Idealismus, zwischen den Erklärungssystemen Naturalismus und Soziozentrismus/Kulturalismus, zwischen den Kollektiven *Natur* und *Kultur* (Latour 2001: 65f.) wird heute einmal mehr deutlich, wie wenig uns die Aufrechterhaltung dieser Gegensatzpaare weiterbringt (Descola 2014: 32f.; Ingold/Pálsson 2013). Vielmehr plädiere ich im Zuge dieser Arbeit für eine theoretische Sichtweise, die *Natur* und *Kultur* als dialektisch aufeinander einwirkende Relate begreift und diese erst im Miteinander und Zusammenhang zueinander versteht (Görg 2003b). Weder bestimmt *Natur* vermittels *natürlicher* Gesetzmäßigkeiten deterministisch über jedwede Form und Funktionsweise von *Kultur*, noch lässt sich *Natur* (und hier vor allem deren Materialität, deren Stofflichkeit) als eine ausschließliche soziale/diskursive/kulturelle Konstruktion der gesellschaftlichen Sphäre auffassen (Castree 2000).

Insofern als *Natur* und *Kultur* zusammenwirken und dabei von einer *Nicht-Identität*¹¹ (Adorno 1977 [1966]; Horkheimer 2007 [1947]) gekennzeichnet sind, erreicht die gegenwärtige Kultur- und Sozialanthropologie hinsichtlich der Ontologien von *Natur* und *Kultur* eine in sich widersprüchliche Komplexität. So erscheinen Syntheseveruche, die in den letzten Jahrzehnten kultur- und sozialanthropologische Wege jenseits der cartesianischen Dichotomie von *Natur* und *Kultur* erschlossen haben, keineswegs einheitlich zu sein und

¹¹ Unter *Nicht-Identität* ist in Anknüpfung an Adornos *Negative Dialektik* (1977 [1966]) ein wesentliches Moment dialektischen Denkens zu verstehen, das eine spezifische Form von Differenz beschreibt, die weder empirisch klar ermittelbar noch als eine absolute, ontologisierte *Andersheit* zu deuten ist. Im Kontext von *Natur* und *Kultur* als dialektische Relate ließe sich behaupten, dass *Natur* „eine nicht-identische Bedingung sozialer Prozesse“ (Görg 2003a: 128) darstelle, dass *Natur* und *Kultur* sich zwar bedingen, aber nicht als Einheit zusammenfallen.

unterscheiden sich mitunter ganz gravierend in Form, Methode und Ziel (bspw. Escobar 1999; Ingold 2000, Latour 2001; Descola 2011; siehe auch Kapitel 2.2.3).

Einer der bis heute vielversprechendsten Ansätze der Herausforderung des Materialismus-Idealismus-Dualismus stellt die politische Ökologie dar, die – entstanden in einer Zeit des Höhepunkts ebenjener Polarisierung – Mensch-*Umwelt*-Beziehungen vermittelt einer polit-ökonomischen Linse¹² neu zu denken versuchte (Paulson/Gezon/Watts 2005: 18; Neumann 2005: 9; Biersack 2006: 13f.).

So war in den 1960er und in den frühen 1970er Jahren eine über Karl Marx hinausgehende und interdisziplinär ausgerichtete politische Ökonomie insofern notwendig geworden, als die bis zu diesem Zeitpunkt großen Theoriegebäude der Kultur- und Sozialanthropologie wesentliche Aspekte wie Ungleichheit, Machtverhältnisse und globale Interdependenzstrukturen schlicht ausgeklammert ließen (Greenberg/Park 1994: 5). Während die neo-evolutionistisch inspirierte *Cultural Ecology* (Steward 1955, 1968), aber auch der *Cultural Materialism* den auf Anpassung an natürliche Zwänge reduzierten Wirkzusammenhängen zwischen materieller *Umwelt* und soziokulturellen Formen Rechnung trugen (Harris 1968), blieb die (vielfach lokal beschränkte) Anwendung kulturalistischer wie symbolistischer Ansätze weitgehend dem Credo „culture mediates all human behavior“ (Ortner 1984: 134) verhaftet (Paulson/Gezon/Watts 2005: 24).

Eric Wolf war nicht nur einer der ersten, der mit *Europe and the People without History* die Welt als eine „totality of interconnected processes“ (Wolf 2010 [1982]: 3) anerkannte, sondern gilt über den 1972 erschienenen Essay *Ownership and Political Ecology* als erster, der den Terminus *political ecology* in seinem heutigen Sinne verwendet hat (Wolf 1972; vgl. Peet/Watts 1993: 238f.). Gemeinsam mit den in dieser Zeit aufkommenden *Peasant Studies* (Shanin 1971), neomarxistischen Autor*innen (wie Friedman, Meillassoux und Godelier) und unter dem Zutun der (Human-)Geographie entwickelte sich die politische Ökologie zu einem florierenden Feld unterschiedlichster Ansätze, die sich mit Mensch-*Natur*-Verhältnissen und deren politischer Verfasstheit, Gestaltung und Konfliktpotential auseinandersetzen.

Heute, rund fünfzig Jahre nach den angedeuteten ersten Entwicklungsstadien, stellt sich die Frage, inwiefern politische Ökologie die Kultur- und Sozialanthropologie hinsichtlich der

¹² Wie ich weiter unten noch genauer ausführen werde, liegt der frühen (marxistisch-strukturalistischen) politischen Ökologie immer auch ein Fokus auf politische Ökonomie (und damit auf materielle Verhältnisse und deren Reproduktion) zugrunde – das wird in einer der bis dato einflussreichsten Definitionen von politischer Ökologie als Synthese der „concerns of ecology and a broadly defined political economy“ deutlich (Blaikie/Brookfield 1987: 17). Inwiefern eine rezente politische Ökologie unter dem Banner des „new materialism“ (Bakker/Bridge 2006) nicht zwangsläufig eine (kritische) politische Ökonomie benötigt bzw. ganz allgemein eine Reduzierung von politischer Ökologie auf politische Ökonomie Schwierigkeiten bereitet (vgl. Roseberry 1997), wird gegen Ende des Kapitels 2.2 noch eingehender diskutiert.

Untersuchung von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, vor allem aber der Revision der *Natur-Kultur-Problematik* geprägt bzw. bereichert hat. Darüber hinaus möchte ich das komplexe Verhältnis von politischer Ökologie zur ihrerseits heterogenen Kultur- und Sozialanthropologie selbst thematisieren. Als Voraussetzung dafür bedarf es gleichermaßen wesentlicher Definitionsversuche sowie einer kursorischen Diskussion zum einen der für Naturverhältnisse relevanten Wissenschaftsgeschichte (Kapitel 2.1), zum anderen der Position der politischen Ökologie in und außerhalb der kultur- und sozialanthropologischen Theorienbildung. Das erscheint mir deshalb wichtig, weil politische Ökologie gegenwärtig als eine *community of practice* (Robbins 2012: 19f.¹³) in zunehmenden Maße aus nicht-anthropologischen (weil inter- bzw. transdisziplinären) Kontexten heraus betrieben wird und sich mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, der Kultur- und Sozialanthropologie zugunsten anderer Disziplinen den Rücken zugewandt zu haben (bspw. der (Human-)Geographie, wie Bryant und Bailey (1997) betonen). Dem entgegentretend werde ich zeigen, wie politische Ökologie über ihre vielgestaltigen Entwicklungsrichtungen nach wie vor als kultur- und sozialanthropologische Perspektive anzusehen ist und welche Feinschliffe nötig sind, um mit politischer Ökologie ethnographisch arbeiten zu können (Kapitel 2.2).

Im letzten Teil dieses Kapitels (2.3) werden all jene Konzepte und Kategorien innerhalb eines weit gefassten polit-ökologischen Kanons konkretisiert, die ich für die Analyse der Konflikte rund um den Hochwasserschutz im Eferdinger Becken benötigen werde. Dazu zählt unter anderem eine Beschäftigung mit dem aus der kritischen Theorie abgeleiteten Konzept der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse*, eine dementsprechende Spezifizierung des von mir verwendeten Macht-, Konflikt- und Landschaftsbegriffs. Wenn auch die Abklärung meiner konzeptuellen Werkzeuge zentral sein wird, so erfolgt diese in Anbetracht der theoriegeschichtlichen Abhandlung zugegeben spät. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die ersten beiden Subkapitel des zweiten Kapitels zugunsten einer Darstellung der gemeinsamen Wurzeln der politischen Ökologie und der Umweltanthropologie chronologisch aufgesetzt sind und damit erst im letzten Subkapitel (und im Übergang zum empirischen Teil) ausgewählte polit-ökologische Analysekonzepte und Kategorien behandelt werden können.

¹³ Der Humangeograph und politische Ökologe Paul Robbins bringt mit der Bezeichnung von politischer Ökologie als *community of practice* zum Ausdruck, dass politische Ökologie eben mehr ist als nur ein „body of knowledge“ (Robbins 2012: 5), sondern in erster Linie als etwas zu verstehen ist, was Menschen *machen*, als eine Bereitschaft, sich abseits akademischer Diskurse in sozial-ökologische Problemstellungen einzubringen.

2.1 „Politische Ökologie vor ihrer Zeit“ – von den gemeinsamen Wurzeln der *Environmental Anthropology* und der politischen Ökologie¹⁴

Seit Anbeginn der Zeit setzen sich gesellschaftliche Gruppen mit der Frage nach Form, Gestaltung und Verständnis ihrer Verhältnisse zu den sie umfassenden *Umwelten* auseinander (Gingrich/Mader 2002; Gingrich 2017). Insofern als eine derartige Beschäftigung allein schon über die Bandbreite an Aktivitäten der Bestreitung des Lebensunterhalts und damit über die Nutzung, Konstruktion und Verwertung von *Natur* als „materieller Basis“ erfolgt (Narotzky 1997: 8f.), lässt sich vom Verhältnis des Menschen zu seiner *Umwelt* als einem omnipräsenten, de facto transkulturellen Thema sprechen (Descola 2014). Dementsprechend schwierig stellt es sich dar, einen Überblick über die wesentlichen Entwicklungen des Denkens über das Zusammenwirken von Mensch und *Natur* zu geben (für einen solchen siehe bspw. Görg 1999). Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Begriffe der *Natur*, *Kultur*, *Umwelt*, Gesellschaft selbst hochgradig umstritten sind und je nach theoretischer Verortung äußerst unterschiedlich ausgelegt und zueinander positioniert werden (Williams 1980; Eder 1988; Escobar 1999; Ingold 2005; Castree 2005).

Die folgende theoriegeschichtliche Aufarbeitung des Verhältnisses von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie setzt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an und das deshalb, weil spätestens durch die Theoriebildung dieser Zeit die gemeinsamen Wurzeln der *environmental anthropology* und der politischen Ökologie erkennbar werden.¹⁵ In diesem Zusammenhang werde ich auf kritische politische Ökonomen wie Karl Marx und Friedrich Engels ebenso wie auf Evolutionisten wie Edward B. Tylor und Lewis Henry Morgan eingehen, aber auch der für die Geographie und Kultur- und Sozialanthropologie bedeutende Friedrich Ratzel ist (in seiner Rezeption durch Clark Wissler und Alfred Kroeber) relevant. Dem anschließen möchte ich skizzenhafte Porträts zweier weniger bekannter Figuren einer proto-politischen Ökologie, nämlich des Anarchisten Pjotr Kropotkin und des marxistischen Schriftstellers Christopher Caudwell. Von den genannten Autoren werden Karl Marx und

¹⁴ Es sei angemerkt, dass vorliegender theoriegeschichtlicher Abriss zu wegbereitenden Momenten einer heutigen politischen Ökologie, wenn auch ungewollt, einen vorwiegend euroamerikanischen, vor allem aber androzentrischen und ontologisch weitgehend als naturalistisch einzustufenden Diskurs abbildet, nicht zuletzt durch die wiederkehrende Zitation weißer Wissenschaftler. So problematisch das sein mag, so schwierig ist es ob der fortdauernden systematischen Unsichtbarmachung und Exklusion von Frauen* aus dem Wissenschaftsbetrieb eine Wissenschaftsgeschichte abseits der „großen (männlichen) Namen“ und abseits der Perspektive von Männern* zu zeichnen (siehe dazu bspw. Merchant 1987; Harding 1990).

¹⁵ In Hinblick auf die zu skizzierende Theoriegeschichte möchte ich in Anlehnung an Robbins (2012: 29ff.) anmerken, dass die Entwicklung von Frühformen politischer Ökologie korrekterweise früher anzusetzen wäre, also politische Ökologie durchaus auch als Kontinuation der Arbeiten antiker und frühneuzeitlicher Denker*innen gedacht werden könnte. Weil ein derartiger Rückgriff den Rahmen der Arbeit sprengen würde, für manche Lesende aber dennoch von Interesse sein könnte, habe ich im Anhang eine grafische Darstellung angefügt, die in Anlehnung an Görg (1999) und Robbins (2012) einen groben Überblick über ausgewählte und nicht im Haupttext behandelte Auseinandersetzungen mit Gesellschaft-*Natur*-Verhältnissen seit der Antike bieten soll (Anhang A1).

Friedrich Engels aufgrund der Maßgeblichkeit ihrer kritischen politischen Ökonomie und aufgrund ihrer Fruchtbarkeit für politische Ökologie erst im nächsten Kapitel, dafür aber etwas ausführlicher, behandelt. Das erscheint mir deshalb sinnvoll, weil ich die Dialektik des historischen Materialismus und deren Weiterentwicklungen, sei es durch die *Kritische Theorie*, den Neo- oder Postmarxismus, als theoretische Grundlagen der politischen Ökologie betrachte. So lassen sich erst durch die gemeinsame Darstellung dieser „Denktradition“ wesentliche Entwicklungstendenzen im Übergang von der kritischen politischen Ökonomie zur politischen Ökologie aufzeigen.

Mit der universitären Institutionalisierung und disziplinären Konsolidierung der (viktorianischen) Anthropologie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rückten – im Geiste evolutionistischer Ansätze – zunächst Fragen nach der Entwicklung und Abfolge unterschiedlicher gesellschaftlicher Formen von Anpassung an und Aneignung von *Natur* ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Eriksen 2015: 14f.). Gleichsam wird bei eingehender Betrachtung der Arbeiten von Evolutionisten wie Tylor oder Morgan deutlich, wie sich trotz des Anspruchs „the institutions of man [...] as distinctly stratified“ (Tylor 1889: 269) und in ihrer historischen Abfolge als komplexitätszunehmend darzustellen, merklich der Fokus von *natürlichen* Evolutionsprozessen zu solchen der (unilinearen) Evolution der menschlichen *Kultur* an sich verlagert (vgl. Stocking 1987). Zweifelsohne kommt von den angesprochenen evolutionistischen Anthropologen Morgan den Fragestellungen der politischen Ökologie im heutigen Sinne am nächsten. So spricht dieser in seinem Werk *Ancient Society* (1877) von Transformationen von Regierungs-, Familien- und Eigentumsverhältnissen und deren Auswirkungen auf die Aneignung von *Natur* vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationsformen (Paulson/Gezon/Watts 2005: 18f.). Nicht von ungefähr haben sich Marx und Engels in ihren Arbeiten sehr stark auf Morgan bezogen (Marx 1976 [1880-1882]; Engels 1884).

Parallel und in Abgrenzung zur evolutionistischen Anthropologie begann die für die politische Ökologie bis heute maßgebliche Geographie Fahrt aufzunehmen, neben Carl Sauers *The Morphology of Landscape* (1925) im Besonderen durch einen der Begründer der Human-/Anthropogeographie, Friedrich Ratzel¹⁶. Ratzel ist in der Debatte um die Wirkzusammenhänge zwischen Gesellschaft und *Natur* insofern prägend als sich spätere *possibilistisch* geprägte Arbeiten von Wissler (1928) bis Kroeber (kritisch) auf ihn berufen (Bargatzky 1986: 25f.; Paulson/Gezon/Watts 2005: 19f.). Vor allem mit Kroeber und seiner diffusionistisch

¹⁶ Zwar vertrat Letzterer einen bei Zeiten unhaltbaren biologistischen Sozialdarwinismus, nahm sich zugleich aber der Zusammenhänge zwischen Ökosystem, Subsistenz, Mensch und *Kultur* an (Ratzel 1909 [1882, 1891]).

konzipierten Arbeit *Cultural and Natural Areas of Native North America* (1939) geht eine lange Tradition an nicht-deterministischen Ansätzen¹⁷ zu Mensch-Natur-Interaktionen an der Schnittstelle von Anthropologie, Geographie und Ökologie in eine als solche benennbare *ecological* bzw. *environmental anthropology* (zu diesen Termini vgl. Townsend 2009: 12 bzw. Dove/Carpenter 2008a) über. Unabhängig von der Bezeichnung dreht sich diese – spätestens seit Julian Steward – ganz zentral um die Frage, „how people modify, symbolize, and adapt to their immediate surroundings“ (Haenn/Wilk/Harnish 2016: 3). Stewards *Cultural Ecology* (1955) repräsentiert hierbei einen wesentlichen Beitrag zur Korrektur eines vonseiten partikularistischer Anthropolog*innen heftig kritisierten unilinearen Evolutionismus zugunsten eines deutlich weniger deterministisch argumentierenden und multilinearen (Wolf 2010 [1982]: 15). Analytisch liegt der *Cultural Ecology* als konzeptionell-methodologischem Forschungsrahmen jedenfalls das Studium des Verhältnisses zwischen einem *cultural core* und den natürlichen Umweltbedingungen (Steward 1955: 37) zugrunde, das als solches bestimmt, warum sich in verschiedenen kulturellen Gefügen ähnliche gesellschaftliche Strukturen als Resultat einer Anpassung an Umweltgegebenheiten herausbilden können (vgl. Bargatzky 1986: 14f.; Robbins 2012: 38ff.).

Nach Steward gelangen wir über Rappaport, Friedman und Wolf auf Umwegen zur politischen Ökologie (Biersack 2006: 5ff.), während sich der andere von Steward und Leslie White inspirierte Strang der *ecological anthropology* im Kulturmaterialismus von Marvin Harris (1968) oder Robert Carneiro (1970) auflöst (vgl. Kuznar/Sanderson 2007). Wie bereits angedeutet, gehe ich davon aus, dass uns kulturmaterialistische Perspektiven in Bezug auf ein holistisches Verständnis des wechselseitigen Verhältnisses von Gesellschaft und *Natur* ebenso wenig wie einseitig post-strukturalistische Zugänge weiterbringen. Dadurch, dass jegliche Entwicklung in der Sphäre der Gesellschaft als determiniert durch materielle Zwänge, also als notwendige Reaktion auf natürliche Anpassungsprozesse ausgelegt wird, verliert der Mensch als kausales Produkt seiner *Umwelt* letztendlich seine Handlungs- und Willensfähigkeit (vgl. Sahlins 1976; Watts 1983a; Greenberg/Park 1994: 2). Dabei zeigt sich in der Forschungspraxis, dass Kulturmaterialist*innen nicht nur nicht in der Lage sind, gewisse symbolische Aspekte von *Kultur* vermittelt ihres auf Gleichgewicht fokussierenden Neofunktionalismus haltbar zu erklären (siehe Descola 2014: 21ff.), sie reduzieren durch einen immer gleichen Formalismus menschliches Handeln auf eine konkurrentielle Anpassungsstrategie (vgl. Trimbur/Watts 1976; Friedman 1979; Robbins 2012: 43f.).

¹⁷ So betont Kroeber in seinem Projekt einer nicht-deterministischen frühen Umweltanthropologie, „[the] environment does not produce a culture, but stabilizes it“ (Kroeber 1939 zit. nach Paulson/Gezon/Watts 2005: 19).

Zwei besonders visionäre Ansätze, weil mit wenigen Ausnahmen deckungsgleich zu rezenten Perspektiven der politischen Ökologie, möchte ich nicht unerwähnt lassen. Zum einen betrifft das die Arbeiten des Anarchisten und Geographen Kropotkin (besonders *Mutual Aid: A Factor in Evolution*, 1888). Dieser argumentierte in einer Zeit der Konsolidierung der bürgerlichen (Natur-)Wissenschaft, dass das (Spencer'sche) Axiom der *natürlichen* Konkurrenz nicht empirischen Beobachtungen, sondern einem "reading a social hierarchy into the natural world" geschuldet sei (Robbins 2012: 27f.; vgl. Sahlins 2017: 154f.). So betont Kropotkin in seinen Studien, dass nicht Konkurrenz, sondern Kooperation das zentrale Prinzip der Entwicklungsgeschichte des Lebens auf der Erde sei. Darüber hinaus nimmt Kropotkin (1990 [1892]: 14) Produktion als das zentrale Moment von Gesellschaft-*Natur*-Verhältnissen in den Blick und spricht sich explizit gegen die über ungleichen Zugang zu Land stattfindende Ausbeutung von marginalisierten Gruppen aus. Besondere Wichtigkeit misst er in diesem Kontext dem *Landschafts*-Begriff bei, in dem seines Erachtens soziale Kämpfe, Umweltveränderungen und Landnutzung gleichermaßen Ausdruck finden (ebd.)

Zum anderen möchte ich ein Plädoyer halten für die wenig beachteten Arbeiten des marxistischen Schriftstellers Christopher Caudwell. In einem besonders aufschlussreichen Text in der 1937 erschienenen Schrift *Illusion and Reality* thematisiert dieser „Naturbeherrschung“ als ko-evolutionären Prozess des Zusammenwirkens von *Natur* und gesellschaftlichen Gruppen:

„Men in their struggle with Nature [...] enter into certain relations with each other [...]. But men cannot change Nature without changing themselves. The full understanding of this mutual interpenetration of reflexive movement of men and Nature, mediated by the necessary and developing relations known as society, is the *recognition* of necessity, not only in Nature but in ourselves and therefore society. Viewed objectively this active subject-object relation is science, viewed subjectively it is art; but as consciousness emerging in active union with practice it is simply concrete living“ (Caudwell 1937: 246).

Damit spricht Caudwell vergleichsweise früh von der gestalterischen Doppelnatur des Menschen und in Anlehnung an Hegel und Marx vom Menschen als einem historischen, also Veränderungen unterworfenen sowie gleichsam produzierenden Wesen (Foster 2000: 12). Insofern als *Natur* selbst einen historischen, von Machtverhältnissen durchzogenen Prozess darstellt, sind nach Caudwell ahistorische ebenso wie machtverschleiende Ansätze aufzudecken und abzulehnen, vor allem deshalb, weil sie den „Status Quo“ (und damit bürgerliche Strukturen der kapitalistischen Verwertung von *Natur*) zu naturalisieren und folglich zu reproduzieren suchen (vgl. Caudwell 1937). Inwiefern sich die (spätere) politische Ökologie kategorisch gegen eine Naturalisierung und Entpolitisierung der Aneignung, Gestaltung sowie Konstruktion von *Natur* ausspricht, wird noch genauer untersucht werden.

Unbestritten erscheint mir jedenfalls, dass Persönlichkeiten wie Kropotkin oder Caudwell wertvolle Beiträge zu einer politischen Ökologie „vor ihrer Zeit“ geleistet haben.

Im Folgenden werde ich die begonnene Theoriegeschichte in Form einer Definition der politischen Ökologie und deren wesentlichen Entwicklungen fortsetzen, wobei ich miteinander verschränkt zum einen auf politische Ökologie innerhalb der Kultur- und Sozialanthropologie eingehe, zum anderen Ansätze und Parallelentwicklungen aus anderen disziplinären Kontexten in die Darstellung miteinbeziehe.

2.2 „Politische Ökologie bisher“ – Verworrene Wege in und außerhalb der Kultur- und Sozialanthropologie

Politische Ökologie ist seit ihrem Entstehen in den frühen 1970er Jahren zu keinem Zeitpunkt von einer einzelnen Disziplin alleine getragen worden (vgl. Robbins 2012: 13; Bryant 1999). Zwar beruft sich diese Arbeit als eine kultur- und sozialanthropologische zuallererst auf die kultur- und sozialanthropologische Tradition der politischen Ökologie, kommt aber nicht umhin, Anleihen aus anderen disziplinären Kontexten zu nehmen (Nygren/Rikoon 2008). Diese Notwendigkeit eines Blicks über disziplinäre als auch akademische Grenzen hinaus rührt daher, dass wir es am Beispiel des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken mit einem komplexen Thema zu tun haben, das sich erst durch die Berücksichtigung von nicht genuin anthropologischen Konzepten (bspw. Vulnerabilität, *environmental justice*, *Landschaft etc.*) und deren Relevanz in der Praxis erschließt. Insofern halte ich wenig davon, politische Ökologie auf ihre Rezeption in der Kultur- und Sozialanthropologie zu beschränken, weil durch Leerstellen der gegenwärtigen Kultur- und Sozialanthropologie zuallererst die analytische (sowie politisch-emanzipatorische) Schärfe der politischen Ökologie zu leiden hätte. Unter Leerstellen der gegenwärtigen Kultur- und Sozialanthropologie verstehe ich die Vernachlässigung von Macht-/Klassenverhältnissen vor dem Hintergrund einer globalisierten Produktionsweise (siehe dazu bspw. Hornborg 2017), eine theoretische Inkonsistenz in Bezug auf die Rolle von nicht-menschlichen Akteur*innen (vgl. Hornborg 2016), eine teils berechnete, teils unbegründete Aversion gegenüber ökologischen Frage- und Problemstellungen, aber auch eine weitgehende Indifferenz gegenüber macht- und gesellschaftskritischen Ansätzen (vgl. Wolf 2001a; Nygren 2011).¹⁸

¹⁸ Wenn ich im Weiteren von Leerstellen spreche, dann heißt das nicht, dass anthropologische Arbeiten diese auch allesamt aufweisen. So sind die umweltanthropologischen Arbeiten von Anna Tsing, Alf Hornborg, Tim Ingold, Philippe Descola, Kirsten Hastrup und Arturo Escobar durchaus das, was ich als innovative und kritische politische Ökologie bzw. als probate Grundlage einer kritischen politischen Ökologie bezeichnen würde. Leerstellen heißt für mich vielmehr, dass gewisse Aspekte (Machtverhältnisse, Stofflichkeit, Ausbeutungsprozesse etc.) im Rahmen (sub-)disziplinärer Strömungen (wie der Umweltanthropologie) ausgeklammert oder im Vergleich zu Ansätzen aus anderen disziplinären Kontexten unzureichend behandelt werden. Damit ist weder die Anthropologie an sich

Der folgende erste Abschnitt (Kapitel 2.2.1) versucht diese Leerstellen zu füllen und widmet sich dafür zunächst den zentralen (aus verschiedenen disziplinären Kontexten stammenden) polit-ökologischen bzw. auf die politische Ökologie einflussnehmenden Arbeiten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit Ausnahme von Marx und Engels befinden wir uns also zu Beginn unserer polit-ökologischen Spurensuche zeitlich in den späten 1960er/frühen 1970er Jahren, in einer Zeit, in der die politische Ökologie nicht nur über Eric Wolf zu ihrem Namen, sondern über unterschiedliche Forschungsfelder zu ihrer Vielfältigkeit findet.

Im Anschluss werde ich zu ersten Definitionsversuchen der politischen Ökologie überleiten, mit einem speziellen Fokus auf Grundannahmen und Grundzüge polit-ökologischer Forschung und Theorienbildung (Kapitel 2.2.2). Im letzten Teil dieses Kapitels fasse ich das gleichsam komplementäre wie kontroverse Verhältnis zwischen politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie zusammen (Kapitel 2.2.3). Dadurch möchte ich den Blick schärfen für Konfliktlinien, Möglichkeiten und etwaige interne Widersprüche einer kultur- und sozialanthropologischen politischen Ökologie. Somit wird zur Diskussion gestellt, wie sich Ansätze der gegenwärtigen politischen Ökologie mit solchen der gegenwärtigen Umweltanthropologie zusammenführen lassen und inwiefern uns eine derartige Synthese in der Beschäftigung mit Gesellschaft-*Natur*-Verhältnissen weiterbringt.

2.2.1 Inspirationen und Hintergründe: Historische und epistemische Meilensteine einer politischen Ökologie

Der Begriff der politischen Ökologie selbst hatte im Verlauf der Geschichte keineswegs eine einheitliche und immer gleichbleibende Bedeutung (Biersack 2006: 35, Fußnote 1). So war schon vor, aber auch zeitgleich zu Eric Wolf zunächst noch eine andere Version des Begriffes der *political ecology* im Umlauf (Bryant/Bailey 1997: 10). Diese bezog sich als solche auf das neomalthusianische und von Autoren wie Paul Ehrlich (1968) oder Garrett Hardin (1968) propagierte Vorhaben, durch gewisse Politiken eine mit den ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen unvereinbare Bevölkerungsentwicklung abwehren zu wollen (Castree 1995: 18f.; Watts 1983a: 234ff.; Bryant/Bailey 1997: 11)¹⁹. Politische Ökologie in der kritisch

noch die Umweltanthropologie zu verwerfen, sie ist, wie ich in Kapitel 2.2.3 zeigen möchte, um ausgewählte Perspektiven zu erweitern.

¹⁹ Hier ist äußerste Vorsicht geboten, wenn im Diskurs der frühen Umweltbewegung der 1960er und 1970er Jahren von politischer Ökologie die Rede ist. Zwar hat bspw. der vom *Club of Rome* in Auftrag gegebene Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) dazu beigetragen, durch die Darstellung der Welt und deren Ressourcen als endlich, ein Bewusstsein für „planetare Grenzen“ zu schaffen, ist dabei aber kaum auf die Rolle von Verteilung und globalen Produktionsstrukturen eingegangen. So wichtig diese Arbeit für die Umweltbewegung seiner Zeit war, so einseitig haben manche daraus ihre Schlussfolgerungen gezogen (Bryant/Bailey 1997: 11f.). Das betrifft vor allem all jene, die bis heute behaupten, das Bevölkerungswachstum des globalen Südens sei das zentrale Hindernis einer nachhaltigen Entwicklung. Hans Magnus Enzensberger

polit-ökonomischen Tradition von Wolf konstituierte und positionierte sich hingegen – und das ist bis heute einer der gemeinsamen Nenner unterschiedlicher Spielarten politischer Ökologie geblieben – als klare Negation neomalthusianischer Ansätze (Robbins 2012: 17f.). Somit widmet sich politische Ökologie eben nicht der reduktionistischen und entpolitisierten Analyse der Unvereinbarkeit ökonomischer Modernisierung mit Bevölkerungswachstum, sondern geht als machtkritischer Ansatz explizit darauf ein, „how power relations mediate human-environment relations“ (Biersack 2006: 3). Der Konflikt zwischen neomalthusianischer und kritisch polit-ökonomisch inspirierter politischer Ökologie kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Es sei angemerkt, dass ich mich bei allen weiteren Ausführungen von politischer Ökologie auf eine politische Ökologie beziehe, die in einer umfangreichen Tradition – von Marx über Kropotkin bis hin zu Wolf – steht und sich ausgehend von den diversen Fortsetzungen einer solchen auf unterschiedliche Forschungsfelder ausgebreitet hat (bspw. Forsyth 2003; Nygren/Rikoon 2008).

2.2.1.1 Die politische Ökologie und ihre marxistischen Wurzeln: der Sprung von politischer Ökonomie zu politischer Ökologie

Die politische Ökologin und Anthropologin Aletta Biersack (2006) spricht im Zusammenhang mit der Entwicklungsgeschichte der politischen Ökologie von zwei Phasen bzw. Generationen politischer Ökologie. So folgt auf eine in den 1970er und 1980er Jahren vorherrschende neo-marxistisch-strukturalistisch ausgerichtete *Third World Political Ecology* eine ab den 1990er Jahren einsetzende post-marxistische politische Ökologie, die sich abseits von und teils in Abgrenzung zu marxistischen Ansätzen auf unterschiedliche Forschungsfelder (*Feminist Political Ecology*, *Post-Structuralist Political Ecology*, *First World Political Ecology*, *Urban Ecology*) spezialisiert hat. Vor allem für die frühe neo-marxistisch geprägte politische Ökologie (unter Wolf, Friedman, Watts etc.) sind die Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels (Bryant/Bailey 1997: 13; Robbins 2012: 54ff.) von besonderer Bedeutung. Ein derartiger Einfluss lässt sich meines Erachtens anhand dreier Dimensionen umreißen:

Die *erste* bezieht sich auf den dialektischen Ansatz, der sich bei Marx und Engels aus einer spezifischen Kritik und Weiterentwicklung von Hegel ergibt (Marx 1968 [1844]) und bis heute ganz wesentlich das polit-ökologische Verständnis des Verhältnisses von Gesellschaft und *Natur* als einander wechselseitig konstituierende *Relate* formt (Greenberg/Park 1994; vgl. Görg 1999)²⁰. In einer eindrucksvollen Exegese des *Natur*-Begriffs bei Marx spricht Schmidt

(1973), ein Pionier einer aus heutiger Sicht kritischen politischen Ökologie, hat vor diesem Hintergrund noch zu Beginn der 1970er Jahre zu Recht von einer *Kritik der politischen Ökologie* geschrieben.

²⁰ Äußerst vereinfacht formuliert, bedeutet Dialektik in Anlehnung an Hegel eine philosophische Methode des Denkens in sich gegenseitig konstituierenden Gegensätzen. Marx und Engels haben die Hegel'sche Form der

(1993: 77) davon, dass „sosehr Natur gesellschaftlich vermittelt ist, so ist Gesellschaft naturhaft vermittelt“. Ebenso wegweisend erscheint mir dahingehend Engels unvollendete *Dialektik der Natur*, in der der Autor (wiewohl unvollständig) zu zeigen versucht, wie Dialektik nicht Denkgesetz, sondern letztlich Naturgesetz sei (Engels 1962 [1886]; für eine Kritik siehe Altvater 2015: 39ff.).

Eine *zweite* wesentliche Dimension, die auf Marx und Engels zurückzuführen ist, rekuriert auf das philosophische Grundgerüst des historischen Materialismus. Ebenso wie Marx geht die politische Ökologie davon aus, dass die Aneignung von und der Zugang zu Ressourcen einem historischen Wandel unterworfen ist, dieser Wandel nicht ausschließlich, aber doch größtenteils durch Umwälzungen der materiellen Verhältnisse initiiert und geprägt wird (Robbins 2012: 54). In dem Maße, wie sich die Produktion sowie die Produktionsverhältnisse ändern, transformiert sich (wenn auch, wie in der neueren politischen Ökologie betont wird, nicht über einen immer gleichen Determinismus, sondern über Wechselwirkungen) der „juristische[r] und politische[r] Überbau“ (Marx 1971 [1859]: 8). Politische Ökologie richtet sich somit zunächst entlang materialistischer Ansätze aus, berücksichtigt aber auch den Einfluss von individuellen Handlungen, Diskursen und Ideologien (Brand/Brad 2016: 6f.). Wir werden noch im Kapitel 2.3 im Kontext der von Marx initiierten und von der Frankfurter Schule aufgegriffenen Diskussion um *gesellschaftliche Naturverhältnisse* sehen, inwiefern sich mit einem adaptierten kritisch-dialektischen Materialismus polit-ökologisch arbeiten lässt.

Das *dritte* wesentliche Moment, das in der politischen Ökologie aus marxistischen Ansätzen abgeleitet wird, ist der klassenspezifische Charakter und die Herrschaftsförmigkeit der Verwertung und Produktion von *Natur*²¹ (Köhler/Wissen 2010: 219f.). Politische Ökologie geht in Anlehnung an ein Verständnis von Geschichte als eine „Geschichte von Klassenkämpfen“ (Marx/Engels 2013 [1848]: 42) davon aus, dass Mensch-Gesellschaft-

Dialektik zugunsten einer materialistischen Dialektik realer Verhältnisse überarbeitet und in mehreren ihrer Werke in Form der von der Abstraktion zur Konkretion geführten Methode der (kritischen) politischen Ökonomie weitergedacht. Wie weiter oben ausgeführt (Fußnote 10), setzt ein dialektischer Zusammenhang ein nicht-identisches Moment voraus: Obwohl sich zwei Elemente A und B zwar gegenseitig konstituieren und nur als „gemeinsamer“ Gegensatz existieren können, sind sie voneinander doch qualitativ zu unterscheiden (für eine Kritik an inflationärer Dialektik siehe Lefèbvre 1965: 21ff.).

²¹ Wenn im Folgenden von „Produktion von *Natur*“ die Rede sein wird, dann beziehe ich mich dabei auf den neo-marxistischen Ansatz von Smith (1984) bzw. von Lefèbvre (1991), die darunter 1) sowohl die Einbindung und Verwertbarmachung, ergo eine gezielte Produktion von *Natur* für den (kapitalistischen) Produktionsprozess verstehen, als auch 2) damit betonen, dass „socio-nature itself [...] a historical-geographical process“ darstellt (Lefèbvre 1991 zit. nach Swyngedouw 1999: 446). Damit kommt die Marx'sche Anschauung von Natur als historischem Produkt zum Ausdruck, ganz abgesehen von den Widersprüchen, in die sich der (klassische) Marxismus in Bezug auf *Natur* seit jeher verstrickt hat, wenn er davon ausgeht, Natur habe in Form einer *externen* Größe als Substrat kapitalistischen Zugriffs („first nature“) zu fungieren und werde gleichzeitig aber als *interne* Größe stetig mitproduziert („second nature“) (Swyngedouw 1999: 446).

Verhältnisse von Macht- und Ausbeutungsverhältnissen durchzogen sind. So ergibt sich schon bei Marx über die Rolle der *Natur* in der kapitalistischen Mehrwertproduktion ein Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der Erde und der Ausbeutung des Arbeiters (Marx 1968 [1867]: 529ff.; vgl. Foster 2000: 155ff.). *Natur* ist (zumindest im Kapitalismus) keineswegs eine neutrale externe Produktionsbedingung, sondern wird als „Substrat ausbeuterischen Zugriffs“ (Schmidt 1993: viii) verstanden: "Die Anschauung, welche unter der Herrschaft des Privateigentums und des Geldes von der Natur gewonnen wird, ist die wirkliche Verachtung, die praktische Herabwürdigung der Natur" (Marx 1976 [1843]: 375). Zentral ist bei Marx dahingehend das Konzept des „Stoffwechsels“, das als solches einen Prozess bezeichnet, in dem sich Menschen, über Arbeit vermittelt, *Natur* aneignen, diese und damit einmal mehr sich selbst transformieren (Foster 2000: 141f.)²².

Eine Persönlichkeit, die stark geprägt von den bisherigen Ansätzen gewesen sein durfte und mit der die politische Ökologie im Sinne des Wortes ihren Anfang nimmt, ist Eric Wolf. Eines seiner großen Werke *Europe and the People without History* ist – über den interdisziplinären Fokus auf die Welt als eine Totalität von Verflechtungen hinaus – insofern bahnbrechend, als Wolf durch seine analytische Dreiteilung des Marx'schen Konzepts der *mode of production* in *capitalist*, *tributary* und *kin-ordered mode of production* (Wolf 2010 [1982]: 75ff.) das Konzept der Produktionsweise für eine anthropologische Analyse rehabilitiert (Wolf 2010 [1982]: XXI f.). Damit findet eine politische Ökonomie in die Anthropologie Einzug, die sich fernab marxistischer Apologie dem "interplay of groups and classes that use ideological alternatives to define their place in the field of force generated by a mode of production" (ebd.: 390) widmet. Wolf selbst ist viel eher als seine mit vorgefertigten Kategorien arbeitenden französischen neomarxistisch-strukturalistischen Zeitgenoss*innen an den historischen Beziehungen zwischen und innerhalb von Gruppen als Teil eines globalen Systems interessiert (ebd.: 8f.; vgl. Hann/Hart 2011: 78). Der Sprung von politischer Ökonomie zu einer *political ecology*, wie sie in seinem Essay *Ownership and Political Ecology* herauszulesen ist, gelingt Wolf nicht zuletzt über eine Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Kämpfen rund um den

²² Neuere Arbeiten von Foster (2000) bis hin zu Saito (2016) zeigen eindrucksvoll, dass (der späte) Marx keineswegs als Apologet eines prometheischen Fortschritts der Produktivkräfte zu sehen ist, sondern sich durchaus für ökologische Fragestellungen seiner Zeit zu interessieren wusste. So zeigt (der späte) Marx in Anlehnung an Justus von Liebig über sein Stoffwechsel-Konzept und konkret über Lohnarbeit als die „allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ (Marx 1968 [1867]: 198), wie kapitalistische Produktion die Ausbeutung und Übernutzung von Ökosystemen voraussetzt und zugleich an dieser zerbrechen wird, sowohl auf einer biophysisch-stofflichen Ebene (Stichwort: „metabolischer Riss“ (Foster 2000: 156ff.; Foster/Burkett 2010)) als auch auf Ebene der Entfremdung des Menschen von der Natur. Wie Kohei Saito in einer scharfsinnigen Exegese der erweiterten MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe) zeigt, repräsentiert die Marx'sche ökologische Kritik, wie vielfach von orthodoxen Marxist*innen unterstellt, keinen bloßen Nebenwiderspruch, sondern stellt ein „*unentbehrliches Moment* seines ökonomischen Systems“ (Saito 2016: 14) dar.

Zugang zu und die Aneignung von natürlichen Ressourcen (Biersack 2006: 9). Hier bezieht sich Wolf (am Beispiel der österreichisch-italienischen Alpen) zuvorderst auf Eigentumsstrukturen, die nicht automatisch aus lokalen ökologischen Gegebenheiten abzuleiten sind, sondern auf einem „battleground of contending forces which utilize jural patterns to mantain and restructure the economic, social and political relations of society“ (Wolf 1972: 202) ausverhandelt werden (Peet/Watts 1996a: 4f.; Townsend 2009: 44).

2.2.1.2 Die politische Ökologie zwischen Kultur- und Sozialanthropologie und Humangeographie: wegweisende Werke

Neben Eric Wolf sind Kultur- und Sozialanthropologen wie Jonathan Friedman, Robert McC. Netting (1993) sowie Humangeographen wie Bernard Nietschmann (1973), Michael Watts (1983b) und Piers Blaikie (1985) zu nennen, die bis heute als bedeutende Vertreter einer frühen politischen Ökologie der 1970er und 1980er Jahre gelten (Robbins 2012: 44f.; Bryant/Bailey 1997: 12ff.). Dabei hat die kritische Auseinandersetzung mit den zu dieser Zeit Ton angehenden Kulturökologen wie Roy Rappaport und Andrew Vayda (1969), aber auch mit Ökologen wie Odum (1953) oder anthropologischen Systemtheoretikern wie Bateson (1985 [1972]) dazu beigetragen, die politische Ökologie auf eigene epistemische Grundpfeiler zu stellen (vgl. Townsend 2009: 25ff.). Am Beispiel der Kritik politischer Ökolog*innen an den Arbeiten Rappaports wird nach Biersack (2006: 6ff.) und Greenberg (2006: 123ff.) deutlich, inwiefern sich die politische Ökologie in der Kultur- und Sozialanthropologie erst über die Beschäftigung mit Rappaports funktionalistischem Ansatz als Kritik und Weiterentwicklung der Kulturökologie etablieren konnte (Hvalkof/Escobar 1998: 430; Karlsson 2015: 351). Besonders spannend ist in diesem Kontext der Wandel vom Kulturökologen Rappaport zum „politischen Ökologen“ Rappaport selbst, der am deutlichsten im Unterschied von *Pigs for the Ancestors* (1969) zu *Ecology, Meaning, and Religion* (1979) zum Ausdruck kommt. So relativiert der spätere Rappaport nicht nur seine anfänglichen Gleichgewichtsmodelle der Adaption einer Gruppe an ihre ökosystemaren Bedingungen (Dove/Carpenter 2008b: 32ff.), sondern beginnt als Reaktion auf die Kritik an seinem Ansatz ab den 1980er Jahren von „maladaptations“, „meaning“ und historischen Wandlungsprozessen zu sprechen (Biersack 2006: 7f.).

Dieser vermeintliche Einzelfall ist bei näherer Betrachtung als Teil eines umfassenderen Trends zu verstehen, der dadurch geprägt ist, dass sich mit dem Erstarken neomarxistischer bzw. polit-ökonomischer Ansätze die Kulturökologie als unbefriedigender, weil ahistorischer und konfliktvernachlässigender Zugang zu Gesellschaft-*Natur*-Verhältnissen herausstellte (Bryant/Bailey 1997: 12f.; Robbins 2012: 43f.). Nichtsdestotrotz stehen nach wie vor gewisse

Spielarten politischer Ökologie im Zeichen einer Weiterentwicklung bzw. Ergänzung der Kulturökologie (Paulson/Gezon/Watts 2005: 23f.). So formiert sich bspw. beim Humangeographen Neumann eine politische Ökologie „through the merger of cultural ecology with political economy“ (Neumann 2005: 9). Zugleich hat sich politische Ökologie in ihrer kritisch polit-ökonomischen Tradition auch von der zeitlich parallel zur Kulturökologie aufkommenden *human ecology* abgegrenzt (bspw. Moran 2000), in erster Linie durch einen stärkeren Fokus auf die Machtförmigkeit von Mensch-Natur-Interaktionsprozessen (Paulson/Gezon/Watts 2005: 27)

Über die Abgrenzung von der Kultur- und Humanökologie hinaus zeichnet sich die frühe kultur- und sozialanthropologisch geprägte politische Ökologie dadurch aus, dass sie eng mit den *Peasant Studies* (Wolf 1966; Shanin 1971; Scott 1976) verwoben ist, vor allem in Hinblick auf gemeinsame thematische, methodische sowie örtliche Foci. Sosehr die politische Ökologie der 1970er und 1980er Jahre über Autoren wie Eric Wolf im Kern als eine emanzipatorische *Global Political Ecology* (siehe dazu Peet/Robbins/Watts 2010) gedacht wurde, sosehr blieb sie letztlich hinter diesen Erwartungen zurück (Neumann 2005: 4). Dies äußerte sich darin, dass bis in die 1990er Jahre eher von einer, wie Bryant und Bailey (1997) ihr Buch betiteln, *Third World Political Ecology* gesprochen werden muss, die sich auf Basis eines Schulterschlusses mit den *Peasant Studies* und mit weltsystem- und dependenztheoretischen Strömungen zuvorderst mit peripheren, „nicht industrialisierten“ Kontexten beschäftigte (vgl. Heyman 2005). Erst ab den 1990er Jahren ist über die Etablierung einer *Urban* als auch einer *Feminist Political Ecology* (Swyngedouw 1996; Harvey 1996; Rocheleau/Thomas-Slayter/Wangari 1996) der Versuch gelungen, politische Ökologie und deren Anwendbarkeit zu „globalisieren“, und damit zurück in die *Zentren* zu holen (vgl. Angelo/Wachsmuth 2015: 17f.).

Zudem lässt sich ab den späten 1980er Jahren, die in der einschlägigen Literatur oftmals als die goldenen Jahre der politischen Ökologie dargestellt werden, eine Abkehr von marxistischen Annahmen und Konzepten feststellen, hin zu einer stärker akteurszentrierten und weniger strukturalistischen politischen Ökologie (Bryant/Bailey 1997: 13f.). Diese Phase wurde durch die Arbeiten von Bryant (1992), Blaikie (1985), Blaikie und Brookfield (1987), Bassett (1988) sowie von Peluso (1992a) eingeläutet, die allen voran versuch(t)en einen breiteren Blick auf die Frage nach dem Einfluss von Machtverhältnissen auf Mensch-Natur-Interaktionen zu werfen. Ausgehend vom britischen Geographen Piers Blaikie entwickelte sich eine fruchtbare Diskussion um Möglichkeiten einer Verbindung von politischer Ökonomie und ökologischen Fragestellungen (Bryant/Bailey 1997: 11). So beschäftigte sich Blaikie in seinem

für die politische Ökologie bis heute wegweisenden Werk *The Political Economy of Soil Erosion in Developing Countries* (1985) mit Prozessen, „in which the development of capitalism affects peasantries and pastoralists, and thereby the ways in which they use the environment“ (Blaikie 1985: 119). Bodenerosion (wie sie Blaikie in Teilen Nepals beobachten konnte) könne demnach nicht einfach auf ein durch Überbevölkerung hervorgerufenen Missmanagement beschränkt werden, sondern müsse als ein soziales Problem, als eine Konsequenz eines von außen einwirkenden, sich intensivierenden kapitalistischen Verwertungsprozesses gesehen werden (vgl. Rocheleau 2008: 717). Bäuerinnen und Bauern werden durch einen solchen entweder landlos und damit zu Lohnarbeiter*innen oder geraten parallel zur Unterminierung einer vormalig in die Gesellschaft eingebetteten moralischen Ökonomie unter einen Akkumulationsdruck, der erst dazu führt, dass bestimmte Ressourcen übernutzt werden (Blaikie 1985: 7ff.). Die herrschende Klasse, wie Blaikie in seinem Fazit schreibt, wird erst dann einer Entwicklung wie Bodenerosion Einhalt gebieten, wenn diese ernsthaft die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals gefährdet (ebd.: 147).

Gemeinsam mit Harold Brookfield hat Blaikie den Sammelband *Land Degradation and Society* (1987) herausgegeben, der bis heute eine der zentralen Definitionen von politischer Ökologie als eine Kombination aus „concerns of ecology and a broadly defined political economy“ (ebd.: 17) beinhaltet und besonders im Kontext des Zusammenwirkens von sozialer und ökologischer Marginalisierung von Relevanz ist (Watts 2000: 262). Von kultur- und sozialanthropologischer Seite wurden unter dem Überbegriff politischer Ökologie frühe Bemühungen, ökologische als soziale Probleme zu thematisieren, in einem einflussreichen Sammelband von Little, Horowitz und Nyerges (1987) aufgegriffen. Ein Beitrag darin stammt von Schmink und Wood und zeigt, wie sich bereits mit Ende der 1980er Jahre die fallzentriert-materialistische, zumeist regionale politische Ökologie zugunsten einer, für eine Untersuchung von Diskursen und ideellen Konstellationen offenen politischen Ökologie neu ausrichtet (Schmink/Wood 1987: 51ff.; Bryant/Bailey 1997: 21). Dieser Trend spiegelt sich weitgehend in anderen Arbeiten dieser Zeit an der Schnittstelle von Anthropologie und Humangeographie wider, die deshalb die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit sprachlich-symbolischen Dimensionen betonen, weil letztere gesellschaftliche Verhältnisse und damit sozial-ökologische Entwicklungen gleichermaßen herausfordern wie reproduzieren (bspw. Peluso 1992b; Escobar 1996; aber auch Fairhead/Leach 1996 etc.). Von der politischen Ökologie nach der Jahrtausendwende lässt sich überhaupt von einer relationalen wie synthetischen politischen Ökologie sprechen, die vor allem im deutschsprachigen Raum im Rahmen des in der Marx'schen, später kritischen Theorie bemühten Konzepts der *gesellschaftlichen*

Naturverhältnisse materiell-physische und symbolisch-diskursive Dimensionen der Mensch-Natur-Interaktion vereint (Pichler 2014; Bauriedl 2016; Brad 2016). Zudem bewegt sich eine rezente politische Ökologie flexibel zwischen verschiedenen Forschungsfeldern und Disziplinen und schreckt nicht davor zurück, unter den Vorzeichen eines „new materialism“ bzw. eines „material turn“ (bspw. Bakker/Bridge 2006; Kazig/Weichhart 2009) Materialität sowie das Politische an sich über den Menschen hinaus zu denken (Gesing et al. 2019; siehe dazu Kapitel 2.2.3).

Nachdem wir uns mit den Vorläufern sowie den historischen und epistemischen Wurzeln der politischen Ökologie beschäftigt haben, ist es an der Zeit, zu den Annahmen, zentralen Charakteristika und Konzepten der politischen Ökologie überzuleiten.

2.2.2 Definitionen und zentrale Annahmen: Grundzüge der politischen Ökologie

In der zweiten Ausgabe des Buches *Political Ecology. A Critical Introduction* widmet sich Paul Robbins (2012) in einem eigenen Kapitel der Frage, was denn nun eigentlich politische Ökologie sei. Dafür greift er auf eine Reihe von Definitionen zurück, die politische Ökologie mal als eine „research agenda“ (Bryant 1992), mal als eine Perspektive (Rocheleau/Thomas-Slayter/Wangari 1996), als einen „approach“ (Warren/Batterbury/Osbahr 2001), als post-strukturalistisches Projekt (Escobar 1999), als „ethnography“ (Little 2007), oder, wie Robbins selbst schreibt (2012: 4), als „something people do“ auffassen. Gemein ist diesen Zugängen, dass sie davon ausgehen, „that politics is inevitably ecological and ecology is inherently political“ (ebd.: 3). Somit beziehen sie gegenüber apolitisch ökologischen sowie technologisch-modernisierungstheoretischen Ansätzen des Verständnisses des Zusammenwirkens von Mensch und *Natur* Stellung (ebd.: 14; Pichler 2014: 21ff.). Politische Ökologie ist dabei zugleich nicht nur eine „community of practice [kursiv im Original]“, sondern auch „a certain kind of text [kursiv im Original]“ (Robbins 2012: 5). Teilweise wurde im Rahmen der Frage nach der Position von politischer Ökologie in der (umwelt-)anthropologischen und humangeographischen Theorienbildung auch von einem subdisziplinären, später sogar quasi-disziplinären Ansatz gesprochen. Auffallend ist hierbei, dass politische Ökologie im anglophonen Raum seit Jahrzehnten als einer der zentralen Ansatzpunkte einer anthropologischen wie humangeographischen Umweltforschung angesehen wird (Perreault/Bridge/McCarthy 2015; Bryant 2015), während sie im deutschsprachigen Raum (bspw. Krings/Müller 2001) erst in den letzten Jahren und auch dann in einem geringeren Maße eine Rolle zu spielen beginnt (Wissen 2011; Bauriedl 2016: 341). Für meine Zwecke in dieser Arbeit eignen sich grundsätzlich alle oben skizzierten Herangehensweisen an politische Ökologie, manche mehr, andere weniger. So lässt sich für

mich politische Ökologie nicht nur auf einer theoretisch-konzeptionellen Ebene zur Anwendung bringen, sondern dient in Hinblick auf eine empirische Untersuchung *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* sowie mit diesen zusammenhängenden Konflikten als ein heuristischer Rahmen, jedenfalls aber als eine ambitionierte Herrschaftsanalytik.

2.2.2.1 Wozu politische Ökologie?

Ein wesentliches wissenschaftsphilosophisches Charakteristikum polit-ökologischer Forschung ist, wie Bryant und Bailey schon 1997 festhielten, ein tendenziell ökozentrischer Zugang (Bryant/Bailey 1997: 19f.). In Anlehnung an Garners Unterscheidung von Techno- und Ökozentrismus bedeutet das, dass sich ein Gros an Verfechter*innen politischer Ökologie gegen einen Anthro-, Andro- und Technozentrismus positioniert (Garner 1996: 30). Letztere ignorieren nicht nur ökosystemare Grenzen, sondern adressieren ökologische Problemstellungen als „neutrale“ und nicht mit sozialen Verhältnissen verknüpfte Phänomene (vgl. Pepper 1993). Demnach ist politische Ökologie in den meisten Fällen mit emanzipatorischen Ansprüchen verbunden (ein Meilenstein dahingehend stammt von Peet und Watts mit ihrem Sammelband *Liberation Ecologies* (1996b); siehe auch Gorz 2009 etc.).

Generell transzendiert politische Ökologie aufgrund ihrer Problembezogenheit, aber allein aufgrund des Umstands, dass Diejenigen, die politische Ökologie betreiben, zumeist aus unterschiedlichen Disziplinen kommen, disziplinäre Grenzen, teils Grenzen akademischer Institutionen (Greenberg/Park 1994; Bryant 1999). Am Beispiel unterschiedlicher Definitionsversuche der letzten Jahrzehnte werden damit korrespondierend unterschiedliche Zielsetzungen, Narrative und Forschungsbereiche der politischen Ökologie greifbar.

Während Cockburn und Ridgeway (1979) politische Ökologie als die Beschäftigung mit aktivistischen Ansätzen gegen bürgerliche Formen der Umweltbewegung des globalen Nordens verstehen, spricht Watts (2000: 257) von politischer Ökologie als einem Versuch Umweltkonflikte verstehbar zu machen, „especially in terms of struggles over ‚knowledge, power and practice‘ and ‚politics, justice and governance‘“. Somit ist politische Ökologie nicht nur eine Synthese sozialwissenschaftlicher Fragen zum menschlichen Zusammenleben mit solchen nach den „bio-environmental relationships“ (Greenberg/Park 1994: 1), sondern auch eine Bestrebung, *environmental change*, dessen politische Institutionalisierung und Umkämpftheit zur Sprache zu bringen. Hier geht es vor allem um das Aufdecken von gesellschaftlich wirksamen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die nicht nur bestimmen, welche Akteur*innen sich im Rahmen welcher sozialen Arrangements und vermittels welcher Strategien welche *Natur* in welchem Ausmaß aneignen dürfen (Martínez-Alier 1995), sondern

auch, wer in welcher Form und mit welchen Absichten Wissen sowie eine diskursive Deutungsmacht über *Natur* zu erlangen, mitunter zu monopolisieren vermag (Escobar 1998; Stott/Sullivan 2000). Darüber hinaus problematisiert politische Ökologie Fragen nach der Resilienz (Folke 2006; Turner 2014) gewisser Gruppen gegenüber den Einflüssen einer schädigenden *Natur* sowie deren entlang von Kategorien wie *Race*, Gender und Klasse prädisponierte Position in der Kontrolle und Gestaltung ebendieser *Natur*.

Im Kontext der ökologischen Krise beschäftigt sich politische Ökologie verstärkt damit, wie und vor allem von wem die Krise erzeugt, verschärft und erkannt wird und wer letztlich darunter zu leiden hat (Görg 2003a: 11f.; Brand/Brad 2016). Politische Ökologie bezieht sich zudem ganz wesentlich auf (umwelt-)historische Daten. Diese dienen in der Regel dazu, gewachsene soziopolitische Systeme in deren Transformation und Fortbestand zu erfassen und der Entstehung und Reproduktion von Ungleichheitskonstellationen nachzuspüren (bspw. Cronon 1996; Headland 1997). Wieder andere Charakterisierungsbemühungen, die die Handschrift einer *Post-Structuralist Political Ecology* tragen, sprechen von politischer Ökologie als „the study of the manifold articulations of history and biology and the cultural mediations through which articulations are necessarily established“ (Escobar 1999: 3). Eine derartige Lesart nimmt sich allen voran dem Vermittlungszusammenhang von Gesellschaft und *Natur* im Rahmen von „cultural politics, complex identities and contingent coalitions“ (Rocheleau 2008: 722) an.

Wie wir anhand der bisher skizzierten Lesarten von politischer Ökologie gesehen haben, können wir kaum von einer Uniformität, geschweige denn von einem kohärenten Katalog an für die politische Ökologie zentralen Annahmen und Kategorien ausgehen (Blaikie/Brookfield 1987: 25). So ist es gerade diese „Uneinheitlichkeit“, um nicht zu sagen Flexibilität politökologischer Konzeptionen, mit der sich situationsspezifisch arbeiten lässt (Turner 2014: 618ff.). Wiewohl gerade die Forschungsinteressen der politischen Ökologie so breit gefächert sind, hat Robbins (2012: 21ff.) einen Versuch unternommen, die zentralen Forschungsschwerpunkte der politischen Ökologie in Form von fünf Thesen zu umreißen: Dazu gehören für ihn als kleinster gemeinsamer Nenner der Fokus von politischer Ökologie auf 1) „Degradation and marginalization“, 2) „Conservation and control“, 3) „Environmental conflict and exclusion“, 4) „Environmental subjects and identity“ und 5) „Political objects and actors“. Mit diesen jeweiligen Schwerpunkten geht auch ein spezifisches Forschungsinteresse einher sowie im Idealfall ein spezifischer Beitrag, den die politische Ökologie in Hinblick auf das jeweilige Themengebiet zu leisten vermag. Bryant und Bailey sprechen in einem ähnlichen Zusammenhang von unterschiedlichen, aber keineswegs einander ausschließenden

„approaches“ einer politischen Ökologie. Dabei unterscheiden sie zwischen politischer Ökologie als (1) orientiert an einzelnen, lokal stattfindenden Umweltproblemen, (2) als Analyse und Kritik gängiger Umwelt-/Nachhaltigkeits- bzw. Entwicklungsdiskurse, (3) als überlokale *policy*-bezogene Perspektive, (4) als eine kritische politische Ökonomie von Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie (5) als auf Akteur*innen und deren Strategien zentriert (Bryant/Bailey 1997: 21ff.).

2.2.2.2 Ausgewählte Kategorien politischer Ökologie

Neben den soeben vorgestellten Schwerpunktsetzungen polit-ökologischer Forschung arbeitet politische Ökologie mit einem reichhaltigen Fundus an Konzepten, Kategorien und Analyseebenen (für eine umfassende Darstellung siehe Pichler 2014). Zunächst kommt eine politische Ökologie nicht umhin, Vermittlungs- und Aneignungsprozesse von *Natur* immer auch vor dem Hintergrund von unterschiedlichen *Scales* (bspw. lokal – regional – global) bzw. *Places* zu denken (Bryant/Bailey 1997: 33ff.). Das heißt, sie setzt sich mit Fragen der Räumlichkeit bzw. (Re-)Territorialisierung von Naturbeherrschung auseinander (Brad 2016: 355). Je nach *scale* existieren und dominieren spezifische Akteur*innen, spezifische Felder sozial-ökologischer Kämpfe und in diese eingelassene (Handlungs-)Logiken (vgl. Brosius 1999; Becker/Hummel/Jahn 2011). So muss sich politische Ökologie immer wieder mit der unterschiedlichen Gestalt und Artikulation von Phänomenen auf skalaren Ebenen befassen – von global, lokal, transnational, international bzw. national über staatlich, gruppen-/klassenspezifisch oder individuell (Zimmerer/Bassett 2003). Greenberg und Park (1994: 7) verweisen hierbei auf Eric Wolf und auf das für eine kultur- und sozialanthropologisch geprägte politische Ökologie axiomatische Im-Blick-Behalten von „complex interactions between local populations and the larger, even global political economies“. Demnach versuchen rezente polit-ökologische Forschungen an der Schnittstelle von *global* und *lokal* „the practical, and political implications of models of scale used to organize and interpret information“ aufzuarbeiten (Paulson/Gezon 2005: 14). Dabei ist die Analyseebene *Scale* für Anna Tsing (2000) nicht einfach eine universelle Realität, sondern selbst kontinuierlichen Aushandlungs- und Veränderungsprozessen unterworfen (Paulson/Gezon 2005: 14). In Bezug auf *Place* trifft das gleichermaßen zu, auch hier ist mit den Worten von Raffles (2002: 46) festzuhalten, dass “place, as much as race, class, and gender, itself a social relationship” darstellt (vgl. Burawoy 2000; Biersack 2006: 15ff.).

Eine weitere Komponente, die in keiner polit-ökologischen Arbeit fehlen darf, ist der Blick auf Institutionen, im Besonderen auf solche des Staates sowie deren Implikationen für

bestimmte Gruppen. So muss politische Ökologie im Zeitalter des (in Druck geratenen) Nationalstaats immer daran interessiert sein, den auf Menschen unterschiedliche Wirkungen zeitigenden „decision-making processes“ (Rocheleau/Thomas-Slayter/Wangari 2016 [1996]: 35) nachzugehen, sich also den „interactions of the state and the market and the influences on environmental outcomes“ anzunehmen (Neumann 2005: 6). Der Staat selbst ist in den meisten polit-ökologischen Zugängen keine neutrale Instanz, kein a priori dem Allgemeinwohl verpflichtetes Gebilde, sondern wird in Anspielung an Nicos Poulantzas (2002 [1978]) als ein historisch gewachsenes „verdichtetes Kräfteverhältnis“ aufgefasst. Das bedeutet nicht, dass „der Staat“ in einer marxistischen Manier als alleiniges Vehikel mächtiger Akteur*innen aufzufassen ist, sondern dass sich der Staat als ein umkämpftes Terrain antagonistischer Interessen gestaltet (Pichler 2014). Mit der Diskussion des Wesens, der Funktion und der Relevanz des Staates geht zumeist eine Diskussion über Fragen nach den Besitz- und Eigentumsverhältnissen einher, die durch staatliche und nichtstaatliche Institutionen abgesichert oder erst ermöglicht werden (Brand/Wissen 2011). So ist es ein wesentliches Moment von Umweltkonflikten bzw. von *ecological distribution conflicts*, um in der Diktion von Escobar (2016 [2006]) zu bleiben, sich entlang von Fragen nach dem (Nicht-) Zugang zu natürlichen Ressourcen zu materialisieren. Dabei ist zu bedenken, dass die (Nicht-) Möglichkeit der Nutzung gewisser Ressourcen keine Mensch-Objekt-Beziehung darstellt, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis repräsentiert und als solches immer in eine Gesamtheit an sozialen Beziehungen eingebettet ist (Paulson/Gezon 2005: 2f.; vgl. Thelen 2017: 146ff.).

An diesem Punkt kommt eine weitere Analysekategorie ins Spiel, die sich über den aus der jeweiligen Eigentumsform resultierenden Zugang zu Ressourcen, also zu den Produktionsmitteln bestimmt, nämlich jene der *Klasse*²³. Hier ist auffallend, dass selbst jene polit-ökologischen Arbeiten, die sich kritisch gegenüber marxistischen bzw. neomarxistischen Ansätzen positionieren, durchaus mit dem Konzept der *Klasse* operieren. So vertritt der Großteil der polit-ökologischen Forschungsgemeinschaft die Ansicht, ökologische Thematiken

²³ Meine Lesart von Klasse stützt sich gleichermaßen auf Marx wie auf Bourdieu. Während Marx von *Klasse* als einer Gruppe mit gemeinsamen Zielen und einer im Kontext von Produktionsmitteln gemeinsamen Stellung im Produktionsprozess gesprochen hat, attestiert Bourdieu dem Marx'schen Klassenbegriff *theoretischen Charakter*, wird Klasse doch erst durch Mobilisierung, durch Kämpfe im sozialen Raum als *reale* Kategorie hergestellt (Bourdieu 1998: 24ff.). Wenn ich in dieser Arbeit von Klasse spreche, dann verwehre ich mich einem marxistisch-dogmatischen Klassenbegriff, wie er bspw. von Lefèbvre (1965) kritisiert wurde, und bediene einen solchen, der sowohl aus der für Marx so zentralen Stellung im Reproduktions- wie Produktionsprozess (Marx/Engels 2013 [1848]: 52ff.) als auch aus Kämpfen mit und um Kapitalformen bei Bourdieu abgeleitet werden kann. Mir ist bewusst, dass ein Klassenbegriff, der sich rein aus den ökonomischen Verhältnissen ergibt und daraus Solidarität und Widerständigkeit ableitet, kaum den gegenwärtigen Realitäten entsprechen kann, sich auch in der Vergangenheit als irreführend herausgestellt hat (vgl. Marcuse 1967). Ich halte dennoch fest, dass Klasse als Zuschreibung und Selbstkonsolidierung von gesellschaftlichen Positionen ungebrochen eine relevante Struktur- wie Erfahrungskategorie darstellt (Eribon 2017).

würden über einen Klassencharakter verfügen, sei es in Bezug auf die Frage, wer sich natürliche Ressourcen aneignen darf/kann bis hin zum Faktum, dass ökologische Krisenerscheinungen unterschiedliche *Klassen* unterschiedlich stark betreffen (Cutter 1995; Martínez-Alier 2002; Robbins 2012). Somit geht politische Ökologie immer davon aus, dass Macht als eine soziale/relationale Kategorie daran beteiligt ist, dass gewisse Gruppen, im Weiteren gewisse Klassen, gegenüber anderen ihre Interessen durchzusetzen versuchen. Mehr noch, dass sich die Lebensweise der einen Gruppe (erst) auf Kosten anderer Gruppen verallgemeinern lässt (Brand/Wissen 2017).

Parallel zum Faktor Klasse haben Proponent*innen einer *Feminist Political Ecology* (hier besonders Rocheleau/Thomas-Slayter/Wangari 1996) in Auseinandersetzung mit kritisch feministischen Ansätzen, besonders mit solchen des Ökofeminismus dargelegt, wie sehr „human–environmental interactions and processes [...] *gendered*“ sind (Robbins 2012: 63). Also wie entlang der Differenzachse Geschlecht natürliche Umwelten unterschiedlich (sozial) wahrgenommen und angeeignet werden. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass in vielen Teilen der Welt Frauen – über eine im Rahmen einer *Domestic Mode of Production* spezifische geschlechtliche Arbeitsteilung – tendenziell stärker als Männer auf (Subsistenz-)Ressourcen aus ihrer unmittelbaren natürlichen *Umwelt* angewiesen und damit besonders vulnerabel gegenüber einer Zerstörung/Verknappung ebendieser sind (vgl. Shiva 1988), sondern auch damit, dass ein unbestreitbarer Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise, patriarchalen Strukturen, klassenspezifischer Ausbeutung der Frau und *Naturbeherrschung* existiert (Bennholdt-Thomsen/Mies/von Werlhof 1984; Biesecker/Hofmeister 2006).

Ein weiterer Fokus einer jeden politischen Ökologie zeichnet sich durch ihr besonderes Interesse für Akteur*innen, deren Strategien, *livelihoods* und Widerstandspraxen aus. Politische Ökologie geht somit sozialen Kämpfen nach und sieht genau hin, wer sich in welcher Form mit welchen Absichten und materiellen Voraussetzungen an der Gestaltung und Nutzung von *Umwelten* beteiligt und wie diese Beteiligung von strukturellen Entwicklungen beeinflusst wird (Bryant/Bailey 1997: 159ff.). Das bedeutet nicht, dass politische Ökologie der *Agency* einiger weniger eine exorbitante Wirkmächtigkeit beimisst, vielmehr versucht politische Ökologie gleichermaßen individuellen Handlungen (vor allem solchen des Widerstands) als auch historischen-strukturellen Einflussgrößen Rechnung zu tragen. Hier wurden bedeutende Anleihen aus den *Peasant Studies* bezogen, die sich rund um eine Integration von Konzepten wie *Moral Economy* bzw. *Everyday Resistance* in die politische Ökologie drehen (Scott 1976, 1985). Wieder andere für politische Ökologie maßgebliche Inputs erfolgten von hegemonie-, diskurstheoretischer sowie post-strukturalistischer Seite (Robbins 2012: 62f., 70ff.).

Eine letzte Anmerkung zu den Grundzügen politischer Ökologie betrifft das Begriffspaar „politische Ökologie“ selbst. So zeichnen sich politische Ökologien durch die Bank dadurch aus, dass sie unterschiedliche Gewichtungen des „Politischen“ wie des „Ökologischen“ vornehmen. Während Bryant (1991: 164) bspw. vorschlägt, Politik im erweiterten Sinne ins Zentrum politischer Ökologie zu rücken, hält Peterson (2000) fest, dass in den letzten Jahren gerade die Überbetonung politisch-institutioneller Einflussgrößen zu einer Vernachlässigung des „Ökologischen“ geführt habe (siehe dazu auch Vayda/Walters 1999).²⁴ Dadurch würde einmal mehr die so wertvolle Brücke zu den Naturwissenschaften eingerissen werden und politische Ökologie auf ein sozial- bzw. geisteswissenschaftliches Projekt reduziert, auf eine Analyse von „politics without ecology“ (Bassett/Zimmerer 2004: 103). Dieser nach wie vor präsente Konflikt ist insofern für uns relevant, als gerade der Versuch „to bridge the natural and social sciences in political ecology“ (Neumann 2005: 9) notwendigerweise zu ontologischen, epistemologischen und methodologischen Herausforderungen führen muss (vgl. Kapitel 3.1). Das wird dann besonders deutlich, wenn wir politische Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie aufeinander abstimmen, also rezente Ansätze aus der Umweltanthropologie (besonders jene nach der *ontologischen Wende*) mit solchen einer politischen Ökologie zusammenbringen wollen. Hier stellt sich einmal mehr die Frage, wie im Jahr 2019 eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie auszusehen hat, die nicht nur den Gegensatz von Natur und Kultur zu überwinden wissen sollte, sondern auch dem mononaturalistischen Eurozentrismus inklusive einem reduktionistischen Umweltdeterminismus den Kampf ansagt. Wie wir gesehen haben, ist die politische Ökologie zweifelsohne ein Kind der Kultur- und Sozialanthropologie, jedoch ein solches, das sich nicht nur im Rahmen ihrer „disciplinary transgression“ (Bryant 1999), sondern auch semantisch von den Eltern emanzipiert hat. Demnach gilt es im nächsten Abschnitt herauszufinden, in welcher Beziehung politische Ökologie heute (vor allem deren polit-ökonomische Tradition) zu Ansätzen symmetrischer Anthropologie nach Latour (2001), zu *Dwelling-* bzw. *Inhabiting-* Ansätzen nach Ingold (2000, 2011), zur post-strukturalistisch anti-essentialistischen Anthropologie der *Natur(en)* bei Escobar (1999) sowie zu Perspektiven wie jene von Descola (und Pálsson) (1996 bzw. Descola 2011, 2014) stehen. Nur so kann es uns gelingen, politische Ökologie gestärkt ins Herz umweltanthropologischer Auseinandersetzungen zurückzuholen.

²⁴ Mein persönliches Verständnis des „Politischen“ in der politischen Ökologie orientiert sich gleichermaßen an Chantal Mouffe sowie an Paulson, Gezon und Watts. Während Mouffe (1993: 3) vom „Politischen“ als ontologische Dimension spricht, die dem menschlichen Leben inhärent sei, wird das Politische bei letzteren Autor*innen als „the practices and processes through which power, in its multiple forms, is wielded and negotiated“ spezifiziert (Paulson/Gezon/Watts 2005: 28).

2.2.3 Herausforderung und Bereicherung: Politische Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie

Der Versuch, politische Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie (wieder) zu vereinen, mag auf den ersten Blick verwirrend erscheinen. Wurde nicht in den letzten Seiten der Eindruck vermittelt, politische Ökologie sei als eine *community of practice*, als *certain kind of text* ohnehin in einem weit gefassten kultur- und sozialanthropologischen Ansatzkanon angesiedelt? Die widersprüchliche Antwort darauf muss lauten: Ja und Nein. Ja, insofern als politische Ökologie als Perspektive, als eine Art, auf Mensch-Natur-Interaktionsprozesse und deren Machtförmigkeit zu blicken, nach wie vor von Kultur- und Sozialanthropolog*innen betrieben wird, die kultur- und sozialanthropologische Methoden zur Anwendung bringen und sich auf dementsprechend kultur- und sozialanthropologische Theorien beziehen. Nein, insofern als bestimmte Spielarten von politischer Ökologie unabhängig von ihrer disziplinären Verortung durch Diejenigen, die sie praktizieren, in Hinblick auf ihre Annahmen mit gewissen kultur- und sozialanthropologischen Ansätzen in Konflikt geraten. So ist die gegenwärtige Kultur- und Sozialanthropologie meinem Eindruck nach teils berechtigt, teils übertrieben skeptisch gegenüber der Rolle von politischer Ökonomie in sogenannten „chains of explanations“²⁵ (Blaikie/Brookfield 1987: 27). Darüber hinaus tun sich etliche kultur- und sozialanthropologische Ansätze (teils auch zurecht) mit materialistisch-polit-ökonomischen Erklärungsmodellen schwer, zu fest sind manche Kultur- und Sozialanthropolog*innen einem Gesellschaftsbegriff von Gesellschaft als Widerpart zu *Natur* und einem überbordenden Konstruktivismus verhaftet (Hornborg 2017). Das bedeutet nicht, dass ich die Wichtigkeit der Untersuchung der Konstruktion von *Natur* und Gesellschaft verkenne, vielmehr gehe ich in Anlehnung an einen kritischen Realismus nach Sayer (1992) davon aus, dass es neben diskursiv hergestellten Realitäten eben doch auch extradiskursive, zumindest temporär intransitive biophysische Realitäten gibt (Biersack 2006: 27f.). Diese beeinflussen, ermöglichen und verunmöglichen soziales Leben, determinieren dieses aber keineswegs (vgl. Escobar 1999: 3).

²⁵ Der Ansatz der „chains of explanation“ fungiert als Erkenntnisinstrument, wenn es darum geht, Erklärungen für das Zustandekommen von Phänomenen wie Hungersnöte (bspw. Watts 1983b) aus dem Zusammenspiel und den quasi-kausalen Abhängigkeiten von unterschiedlichen skalaren Ebenen, Akteur*innen und Elementen abzuleiten (vgl. Sayer 1992). So kann bspw. eine Veränderung auf Ebene von transnationalen Institutionen Druck auf Nationalstaaten ausüben, die diese wiederum an lokale Institutionen und an die Bevölkerung weitergeben. Harold Brookfield hat selbst darauf hingewiesen, dass wir es uns durch solche Ansätze nicht leichtmachen dürfen, dass es verfehlt wäre, alles in ein kapitalozentrisches und ökonomistisch-strukturalistisches Top-Down-Schema zu pressen. Dianne Rocheleau (2008) hat deshalb vorgeschlagen, das Konzept der „chains of explanation“ zugunsten von „webs of relations“ zu adaptieren. Letzteres beinhaltet eine Korrektur von einseitig strukturalistischen Analysen hin zu einem Anerkennen der multiplen und keineswegs vorbestimmten Beziehungen zwischen unterschiedlichen Entitäten: „We all live in emergent ecologies – complex assemblages of plants, animals, people, physical landscape features, and technologies – created through the habit-forming practices of connection in everyday life“ (Rocheleau 2008: 213).

Intention dieses Abschnitts wird es sein, zuerst eine kultur- und sozialanthropologisch verfasste Kritik der politischen Ökologie anzustellen, um im Anschluss einen Syntheseversuch vornehmen zu können.

2.2.3.1 Antithese? Zur kultur- und sozialanthropologischen Kritik der politischen Ökologie

Der erste Kritikpunkt an diversen Spielarten politischer Ökologie betrifft bereits die Grundbegrifflichkeiten, mit denen letztere operieren – angefangen von Gesellschaft, Macht, *Kultur* und *Natur*. Bruno Latour (2001: 10ff.) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass im Rahmen der Konstitution politischer Ökologie als eine *community of practice* Begriffe zusammengebracht wurden, die weder ausreichend reflektiert, noch in einem weiteren Schritt aufeinander abgestimmt wurden. So brühte sich die politische Ökologie zwar damit, die Dichotomie von Natur und Kultur zu überwinden, trage aber durch die Übernahme derselben belasteten Konzepte dazu bei, diese kritisierte Trennung zu reproduzieren (vgl. Pálsson 2006) und zuletzt auch denjenigen Gruppen unterzujubeln, die eine solche in „ihrem Ontologie-System“ gar nicht erst vornehmen (vgl. auch Descola 2011). Für Latour gibt es aus diesem Dilemma nur einen Ausweg, nämlich den Weg einer symmetrischen Anthropologie einzuschlagen, die sich von den seiner Ansicht nach zu Recht in Ungnade gefallenem Sammelbegriffen der *Natur* und *Kultur* distanziert. Latours Kritik (2001: 67) dreht sich dabei ganz wesentlich um die Feststellung, dass eine anthropologische politische Ökologie nach wie vor an einem plumpen „Mononaturalismus“ und einem als dazu inkommensurabel diskutierten „Multikulturalismus“ festhalte. Sie habe sich bis dato nicht ernsthaft genug mit ihren eigenen epistemologischen Grundpfeilern beschäftigt und wähne sich in einem Trugschluss, „der die Abendländer glauben läßt, dass sie sich von der Natur losgerissen [hätten] [...]“ und der „den anderen (!) Kulturen glauben ließ, daß sie lange Zeit Naturordnung und Gesellschaftsordnung verschmolzen hätten und endlich die Natur der Dinge [...] berücksichtigen müßten, um zur Modernität zu gelangen“ (ebd.: 65; vgl. Latour 2006 [1993]: 599ff.). Nach Latour haben jedoch „die anderen Kulturen“ Natur- und Gesellschaftsordnung keineswegs vermengt, sondern eine solche Unterscheidung aufgrund fehlender Relevanz schlicht ignoriert. Sie seien demnach „der Natur nicht nahe, denn sie haben diese nie losgelöst von ihrem Kollektiv gesehen“ (Latour 2001: 65; für eine spannende Kritik an Latours politischer Ökologie siehe Hornborg 2013: 8).

Dieser Kritikpunkt geht ganz wesentlich in einen nächsten über, der allen voran von einem politischen Ökologen selbst, Arturo Escobar, formuliert wurde und sich zwar etwas anders als bei Latour richtet, aber doch ähnlich ambitioniert der „question of nature“ (Escobar 1999: 1) in der Kultur- und Sozialanthropologie annimmt. Dabei stellt Escobar in seinen

Arbeiten (bspw. 1998; 1999) zur Debatte, inwiefern die polit-ökologische Perspektive durch ihre kritisch polit-ökonomischen Kategorien zu stark essentialistische Deutungen (von Natur) bediene und damit das Konstruierte, das Diskursive vernachlässige (Escobar 1999: 2ff.). So müsse laut Escobar (ebd.: 5) mitgedacht werden, „that nature is differently experienced according to one’s social position and that it is differently produced by different groups or in different historical periods“.

Ein weiterer, sich bei Abgleich mit der politischen Ökologie als herausfordernd aufzufassender Impetus lässt sich aus der (post-strukturalistischen bzw. postmodernen) Umweltanthropologie eines Descola oder Pálsson ableiten. Diese beiden haben gemeinsam, dass sie sich im Rahmen ontologischer Fragestellungen, also solcher des „Was kann in welcher Form existieren“, der Dekonstruktion und Neuzusammensetzung des *Natur*-Kultur-Gefüges und damit zusammenhängenden Fragen nach der Sozialität der in diesem Gefüge agierenden Entitäten widmen (siehe hierfür bspw. Mader 2017). Descola bringt stellvertretend die zentrale Bemühung eines solchen Projektes auf den Punkt, nämlich:

„[w]ie sich Natur und Gesellschaft, Menschen und Nichtmenschen, Individuen und Kollektive zu einem neuen Gefüge zusammensetzen lassen, indem sie sich nicht mehr gleichsam zwischen Substanzen, Prozessen und Vorstellungen verteilt darstellen, sondern als instituierte Ausdrucksformen von Beziehungen zwischen vielfachen Entitäten, deren ontologischer Status und deren Handlungsfähigkeit je nach den Positionen variieren, die sie zueinander einnehmen“ (Descola 2014: 11).

Somit fordert Descola eine „Ökologie der Beziehungen“ (ebd.), die sich gegen die anthropozentrische Universalisierung einer naturalistischen Ontologie der „Moderne“ (vgl. dazu Lévi-Strauss 1973 [1962]) wendet und dem Modus einer *sozialen Ökologie* im wahrsten Sinne des Wortes folgt. Das ist empirisch dadurch zu rechtfertigen, dass es viele Gesellschaften gibt, in denen „plants and animals and other entities [...] to a socioeconomic community, subjected to the same rules as humans“, gehören (Descola/Pálsson 1996: 14). Hier sind Descola und politische Ökologie zunächst noch auf einer Linie, weil auch die rezente (relationale) politische Ökologie davon ausgeht, dass nicht nur *Natur* und *Kultur* als Kontinuum anzusehen sind, sondern sämtliche Elemente dieses Kontinuums erst durch Beziehungen zueinander konstituiert und sinnhaft werden. Das bedeutet, dass politische Ökologie, sofern sie auf allzu statische Analyseansätze verzichtet, durchaus als relationaler Ansatz fungiert.

Problematisch wird es, so Descola (2014: 63f.), immer dann, wenn marxistische Autor*innen (und politische Ökologie ist nicht ausschließlich, aber doch nach wie vor erheblich von solchen geprägt) den Menschen kategorisch als „ein bedürftiges Wesen [darstellen], sodass der objektive Kern seines Handelns in der Welt nur eine Instrumentalisierung der materiellen Realität durch die Arbeit sein kann“. Dadurch wird die für eine holistische Kultur- und

Sozialanthropologie so wichtige „Welt der Vorstellungen“ von der Realität isoliert und entweder zu einem Epiphänomen oder aber zu einem Filter reduziert, der erst rückwirkend die Modi der materiellen Aneignung verstehbar machen bzw. ideell absichern soll. Damit wird im schlimmsten Fall ethnographische Forschung obsolet, da soziales Handeln von den immer gleichen Strukturen geprägt und dadurch vorhersehbar wird (Descola 2014: 64).

Während Descola über eine Ökologie der Beziehungen dem relationalen Charakter des Zusammenlebens verschiedenster Entitäten nachzugehen versucht, ist Tim Ingolds Ansatz des *Dwelling* (später: des *Inhabiting*) von phänomenologischen Ansätzen inspiriert. Für Ingold geht es weder darum, eine in der Auseinandersetzung mit dem Erbe des französischen Strukturalismus *soziale Ökologie* auf Basis unterschiedlicher Ontologie-Konzeptionen zu skizzieren, noch darum, wie Escobar, die diskursive Konstruktion von *Natur* eingehender zu thematisieren, sondern darum, eine Ontologie des *Dwelling* zu umreißen (Ingold 2000: 172ff.). Diese zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen ihre *Umwelt* (diesen Begriff entlehnt Ingold von Jakob von Uexküll) eben nicht (bloß) konstruieren, nicht (bloß) bebauen (= *building perspective*), sondern (in Anlehnung an Martin Heidegger) diese bewohnen (= *dwelling perspective*). Erst durch dieses Bewohnen, durch das In-der-Welt-Sein wird das darauffolgende Bebauen dieser erlebten Welt nachvollziehbar (ebd.: 185ff.). Dieser Ansatz begründet nicht zuletzt eine neuartige Ökologie, die darauf abzielt,

„die menschliche Existenz, wie die anderer Wesen auch, von Anfang an als aktive, praktische und wahrnehmende Auseinandersetzung mit den Konstituenten der bewohnten Welt zu begreifen. ... [D]as Begreifen der Welt [ist] nicht eine Sache der Konstruktion, sondern der Auseinandersetzung, nicht eine Sache des Bauens, sondern des Bewohnens, nicht eine Sichtweise der Welt, sondern eine Sichtweise in der Welt“ (Ingold 2002: 72).

Insofern muss sich eine Anthropologie des Bewohnens nicht mit den mühsamen Konstruktionen der Moderne (augenscheinlich an der Dichotomisierung einer *real* und einer *perceived environment*) aufhalten, sondern kann sich auf die Lebenswelt der Bewohnenden und deren Erfahrungen konzentrieren. Analog zur Transition von einer *building* zu einer *dwelling perspective* ergibt sich ein Einfluss auf das Verständnis von *Landschaft* als eine *taskscape made visible*²⁶. Die *tasks* als solche sind dabei selbst die konstitutiven Akte des Bewohnens (Ingold 2000: 193ff.), also all jene Handlungen, die von den Bewohnenden im Zuge ihres komplexen Seins in der Welt ausgeführt werden und über eine sich beständig transformierende *Landschaft* sichtbar werden. Es ist nicht überraschend, dass die (bei Ingold ursprünglich aus seinen

²⁶ Zum Konzept der *taskscape* hat Tim Ingold (1993: 158) folgendes zu sagen: „Just as the landscape is an array of related features, so – by analogy – the taskscape is an array of related activities. [...] In short, the taskscape is to labour what the landscape is to land, and indeed what an ensemble of use-values is to value in general“.

Forschungen mit Jäger-Sammler-Gesellschaften abgeleitete und anschließend als eine „Gegen-Ontologie“ zum westlichen Naturalismus aufgestellte) Logik des Bewohnens mannigfache Parallelen zur politischen Ökologie zulässt. Zugleich hat Ingold in Hinblick auf die Vereinbarkeit der *dwelling perspective* mit politischer Ökologie selbst eingeräumt, dass es ein Problem des Konzepts des *Dwelling* sei „that it sounds altogether too cosy and comfortable, conjuring up a haven of rest where all tensions are resolved, where the solitary inhabitant can be at peace with the world“ (Ingold 2005: 503). Ingold betont, dass eine solche Lesart nicht intendiert gewesen sei, dass er sehr wohl davon ausgehe, dass eine *dwelling perspective* anerkenne, „that human lives are lived collectively within fields of power“ (ebd.).

Umgekehrt darf vonseiten der *dwelling perspective* nicht außer Acht gelassen werden, dass viele Spielarten politischer Ökologie nach wie vor eher einem Bebauen denn einem Bewohnen der Welt Rechnung tragen. So ist vor allem der Aspekt der konzeptionellen Erfassung der Welt als Vorbedingung des machtförmigen Lebens *mit* und *in* einer solchen besonders stark in der strukturalistischen politischen Ökologie ausgeprägt und lässt in der Form kaum Spielraum für einen phänomenologischen Blick auf die praktischen Implikationen des In-der-Welt-Seins (für eine anders gerichtete Kritik dazu vgl. Descola 2014: 71ff.).

Schlussendlich sei ein Kritikpunkt angesprochen, der vom Sozialanthropologen Andrew Vayda in die Diskussion eingebracht wurde und politischen Ökolog*innen vorwirft, „[to] not even deal with [...] the influence of politics in effecting environmental change but rather deal only with politics [...]“ (Vayda/Walters 1999: 168). Konträr dazu fordert Vayda eine Umstrukturierung der politischen Ökologie zugunsten einer *event ecology*, die ausgehend von konkreten Ereignissen Mensch-Natur-Interaktionen zu untersuchen sucht (ebd.: 169ff.; McCay 2008: 20f.). Damit wenden sich Vayda und McCay gegen eine politische Ökologie, die mit simplifizierenden Kategorien arbeitet und über den immer gleichen (polit-ökonomischen) konzeptionellen Rahmen zu reduktionistischen Analyseergebnissen kommt.

Nach dieser Kritik und den durch diese partiell sichtbar gewordenen Komplementaritäten zwischen ausgewählten und ihrerseits kritisch zueinanderstehenden Ansätzen einer rezenten Umweltanthropologie und der politischen Ökologie gilt es jetzt Position zu beziehen. Demnach werde ich im nächsten Abschnitt versuchen, auf die berechtigte Kritik an der politischen Ökologie einzugehen, mit dem Ziel, eine politische Ökologie zu zeichnen, die nicht alle, aber doch einige an sie gestellte Anforderungen zu erfüllen vermag und den Namen einer kritischen kultur- und sozialanthropologischen politischen Ökologie verdient.

2.2.3.2 Synthese! Für eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie

Eine konstruktive Reaktion auf die bis dato geäußerten kritischen Vorbehalte gegenüber der politischen Ökologie muss versuchen, diese Punkte nicht nur zu entkräften, sondern vielmehr in den bestehenden Rahmen zu integrieren. Nur so lässt sich meiner Meinung nach politische Ökologie auf Höhe ihrer Zeit betreiben.

Für eine Erwiderung der von Bruno Latour formulierten Kritik an der Übernahme von problematischen Begriffen wie *Natur* und *Kultur* im Kontext eines *First Great Divide*, aber auch eines *Second Great Divide*²⁷ muss meines Erachtens zunächst die bereits im Kapitel 1.2 skizzierte Unterscheidung der ontologischen und analytischen Bedeutung der Natur-Kultur-Kollektive weiter ausgearbeitet werden (vgl. Kapitel 1.2).

Entgegen der naturalistisch-strukturalistischen Unterstellung ihrer Universalität ist die Natur-Kultur-Dichotomie aus Sicht der rezenten Umweltanthropologie ontologisch vielfach nicht haltbar, nicht nur, weil eine solche von gewissen Gesellschaften nicht vorgenommen wird, sondern auch weil in ebendiesen die beiden Kollektive in einem emischen Sinne erst gar nicht bzw. in einer anderen Konfiguration existieren (Escobar 1999; Viveiros de Castro 2015; Sahlins 2017). Oder aber, wenn sie es doch tun, hochgradig kulturalisiert (Escobar 1999: 1f.), politisiert (Ingold 2005: 503), wenn nicht allgemein problematisch sind (Morton 2007). Gleichzeitig muss in jenen Gesellschaften, die für sich die cartesianische Trennung von Natur und Kultur beanspruchen und auf Basis eines solchen Ontologie-Typus *Naturbeherrschung* zu rechtfertigen suchen, aus polit-ökologischer wie aus evidenzbasierter Perspektive eher von einer gesellschaftlichen Vermitteltheit zwischen den Relaten *Natur* und *Kultur* die Rede sein (Köhler/Wissen 2010; Pichler 2014: 19)²⁸. Davon zeugt die zum polit-ökologischen Credo avancierte Tatsache, dass im Jahre 2018 kein „Stück“ Erde mehr existiere, das nicht unter irgendeiner Form soziopolitisch vermittelter Kontrolle stünde (Robbins 2012: 11ff.). Selbst die Entscheidung eine gewisse Region der Erde (vom *Yellow Stone Nationalpark* bis zur Antarktis) „ungenutzt“ zu lassen ist (wiewohl geprägt durch Gründe wie Zugänglichkeit, Klima, Ressourcenausstattung etc.) eine im Kern immer auch politische. Die Welt setzt sich somit nicht

²⁷ Bei letzterem geht es darum, eine ontologische Position, nämlich jene der fundamentalen Binarität von Natur und Kultur auf andere Gesellschaften auszudehnen, um damit eine Argumentation des essentialisierten Wir-gegen-die-Anderen vor dem Hintergrund der Debatte um den Unterschied von „traditionell“ und „modern“ zu stützen (Latour 1993).

²⁸ Gleichzeitig darf dieser Vermittlungszusammenhang trotz der Problematik der beiden Konzepte (und der etwaig dabei auftretende Anspruch, diese vollends auflösen zu wollen) keinesfalls einen Monismus von Natur und Kultur bedeuten (vgl. Fußnote 10, S. 15). Bereits Marx und später Adorno haben im Zuge der Diskussion der für den dialektischen Ansatz konstitutiven *Nicht-Identität* darauf aufmerksam gemacht, dass Natur nicht bedingungslos mit Kultur zusammenfallen kann: Würde es nämlich keine zwei differenten Sphären geben, könne auch nicht von Verhältnissen zwischen diesen beiden gesprochen werden (Görg 1999; Görg 2003a: 20; Görg 2008: 97).

aus einer einzigen Natur, dem eine Vielzahl an Kulturen (!) gegenübersteht, zusammen, sondern repräsentiert ein *meshwork* (Ingold 2007) von „politicised environments“ (Bryant/Bailey 1997; Robbins 2012), von Manifestationen einer „second nature“ (Smith 1998), einer „socationature“ (Swyngedouw 1999) bzw. einer „social nature“ (Castree/Braun 2001). Im Zeitalter des Anthropozäns kann die Vorstellung einer vom Menschen ganz unbeeinflussten und unveränderlichen *Natur*, einer unberührten Wildnis, also nur ein Trugschluss sein (vgl. Cronon 1996; Latour 2004). Aus dieser Feststellung könnten gleichfalls zwei problematische Schlussfolgerungen gezogen werden, die ich in aller Kürze antizipieren möchte.

Die erste wäre es, einem eurozentrischen Anthropo- (und mitunter einem Techno-) Zentrismus anheim zu fallen, also zu glauben, dass es der Mensch und nur dieser ist, der die Erde gestaltet und aus einer solchen Schlussfolgerung voreilig von einer durchgängig stattgefundenen *Naturbeherrschung*, einer völligen *Kolonisierung* und *Anthropomorphisierung von Natur* auszugehen (vgl. Catton/Dunlap 1978: 43; Ingold 2005: 505ff.). Auf den ersten Blick mag das nicht abwegig erscheinen, wenn wir uns den Menschen als Erzeuger des Anthropozäns, als Verursacher des Klimawandels vor Augen halten (IPCC 2015; Latour 2018). Gleichsam ist es aber *nicht nur* der Mensch, der agiert, sondern in Anlehnung an die *Actor Network Theory* (ANT) bei Latour (2005) viele verschiedene Entitäten, die – um den Bogen zu Ingold, Descola, Pálsson, aber auch zu Haraways (1991) „cyborgs“ zu schlagen – zusammengenommen diese Welt im Rahmen einer „Ökologie der Beziehungen“ *bewohnen*. Diese Entitäten sind es, die die Welt als *taskscape* durch ihre interaktiven Performanzen gestalten, die sich in einem gemeinsamen Prozess als „biosocial becomings“ formieren (Ingold/Pálsson 2013) Dabei sind die (hybriden) Entitäten „themselves agents [...] who „reciprocally ‚act back‘ in the process of their own dwelling“ (Ingold 2000: 199). Politische Ökologie darf somit trotz des Primats des Politischen das Politische nicht auf den Menschen beschränken, vielmehr ist das Zusammenwirken, das umkämpfte „becoming with“ (Haraway 2008) von all diesen verschiedenen Parteien in einem aus multiplen Realitäten bestehenden „Pluriverse“ (Escobar 2018), ein beständiges Kräftespiel mit offenem Ende. Es lässt sich behaupten, dass es sich gerade die rezente politische Ökologie zur Aufgabe gesetzt hat, politische Ökologie über den Menschen hinaus zu denken und zu betreiben (Bennett 2010; Becker/Otto 2016; Gesing et al. 2019). Dafür brauche es aber, wie Karlsson (2018) unter Verweis auf Anna Tsing diskutiert, einen inklusiven Begriff des Politischen, der Raum lässt für die *Agency* unterschiedlicher Spezies. So sehr sich ein derartiger Zugang unter dem Header einer *multi species ethnography* (Kirksey/Helmreich 2010) als fruchtbar für eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie herausgestellt hat, so berechtigt erscheint andererseits die daran geübte Kritik.

Letztere erfolgt vor allem von solchen, die in marxistischen Kategorien denken und (dadurch) eher skeptisch gegenüber *posthumanistischen* Ansätzen von Latour, Ingold bis Haraway auftreten (bspw. Castree 2002). So kritisiert der Anthropologe Alf Hornborg in einem konzisen, wenn auch tendenziell ökonomistischen Text, wie gerade das mit der *ontologischen Wende* assoziierte Auflösen von Subjekt-Objekt-Grenzen und die Zuschreibung einer *Agency* an alle „inanimate entities“ letztlich dem entspricht, was Marx als Fetisch, als Mystifizierung ökonomischer/sozialer Verhältnisse bezeichnen würde (Hornborg 2017: 96). So verständlich es nach Hornborg sein würde, die Natur-Kultur-Dichotomie ob ihrer westlichen Hegemonialansprüche auflösen zu wollen, so gefährlich sei es durch (verworrene) Versuche wie eine „anthropology of life“ (Ingold) oder wie ein „Parlament der Dinge“ (Latour) Machtverhältnisse und globale ökonomische Abhängigkeiten aus dem Blick zu verlieren (ebd: 101ff.).

Die zweite problematische Annahme wäre es, in Beibehaltung der Konzepte der *Natur* und *Kultur* davon auszugehen, dass es nun die Sphäre der Kultur sei, die neuerdings alles andere verschluckt hätte, dass *Natur* (und deren Materialität) längst bedingungslos und überall unter der Ägide menschlicher Willkür stünde und somit in die Bedeutungslosigkeit geschlittert wäre (vgl. Giddens 1990, 1996). Vor dem Hintergrund der angesprochenen Kritik an einer singulären Naturbegrifflichkeit, die durch eine unterstellte Allgemeingültigkeit hochgradig entpolitisiert daherkommt (Swyngedouw 2009a: 373), kann dieser Feststellung, wiewohl eingeschränkt, etwas abgewonnen werden. Ungeachtet dessen sollte aber auch nicht vergessen werden, dass (bei aller Kritik) eine völlige Abkehr von *Natur* als Kategorie schon in der Vergangenheit solche Tendenzen befördert hat, die ökosystemare Entwicklungen auf gesellschaftliche Konstruktionsprozesse reduzieren. Das ist deshalb problematisch, weil dadurch die vom Menschen beeinflusste, aber niemals vollkommen kontrollierbare Eigendynamik und Materialität von *Natur* ignoriert wird (Görg 2003b; Görg 2008; Becker/Otto 2016; vgl. auch Sayer 1992: 28). Im Gegenteil würde ein Kulturdeterminismus hofiert, der *die Herrschaft der Kultur über die Natur* postuliert, damit die *Natur* auflöse und im schlimmsten aller Fälle diesen Akt zu einem Charakteristikum der *Moderne* stilisiere, ohne dabei zu berücksichtigen, dass das kulturelle Sein des Menschen keineswegs ein Ende der Ökologie sowie der (vom Menschen unabhängigen) Materialität zur Folge haben müsse. Vielmehr habe sich ein polit-ökologischer Zugang, wie Escobar (1999: 3) klarmacht, „for a balanced position“ einsetzen, „that acknowledges both the constructedness of nature [...] and nature in the realist sense, that is, the existence of an independent order of nature [...]“.

Im Gegensatz zur ontologisch komplizierten, weil nicht verallgemeinerbaren Differenzierung von Kultur und Natur ist eine dergestaltete Binarität in besonderen Kontexten nachvollziehbar, in manchen sogar notwendig (siehe Fußnote 13, S. 41; Hornborg 2013: 9). Zum ersten ist für viele Menschen, die im weitesten Sinne einer naturalistischen Ontologie anhängig sind (und in anthropologischen Forschungen gerne übersehen werden), diese Trennung eine Realität, sie ist in deren Nutzung und Wahrnehmung der Welt verankert, manifestiert sich nicht nur sprachlich, sondern auch in ihren (Alltags-)Handlungen (Herrmann 2016: 41). Allein dadurch ist diese Trennung ernst zu nehmen, wiewohl mitzudenken ist, von wem eine solche zu welchen Zwecken heraufbeschworen wird (Williams 1980; Böhme 1992). Zum anderen mag für heuristische ebenso wie für realpolitische Zwecke (bspw. im Kontext von Umweltschutz) eine (strategisch essentialistische) Differenzierung von Natur und Kultur brauchbar erscheinen (Herrmann 2016: 39), wenn sie auch spätestens auf einer erkenntnistheoretischen Ebene erneut zu Problemen führt. Insbesondere dann, wenn wir es mit Fragen der Kommensurabilität unterschiedlicher Naturbegriffe und –formen zu tun haben (vgl. Escobar 1999; Castree/Braun 2001). Zudem zeigt sich, wie Görg (2003a: 21) meiner Ansicht nach vollkommen richtig bemerkt, dass nur der Hinweis auf die Überwindung der Unterscheidung von Natur und Kultur zu wenig sei, es brauche über das Lippenbekenntnis hinaus eine progressive Analytik zur Beschäftigung mit den Verhältnissen zwischen diesen beiden. Für eine solche werde aber, wie in Anlehnung an Adorno (1979) weiter unten noch ausgeführt wird, ein entsprechender (gesellschaftlicher) Naturbegriff benötigt, der weder „Natur [ausschließlich] als eine vorausgesetzte Ontologie“, noch als Epiphänomen kultureller Konstruktion, „sondern als eine vergesellschaftete Natur betrachtet, ohne deren Priorität damit infrage zu stellen“ (Görg 2003a: 31; vgl. Eder 1988).

In einem normativen Zusammenhang wiederum ist die Natur-Kultur-Dichotomie mit diversen Bewertungen aufgeladen – von der sorgenden „Mutter Erde“ bis hin zur Unbarmherzigkeit der Natur, vom Menschen als dem Zerstörer der Natur bis hin zur Natur als schädigende *Natur-Katastrophe* (Morton 2007: 14; Herrmann 2016: 39ff.). Zudem geht von der (normativen und an Jean-Jacques Rousseau erinnernden) Frage, was „natürlich“ ist und was nicht, welche Grenzen in Hinblick auf ökologische Krisentendenzen zu ziehen sind, ein erhebliches Konfliktpotential aus (Görg 1999; Swyngedouw 2007). Nicht selten sind in damit assoziierten Kämpfen diejenigen Gruppen siegreich, die es vermögen, für ihre Zwecke das Instrumentarium der Naturalisierung einzusetzen (Hauser-Schäublin 2001: 16; vgl. Kapitel 4.2).

Was bedeuten diese Überlegungen nun für eine kultur- und sozialanthropologische Version der politischen Ökologie? Zunächst muss sich eine ernst zu nehmende politische Ökologie an einer im weitesten Sinne symmetrischen Anthropologie abarbeiten, die – wie soeben angesprochen – einen kritischen Blick auf das Kontinuum zwischen *Natur* und *Kultur* wirft. Das soll heißen, dass nicht in jedem Zusammenhang eine Binarität der beiden Pole kategorisch abzulehnen ist, dass aber erst der Blick auf Überschneidungen und Wechselwirkungen zwischen *Natur* und *Kultur* eine umfassende Revision ermöglicht (vgl. Hornborg 2017). Für die Zukunft jedenfalls darf weder *Natur*, noch *Kultur* eine erneute Oberhand als universales *Explanans* gewinnen.

Eine kritische Kultur- und Sozialanthropologie widmet sich ganz allgemein dem sozial vermittelten und empirisch fassbaren In-der-Welt-Sein und trägt den gesellschaftlichen Wirkzusammenhängen, die diesem In-der-Welt-Sein materiell wie ideell zugrunde liegen, Rechnung. So können letztere der Dichotomie von Natur und Kultur eine Berechtigung geben, sie ablehnen, eine solche gar nicht existieren lassen oder soweit gehen, die Annahme von Kultur als Resultat von Natur ganz umzudrehen (Sahlins 2017: 187ff.). Eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie muss außerdem gleichermaßen phänomenologische sowie diskursive Dimensionen miteinbeziehen (Karlsson 2015). Vor allem im Zusammenhang mit der für die politische Ökologie zentralen Analyse von *socioenvironmental conflicts* kann eine dezidiert anthropologische, konkreter eine ethnographische Perspektive im Gegensatz zu anderen disziplinären Zugängen diejenigen Konflikte aufzeigen, “that are not yet politically manifest in the formal public sphere because the social groups involved are politically marginalized or “invisible” to the State” (Little 2007: o.S.).

Nicht nur seit Geertz (1988: 141) beschäftigt sich die Anthropologie mit „real people in real places at real times“. Insofern ist eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie in der Tradition von Eric Wolf nicht nur kritisch polit-ökonomisch, sondern vor allem empirisch feinkörnig und an den Lebensrealitäten der Menschen interessiert (Little 2007). Diese variieren zum Teil beträchtlich, sind keinesfalls zu verallgemeinern, nicht ausschließlich, wenn auch erheblich von Machtverhältnissen beeinflusst und von individuellen Biographien, (Subjektivierungs-)Praxen, mitunter auch vom Zufall geprägt (Agrawal 2005). Das bedeutet, dass nicht immer und überall die dominante Produktionsweise das alleinige Initiationsmoment sozialer Veränderung ist, sondern ein komplexes Bündel an verschiedenen Faktoren in Form von „web of relations“ (Rocheleau 2008) Handeln verunmöglicht, ermöglicht und leitet. Umgekehrt muss eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie auf Höhe ihrer

Zeit der Frage nach der „natural agency“ (Little 2007), nach einer „agentic nature“ (Haraway 1991) nachgehen, also sich ansehen, wie diejenigen Entitäten, die in der Vergangenheit verkürzt der Sphäre der Natur zugeordnet werden, ihrerseits auf den Menschen sowie auf alle anderen beteiligten Parteien zurückwirken. Das Politische, konkreter die Machtförmigkeit von sozialen Beziehungen ist – in Erwiderung der von Latour (2005: 160) und Gledhill (2009) geäußerten Kritik an der Überbetonung von *power* (nicht nur, aber auch) in der politischen Ökologie – keineswegs ein universales „key explanatory device“ (Karlsson 2015: 354), sondern eine von vielen ausschlaggebenden Einflussgrößen.

Eine kultur- und sozialanthropologisch beeinflusste politische Ökologie muss somit zuvorderst der Komplexität der Prozesse des Bewohnens und Bebauens der Welt gerecht werden. Sie hat nicht nur diachron, sondern auch synchron vorzugehen, das heißt, sie muss der historisch gewachsenen Dimension politisch vermittelter Naturaneignungsprozesse eine gegenwartsorientierte Funktionalitäts- und Lebensrealitätsuntersuchung zur Seite stellen. Letztere zeichnet sich mit George Marcus (1998: 83) dadurch aus, dass sie eine „research predicated upon attention to the everyday“ darstellt und somit auf eine Annäherung an ein „intimate knowledge of face-to-face communities and groups“ abzielt.

Im aktuellen Zusammenhang ist darüber hinaus die Frage der *Materialität* eine in der politischen Ökologie intensiv verhandelte (Schmitt 2016). So lässt sich der Trend feststellen, dass mit dem *cultural turn* in Teilen der Sozialwissenschaften im Allgemeinen, aber auch mit der Konsolidierung einer post-strukturalistischen politischen Ökologie im Speziellen, die Beschäftigung mit und die Theoretisierung von Materialität (im Kontext von Gesellschaft-Natur-Interaktionen) bei Zeiten ins Hintertreffen geraten ist (Pels/Hetherington/Vandenbergh 2002). Hier muss die Anthropologie ins Spiel gebracht werden, verfügt diese doch im Gegensatz zu polit-ökologischen Perspektiven der (Human-)Geographie über eine lange und sehr ergiebige Tradition der Auseinandersetzung mit und der Theoretisierung von Materialität (Miller 1987; Miller 2005a). Materialität muss ganz allgemein für politische Ökologie alleine schon deshalb Thema sein, weil, wie Daniel Miller (2005b: 2) schreibt, „the stance to materiality also remains the driving force behind humanity’s attempts to transform the world in order to make it accord with beliefs as to how the world should be“. Parallel zu anthropologischen Ansätzen wurde ein „new materialism“ auch wesentlich von Haraway (1991) und Barad (2007) vorbereitet, dessen auf die politische Ökologie bezogenes Ziel es darstellt, politische Ökologie (undogmatisch) zu „re-materialisieren“ (Bakker/Bridge 2006: 5). Zwangsläufig ergeben sich hier Konflikte zu solchen polit-ökologischen Ansätzen, die von einer (vollständigen/beliebigen) sozialen Produktion und Konstruktion von *Natur* ausgehen,

dabei aber die Wider- und Eigenständigkeit einer, wie Bennett (2010) bedeutet, *Vital Materiality* außer Acht lassen. So räumt Noel Castree (2000: 29) zurecht ein, „[that] nature may indeed be ‚produced‘ but produced nature, in turn, cannot be exploited indefinitely: it has a materiality which cannot be ignored“. Diese (widerständigen) Materialität(en) und deren Zusammenspiel in Form hybrider Entitäten sind es wiederum, die es (analytisch) ermöglichen, den *Dingen/nicht-menschlichen* Akteur*innen eine *Agency* zuzuschreiben (Bakker/Bridge 2006: 16ff.; Rowlands 2005).

Sosehr mir dieser Ansatz sinnvoll erscheint, sosehr muss er auch mit einer gewissen Skepsis betrachtet werden. So betont Kipnis (2015: 44) (wenn auch mit einem tendenziös anthropozentrischen Zungenschlag), dass besonders dann Vorsicht geboten sei, wenn menschliche mit nicht-menschliche *Agency* undifferenziert gleichgesetzt werde. David Demeritt wiederum hält fest, dass *Agency* als Beziehungsform zwischen hybriden Subjekten eines neu zusammengesetzten Gefüges zwar zentral sei, es aber seiner Ansicht nach deshalb keine *Verhandlung* (bzw. wechselseitige Konstitution) zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Entitäten im klassischen Sinne geben könne, weil letztere gar nicht in der Lage wären „to intersubjectively contest the validity of representations being made about [them]“ (Demeritt 2002: 782). Dieser Kritikpunkt ist deshalb wichtig, weil ich trotz Sympathie für diese neueren Ansätze behaupten würde, dass sich gewisse polit-ökonomische Grundpfeiler politischer Ökologie (nämlich die Thematisierung von Macht-/Ausbeutungsverhältnissen im Kontext einer von einer Produktionsweise geprägten Aneignung von *Natur*) nicht ohne Herausforderungen auf einen gemeinsamen Nenner mit besonders stark von ANT-geprägten Ansätzen bringen lassen. Das mag damit zusammenhängen, dass die Beschäftigung mit dem auf diese Weise neu zusammengesetzten Akteursgefüge ob der Multiplizität der Beziehungen unter Umständen dazu führt, „intra-species inequalities“ (Malm/Hornborg 2014: 62) aus den Augen zu verlieren. Besonders vielversprechend für einen machtkritischen Blick auf „intra“ wie auch auf „inter-species inequalities“ erscheinen mir die Arbeiten von Eric Swyngedouw (1999, 2004, 2015), weil es dieser in einer beeindruckenden Weise schafft, die (kapitalistische) Produktion von *Natur* mit der Formierung von Materialität und hybriden Entitäten zusammenzubringen, ohne dabei, wie etwa Latour oder Ingold vorgeworfen wird, das Gefüge zu entpolitisieren. Auch die Arbeiten von Escobar (1999, 2008) oder rezente Ansätze von Ingold (2005, 2011) schaffen diesen Spagat und legen den Grundstein für eine politische Ökologie, die sich weder in einer einseitig marxistisch-strukturalistischen Analyse erschöpft, noch sich in einem theoretisch spannenden, aber empirisch unmöglich zu überblickenden *web of relations* verfängt.

In Hinblick auf das komplizierte Verhältnis von (Umwelt-)Anthropologie und politischer Ökologie sind die zentralen Fragen, wenn auch noch nicht hinreichend beantwortet, so doch gestellt: Nämlich zum Ersten, wie sich in einer anthropologisch politischen Ökologie *Macht* fassen und in einer differenzierten, also nicht verabsolutierten Weise auf nicht-menschliche Entitäten erweitern lässt (Nygren/Rikoon 2008; Forsyth 2011). Zum Zweiten, ob und wie ambitioniert eine anthropologisch politische Ökologie für eine Rehabilitierung von kritischer politischer Ökonomie als Ausgangspunkt für ein Verständnis von Ungleichheiten auftritt, ohne damit den Reduktionismen marxistischer Analysen zu erliegen (vgl. Descola 2014: 64; Roseberry 1997). Zum Dritten, welche Arten von Akteur*innen und damit welches Verständnis von *Agency* Eingang in polit-ökologische Analysen findet. Abschließend steht meines Erachtens immer erneut zur Debatte, wie es unterschiedliche Perspektiven mit dem Verhältnis von *Natur* und *Gesellschaft* halten. Die „neuere“ Umweltanthropologie unter Descola und Ingold, die in Netzwerken und Beziehungskonstellationen denkenden *Science and Technology Studies* unter Latour und Haraway und eine relationale politische Ökologie in ihrer (*kritisch-theoretischen*) Tradition der Dialektik von *Natur* und *Gesellschaft* sind zwar nicht deckungsgleich, aber doch miteinander kompatibel. Dabei eint sie, dass sie *Gesellschaft* und *Natur* als miteinander verwobenen Prozess denken, dass sie auf eine nicht gleiche, aber ähnliche Weise die Bedeutung von Beziehungen, von Kontinuitäten und von Hybridität für eine Ökologie im denkbar weitesten Sinne betonen.

2.3 „Politische Ökologie konkretisiert“ – zentrale Analysekonzepte für eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes

Die vorliegende Arbeit würde sich übernehmen, würde sie eine anthropologisch politische Ökologie ob ihrer Breite nicht auf überschaubare Aspekte herunterbrechen. Wie jede andere wissenschaftliche Perspektive benötigt sie dafür konkret gehaltene, konzeptionell sinnvolle Instrumente und Kategorien, vermittels derer sie sich der Thematik der Umkämpftheit des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken annehmen kann. Die Arbeit würde außerdem ihrer Forschungsfrage nicht gerecht werden, würde sie nicht im Besonderen der Skizzierung von umstrittenen *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* den erwarteten Stellenwert einräumen.

2.3.1 Naturbeherrschung und Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Kritische Theorie und politische Ökologie

Im Rahmen der überblicksmäßigen Theoriegeschichte sowohl der Vorläufer als auch der unterschiedlichen Spielarten politischer Ökologie in den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts ist der lesenden Person vielleicht aufgefallen, dass ein wesentlicher Teil der

Tradition der Auseinandersetzung mit Gesellschaft-*Natur*-Verhältnissen ausgespart wurde. Damit spiele ich auf die bisher fehlende Berücksichtigung der Beiträge der *Frankfurter Schule* und im Weiteren auf die der *Kritischen Theorie* an, ohne die die deutschsprachige politische Ökologie gar nicht erst möglich geworden wäre.

Die *Kritische Theorie* formierte sich ab den 1930er Jahren, ausgehend von Persönlichkeiten wie Benjamin, Horkheimer, Adorno und Marcuse, als umfassendes gesellschaftswissenschaftliches Projekt, als Versuch eines *interdisziplinären Materialismus* (Görg 1999). Somit positionierte sich die *Kritische Theorie* als „Ergänzung und Korrektur, aber gleichwohl als Fortsetzung der marxistischen Geschichtsauffassung“ (Görg 2003a: 27) und widmete sich, vor allem seit der zeitdiagnostisch bahnbrechenden *Dialektik der Aufklärung* (Horkheimer/Adorno 1988 [1944], zunehmend auch der *Kritik der Naturbeherrschung*. Ausgehend von einer Absage an einen – über die (als naturwüchsig dargestellte) Chimäre der Aufklärung gestützten – Fortschrittsoptimismus, und einer „Kritik an den herrschaftsförmigen Implikationen des Naturbegriffs“ (Görg 2003a: 26) thematisieren Horkheimer und Adorno *Naturbeherrschung* als den Versuch, sich von *Natur* und dessen Zwängen zu emanzipieren. Dabei zeigen sie eindrücklich, wie durch diesen Versuch nicht die erwünschte Kontrolle über *Natur* erzielt wird, sondern nur neue Abhängigkeiten mitsamt (ökologisch) desaströser Konsequenzen geschaffen werden: „Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein“ (Horkheimer/Adorno 1988 [1944]: 19). Zentral ist dabei, dass eine *kritisch-theoretische* Beschäftigung mit Formen von *Naturbeherrschung* einen spezifischen (anders als bei Durkheim oder Weber gerichteten) Gesellschaftsbegriff voraussetzt, einen, der „nicht durch Abgrenzung von Natur gewonnen [wird], sondern [...] Gesellschaft als konstitutiv auf Natur bezogen bestimmt, ohne dabei mit ihr zusammenzufallen“ (Görg 2003a: 27; vgl. auch Köhler/Wissen 2010: 219)²⁹. So schreibt Adorno (1979: 221) in diesem Zusammenhang: „Der gesellschaftliche Prozess ist weder bloß Gesellschaft noch bloß Natur, sondern Stoffwechsel der Menschen mit dieser, die permanente Vermittlung beider Momente.“

Adorno und Horkheimer waren mit ihrer Kritik der *Entqualifizierung* natürlicher Prozesse über den Modus der Konstruktion der Unausweichlichkeit einer „Unterwerfung unter Natur oder der Natur unter das Selbst“ (Horkheimer/Adorno 1988 [1944]: 38; vgl. Merchant 1987) nicht die ersten. Schon vor der *Dialektik der Aufklärung* formulierte Walter Benjamin in

²⁹ Der Schluss liegt nahe, dass gerade wegen eines solchen spezifischen Gesellschaftsbegriffs Teile einer gesellschaftstheoretisch sehr stark im Geiste Durkheims stehenden Kultur- und Sozialanthropologie gewisse Schwierigkeiten mit den Besonderheiten der kritischen Theorie in Hinblick auf die Untersuchung und Kritik bestehender Gesellschaft-Natur-Beziehungen haben (Görg 1999: 63ff.; Lemke 2007).

seinem Text *Über den Begriff der Geschichte* eine scharfsinnige Kritik an der „Vorstellung einer Steigerung der Naturbeherrschung als Ziel des gesellschaftlichen Fortschritts“ (Görg 2003a: 33). Dabei betonte er, dass das wesentliche Herrschaftsmoment in Hinblick auf die Aneignung von *Natur* nicht in der Gestaltung *eines* spezifischen Verhältnisses zur *Natur* liege, sondern in der umfassenden Beherrschung der *multiplen* (eigenen wie fremden) gesellschaftlichen Verhältnisse zur *Natur* (Benjamin 2010 [1939/1940]; vgl. Bryant/Bailey 1997: 39).

An diesem Punkt kommt das mehrmals angeführte, aber bisher nicht ausreichend explizierte Konzept der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* ins Spiel, das in seinen Grundzügen auf Marx zurückgeführt werden kann (vgl. Schmidt 1993) und anhand dessen, „[...] davon ausgegangen [wird], dass Natur und Gesellschaft [...] in einem *konstitutiven* und nicht in einem äußerlichen Verhältnis zueinanderstehen“ (Görg 2003b: 40). Somit gehen *gesellschaftliche Naturverhältnisse* „aus den kulturell spezifischen und historisch variablen Formen und Praktiken hervor, in und mit denen Individuen, Gruppen und Kulturen [sic!] ihre Verhältnisse zur Natur gestalten und regulieren“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 77). Während die Beschäftigung mit *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* lange Zeit auf einer abstrakt-theoretischen Ebene verblieb, wurden ab den 1980er Jahren, ausgehend vom Frankfurter *Institut für sozial-ökologische Forschung*, das Konzept der *gNv* als Rahmenkonzept für Umweltfragen aufbereitet (bspw. Becker/Jahn 1987, 2003, 2006; Jahn/Wehling 1998). Im Zentrum des Konzepts stehen somit die „*Beziehungen* zwischen Gesellschaft und Natur“ und hier „einerseits [...] die Frage, wie gesellschaftliche und natürliche Elemente, Strukturen und Prozesse durch identifizierbare Praktiken und Mechanismen miteinander verbunden werden; [und] andererseits [die Frage] nach den Wechselwirkungen zwischen natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 77).

Doch was umfassen nun *gesellschaftliche Naturverhältnisse*? Wie damit am Beispiel des Hochwasserschutzes arbeiten? In erneuter Anlehnung an Görg (2003a, b), aber auch an Kruse (2010), beinhaltet eine Untersuchung von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* mehrere miteinander verzahnte und ineinander übergehende Perspektiven: **Zum Ersten** muss eine solche die materiellen Dimensionen eines lokalen, historisch gewachsenen gesellschaftlichen „Stoffwechsels mit der Natur“ (Görg 2003a: 21) aufarbeiten. Im Kontext des Hochwasserschutzes sowie des vorangegangenen Hochwassers bedeutet das einen Blick auf (vergangene wie gegenwärtige, lokale wie überlokale) Landnutzungsdynamiken, auf sozial-ökologisch-technische Arrangements der Regulierung und Nutzung der Donau, auf (materielle sowie technische) Gestalt und Ausmaß des Hochwasserschutzes sowie der Schadenswirkung

und -verteilung des Hochwassers und (sofern möglich) auf ökonomische Verhältnisse (Eigentums-/Lohnverhältnisse) und (Ungleichheits-)Strukturen im weiteren Sinne.

Zum Zweiten widmet sich eine auf *gNv* fokussierende politische Ökologie „der [sprachlich-symbolisch vermittelten] Institutionalisierung von Handlungs- und Denkformen, in denen die Naturverhältnisse reproduziert werden, insbesondere in den Wissenschaften, in Ökonomie und Politik, aber auch in unterschiedlichen kulturellen Deutungsmustern und Verhaltensweisen“ (Görg 2003a: 21). Hier geht es im Konkreten um die diskursiven Deutungskämpfe, die rund um das Hochwasser, das Eferdinger Becken als (Nicht-)Überflutungsgebiet und den Hochwasserschutz geführt werden, sich aber ebenso auf Fragen nach der „idealen“ und „gerechten“ Form des Umgangs mit Hochwasser-Ereignissen erstrecken (vgl. Kruse 2010: 75). Hierin sind auch Kämpfe rund um konkurrierende Wissensgefüge sowie um unterschiedliche Naturbegriffe und deren „Wahrheitsanspruch“ enthalten, die in weiterer Folge Einfluss darauf haben, welche Lösungen als richtig bzw. machbar angesehen und durchgesetzt werden (Görg 2003a: 11, 21.).

Zum Dritten benötigt eine polit-ökologische Diskussion von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* eine Identifikation und Klassifikation der beteiligten (menschlichen wie nicht-menschlichen) Entitäten, deren Biographien/Erfahrungen, Handlungsspielräume und von Machtverhältnissen geprägten Positionen. Hier tritt der Aspekt der Interessen und der Strategien der Verfolgung ebendieser zu Tage, bleibt aber nicht auf den Menschen beschränkt, sondern richtet sich an eine Gesamtheit an miteinander in Beziehung stehenden Sub- und Objekten (Becker/Hummel/Jahn 2011: 92; Kropp 2002)

Zum Vierten müssen *Naturbeherrschung* und *gesellschaftliche Naturverhältnisse* zusammengedacht werden, insbesondere in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Tendenzen der Gestaltung und Regulation der *Aneignung* von und des *Sich-in-Beziehung-Setzens* zur *Natur* (Demirović 2012; vgl. Kruse 2010: 78ff.). Hierfür gelangen unterschiedliche Vorstellungen von der Herrschaftsförmigkeit des Zusammenspiels von *Natur* und *Kultur* in den Blick. Außerdem beinhaltet es, die Beziehungen zwischen einer Vielzahl von fluiden und auf unterschiedlichen skalaren Ebenen angesiedelten Naturverhältnissen herauszuarbeiten und diese auf Herrschaftsverhältnisse/-ansprüche zu analysieren. Somit stellt sich eine politische Ökologie immer die Frage, welches Naturverhältnis sich durchsetzt und welche Auswirkungen das auf andere (marginalisierte) Naturverhältnisse zeitigt.

Bevor ich zu weiteren Analysekonzepten und zentralen Kategorien überleite, möchte ich eine Anmerkung zum Verständnis von *gNv* anfügen. Wiewohl ich im Zuge meiner Forschungsfrage davon ausgehe, dass die Kämpfe um den Hochwasserschutz im Eferdinger

Becken vom Aufeinandertreffen qualitativ unterschiedlicher Naturverhältnisse geprägt sind, distanzieren mich schon vorab von der Vorstellung, *gNv* als diskret, als trennscharf voneinander abgrenzbar fassen zu können. Damit würde einem Essentialismus Vorschub geleistet, durch den Menschen zu Lasten der Komplexität und inneren Widersprüchlichkeit von Naturverhältnissen einem jeweiligen *gNv* (im Singular) zugeordnet werden würden. Vielmehr kann es einer Anthropologie, die die *differences within* genauso wie die *differences between* (diese Termini sind dem feministischen Differenz-Ansatz entlehnt: Moore 1993; Hauser-Schäublin/Röttger-Rössler 1998) berücksichtigt, nur um eine Heuristik tendenzieller (nicht verabsolutierbarer!) Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und *Natur* gehen. Letztere werden in ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten für mich immer dann von besonderer Bedeutung, wenn sie sich auf konkurrierende Vorstellungen vom „richtigen“ Umgang mit dem Hochwasser und von der Existenz, Form und dem Ausmaß eines Hochwasserschutzes beziehen. Meine Annahme ist also, dass *gNv* vor allem dann in den polit-ökologischen Blick geraten, wenn sie sich im Widerspruch zueinander befinden (vgl. Gottschlich/Mölders 2017). Dies weiterdenkend, verstehe und verwende ich *gNv* nicht nur als Rahmenkonzept, nicht bloß als Heuristik, sondern gehe davon aus, dass *gNv* als Beziehungsformen, wenn auch nur in einem kontextgebundenen, relationalen wie prozessualen Sinne, *realiter* existieren (vgl. Becker/Hummel/Jahn 2011: 79, Fußnote 4), also eine empirisch fassbare Größe darstellen.

2.3.2 Macht, Konflikt und *Landschaft* – drei komplexe Kategorien und deren polit-ökologische Relevanz

Bisher habe ich immer wieder generalisierend von Machtverhältnissen gesprochen, von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, die in Konflikt zueinander geraten, aber weder ausdrücklich den *Macht*-, Konflikt- noch den *Landschaftsbegriff* spezifiziert, mit dem ich am Beispiel des Hochwasserschutzes arbeite. Im Kapitel zur gegenseitigen Herausforderung und Bereicherung von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie (2.2.3) ist bereits durchgeklungen, dass *Macht* eine vertrackte Sache darstellt, vor allem dann problematisch wird, wenn sie, wie angesprochen, zu einem allumfassenden „key explanatory device“ (Karlsson 2015: 354) hochstilisiert wird. In diesem Sinne geht es mir in folgendem Abschnitt darum, der lesenden Person eine Vorstellung zu vermitteln, aus welcher Tradition ich mein Verständnis von *Macht* beziehe. Sodann werde ich zum Begriff des Konflikts überleiten, mit der Intention, die Rolle von Konflikt in einer kultur- und sozialanthropologischen politischen Ökologie zu thematisieren. Insofern als sich am Beispiel des Hochwasserschutzes Konflikte an der Lesart und an der über das *Generelle Projekt* vorgegebenen Nutzung von *Landschaft* entzünden, braucht es im Weiteren auch eine Beschäftigung mit dem *Landschaftsbegriff*.

2.3.2.1 Politische Ökologie und Macht

Wie bereits gezeigt wurde, haben sich vielfältige Spielarten von politischer Ökologie an der Frage nach der Gewichtung des „Politischen“ gegenüber dem „Ökologischen“ abgearbeitet. Damit gehen zwangsläufig Diskussionen einher, in welcher semantischen Verbindung das Politische mit Macht, dem englischen *power*, steht und wie dieser Begriff auszulegen ist (Svarstad/Benjaminson/Overå 2018).

Ausgangspunkte eines fruchtbaren polit-ökologischen Verständnisses von Macht finden sich in den Arbeiten von Eric Wolf. So stellt dieser in seinem als Vortrag gehaltenen Aufsatz *Facing Power* (2001b) vier *modes of power* vor, von denen er die ersten drei spezifiziert als „[1] power as a personal attribute [bspw. Nietzsche], [2] the ability of an individual to impose his or her will on another [bspw. Weber], and [3] the power to control settings in which people may act and interact“ (Paulson/Gezon/Watts 2005: 28). Die stärkste und für ihn eindrucksvollste Form der Macht sei jedoch die vierte, nämlich „[4] power that not only operates within settings or domains but that also organizes and orchestrates the settings themselves, and that specifies the distribution and direction of energy flows“ (Wolf 2001b: 586). Nach Wolf sei es ebendieser Machtbegriff, der bei Marx ebenso wie bei Foucault mit einem Verständnis von Macht als die Fähigkeit „to structure the possible field of action of others“ (Foucault 1984: 428) zum Vorschein komme und den er selbst als „structural power“ bezeichnet (Wolf 2001b: 586f.). Ein ähnlicher Zugang findet sich beim politischen Ökologen und Anthropologen Alf Hornborg (2001: 1), der den Charakter von „[*power as*] a social relation built on an asymmetrical distribution of resources and risks“ akzentuiert und Macht als in die Beziehungen unter den Vorzeichen einer ungleichen globalen politischen Ökonomie eingebettet thematisiert. Judith Butler wiederum zeigt, wie das Politische nicht nur auf Ebene der formalen politischen Entscheidungsprozesse, sondern auf Ebene alltäglicher Interaktionen wirkt und damit ein Verständnis von „power as forming the subject [...], as providing the very condition of its existence and the trajectory of its desire“ nahelegt. In einer solchen Lesart ist „power not simply what we oppose but also, in a strong sense, what we depend on for our existence“ (Butler 1997: 2).

Auffallend ist, dass, obwohl *power* in sämtlichen Definitionen und Spielarten von politischer Ökologie derart relevant ist, eine eingehende Konzeptualisierung und Problematisierung äußerst selten stattfindet (Ribot/Peluso 2003). Svarstad und Kolleg*innen (2018) unterscheiden für eine Auseinandersetzung mit polit-ökologischen Machtbegriffen drei Bündel an Perspektiven, nämlich an 1) „actor-oriented power perspectives“, 2) „neo-Marxist power perspectives“ und 3) „[post-structuralist] discursive power perspectives“ (ebd.: 352ff.).

Während akteurszentrierte Perspektiven wesentlich auf Max Weber (1964 [1947]) zurückreichen und davon ausgehen, dass Macht im Zuge von Konflikten von Akteur*innen *exercised* wird³⁰, zeichnen sich neo-marxistische Machtperspektiven dadurch aus, dass sie menschliche Agency als durch soziale Strukturen und ökonomische Verhältnisse eingeschränkt (aber nicht als verunmöglicht!) diskutieren (bspw. Isaac 1987). Das dritte Perspektivenbündel dreht sich um „discursive power“ und steht in der Tradition von Michel Foucault. Hier geht es nicht nur darum, wie Macht über spezifische *story lines* ausgeübt, erhalten bzw. *hegemonialisiert* wird, sondern auch darum, wie Macht in die Beziehungen zwischen Menschen und regierenden Instanzen im Kontext von *governmentality* (Foucault 1991) eingeschrieben ist. Wie Macht also von den Subjekten im Rahmen eines *conducting conduct* (vgl. Fletcher 2010) internalisiert und wiederum *enacted* wird (Svarstad/Benjaminson/Overå 2018: 356f.; Robbins 2012: 75f.). Zugleich stellen sich in der Beschäftigung mit unterschiedlichen Machtbegriffen Fragen nach der skalaren und räumlichen Dimensionalität von Macht, also auf welcher Ebene Macht in welcher Form wirkt und wie dies wiederum mit Hierarchien verschiedener Machtformen zusammenhängt (Ahlborg/Nightingale 2018).

Am Beispiel dieser Arbeit beziehe ich mich auf einen für politische Ökologie sinnvollen, weil breit gehaltenen Machtbegriff, der bewusst die soeben skizzierten drei Perspektivenebenen überspannt und sich durch eine gleichermaßen relationale wie strukturelle Konnotation auszeichnet. So wird am Beispiel der Kämpfe um den Hochwasserschutz ersichtlich, wie hier mehrere „Macht-Modi“ in Form von „webs of power“ zusammenfallen, Macht also zu gleichen Teilen als von Akteur*innen, Strukturen und Diskursen (re-)produziert aufzufassen ist.

2.3.2.2 Politische Ökologie und Konflikt

Ein weiterer zentraler Fokus der meisten polit-ökologischen Forschungen liegt neben Machtverhältnissen auf Konflikten rund um den Zugang zu/die Aneignung von natürlichen Ressourcen sowie rund um die über unterschiedliche Differenzkategorien politisierte Exponiertheit gegenüber Umweltphänomenen (Martínez-Alier 1995; Cutter 1995; Robbins 2012: 74ff.). Trotz der immensen Relevanz des Faktors Konflikt für politische Ökologie ist die

³⁰ Eine berechtigte Kritik an derartigen Ansätzen, die Macht als eine Ressource darstellen, die mensch besitzen und willkürlich zum Einsatz bringen könne, erfolgte nicht zuletzt von feministischer Seite und führte zu einer Transformation des statischen Machtverständnisses zugunsten eines relationalen: „Actors are not ‚in power‘ and they do not ‚hold power‘. Rather, human power is produced through the continuous and ambiguous [...] exercise of power, such that power is only evident in relational, performative moments“ (Ahlborg/Nightingale 2018: 387). Ein weiterer Impetus erfolgte im Rahmen der Idee der „constitutive power“ und zeichnet sich dadurch aus, dass Machtverhältnisse nicht nur in menschlichen Beziehungen, sondern über diese hinaus in weit gefassten und von verschiedenen Entitäten geprägten „force fields“ zum Ausdruck kommen (Nuijten 2003).

systematische Auseinandersetzung mit diesem, auch in Bezug auf Schulterschlüsse mit den *peace and conflict studies*, bis heute eher umgangen worden (Le Billon 2015; Le Billon/Duffy 2018). So ist die politische Ökologie als kritische Perspektive zwar dezidiert als eine Antithese zu solchen Ansätzen konzipiert, die in einer stark deterministischen, teils neo-malthusianischen Manier Konflikte als Resultate von Ressourcenknappheit argumentieren (bspw. Homer-Dixon 1999 oder Collier/Hoeffler 2005), hat es aber bisher vernachlässigt, einen eigenen ambitionierten Konfliktbegriff mit Elementen aus anderen theoretischen Traditionen zu entwickeln (Dietz/Engels 2014).

Das mag daran liegen, dass selbst eine einfach gehaltene Definition von Konflikten, konkreter von Umweltkonflikten „as a contested incompatibility between groups in relation to ecological systems“ (Le Billon/Duffy 2018: 242), eine Vielzahl an Fragen aufwirft, vor allem solche, die sich um die Vereinbarkeit von politischer Ökologie und Konfliktforschung drehen. Demnach reproduziert ein reduktionistisches Verständnis von Umweltkonflikten als Unvereinbarkeit der Interessen verschiedener Gruppen in Hinblick auf die Nutzung einer *einzigsten* Natur das altbekannte Schema der Dichotomie der *Umwelt* auf der einen Seite und der diese ausbeutenden Menschen auf der anderen (Dietz/Engels 2014: 75ff.). Zudem werden Umweltkonflikte in manchen politischen Ökologien als Resultate bereits stattgefundener Auseinandersetzungen dargestellt, damit aber deren prozessualer (und fortwirkender) Charakter verkannt (Peluso 2012). Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich analog zur Theoretisierung von *Macht* in Bezug auf die räumliche und skalare Dimensionalität von Konflikten. Das ist deshalb bedeutend, weil nach wie vor vielfach eine monolokale und tendenziell tempozentrische Auffassung das Bild von Konflikten als diskrete Phänomene dominiert und durch ein solches ausgeblendet wird, wie sich Konflikte durch Zeit, Raum und verschiedene Kontexte bewegen (Le Billon/Duffy 2018: 248).

Eine polit-ökologische Lesart von Konflikt geht über den Aspekt der Inkompatibilität hinaus und macht in einem weiteren Sinne soziale Strukturen sowie Herrschaftsverhältnisse, deren Fortbestand und Transformation zum Ausgangspunkt für eine Konfliktanalyse (Ribot/Peluso 2003, Wissen 2009). Konflikte resultieren aber nicht nur aus materiellen Kämpfen, sondern werden wesentlich von Veränderungen und Widersprüchlichkeiten auf Ebene von ideellen, identitären, epistemischen und diskursiven Realitäten angestoßen (Le Billon/Duffy 2018: 243f.). Die für politische Ökologie bezeichnende Aufmerksamkeit „[–] to the power relations inherent in defining, controlling and managing nature [–] suggests an alternative way of viewing the link between environment and political action“ (Peluso/Watts 2001: 25) und damit auch einen anderen Konfliktbegriff. Nämlich ein solcher, der Konflikte

sowohl als soziales Handeln als auch als in strukturelle Zusammenhänge eingebunden versteht und sie einem ethnographischen Blick unterzieht (Dietz/Engels 2014). Das impliziert, sich nicht nur das Konflikt- und Widerstandshandeln (sowie deren politische wie *infrapolitische* Dimension) selbst anzusehen (Scott 1985, 1990), sondern auf die sozialen Felder an sich einzugehen, in denen dieses Handeln stattfindet und die je nach skalarer Ebene über divergierende Logiken verfügen können (Dietz/Engels 2014: 82f.). In Übereinstimmung mit dem Vorschlag, politische Ökologie zu „ethnographisieren“ (Little 2007), muss ein ganzheitlicher Konfliktbegriff über politische und ökonomische Kämpfe hinausgehen, mit dem Ziel, „to incorporate cosmological, ritual, identity and moral elements that are not always clearly perceived from other disciplinary perspectives“ (ebd.: o.S.).

Mein persönlicher Konfliktbegriff orientiert sich an den oben getätigten Ausführungen, erweitert diese aber um den von Kristina Dietz und Bettina Engels systematisierten Vorschlag, Konflikt anhand des Analyserahmens *Konfliktfeld* (*field of conflict*) in den Blick zu nehmen. Mit dem Konzept des *field of conflict* versuchen die beiden Forscher*innen eine Synthese eines handlungsorientierten Konfliktbegriffs mit dem Bourdieu'schen Feldbegriff (Dietz/Engels 2018). Dadurch gelingt ihnen eine, meines Erachtens spannende, Dekonstruktion der oftmals dichotom gedachten Zusammenhänge von „globalen“ Krisen und „lokalen“ Konflikten (ebd.: 4ff.). Ihre Kritik: Bisher wurden lokale Konflikte als lineare Konsequenzen von globalen Entwicklungen (bspw. von kapitalistischen Akkumulationsdynamiken) erklärt, dabei aber das (widerständige) soziale Handeln der beteiligten Entitäten in spezifischen Feldern außer Acht gelassen. Das soziale Feld, in dem Konflikte ablaufen, ist insofern relevant, als in diesem die relationale Verteilung von Macht eingelassen ist (Bourdieu/Wacquant 1996: 127) und durch diese Verteilung Konflikthandeln erst verständlich wird.

Zudem wird diese Arbeit Konflikt als ein Zusammenwirken von *materiellen* und *diskursiven* Konflikten konzeptualisieren, eben deshalb, weil sich hier der semantische Bogen zu *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* schlagen lässt (Wissen 2011). In Wiederholung der Forschungsfrage dieser Arbeit bedeutet das zusammengenommen nichts Anderes, als dass *gesellschaftliche Naturverhältnisse* in ihrer Verhandlung wie Umsetzung vonseiten unterschiedlicher Gruppen – in einem (machtförmigen) sozialen Feld zueinander positioniert – miteinander in Konflikt geraten. Konflikte drehen sich, wie noch deutlich werden wird, eben nicht nur um die (materielle) Aneignung von und um den Zugang zu Ressourcen, sondern immer auch um *ontologische* und *normative* Kämpfe (um die Frage, wie die Welt beschaffen ist und wie sie in Form von *Landschaft* beschaffen sein soll) und deren Niederschlag in Form *gesellschaftlicher Naturverhältnisse*.

2.3.2.3 Politische Ökologie und *Landschaft*

Der Zusammenhang von *Landschaft* und Hochwasser liegt nicht nur nahe, weil die beiden sich gegenseitig als *waterscape* (Swyngedouw 1999), als *Flusslandschaft* konstituieren, sondern auch, weil durch den weiten Begriff der *Landschaft* die in sie eingehenden und durch sie ermöglichten Momente (wie Morphologie, ökologische Gegebenheiten, Eigentumsverhältnisse, Landnutzungs- und Besiedlungsarrangements, landschaftsspezifische Wissensformen etc.) gleichermaßen Ausdruck finden (Orlove/Caton 2010; Peluso/Lund 2011; Tilley/Cameron-Baum 2017). Hochwasser-Ereignisse treten somit nicht in einem neutralen Raum auf, sondern treffen eine historisch wie kulturell geprägte, von unterschiedlichen Entitäten regulierte und genutzte, *bewohnte Landschaft*.

Landschaft ist ebenso wie Hochwasser eine genuin hybride, eine historisch kontingente Kategorie, ein Ausdruck für das Zusammenfallen und Zusammenwirken von „natürlichen“ und „gesellschaftlichen“ Prozessen (vgl. Kapitel 1.2), Ausdruck einer gemeinsamen Geschichte, von bereits verfestigten und fortwirkenden Kräfteverhältnissen (vgl. Rocheleau 2008: 723). Davon zeugt nicht zuletzt der bisweilen problematische Begriff der „Kulturlandschaft“ (Herrmann 2016: 119ff.), der, um diesen in seiner Abgrenzung gegenüber „natürlichen Landschaften“ zu hinterfragen, dem entspricht, was die gleichwohl in ungleiche strukturelle Verhältnisse eingebundenen Bewohnenden (menschlich wie nicht-menschlich) in ihrem *Dwelling*, besser: in ihrem *inhabiting* daraus Tag für Tag machen (Ingold 2011). Die Entwicklung dessen, was als *Landschaft* bezeichnet werden könnte, „is always in the nature of work in progress“ (Ingold 2000: 199), insofern stellt *Landschaft* nie einen abgeschlossenen Zustand dar, sondern verändert sich beständig, wird als *taskscape made visible* (ebd.: 193) sowie im Rahmen von Prozessen des „place-making“ kontinuierlich transformiert (Tilley/Cameron-Daum 2017: 2ff.; Seiser/Thalhammer 2017: 58f.). Demnach ist es spannend zu beobachten, wie vonseiten unterschiedlicher Akteursgruppen versucht wird, *Landschaft* (trotz des ihr eigenen dynamischen Charakters) auf etwas Spezifisches, auf etwas Unveränderliches festzuschreiben (vgl. Bender/Winer 2001) und sie sich dadurch (vor dem Hintergrund der eigenen Nutzungsansprüche) *anzueignen*, sich zu eigen zu machen.

In der kultur- und sozialanthropologischen Theoriebildung zu *Landschaft* wird eine derartige Perspektive auf die Umkämpftheit von *Landschaft* oftmals unter dem Schlagwort der *politics of landscape* subsumiert und ist ganz wesentlich mit den Arbeiten von Barbara Bender (1993, 1998) verbunden. Letztere widmet sich Konflikten *in, um* und *aufgrund* von *Landschaft* und hier ganz besonders den unterschiedlichen und als genuiner Bestandteil von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* anzusehenden Vorstellungen, wie *Landschaft* aussieht,

auszusehen hat. Dazu zählt auch der Zusammenhang von *Landschaft* und Identität und die Frage, wie *Landschaft*, je nachdem ob und wie sie *bewohnt* oder *betrachtet* wird, den Menschen in einem unterschiedlichen Maße als wertvoll erscheint (Okely 2001). In diesem Kontext lässt sich diskutieren, was als Teil derartiger Bewertungsprozesse in *Landschaft* hineingelesen werden kann und soll, aber auch, wer welche Form des Wissens über die Nutzung und den (ursprünglichen und künftigen) Charakter einer *Landschaft* durchzusetzen vermag. Besonders hier geht es einmal mehr um Macht, also um ein strukturell-relationales Verhältnis, durch das ein *Landschaftsbild* als das „wahre“, als das, nachdem sich alle anderen zu richten haben, durchgesetzt wird (Kapitel 5.1.2). Für die Thematisierung dieser Überlegung wiederum orientiere ich mich konzeptuell an der Vorstellung eines gesellschaftlich umkämpften *Reading*³¹ (*something into*) *the Landscape*, was ich als *gesellschaftlich wirksame Interpretation/Deutung von Landschaft* ins Deutsche übersetzen würde. Das bedeutet, dass ich in Anlehnung an die Arbeit *Misreading the African Landscape* von Fairhead und Leach (1996) und in Anlehnung an eine staatliche Simplifizierung (von *Landschaft*) nach Scott (1998) diskutieren möchte, wie das Eferdinger Becken im Kontext des Hochwasserschutzes als *Landschaft* unterschiedlich gelesen/gedeutet wird und welche Interessen und Nutzungsansprüche den *Lesarten* zugrundeliegen (vgl. Benjaminsen et al. 2015).

Wenn auch *Landschaft* diskursiv umkämpft ist, bedeutet das nicht, dass sie nicht auch über eine spezifische Materialität verfügen würde. *Landschaft* ist also nicht, wie von post-strukturalistischen Autor*innen verfehlt festgehalten wurde, eine bloße textuelle Konstruktion (bspw. Barnes/Duncan 1992). Vielmehr formt *Landschaft* ein „material medium in which we dwell and move and think“ (Tilley/Cameron-Daum 2017: 5). Dadurch entwickelt sich *Landschaft* bis zu einem gewissen Grad auch selbst-/eigenständig, wird jedenfalls aber von mehr-als-menschlichen Entitäten geprägt.

³¹ Unter *Reading* verstehe ich in diesem Zusammenhang Prozesse der Interpretation von *Landschaft*, also solche Prozesse, die Funktion, Nutzung, Aussehen und historische Entwicklung von *Landschaft* im Rahmen eines auf Hegemonie abzielenden Narrativs festzuschreiben suchen (Benjaminsen et al. 2015: 227; vgl. Fairhead/Leach 1996; Scott 1998).

3 Wie polit-ökologisch forschen? Anmerkungen zu Methodologie und Methodik

Wenig überraschend benötigt eine polit-ökologische Perspektive, die den *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* sowie deren Machtförmigkeit im Rahmen von komplexen Konfliktszenarien nachgehen möchte, eine Berücksichtigung ontologischer, epistemologischer und methodologischer Gesichtspunkte. Somit erfordert politische Ökologie nicht nur eine spezifische Beantwortung der Frage nach der existenziellen Beschaffenheit der Welt sowie nach der Möglichkeit, Funktion und Situiertheit von Wissen, sondern geht auch davon aus, dass sich gewisse Methoden eher als andere für polit-ökologische Forschungen eignen. Besonders die schwer fassbaren Beziehungsmuster zwischen *Natur* und *Kultur* legen eine Forschungsperspektive nahe, die zwischen sozial- und naturwissenschaftlichen Zugängen vermittelt und so, wie Becker und Jahn (1987: 43) schreiben, der „doppelten Selbstbeschränkung“ dieser beiden Wissenschaftsspielarten entgegenwirkt. Dabei arbeitet politische Ökologie mit einem flexiblen wie breiten Methodenmix, der nicht nur die Trennung von quantitativ und qualitativ übergeht, sondern in besonderer Weise die Praktikabilität, Adäquatheit und Transparenz der angewandten Methoden ins Zentrum stellt (Neumann 2005).

Vorliegender Abschnitt wird sich in einem ersten Schritt mit den ontologischen, epistemologischen und methodologischen Dimensionen und Herausforderungen dieser Arbeit beschäftigen. Hierfür werde ich in aller Kürze meine wissenschaftstheoretische Verortung im kritischen Realismus nach Andrew Sayer (1992) skizzieren, gehe dann aber über diesen hinaus, um zu zeigen, an welchen Punkten politische Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie methodologisch ohnehin ineinander übergehen. Außerdem werde ich in Anlehnung an eine kultur- und sozialanthropologische Methodentradition im Allgemeinen und an den Querdenker Paul Feyerabend (1999 [1976]) im Speziellen zu zeigen versuchen, dass Methoden als Werkzeuge eines Forschungsprozesses nicht in Stein gemeißelt sind und der Anpassung und Improvisation bedürfen, um damit erkenntnisorientiert und kontextspezifisch arbeiten zu können. Den Methodenkanon, dessen Zusammensetzung und Intention werde ich im zweiten Teil vorstellen. Abschließend folgt eine Reflexion meiner Person sowie meiner Rolle als Forscher im Feld, in Hinblick auf Erwartungen/Hoffnungen, die an mich herangetragen wurden, aber auch zu Fragen nach meiner Verantwortung gegenüber den Forschungspartner*innen.

3.1 Kritischer Realismus und politische Ökologie – ontologische, epistemologische und methodologische Anknüpfungspunkte für die Kultur- und Sozialanthropologie

Wenn Watts (2000: 257) von politischer Ökologie als Untersuchung der „complex relations between nature and society“ spricht, ist abzusehen, dass ein Spagat zwischen den für gewöhnlich mit diesen Konzepten betrauten Wissenschaftskulturen notwendig, wenn auch ontologisch, epistemologisch und methodologisch herausfordernd sein wird. So erfordert eine Annäherung an den dialektischen Charakter von *Natur* und *Kultur* als miteinander verwoben einen Mittelweg zwischen positivistisch-materialistischen Naturalismen und konstruktivistisch-symbolistischen Soziozentrismen (Robbins 2012: 97ff.). Nur so lässt sich ausgehend von einem ver- und nicht entgesellschafteten Naturbegriff die Konstruktion und Produktion von *Natur* bei einer gleichzeitigen real-stofflichen Eigenständigkeit ebendieser fassen (vgl. Escobar 1999; Görg 2003a; Wissen/Köhler 2010). Hierfür erscheint mir der wissenschaftstheoretische Ansatz des kritischen Realismus am besten geeignet, weil dieser in einer elaborierten Art und Weise annimmt, “[that] social beings live neither on bread [...] nor on ideas and symbols alone” (Sayer 1992: 34).

Der kritische Realismus selbst steht in einer langen kritisch polit-ökonomischen Tradition, die in Ansätzen zwar auf die Marx'sche *Methode der politischen Ökonomie* (Marx 1971 [1857]) zurückreicht, sich in den letzten Jahren aber erheblich von einem rein materialistischen Forschungszugang emanzipiert hat. Im Kern unternimmt der kritische Realismus in der Tradition des politischen Ökonomen Roy Bhaskar (1975) und des Humangeographen Andrew Sayer (1992) den Versuch, einen Forschungsprozess derart zu gestalten, dass materielle Verhältnisse, Abhängigkeits- und Herrschaftsstrukturen wie symbolisch-diskursive Realitäten gleichermaßen in den Blick geraten. Zentral geht es im kritischen Realismus als Gegenprogramm zum kritischen Rationalismus um die Frage „Why things appear as they do“ (Olsen 2009: 6), von der auf Strukturen und in Frage kommende Mechanismen mittels *retroduction* zurückgeschlossen wird. Das heißt nicht, dass wie in reduktionistischen Spielarten des Funktionalismus durch dieses Zurückschließen das zentrale Ursprungsmoment sowie der funktionale „Sinn“ eines Objekts/Phänomens erschlossen werden könnte (Sayer 1992: 97). Es geht eher darum, zu thematisieren, wie gewisse konkrete Erscheinungen eine Zusammenfassung vieler Bestimmungen, also „überdeterminiert“ sind (ebd.: 138ff.). Im kritischen Realismus spielen jedenfalls materielle Strukturen und symbolische Bedeutungsgefüge im Rahmen der (Re-) Produktion von Machtverhältnissen in einer komplexen Weise zusammen:

“Systems of domination invariably exploit both types of dependence. They are maintained not only through the appropriation, control and allocation of essential material requirements by the dominant class, race or gender, but also through the reproduction of particular systems of meanings which support them” (Sayer 1992: 34f.).

Ontologisch betrachtet, geht der kritische Realismus deckungsgleich zur politischen Ökologie davon aus, dass es partiell so etwas wie extradiskursive Realitäten gibt, also solche, die nicht nur von einer menschlichen Seite her (sprachlich) konstruiert und symbolisiert werden, sondern unabhängig, wenn auch nicht unbeeinflusst von dieser, zu einer Existenz gelangen. Das bedeutet gleichsam nicht, dass damit die These von der *sozialen Produktion von Natur* (Smith 1984) vor dem Hintergrund einer spezifischen Produktionsweise überholt wäre, vielmehr thematisiert der kritische Realismus im Schluß mit neueren Ansätzen aus der politischen Ökologie (Becker/Otto 2016) und solchen eines „neuen Materialismus“ (Barad 2007) die Grenzen einer (beliebigen) Produktion und Aneignung von *Natur* (Görg 2008). Das „Reale“ am kritischen Realismus selbst geht bei Bhaskar (1975) über das empirisch Beobachtbare und das im faktischen Sinne Existierende hinaus und umfasst all jene Strukturen, von denen angenommen wird, dass sie maßgeblich an einer materiellen wie symbolischen Beschaffenheit der Welt beteiligt sind.

Epistemologisch gesehen ergänzen sich kritischer Realismus, politische Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie, vor allem in Hinblick auf ihr Eingeständnis, die Welt sowie Gesellschaft als überkomplexe offene und daher ständig im Wandel befindliche System nicht letztgültig verstehen und erklären zu können. Zudem gehen sie davon aus, dass Wissen nicht nur situiert ist (Haraway 1988), sondern dass auch die Produktion von Wissen eine soziomaterielle und damit nicht aus Herrschaftsverhältnissen herauszulösende Aktivität darstellt. Politische Ökologie bricht außerdem explizit mit der konservativen Auffassung von Wissen als etwas, „that ignores practice and the way in which knowledge is involved in what scientists and lay people do“ (Sayer 1992: 14). Politische Ökologie und kritischer Realismus teilen die Annahme, dass es naiv sei, zu glauben, Wissenschaft könne losgelöst von ethischen wie politischen Fragestellungen funktionieren (Sayer 1992: 16ff.). Das Vorhaben selbst, nämlich Gesellschaft in ihrer Artikulation mit *Natur* verstehen zu wollen, beinhaltet, so ein weiteres Axiom des kritischen Realismus, immer eine kritische Bewertung und Reflexion der eigenen wie gesellschaftlichen Annahmen. Wenn auch die Kultur- und Sozialanthropologie durch die *post colonial studies* sowie die postmoderne Kritik in Hinblick auf ihre Legitimität und Ansprüche „reflektierter“ geworden ist, so ist doch nach wie vor sehr stark die Auffassung von Kultur- und Sozialanthropologie als deskriptive Wissenschaft vertreten, die sich mit der Darstellung von Lebensrealitäten (andernorts) und der Aufbereitung ebendieser gegenüber der

scientific community „begrügt“³². Zweifelsohne gibt es unter den Schlagworten der „action-oriented anthropology“ oder der „applied anthropology“ (Colfer 2008; Veteto/Lockyer 2015) bereits vielversprechende Alternativen zu einer prioritär akademischen Anthropologie, diese haben aber die Gesamtheit an rezenten kultur- und sozialanthropologischen Ansätzen (noch) nicht so weit erschüttert, dass, wie bei der politischen Ökologie, von einer Transzendenz disziplinärer Grenzen oder einer politischen *community of practice* die Rede sein könnte³³.

Methodologisch fußt vorliegende Arbeit auf einer Kombination aus einer adaptierten polit-ökologischen Methodologie und aus ausgewählten Überlegungen einer reichen kultur- und sozialanthropologischen Methodentradition. Wenn ich von polit-ökologischer Methodologie spreche, dann meine ich damit ein offenes Feld an Vorstellungen über Anwendung und Triangulation von Methoden, die im Kern darauf abzielen, Methoden der Sozial- und Naturwissenschaften auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (Neumann 2005). Dabei hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass sich eine marxistisch inspirierte Methodologie des Wegs vom Abstrakten zum Konkreten (Heyman 2005) über klassische „chains of explanations“ in teils einseitig strukturellen Analysen verliert und schwer mit einem ethnographischen Ansatz zu vereinbaren ist (vgl. Little 2007; Robbins 2012: 46). Das bedeutet nicht, dass politische Ökolog*innen der „explanatory power of structural relationships“ (Rocheleau 2008: 724) nicht mehr nachgehen müssten, vielmehr hat sich der methodische Schwerpunkt politischer Ökologie zugunsten der ethnographischen Erfassung von komplexen „rooted networks“ (Rocheleau/Roth 2007; vgl. Rocheleau 2002) verlagert.

³² Insofern als wir es bei dieser Arbeit mit einer „anthropology at home“ zu tun haben, möchte ich an diesem Punkt eine kurze Anmerkung anbringen, nämlich eine solche, die problematisiert, dass eine „anthropology at home“ nach wie vor in einer Asymmetrie zur „klassischen Anthropologie andernorts“ stehe (vgl. Eriksen 2015: 394ff.). Latour diskutiert in diesem Zusammenhang eindrücklich, dass sich die „klassische Anthropologie“ in einer bis dato ungebrochen exotisierenden Manier anmaßt, eine andere Gesellschaft, eine andere „Kultur“ in ihrer Totalität erfassen und darstellen zu können. Dagegen hat sich eine „anthropology at home“ auf einen Randbereich sowie auf ausgewählte Methoden zur Erfassung eines solchen Randbereichs zu beschränken (Latour 2006 [1993]: 600f.). Dieser Umstand hat nach Latour wesentlich damit zu tun, dass die Anthropologie es bisher nicht geschafft hat, symmetrisch vorzugehen, also die weiter oben adressierten *Great Divides* und damit die Dichotomien von „Wir“/„Ihr“, von „modern“ und „traditionell“ hinter sich zu lassen (vgl. Kapitel 2.2.3).

³³ Mit der Forderung, sich politisch-gestalterisch einzubringen, tue ich mir deshalb auch leicht, weil ich im Zuge dieser Arbeit in derjenigen Gesellschaft geforscht habe, in der ich auch sozialisiert wurde. Würde ich in einem anderen Zusammenhang forschen, mitunter in einem kolonialen/post-kolonialen Kontext, so wäre ich um ein Vielfaches vorsichtiger, mich als weißer, relational gut situiertes Mann* „einzumischen“. Es ist nachvollziehbar sowie notwendig, dass Kultur- und Sozialanthropolog*innen im Sinne eines weichen Relativismus davon Abstand nehmen, „andere“ Gesellschaften auf Basis ihrer „eigenen“ (politischen, kulturellen, moralischen etc.) Vorstellungen zu bewerten (Eriksen 2015: 8). Nichtsdestotrotz wage ich aber auch zu behaupten, dass es im Rahmen einer globalen politischen Ökonomie, wie Wolf (2010 [1982]) nicht müde wurde zu betonen, gute Gründe gibt, sich als Kultur- und Sozialanthropolog*in einem Kampf gegen ausbeutungs- wie ungleichheitsfördernde Strukturen anzuschließen.

3.2 „Wider die Methodenqual“ – mein Methodendesign und dessen Funktionalität

Meine anfänglichen Erfahrungen in Bezug auf eine theoriegeleitete und an die Forschungsfragen angepasste Zusammenstellung eines Methodenkanons waren mehr als durchwachsen. So hatte ich im Verlauf meiner ersten Forschungsversuche entweder das Gefühl, die Methoden, für die ich mich an einem (zu) frühen Punkt der Forschung entschieden hatte, auf Biegen und Brechen durchexerzieren zu müssen, oder aber war ich mir bis zuletzt im Unklaren darüber, wie meine (unterschiedlichen) Methoden aufeinander abzustimmen seien.

Ein wesentlicher Impetus, der meinen Blick auf das kreative Potential von Methoden lenkte, kam von Paul Feyerabends *Wider den Methodenzwang* (1999 [1976]). Weniger war mir hier seine überrezipierte Floskel des *Anything Goes* eine Hilfe als seine überzeugende Argumentation vom Anarchismus „als eine ausgezeichnete Arznei für die *Wissenschaften*“ (ebd.: 13). Dadurch, dass die Welt so unüberschaubar kompliziert, die Geschichte so reich an Zufällen, an unmöglich zu erklärenden Wendungen sei, könnten laut Feyerabend nur diejenigen Forscher*innen Einblicke erhalten, die sich in Anbetracht des Unbekannten „offenhalten“, sich „nicht im voraus [sic!] [methodologisch wie epistemologisch] beschränken“ (ebd.: 17). Somit seien Erkenntnisse über die Wirren der Welt „nur einem rücksichtslosen Opportunisten möglich [...], der an keine bestimmte Philosophie gebunden ist und jede gerade geeignet erscheinende Methode anwendet [...]“ (ebd.: 14). Politische Ökologie, so scheint mir, kommt einem derartigen Credo insofern am nächsten als sie sich seit ihrem Erstarken in einer ähnlichen, wie von Feyerabend geforderten Art und Weise offengehalten sowie einer wissenschaftlichen Simplifizierung und Disziplinierung verwehrt hat (vgl. ebd.: 16).

Vorliegende Arbeit stützt sich auf eine von Feyerabend undogmatisch inspirierte *opportunistische* wie *pluralistische* Methodenanwendung. Methoden verstehe ich als kontextadäquate und adaptierbare Werkzeuge, die über die Aufgabe der Datensammlung/-generierung hinaus soziale Interaktionsmodi repräsentieren. Dabei muss sich für mich in jedem Fall erneut die Frage stellen, wo es sich aufgrund welcher Erfordernisse im Feld lohnt, von einer Methodenrigorosität abzuweichen, in welcher Weise gewisse Methoden an ihre Grenzen stoßen und an welchen Schnittstellen Methoden (ungewollt wie gewollt) ineinander übergehen (Salzman 2010 [1996]).

Trotz der weiter oben geäußerten Ankündigung, politische Ökologie durch eine Gleichgewichtung von qualitativen und quantitativen Erhebungsverfahren ihrer vermittelnden Rolle zwischen Natur- und Sozialwissenschaften zu erinnern, tendiert diese Arbeit, allein schon durch ihre kultur- und sozialanthropologische Ausrichtung, zu qualitativen Methoden.

Das methodische Rückgrat bildet sich hierbei durch ein ethnographisches Gerüst aus miteinander verwobenen, teilnehmenden Beobachtungen, qualitativen Interviewformen und informellen Gesprächen/Interviews, gestützt durch einen teilstrukturierten Fragebogen mit mehreren offenen Antwortfeldern.

Dabei habe ich von Anfang an meine größten Hoffnungen in die informellen Interviews gesetzt. Das hat damit zu tun, dass informelle Interviews im weitesten Sinne einem ganz alltäglichen Gespräch entsprechen und der Verwertungslogik und mitunter hinderlichen Formalität von (stärker standardisierten) Interviewformen Grenzen zu setzen wissen (Kaufmann 1999). In Zusammenhang mit informellen Interviews habe ich mich stark an Charlotte Davies (1999) und ihrem Verständnis einer *reflexive ethnography* gehalten, vor allem in Bezug auf die wichtige Feststellung, dass wir als Forschende Teil der Forschung, Teil eines Feldes und der in diesem wirkenden sozialen Logiken sind (vgl. Nadig 1997 [1986]). Das bedeutet auch, dass wir uns als Forschende eben nicht als abgehobene Expert*innen, als „god trick“ betreibende Wesen auffassen dürfen und können (Haraway 1988), sondern, dass wir uns offenhalten müssen, zu den sich uns anvertrauenden Menschen ganz im Sinne eines „knowing from the inside“ (Ingold 2013: 5) eine respektvolle Beziehung aufzubauen.

Die leitfaden-/leitfragenbasierten problemzentrierten (nach Witzel 2000 und Lamnek/Krell 2016 [1988]: 344ff.), teils auch in eine narrative Form übergehenden (Atkinson/Delamont 2005) qualitativen („Expert*innen“-) Interviews waren an Schleiches *ethnographische Interviewformen* (2008) sowie an Kaufmanns *verstehendes Interview* (Kaufmann 1999) angelehnt und in den meisten Fällen (als *extended-case*) entlang einer losen Abfolge der Ereignisse der letzten Jahre festgemacht. So habe ich die meisten Gespräche mit Fragen nach dem Erleben der Jahre vor dem Hochwasser 2013, des Hochwassers 2013 selbst und den Entwicklungen der letzten Jahre begonnen, um danach zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich des (geplanten und teilweise umgesetzten) Hochwasserschutzes überzuleiten. Hier ging es mir vor allem darum, die Menschen auf ihre Position in den in der öffentlichen Wahrnehmung sehr präsenten Kontroversen zu befragen, auf ihre Einschätzungen der letzteren (in Hinblick auf die in diese eingehenden Machtkonstellationen), aber auch, wie solche mit einer gewissen Vorstellung eines Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken zusammenhängen (vgl. Leitfragen-Katalog; Anhang A2). Insofern als sich das Konzept der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* für die wenigsten Menschen im Feld in einem emischen Sinne als relevant herausstellte, habe ich den Versuch unternommen, den im Kapitel 2.3.1 vorgestellten Operationalisierungs-Dimensionen von *gNv* über den Umweg von Fragen wie jener nach dem

Bezug zur Donau, nach dem Verhältnis zur *Natur* im abstrakten wie konkreten Sinne etc. nachzugehen.

Allgemein ging es mir sowohl bei den informellen Gesprächen als auch bei den insgesamt 11 zwischen einer halben bis zwei Stunden dauernden, aufgezeichneten leitfaden-/leitfragenbasierten Interviews darum, eine Vielzahl an relevanten und in unterschiedlichen (skalaren) Netzwerk- und Entscheidungskonstellationen zueinander positionierten Akteur*innen zu erreichen (vgl. Boissevain 1974; siehe Interviewverzeichnis und Gesprächs- und Korrespondenzverzeichnis). Vom Pressesprecher eines Energiekonzerns, über den Projektkoordinator des *Generellen Projekts*, etliche (Vize-)Bürgermeister*innen und Lokalpolitiker*innen, institutionalisierten wie selbsternannten „Expert*innen“ im Zusammenhang mit unterschiedlichen Themenstellungen, Mitarbeiter*innen von Landesbehörden bis hin zu Betroffenen („Dableiber*innen“ wie „Absiedler*innen“), die sich für bzw. gegen das bestehende Projekt organisieren oder diesem weitgehend indifferent gegenüberstehen³⁴.

Auch mit der für Kultur- und Sozialanthropologie axiomatischen Methode der teilnehmenden Beobachtungen habe ich so oft als möglich gearbeitet, wengleich ich dabei vor die Herausforderung gestellt war, die zuvorderst latenten und nur selten manifesten Konflikte um den Hochwasserschutz im „klassischen Sinne“ beobachten und an diesen teilnehmen zu können. Zwar boten sich einzelne Gelegenheiten (Teilnahme am Stammtisch der *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken* [abgekürzt als IHWSEFB], Teilnahme an einer Gemeinderatssitzung, ein gemeinsam mit Anrainer*innen beobachteter Abriss eines Gebäudes etc.), systematische und über einen längeren Zeitraum stattfindende teilnehmende Beobachtungen blieben aber dadurch, dass die Konfliktparteien nur in wenigen Fällen direkt vor meinen Augen aufeinandertrafen, auf einige wenige Ereignisse beschränkt. Wenn vorhanden, dienten sie mir dazu, einer Diskrepanz zwischen Gesprochenem und Getanem nachzugehen und Konflikte um den Hochwasserschutz in ihrem performativen Charakter zu

³⁴ Auffallend war hierbei, dass es sich um einiges schwieriger gestaltete, zu Interviewpartnerinnen durchzudringen. Das hat auf Ebene der politischen Entscheidungsträger*innen sowie der „Expert*innen“ vermutlich damit zu tun, dass hier fast ausschließlich Männer vertreten sind. Auf Ebene der Reaktionen auf Interviewanfragen vonseiten betroffener Personen zeigte sich eine ähnliche Dynamik ebenso wie bei den Fragebögen, nämlich, dass Männer weitgehend als Sprachrohr des Haushalts fungierten und sich eher als Frauen als Interviewpartner und Fragebogenausfüller anboten (von 64 Fragebögen wurden 38 von Männern ausgefüllt). Hier ist mir ein Fehler unterlaufen, nämlich indem ich davon ausgegangen bin, dass es ausreichend sei pro Haushalt einen Fragebogen auszugeben, in dem Glauben, die damit abgebildete Meinung sei stellvertretend für den gesamten Haushalt – ungeachtet der zutiefst *genderten* Differenzen *innerhalb* und *außerhalb* des Haushalts. Das ist insofern einer politischen Ökologie „unwürdig“ als diese der Geschlechtsspezifität gesellschaftlicher Naturverhältnisse nachgeht und sich nicht damit zufriedengibt, nur die vonseiten von Männern kommunizierten Beziehungsmuster zwischen *Natur* und *Gesellschaft* zu thematisieren.

erfassen. Festgehalten wurden die Erkenntnisse aus den teilnehmenden Beobachtungen sowie aus den informellen Gesprächen in Form von Feldnotizen.

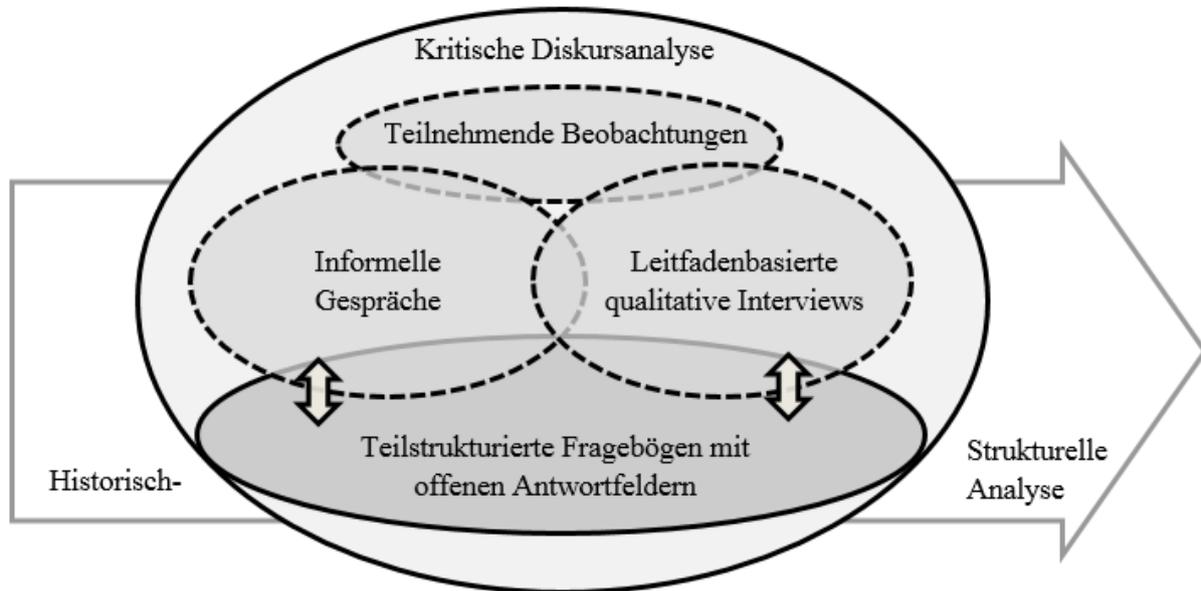


Abbildung 2: Methodisches Design. © Verfasser, 2019.

Die abgebildete Grafik versucht das methodische Design der Arbeit in aller Kürze zusammenzufassen. Ich habe bereits die im Zentrum der Grafik angesiedelten Methoden – informelle Gespräche, leitfaden-/leitfragenbasierte Interviews und teilnehmende Beobachtung – und deren Implementation angesprochen. Durch die gepunktete Linie soll jeweils der Durchlässigkeit der Methoden Rechnung getragen werden. So habe ich im Zuge der Forschung gezielt versucht, in den sich überlappenden Grenzbereichen der jeweiligen Methoden zu arbeiten, um die Stärken der einzelnen Zugänge bündeln zu können. In erster Linie richten sich die bisher skizzierten methodischen Werkzeuge an Individuen bzw. spezifische Gruppen, deren (mitunter gruppenspezifischen) Erfahrungen, Erlebnisse und Vorstellungen von einem für sie funktionierenden Hochwasserschutz, nicht aber an größere Kollektive wie bspw. die Gesamtheit an, vom Hochwasser 2013 Betroffenen und des zur Diskussion stehenden Hochwasserschutzes.

An letztere habe ich mich mittels eines teilstrukturierten Fragebogens gewandt, nicht nur, um die drei methodisch qualitativen Säulen der Feldarbeit quantitativ zu rahmen und in Richtung einer vorsichtigen Generalisierung aufzubereiten, sondern auch, um einen größeren deskriptiven Blick auf die im Feld wirksamen (Mehrheits-)Verhältnisse und Verteilungen zu bekommen.

Das Design des Fragebogens selbst ist dabei auf die qualitativen Methoden und deren Schwerpunktsetzungen abgestimmt. So habe ich bewusst viele der Fragen, die ich auch im Rahmen der Interviews verwendet habe, in abgeänderter Form in den Fragebogen eingebaut,

um hier eine Kommensurabilität zwischen den Erzählungen der Interviewpartner*innen und jenen der Fragebogen-Ausfüllenden zu gewährleisten. Darüber hinaus ist der Fragebogen selbst als ein kombiniert qualitatives wie quantitatives Instrument konzipiert. Konkret bedeutet das, dass der Fragebogen zwar mehrheitlich aus geschlossen-strukturierten Fragen mit vorgegebenen Antwortkategorien besteht, gleichsam aber nicht nur bei den meisten geschlossenen Fragen die Möglichkeit der Ergänzung weiterer Antwortkategorien besteht, sondern über die geschlossenen Fragen hinaus eine Handvoll offene Fragen existieren, die auf Assoziationen und persönliche Ansichten abzielen (siehe Teilstrukturierter Fragebogen; Anhang A3). So sind es gerade diese offenen und heuristisch anzugehenden Fragen, die – in Schlußfolgerung mit den Interviews – die aus meiner Sicht analytisch ergiebigsten Einblicke in eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes liefern.

Ausgeteilt wurden insgesamt 250 Fragebögen (teils durch Postwurf mitsamt Begleitschreiben, teils persönlich) und das an all jene Haushalte, die zuvor über ein grundsätzlich nicht-probabilistisch gesampeltes Verfahren ermittelt worden waren. Die beiden maßgeblichen Bedingungen für den Erhalt eines Bogens waren: 1) die geographische Lage des Haushalts innerhalb der Anschlaglinien des Hochwassers 2013 (und in den meisten Fällen die damit verbundene materielle Schädigung durch das Hochwasser 2013) und 2) die geographische Lage im Projektgebiet des *Generellen Projekts* (im Sinne eines *judgement sample*). Waren diese beiden Bedingungen erfüllt, erfolgte die letztliche Verteilung im Großen und Ganzen nach dem Zufallsprinzip (*convenience sample*), wiewohl ich darauf geachtet habe, die im Überflutungsgebiet liegenden Ortschaften relational zu ihrer Größe und Einwohnerdichte unterschiedlich stark zu berücksichtigen (angelehnt an ein *quota sample*). Das bedeutet, dass ich in Gemeinden, in denen besonders viele vom Hochwasser 2013 betroffen waren, auch relational (nicht aber im strikten Sinne proportional) mehr Bögen verteilt habe.³⁵

An diesem Punkt braucht es eine kritische Anmerkung zu der Fragebogenerhebung: Diese betrifft deren nicht-gegebene Repräsentativität sowie die Nicht-Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse des Bogens vor dem Hintergrund eines nicht den realen Verhältnissen in der Grundgesamtheit entsprechenden Samplings. So wird in dieser Arbeit zwar von Kämpfen um

³⁵ Konkret heißt das, dass zwar in allen vom Hochwasser wie vom Hochwasserschutz betroffenen Gemeinden (mit Ausnahme der Gemeinde Wilhering und Ottensheim) Fragebögen verteilt wurden, nicht aber jeder einzelne betroffene Haushalt in diesen einen erhielt. Viel eher bin ich bei der Verteilung nach dem Prinzip vorgegangen, in gleichmäßigen Abständen jedem dritten bis fünften Haushalt einen Fragebogen in den Postkasten zu werfen. Auf drei Verteilungssektoren aufgeteilt, habe ich an vier Tagen insgesamt rund 250 Bögen in Umlauf gebracht. In Relation zu den rund 1100 vom Hochwasser betroffenen Wohn-/Betriebsgebäuden (Land OÖ/GP 2019) bedeutet das umgerechnet, dass in etwa jeder fünfte Haushalt einen Fragebogen erhalten hat. Bis zum heutigen Tag wurden von diesen 250 Stück 64 Bögen (zumeist postalisch, teils elektronisch oder persönlich übermittelt) retourniert, mehrheitlich aus den vier Gemeinden Alkoven, Feldkirchen/Donau, Goldwörth und Popping.

den Hochwasserschutz gesprochen, von den Verhältnissen zwischen „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“ (Kapitel 5.2.1 und 5.2.3), der Fragebogen hat aber mehrheitlich fast nur „Dableiber*innen“ erreicht bzw. wurde mehrheitlich von diesen ausgefüllt (83 % „Dableiber*innen“ zu 12 % „Absiedler*innen“ bei einigen fehlenden Angaben). Das liegt daran, dass die Zustellung des Bogens aufgrund der Lage im Hochwasserabflussgebiet erfolgte und heute, sechs Jahre nach dem Hochwasser, in den umgewidmeten (und besonders stark betroffenen) Gebieten nur noch sogenannte „Dableiber*innen“ wohnen (– in der „gelben Zone“ stellen diese heute nur noch ca. 45 % der ursprünglich vom Hochwasser 2013 Betroffenen). Insofern als „Absiedler*innen“ in andere Gemeinden, teils in andere Bezirke umgezogen sind, war es für mich schwierig, diese (als Teil der eigentlichen Grundgesamtheit) zu erreichen. Zudem wollten viele, die ich über Kontaktpersonen erreicht hätte, mit dem Hochwasser und dem Ausfüllen eines dementsprechenden Fragebogens nichts (mehr) zu tun haben.

Eine weitere methodisch zweidimensionale Komponente, die auf einer wieder anders gelagerten, nämlich diskursiv-strukturellen Ebene ansetzt und so mein Methodendesign komplementiert, stellt der Versuch einer Triangulation einer kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2015) mit einer im weitesten Sinne historisch-strukturellen Analyse dar. Foucault (Foucault/DE 2001ff.: Band 3, 164) spricht vom Diskurs als „Gesamtheit erzwungener und erzwingender Bedeutungen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse durchziehen“. Jürgen Link und Ursula Link-Heer (1990: 90) weisen wiederum darauf hin, dass Diskurs und diskursive Praxis aufs Untrennbare verbunden sind. In dem Sinne geht es mir bei einer kritischen Diskursanalyse um das Aufzeigen einer sprachlich-symbolischen Praxis der Formierung und Positionierung der in die diskursiven Kämpfe involvierten Subjekte. Ein Blick auf den Diskurs – also auf einen sprachlich vermittelten Sinnzusammenhang, der Machtverhältnisse ermöglicht wie reproduziert und gleichfalls mit den Analysekatoren Wissen und Wahrheit verwoben ist – kann uns am Beispiel des Hochwasserschutzes eröffnen, wie und von wem über *Natur*, Hochwasser etc. gesprochen wird. Darüber hinaus wird diskursiv verhandelt, welche „regimes of truth“ (Foucault 1980: 131) existieren und welches sich von diesen durchsetzt, wer für sich eine Deutungshoheit über die „richtige“ Konzeption eines Hochwasserschutzes zu reklamieren vermag. Dadurch, dass *gesellschaftliche Naturverhältnisse* nicht nur von Individuen vertreten und *enacted*, sondern immer auch diskursiv hergestellt werden, ist methodisch auf Diskursanalyse nicht zu verzichten. In Wechselwirkungen mit anderen methodischen Zugängen nimmt die Methode der Diskursanalyse die gesellschaftsdiskursiven Dynamiken in den Blick,

unter denen Gruppen ihre jeweiligen Deutungskämpfe um den Hochwasserschutz austragen³⁶. Kombiniert wird das mit einer historisch-strukturellen Analyse, die ich nutze, um mir anzusehen, wie die oft einseitig synchron analysierten Diskurse ihrerseits einem Wandel unterworfen sind und welche Strukturen sich durch die bisherigen Entwicklungen dahingehend festigen und reproduzieren konnten. Hier inkludiere ich eine (umwelt-)geschichtliche Perspektive, die sich nicht nur ansieht, wie die Donau im Eferdinger Becken im Laufe der Jahre genutzt, reguliert und begriffen wurde, sondern auch, inwiefern ausgewählte historische Momente als Ausgangspunkte rezenter Debatten um den Hochwasserschutz fungieren (vgl. Kapitel 4.1, 4.2 und 4.3).

Nach einer Skizze der Anwendung und Abstimmung der Methoden sind einige Erklärungen zur Auswertung der dadurch gewonnenen Daten notwendig. Auf Ebene der Feldnotizen habe ich mich weitgehend an Emerson und Kolleg*innen (1995: 145) gehalten und versucht, die Notizen nach einer Lektüre „[...] as if they had been written by a stranger“ in einem ersten Schritt offen zu kodieren. Erst dann bin ich zu einer stärker thematischen Form des Kodierens (angelehnt an Flick 2002: 271ff.) übergegangen, im Besonderen darauf abzielend, welche für politische Ökologie relevanten Positionen welche Menschen, im Kontext welcher Naturverhältnisse einnehmen. Zugleich bin ich immer dann von einer thematischen Kodierung abgewichen, wenn mir ein dynamischer Ansatz besser erschien, also abseits von a priori festgelegten erkenntnisleitenden Kategorien ein erneut offenes Kodieren einen besseren Blick auf noch unberücksichtigte Strukturen und Dynamiken des Feldes ermöglichte. Im Anschluss an diese Schritte habe ich erste Memos oder (weiter gefasst) erste Vignetten erstellt, mit dem Ziel, bereits erstellte Codes theoretisch wie textlich miteinander in Verbindung zu setzen (Emerson/Fretz/Shaw 1995: 142ff.).

Die Fragebögen habe ich mit SPSS ausgewertet, wobei ich hierfür kaum über eine einfach gehaltene deskriptive Statistik hinausgegangen bin, hätte dies doch den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Vielmehr habe ich mich entlang von ausgewählten (im theoretischen Teil dementsprechend spezifizierten) Analysekatoren wie Positionierung gegenüber dem *Generellen Projekt*, Bezug zur *Natur* etc. denjenigen Bedeutungszusammenhängen gewidmet, die mir für eine politische Ökologie der Kämpfe um den Hochwasserschutz sinnvoll und geeignet erschienen. Zweifelsohne ist die Auswertung der Fragebögen auch dafür herangezogen worden, um damit für eine größere Gruppe geltende Aussagen über die derzeitige

³⁶ Die Materialien, die in dieser Arbeit einer Diskursanalyse unterzogen werden, sind vielfältig und reichen von den geführten Interviews selbst, von Zeitungsartikeln der letzten Jahre über Gemeinderats- wie Beiratsprotokolle bis hin zu Projektberichten, öffentlichen Stellungnahmen und Plänen. Für letztere Textstücke greife ich auf eine mehrere Ordner umfassende Sammlung an Materialien zurück, die mir dankenswerterweise von einem Betroffenen zur Verfügung gestellt wurde.

Situation im Kontext des Hochwasserschutzes treffen zu können. Insofern als die Erhebung als nicht repräsentativ einzustufen ist, bleibt die Aussagefähigkeit des Bogens auf ebenjene 64 Fragebogen-Ausfüllenden beschränkt. Wenn auch nicht in Hinblick auf die Grundgesamtheit, so beziehen sich die im Folgenden gezogenen Schlüsse auf die Gruppe an Befragten.

Die offenen Fragen und deren Beantwortung habe ich ähnlich wie die Interviews (letztere werden einer an Froschauer und Lueger (2003: 223f.) orientierten Transkription zugeführt) einer weitgehend flexibel und explorativ gehaltenen qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Hier habe ich mich zur groben Orientierung auf Mayrings (2002: 118ff.) Konzeption einer strukturierenden Inhaltsanalyse gestützt, wenn auch nur insofern, als ich nicht nur unterschiedliche Typen *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* aus meinen Daten herausfiltern wollte, sondern auch die Konfliktparteien im Anschluss grob einzuteilen suchte. Die Ergebnisse aus der Diskursanalyse und der historisch-strukturellen Analyse sind unterstützend und in ausgewählter Form in die Auswertung der Gesamtheit an Materialien eingeflossen und wurden hierbei vor allem theoriegeleitet eingesetzt.

3.3 Vom Forscher zum Beforschten? Eindrücke zu meiner Rolle im Feld

Insofern als ich davon überzeugt bin, dass ich als Forscher Teil des Feldes bin, auf dieses einwirke und in komplexe Beziehungen zu Menschen in einem solchen eingebunden bin, möchte ich einige Überlegungen zu einer, mir in Retrospektive durchaus herausfordernd erscheinenden Rolle im Feld anstellen. Das ist mir deshalb wichtig, weil sich meine Position und die Wahrnehmung meiner Person vonseiten der Forschungssubjekte, wie ich heute merke, erheblich auf die Forschung ausgewirkt hat. So geht „in jede wissenschaftliche Aussage die jeweilige historische Position des/der Sprechenden“ ein (Jäger 2015: 10), mehr noch: diese allgegenwärtige historische Position bestimmt erst, ob und wie Erkenntnisse überhaupt zustande kommen.

Zunächst möchte ich reflektieren, wie sich der Zugang zum Feld gestaltet hat und wie das wiederum mit meiner (von mir selbst wahrgenommenen) Wirkung im Feld zusammenhängt. Der Feldzugang war erstaunlich einfach, fast schon „zu einfach“, wie mir auf den ersten Blick erschien. Das hat mehrere Gründe, die – teils von mir unterstellt, teils direkt kommuniziert – mit meiner Herkunft, mit der Aktualität und Relevanz des Themas selbst, mit meinem Geschlecht als auch mit meiner sozioökonomischen Position zusammenhängen. So kam mir zweifelsohne entgegen, dass ich aus der beforschten Gegend stamme, dass ich in dieser sozialisiert wurde und dementsprechend nicht nur sprachlich (in Bezug auf den hiesigen Dialekt), sondern auch im Zusammenhang mit sozialen wie lokalen Gepflogenheiten auf

gewisse Vorteile zurückgreifen konnte. Ich wage zu behaupten, dass es mir im Feld ganz anders ergangen wäre, würde ich aus einem anderen Teil Österreichs (bspw. aus dem vielfach diskreditierten Wien) oder gar aus dem Ausland stammen.

Abseits meiner Rolle als weißer, junger und in der Region aufgewachsener Mann war gewiss das Thema an sich ein Grund für die rasche Akzeptanz meinerseits vonseiten unterschiedlicher Gruppen. So fühl(t)en sich viele Menschen im Feld von den lokalen wie überlokalen Entscheidungsträger*innen im Kontext des Hochwasserschutz-Projektes nicht gehört/verstanden und zeigten sichtlich große Freude daran, dass sich nun endlich jemand für ihre Sicht der Dinge interessiert. Aber auch umgekehrt schienen Entscheidungsträger*innen und Expert*innen Gefallen an einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung der gegenwärtigen Kontroversen zu finden. Beizeiten hat das eine Dynamik hervorgerufen, die ich deshalb beschreiben möchte, weil sie zugegebenermaßen großen Einfluss darauf hatte, was in vorliegender Arbeit in welcher Form zugunsten welcher Akteur*innen thematisiert wird und was nicht.

Damit meine ich, dass viele Menschen, mit denen ich Gespräche geführt haben, die einen Fragebogen ausfüllten, von Anfang an große Hoffnungen in meine Arbeit setzten und das auch dementsprechend wiederholt kommunizierten. Von der Aussage, ich solle doch eine größere Arbeit daraus machen und diese den als „ignorant“ bezeichneten Politiker*innen vorlegen bis hin zu Bekundungen, dass sich nun endlich jemand ihrer Probleme annehme und diese darstelle – es wurden hohe Ansprüche an mich gestellt. Für mich selbst ergab sich daraus wiederum eine diffuse Spannung zwischen der Verantwortung gegenüber den beforschten Menschen und zwischen einer solchen gegenüber einer polit-ökologisch möglichst konzisen wie „unbequemen“ Darstellung der derzeitigen Konfliktfelder. Wie ich bemerken musste, war ich dabei schon nach kürzester Zeit dem Gefühl anheimgefallen, es allen beforschten Menschen recht machen zu müssen und das brachte mich umso mehr in die Bredouille, als ich wusste, dass eine politische Ökologie keine solche ist, würde sie nicht gewisse Verhältnisse und damit auch gewisse Gruppen überproportional stark in die Kritik nehmen.

Darüber hinaus stellte sich für mich während der Forschung mehrmals die Frage, mit welchen Akteursgruppen ich mich am ehesten identifizieren und solidarisieren würde. Das war umso stärker ständiges Thema, als ich immer wieder vonseiten der Menschen im Feld gefragt wurde, was ich persönlich von dieser und jener Angelegenheit halte und ob ich denn ihrer Sicht der Dinge zustimme. Dies ging so weit, dass ich zuweilen den Eindruck hatte, ich würde vom Forscher zum Beforschten avancieren, so versessen waren manche Menschen im Feld darauf, mich auf ihre Seite zu ziehen, mich für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

In anderen Fällen wiederum wurde ich selbst mit einem Expertenstatus, mit dem Label der Informationsquelle versehen. Ohne mich an diesem Punkt überschätzen zu wollen, mag das damit zusammenhängen, dass vonseiten der beforschten Subjekte relativ rasch erkannt wurde, dass ich durch die Kommunikation mit einer Vielzahl an Personen über ein besonderes „strategic knowledge“ verfügte:

“When conducting research equipped with this refined set of analytical and communicative tools, the ethnographer generates strategic knowledge, one that incorporates multiple points of view. In some cases, the ethnographer possesses information that no other social actor has access to, which endows him with a specific quota of power within the conflict’s political arena” (Little 2007: o. S.).

Rückblickend glaube ich, dass mein Auftreten als Informationsquelle ebenso wie als bestätigender, um nicht zu sagen als komplizenhaft agierender Zuhörer gewisse „Komplikationen“ befördert hat. Das reichte von Vereinnahmungen, über daraus resultierende Unsicherheiten meinerseits bis hin zu einer Nähe zu den Forschungspartner*innen, die mir in bestimmten Fällen auch über den Kopf gewachsen ist.

Es stellt sich die Frage, wie ich es aus diesem Dilemma geschafft habe, warum auf dieses Kapitel sehr wohl eine Analyse der Kämpfe um den Hochwasserschutz folgt. Zum einen ist dies der Einsicht geschuldet, dass es schlicht unmöglich ist, es allen Interviewten und Fragebogen-Ausfüllenden und deren Darstellungen von Realität recht machen zu können. Zum anderen habe ich durch die Analyse, also durch den Akt der Abstraktion und Systematisierung, versucht, die gelegentlich als übermächtig empfundene Verantwortung gegenüber den Personen zu relativieren. Ich betone an dieser Stelle, dass es mir zu keinem Zeitpunkt darum gegangen ist, einzelne Interviewpartner*innen durch ihre Aussagen zu kompromittieren. Vielmehr erachte ich letztere als symptomatisch für die Kämpfe um den Hochwasserschutz. Erst dadurch werden die Aussagen auch relevant für eine Analyse.

4 Von der Anthropologie des Hochwassers zur politischen Ökologie des Hochwasserschutzes – von der Formierung zentraler Konfliktfelder³⁷

Wie weiter oben angesprochen, fasse ich ein Hochwasser als Prozess eines hydrosozialen Systems (Swyngedouw 2009b), als hybrides Artefakt, das über gesellschaftliche Erklärungs-, Wirk- und Bedeutungszusammenhänge zu einer symbolischen wie materiellen Relevanz gelangt. So wenig ein Hochwasser als „neutrale“ und immer gleich ablaufende Naturkatastrophe auf eine immer gleiche und deshalb analytisch zu vernachlässigende *Landschaft* trifft, so wenig ist ein Hochwasser ein menschliches Management-Problem (Pelling 1999, 2001). Insofern als ich im Zuge der Forschung erleben durfte, wie sehr die Aufarbeitung des Hochwassers selbst umkämpft ist und zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf Hochwasserschutz führt, brauchen wir noch vor einem tieferen Eindringen in *gesellschaftliche Naturverhältnisse* eine Auseinandersetzung mit den Entwicklungen vor Planung und Präsentation des Hochwasserschutzprojekts.

So gehe ich davon aus, dass sich schon in den Jahren vor, spätestens aber mit dem Hochwasser 2013 erste Vorstellungen zur Gestaltung der Verhältnisse zwischen Mensch, Fluss und Landnutzung konstituiert haben. Mehr noch: Dass das jeweilige Erleben und der damit in Gang gesetzte Prozess der Deutung des Hochwassers ganz maßgeblich auf die (spätere) Positionierung in den Konfliktfeldern um den Hochwasserschutz einwirkt (Dietz/Engels 2018). Der folgende erste Abschnitt (4.1) wird sich zunächst mit der Donau, dem Eferdinger Becken und dessen Zusammenwirken zu Gunsten einer (historischen Veränderungen unterworfenen) *Landschaft* auseinandersetzen.

Im zweiten Teil (4.2) werden wir uns solchen Fragen widmen, die den Einfluss widerstreitender Auslegungen des Eferdinger Beckens – mal als Überflutungs-, mal als Siedlungsraum – auf die sich abzeichnenden Konfliktpositionen thematisieren. Das ist deshalb wichtig, weil mit dem umkämpften und von historischen Rückgriffen geprägten *Reading* des Eferdinger Beckens auch die Vorschläge, wie Hochwasserschutz als Eingriff in eine spezifische *Landschaft* zu erfolgen hat, variieren.

Im Anschluss (4.3) erfolgt eine Fortsetzung des Überblicks über zentrale (historische) Entwicklungen auf dem Weg zum Hochwasser 2013, im Besonderen im Zusammenhang mit

³⁷ Von einer Anthropologie des Hochwassers spreche ich deshalb, weil ich das Hochwasser 2013 durch die „Brillen“ der Betroffenen wahrzunehmen suche und als Ausgangspunkt für die darauffolgenden Kämpfe um Hochwasserschutz thematisiere (vgl. Oliver-Smith 1996). Es folgt mit wenigen Ausnahmen keine Darstellung der Geschehnisse, wie sie sich „wirklich“ zugetragen haben, sondern eine nahe an den Erzählungen und Realitäten der Gesprächspartner*innen ausgerichtete, möglichst *dichte Beschreibung* (Geertz 1973).

dem überaus komplizierten Verhältnis der Lokalbevölkerung zu den hiesigen Kraftwerken, aber auch vor dem Hintergrund von Erfahrungen zu Hochwasser-Ereignissen vor 2013.

Im vierten Teil (4.4) widmen wir uns konkret dem Hochwasser-Ereignis 2013, dessen Ausmaß und Ablauf sowie den Erlebnissen und Erkenntnissen aus und mit diesem seitens der unterschiedlich stark betroffenen Lokalbevölkerung. Hier werden wir uns im Besonderen der Frage annehmen, wie das Hochwasser 2013 wahrgenommen wurde und wird. Im Zuge dessen geht es mir darum, einen Blick auf die Erzählungen der Akteur*innen zu werfen, weil letztere erhebliche Auswirkungen auf die Konstitution von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* zeitigen, also maßgeblich auf die Verhandlung des Hochwasserschutzes einwirken.

Teil dieser Darstellung wird es auch sein, das vom *Amt der oberösterreichischen Landesregierung* unmittelbar nach dem Hochwasser in Auftrag gegebene und in Abstimmung mit dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) geplante *Generelle Projekt* zu diskutieren. Das ist deshalb zentral, weil dieses Projekt (neben der im Herbst 2013 festgelegten Absiedlungszone) als behördliche Antwort auf die Hochwasserproblematik im Eferdinger Becken zu werten ist und, wie ich behaupte, eine ganz spezifische Stoßrichtung im gesellschaftlichen Umgang mit Hochwässern im Eferdinger Becken vorgibt.

4.1 Donau und Eferdinger Becken: Schlaglichter auf eine gemeinsame Geschichte

Die Donau, zweitlängster Fluss Europas mit einer Länge von fast 2600 Kilometer und einem mittleren Abfluss von über 6000 m³/Sekunde, prägt mit einem Einzugsgebiet von rund 800 000 km² wie kaum ein anderer Fluss die Naturräume und Kulturlandschaften Mittel- bis Osteuropas. Aus hydrogeologischer Sicht wird die Donau in drei größere Abschnitte eingeteilt – obere, mittlere und untere Donau (Jungwirth et al. 2014: 16ff.) –, von denen wir uns in dieser Arbeit mit einem Teil der oberen Donau beschäftigen und hier konkret mit dem für das derzeitige Hochwasserschutzprojekt relevanten Abschnitt der oberösterreichischen Donau vom Stromkilometer 2162 bis 2143 (Anhang A4, Karte 1).

Auf jenen rund zwanzig Kilometern fließt die Donau – beginnend mit dem Ende der Engführung des Flusses auf Höhe des Ortes Aschach/Donau bis hin zur sogenannten „Wilheringer Enge“ – durch das (westlich von Linz liegende) Eferdinger Becken. Letzteres repräsentiert eine für den Gemüseanbau begünstigte, rund 120 Quadratkilometer umfassende und auf einer durchschnittlichen Seehöhe von 270 Metern angesiedelte sowie seit frühesten Aufzeichnungen besiedelte Beckenlandschaft. Landschaftsräumlich wie nutzungsbezogen verteilt sich diese auf die Untereinheiten „Auwaldbereich, Kulturlandschaft der Austufe und

landwirtschaftliche Niederterrassenbereiche“ (Natur & Landschaft/LBOÖ 2007: 13). Zugleich ist das Eferdinger Becken eine von insgesamt drei, bei größeren Hochwässern besonders stark überfluteten und (dadurch) wasserwirtschaftlich bedeutsamen Donau-Beckenlandschaften Österreichs sowie einer der letzten noch erhaltenen „natürlichen“ Retentionsräume (vgl. Fußnote 28) entlang der österreichischen Donau (ICPDR 2009; Schober/Hauer/Habersack 2015: S35; Werner consult/GP FA 2017: 4).

Während sich die Donau vor rund 200 Jahren auf viele Seiten-/Neben- und Altarme aufteilte und de facto über keinen eindeutigen Hauptstrom verfügte (vgl. Anhang A7, Bild 1), veränderten Regulierungsarbeiten ab den 1830er Jahren die Morphologie des heutigen Eferdinger Beckens tiefgreifend. Explizites Ziel war es damals, die Donau vermittels eines einheitlichen Flussbetts durchgehend schiffbar zu machen (Karl 1995; Natur & Landschaft/LBOÖ 2007: 35). Der Verlauf und die Fließgeschwindigkeit der heutigen Donau wurden daraufhin noch einmal stark durch den Bau der beiden, jeweils zu Beginn und Ende des Beckens liegenden Laufkraftwerke transformiert (Schoder/Schmid 2017) – das 1964 in Betrieb genommene Kraftwerk Aschach und das 1975 in Betrieb genommene Kraftwerk Ottensheim-Wilhering, beide betrieben von der Verbund Hydro Power AG (Verbund 2019). Vor allem mit dem letzteren Kraftwerk hielt eine radikale Umgestaltung des Eferdinger Beckens Einzug, mit zahlreichen Begradigungen, Aufschüttungen von Rückstaudämmen und der Installation von Überstromstrecken. Durch diese Maßnahmen wurden die Nebengewässer zurückgedrängt, die Zubringer verlegt sowie die Verbindung des Flusses zum Auwald eingeschränkt. Gleichzeitig rückte die landwirtschaftliche Nutzung, aber auch die Besiedlung des neu geschaffenen Raumes näher an den Strom heran.

Als charakteristisch für das Eferdinger Becken, vor allem jener Teile, die im 100-jährlichen Hochwasserabflussgebiet liegen, ist im Vergleich zu anderen von Hochwässern betroffenen Regionen eine relativ lose, von größeren landwirtschaftlichen Gehöften und kleineren Ortschaften geprägte Siedlungsstruktur. Das bedeutet, dass abseits von dichteren Siedlungen am Rand der Überflutungsgebiete (wie Aschach/Donau, Ottensheim, Teile Eferdings) – mit Ausnahme von Goldwörth, die als größere Siedlung in ihrer Gesamtheit im Hochwasserabflussgebiet liegt – die Gegend von landwirtschaftlichen Nutz- und Auwaldflächen und verstreuten Häuseransammlungen gekennzeichnet ist (Carli 2015).

Umweltgeschichtlich betrachtet, war und ist die österreichische Donau bis heute ein geschichtsträchtiger, umkämpfter Transportweg (Winiwarter/Schmid 2010; Winiwarter/Bork 2015: 146f.). Im Römischen Reich fungierte sie als Grenze, im Mittelalter als Faktor im Kampf gegen das Osmanische Reich (Sonnlechner/Hohensinner/Haidvogel 2013), im 18. und 19.

Jahrhundert wurde sie im Zuge von Regulierungsmaßnahmen und Kraftwerksbauten radikal transformiert (Schmid 2014: 164f.; Schoder/Schmid 2017), immer aber war sie ein sozialökologisch wertvoller Lebensraum, „nicht unberührte Natur, nicht einheitlich durchgeformte Kultur“ (Schmid 2010: 21).

Analytisch ist einmal mehr zu unterstreichen, dass der Lebensraum Donau, die damit zusammenhängenden *Donau-Landschaften* in ihrer heutigen Form und Funktion, nicht etwas von selbst Entstandenes darstellen, sondern als Resultate eines permanenten Wandels, als Ergebnisse menschlicher wie nicht-menschlicher Eingriffe zu werten sind (Ingold 2000: 199; vgl. Schmid 2010). Wir haben es also bei der Donau, und das trifft auf stärker regulierte Fließstrecken ebenso zu wie auf vermeintliche Wildnisgebiete im Bereich des Donaudeltas, mit einer *politicised environment* (Bryant/Bailey 1997) zu tun, mit einer *waterscape* als *taskscape made visible*, das erst über das konflikthafte Zusammenspiel verschiedener Entitäten zu ihrer heutigen Form gefunden hat (vgl. Swyngedouw 1999; 2009b). Wenn Christof Mauch (2013: 48) hervorhebt, dass „die Natur unsere Geschichte schreibt [und] allemal für unerwartete Folgen, für Überraschungen gut [ist, so gilt umkehrt auch, dass] sie ihre Geschichte nicht ohne uns“ schreibt und schreiben kann. In dem Sinne ist das Eferdinger Becken wie eine jede *Landschaft* als dialektisches Produkt gesellschaftlicher Prozesse als gleichsam natürlich wie sozial produziert zu verstehen und lässt sich in einer solchen Lesart, gerade wegen der vielschichtigen Nutzungsansprüche, die an sie als *Landschaft* gestellt werden, weder einseitig auf einen Überschwemmungs- noch auf einen Siedlungsraum verkürzen (Schmid 2010: 32f.). Wir werden im folgenden Abschnitt sehen, welchen formativen Charakter die (diskursive) Verhandlung von Gestalt, Funktion und (Nutzungs-)Geschichte des Eferdinger Beckens für die späteren Konfliktpositionen um den Hochwasserschutz annimmt.

4.2 Kämpfe um das Eferdinger Becken: Überflutungsgebiet und/oder Siedlungsraum?

Im Kontext der Frage nach den widersprüchlichen Vorstellungen in Bezug auf die Rolle des Eferdinger Beckens im Hochwasserfall genügt bereits ein Blick in den vom Ziviltechniker*innen-Büro *werner consult* im August 2017 herausgegebenen Feststellungsantrag des *Generellen Projekts* – jenes Dokument, das die Grundlagen und Varianten eines aus Sicht der Projektplanung wie des Landes Oberösterreich praktikablen Hochwasserschutzprojekts skizziert. Darin wird gleich zu Beginn festgehalten, dass das Hochwasserereignis 2013 „den Raumnutzungskonflikt im Eferdinger Becken auf[zeigt]“ (Werner consult/GP FA 2017: 4). Damit wird eine Argumentation bedient, die vom Automatismus ausgeht, „der sich stetig fortentwickelnde Anspruch des Menschen nach

Anpassung der Raumnutzung an seine Bedürfnisse“ (ebd.) würde mit der Notwendigkeit eines Retentionsraums konfliktieren, mehr noch, die bisherigen „gesellschaftlichen“ Entwicklungen der Nutzung immer weiterer Bereiche des Eferdinger Becken hätten „natürliche Prozesse“ der Wasserretention etc. in Bedrängnis gebracht. Im Rahmen des *Generellen Projekts* folgt daraus die Forderung, das Eferdinger Becken als Retentionsraum zu erhalten bzw. wiederherzustellen, was im konkreten Fall nichts Anderes bedeutet, als die vom Hochwasser betroffene Bevölkerung, so technisch und aus ökonomischen Überlegungen nicht schützbar, zu Zwecken der künftigen Schadensvermeidung auszusiedeln (vgl. Protokoll-Absiedlung 2013).

Dabei ist spannend, dass die Dokumente und Stellungnahmen seitens der Projektplanung sowie des Auftraggebers, die Abteilung der Oberflächengewässerwirtschaft, zwar im Rahmen der derzeitigen Schutzstrategie explizieren, welche wasserbaulichen Gründe hinter der Forderung nach Schaffung von Retentionsraum stehen (Weingraber 2017, 2018), dabei aber in einer „top-down“-Manier die Frage der gesellschaftspolitischen Verallgemeinerbarkeit einer solchen Strategie weitgehend ausgespart wird.

Nicht zuletzt steht zu Beginn der Debatten um den Hochwasserschutz die Frage nach der Lesart des Eferdinger Beckens als *contested landscape* (Bender 1998). Welche Funktion erfüllt letztere? Welche Nutzungsansprüche werden von unterschiedlichen Akteur*innen an jene gestellt, haben wir es beim EFB prioritär mit einem Überflutungsraum oder einem Siedlungsraum zu tun? Oder anders gedacht: Wenn wir es mit beidem zu tun haben, welche der beiden Funktionen erfährt von welcher Seite, zu welchen Zwecken und zu welchen Zeiten eine Priorisierung (Peluso/Watts 2001)? Damit sind wir inmitten der polit-ökologischen Debatte um *gesellschaftliche Naturverhältnisse* und deren Entsprechung im Rahmen widerstreitender Vorstellungen des gesellschaftlichen Umgangs mit Hochwässern, oder anders: widerstreitender Vorstellungen rund um die Gestaltung des EFB als *waterscape* (Swyngedouw 1999: 445ff.).

Wenig überraschend kann ein derartiges Ausloten von Funktion und Gestalt des EFB im Kontext einer *politics of landscape* (Tilley/Cameron-Daum 2017: 9) nur umkämpft sein. Von solchen, die sich kategorisch einer Darstellung des Eferdinger Beckens als Überflutungsraum verwehren („Eferdinger Becken darf KEIN Überflutungsgebiet sein!“ (F. 52); „Das Eferdinger Becken: seit über 1000 Jahren Siedlungsraum für Menschen. Dieser Siedlungsraum muss erhalten bleiben!“ (IHWSEFB 2017a; vgl. Fasthuber 2017)), den Überflutungsraum Eferdinger Becken erst als Folge des Rückstaus durch Kraftwerke begreifen oder aber die Donau noch stärker reguliert wissen wollen. Über jene, die einen Balanceakt aus Besiedlung und Erhalt der Retentionsfunktion fordern (vgl. Interview VIII), bis hin zu solchen, die auf Basis (historisch abgeleiteter und teils verabsolutierter) Vorstellungen vom EFB als

Überflutungsgebiet „Siedelnde“ besser heute als morgen aus dem Gebiet heraushaben möchten und diese im Zuge des Hochwassers für ihre Schäden selbst verantwortlich machen (vgl. Interview I: Z. 584ff.).

Politische Ökologie hat sich seit Kropotkin um *Landschaft* als zentralen Referenzpunkt von (Land-)Nutzungskonflikten angenommen. Dabei geht es besonders um Prozesse, in denen *Landschaft* von verschiedenen Akteur*innen vor dem Hintergrund einer spezifischen Produktionsweise nicht nur unterschiedlich *produziert* (Castree 2000), sondern auch gelesen wird und wie ein solches (*Mis-*)*Reading* dazu eingesetzt wird, divergierende (sowie ideologisierte) Ansprüche an die Gestaltung der besagten *Landschaft* zu legitimieren (vgl. Fairhead/Leach 1996). Wie Benjaminsen und Kolleg*innen (am Beispiel der Konflikte um das *Reading* des Rentierpastoralismus in der Finnmark) zeigen, zeugen viele Lesarten von *Landschaft* von einer „brutal simplification of a complex and heterogeneous landscape“ (Benjaminsen et al. 2015: 227). Für das EFB ist eine vergleichbare Dynamik feststellbar, nämlich, dass vonseiten der „Expert*innen“, aber auch von staatlichen Akteur*innen die komplexe *Landschaft* des EFB zuvorderst auf ein Überflutungsgebiet heruntergebrochen wird³⁸, zumindest aber die Funktion des EFB als Überflutungsgebiet im Kontext von Hochwasserfragen gegenüber anderen Aspekten bevorzugt wird, mehr noch: aus „objektiven“ Gründen, so die Argumentation, bevorzugt werden *muss* (vgl. Interview I, VI). Das ist umso spannender, als diese Bevorzugung weniger als ökologisch motiviert bzw. naturschutzorientiert einzustufen ist, sondern vonseiten der Proponent*innen als wasserbauliche, rechtliche und ökonomische Notwendigkeit kommuniziert wird (vgl. Werner consult/GP FA 2017; Interview II; vgl. Kapitel 5.1.1). Insofern als die „Expert*innen“ diese Simplifizierung und die darauffolgende Naturalisierung ebendieser darüber hinaus im Auftrag des Landes bzw. des Bundes ausführen, ließe sich mit James Scott die Reduzierung des EFB auf einen Retentionsraum als „state simplification“ schlechthin ausmachen (Scott 1998: 46ff.), als Teil eines „administrative ordering of nature and society“ (ebd.: 4), als Charakteristikum eines *Seeing* (das Eferdinger Becken) *like a (high-modernist) state*.

Den konkreten Manifestationen der Umkämpftheit der Wahrnehmung des EFB auf der Spur, wurde im Fragebogen verlangt, eine Stellungnahme zur Aussage das „Eferdinger Becken

³⁸ Im Fragebogen wurde versucht, diese von verschiedenen Seiten betriebene Simplifizierung des Eferdinger Beckens zu relativieren. So wurde anhand vorgegebener Kategorien die Frage nach Assoziationen zum Eferdinger Becken gestellt (Frage 22): Für 84 % bedeutet das EFB Heimat, für rund 63 % eine schützenswerte Kulturlandschaft, für 45 % ist das EFB im Rahmen ihres *Dwelling* Grundlage ihrer Existenz (vgl. Ingold 2000; Okely 2001). Wieder andere notieren in den Bogen, das EFB sei „ein jahrhundertelanger Lebensraum“ (F. 1), „fast ein Paradies“ (F. 38) – sehr emotionale Bewertungen, die nahelegen, dass das EFB für die dort Lebenden schlicht mehr als nur Überflutungsraum und beliebig zu wechselnder Wohnort bedeutet.

ist seit jeher ein Überflutungsgebiet“ (Frage 11a) abzugeben. Während 80,3 % (49 Pers.) diese Aussage mit „Stimme zu“ oder „Stimme sehr zu“ bewertet haben, stehen die restlichen ca. 20 % dieser Aussage skeptisch gegenüber – eine Verteilung, die zunächst eine Akzeptanz der von den politischen und planerischen Autoritäten kommunizierten Perspektive auf das Eferdinger Becken vermuten lässt. Auf den zweiten Blick scheint jedoch die Definition des EFB als (historisches sowie aus rechtlichen Gründen zu erhaltendes) Überflutungsgebiet in sichtlichem Widerspruch zu anderen Aussagenbewertungen zu stehen. So haben von jenen, die das Eferdinger Becken als Überflutungsgebiet bewertet haben, interessanterweise auch 63 % der Aussage „Wenn es dem Hochwasserschutz nützt, befürworte ich eine stärkere Regulierung der Donau“ (Frage 11e) zugestimmt (insgesamt sind es 70 % der befragten Betroffenen). Wie dieser (vermeintliche) Widerspruch zu deuten ist, lässt sich hier nicht näher ausführen, konkurriert aber doch zweifelsohne mit der vom Land verfolgten Strategie des Erhalts von bereits vorhandenen „natürlichen“ Retentionsräumen durch möglichst geringe (bauliche) Eingriffe³⁹.

Die Wahrnehmung des EFB seitens der betroffenen Bevölkerung wurde darüber hinaus im Fragebogen mit einer eigenen Frage bedacht, in der das Satzfragment „Das Eferdinger Becken...“ durch zur Auswahl stehende Kategorien zu vervollständigen war. Hier ist auffallend, dass recht ähnliche, wenn auch nicht idente, Formulierungen, wie das EFB „...ist eine schützenswerte Kulturlandschaft“, von 62,9 %, aber auch das EFB „...ist eines der letzten Überflutungsgebiete an der österreichischen Donau“, von (weiter oben waren es 80 %!) nur 35,5 % der Befragten angekreuzt wurden, also auch hier Unstimmigkeiten in Bezug auf die Wahrnehmung des EFB vorliegen. Es ließe sich dadurch der Schluss ziehen, die befragten Betroffenen erkennen das Eferdinger Becken zwar mit Einschränkungen als Überflutungsgebiet an, finden sich aber im Kontext des Schutzprojektes nicht damit ab, dass dieses Überflutungsgebiet (durch Aussiedlungen) auf ihre Kosten geschützt werden soll, oder anders: dass dieses Überflutungsgebiet sowie der zu errichtende Hochwasserschutz ausgerechnet ihr Grundstück betreffen muss (vgl. IHWSEFB 2017c).⁴⁰

³⁹ Das hängt mitunter damit zusammen, dass sich ein Großteil der jetzt noch im Hochwassergebiet von 2013 lebenden Menschen durchaus einen Hochwasserschutz, jedenfalls aber irgendeine Form der Transformation der bestehenden Schutzverhältnisse, wünscht – ein Umstand, der bspw. in der relativ eindeutigen Ablehnung (95,2 %) der Aussage „Das Eferdinger Becken braucht gar keinen Hochwasserschutz“ zum Ausdruck kommt. Wie wir später sehen werden, ist aus Sicht der befragten Personen nicht der *Hochwasserschutz an sich* das Problem, sondern die vom Land und den Projektplanern vorgesehene Form und Konzeption des Hochwasserschutzes (siehe Kapitel 4.4). Wie die *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken* betont, Hochwasserschutz ja, aber dann für alle im selben Maße (IHWSEFB 2017a). Das geht konform mit einer weiter unten noch näher zu behandelnden Einsicht aus einer anderen Frage, in denen doch fast 60 % der Befragten der Aussage, das gegenwärtige *Generelle Projekt* sei geeignet, Hochwasserschutz zu leisten, nicht oder nur wenig zustimmen.

⁴⁰ Diese Forderung ging in den informellen Gesprächen oft einher mit dem Hinweis, Hochwasserschutz dürfe nicht erst im Eferdinger Becken beginnen, sondern verlange bereits Maßnahmen entlang der deutschen Donau. So faktisch stimmig diese Forderung vor dem Hintergrund eines übersektoralen Hochwasserschutzes sein mag, so leicht erhärtet sich dadurch der Verdacht, Hochwasserschutz werde externalisiert (bspw. F. 48). So wird

Das geht Hand in Hand, wie wir später noch sehen werden, mit dem immer wiederkehrenden Vorwurf der Betroffenen, das Eferdinger Becken habe 2013 nur insofern als Überflutungsgebiet fungiert, um Städte wie Linz, aber auch um andere bereits fertiggestellte, für das Land Oberösterreich prestigeträchtige Hochwasserschutzprojekte wie jenes im Machland zu schützen (pers. Mitteilung STI 09.06.18). Damit thematisieren Teile der Betroffenen nicht nur eine aus ihrer Sicht präsenste Ungerechtigkeit, sondern eine Ungleichzeitigkeit im überregionalen Hochwasserschutz: Weil das Machland geschützt wurde und durch die dortigen Maßnahmen Retentionsraum verlorengegangen sei, müsse nun das Eferdinger Becken umso mehr erhalten (F. 13, 21, 30, 56, 58; bspw.: „[Das EFB] hat sich durch die HW-Schutzbauten im Bereich OÖ + NÖ erst zu einem bzw. zum letzten Überflutungsgebiet entwickelt“ (F. 61); „Linz wird geschützt – Eferdinger Becken wird geflutet“ (F. 25); „Machland und Verbund richten’s Eferdinger Becken z’Grund“ (pers. Mitteilung D. GW 15.10.18)).

Wieder andere hinterfragen bzw. relativieren überhaupt die Retentionswirkung des Eferdinger Beckens, allen voran der Bürgermeister der Gemeinde Feldkirchen in einem Schreiben an die Abteilung der Oberflächengewässerwirtschaft, und sehen nicht ein, warum die von Expert*innen propagierte Wiederherstellung und Sicherung von Retentionsraum überhaupt Ziel der Projektplanung sein muss (vgl. Allerstorfer/Schreiben 2015). Hier geht es, wie wir noch thematisieren werden, verstärkt auch um Auseinandersetzungen zwischen jenen, die für sich aufgrund ihres Immer-Schon-Dort-Wohnens ein aus lokalen Zusammenhängen abgeleitetes Wissen beanspruchen, und jenen, die aufgrund ihrer Ausbildung, ihres Studiums oder ihrer beruflichen Stellung als institutionalisierte Expert*innen gelten (vgl. Robbins 1998). Ein Schauplatz, auf dem es, wie wir sehen werden, nur oberflächlich darum geht, das fachlich Richtige zu ermitteln und umzusetzen, sondern auf dem mit den vielgestaltigen Waffen der Macht „Wahrheiten“ im Sinne der Foucault’schen „regimes of truth“ (Foucault 1980: 131) durchgesetzt werden (siehe Kapitel 5.1.2).

Dabei ist bezeichnend, dass keineswegs eine immer gleich scharfe Trennung zwischen (nicht im HW-Gebiet ansässigen) Expert*innen und Lokalbevölkerung existiert, sondern sich durchaus vom Hochwasser 2013 Betroffene mit den Expert*innen solidarisieren und deren Ansichten in Hinblick auf die Interpretation des Eferdinger Beckens teilen (Kapitel 5.1.3). So betonen etliche, dem GP wohlwollend gegenüberstehende Betroffene in Bezug auf das Wesen des EFB, dass ebenjenes – unabhängig von anderen Schutzprojekten – immer schon

angemerkt, dass „es schon klar wäre, dass wir ein Retentionsbecken brauchen, keine Frage, aber da kann man hald [woanders] ein Becken machen, wo keiner wohnt“ (Interview VII: Z. 509).

Überflutungsgebiet gewesen sei. Aussagen dazu finden sich in den Fragebögen zuhauf: „Das Eferdinger Becken war immer Überflutungsgebiet, jeder der meint, man kann die Donau in ein Betonkorsett verbannen, der irrt“ (F. 26), „das Eferdinger Becken ist ein Überflutungsgebiet – 2013 war nicht das letzte Hochwasser“ (F. 5). Andere gehen noch einen Schritt weiter und verleihen dem Hochwasser-Ereignis selbst den Charakter der Natürlichkeit, ein Ereignis, „das zu einem Leben am Fluss dazugehört“ (F. 55).

Bezeichnend an der Debatte um die Verhandlung der Sichtweisen auf das Eferdinger Becken ist augenfällig deren Historizität. Damit meine ich, dass vonseiten der institutionalisierten Expert*innen das Ausmaß des Schadens durch die Hochwässer 2002 und 2013, mal mehr, mal weniger explizit mit einer in den letzten Jahrzehnten stattgefundenen, fehlgeratenen Entwicklung der Raumplanung des Landes und der Widmungspolitik der Gemeinden in Verbindung gebracht wird (Interview I: Z. 178ff.). Dies äußert sich in der, an die romantisierende Floskel der „guten, alten Zeiten“ erinnernden Feststellung, man habe sich vor hunderten Jahren noch dem Fluss angepasst, man wäre damals nicht auf die „absurde“ Idee gekommen, in einem fast jährlich überschwemmten Gebiet zu siedeln (Interview I: Z. 101ff.). Auch wenn wir diese Argumentation zunächst unkommentiert stehen lassen, ist dieser historische Rückgriff zumindest analytisch spannend. Nicht zuletzt deshalb, weil ich annehme, dass im Kontext von Eingriffen in das Fluss-Ökosystem Donau historische Rückgriffe zweckspezifisch mal instrumentalisiert, mal als irrelevant und anachronistisch abgetan werden (vgl. Gamerith 2009). Umso interessanter finde ich außerdem die Kehrtwende all jener Privatpersonen wie behördlichen Instanzen, die noch vor einigen Jahrzehnten im EFB die Umwidmung von Gründen auf Bauland begrüßt haben, heute aber mit dem Zeigefinger von integrativem Hochwasserschutz und einem „Zurück zur Natur“, einem „Den-Flüssen-wieder-mehr-Raum-Geben“ sprechen. Zweifelsohne hat, wie Kruse (2010: 23) akzentuiert und der interviewte Projektleiter bestätigt (Interview VI: Z. 468ff.), in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel Einzug in die Hochwasserschutz- und Gewässerbaupolitik gehalten, ob dieser aber so konsequent wie nach außen kommuniziert gehandhabt werden muss, lässt sich zur Diskussion stellen (Interview VII: Z. 427ff.).

Auf jeden Fall verfügt die Debatte um den gesellschaftlichen Umgang mit Hochwässern im Eferdinger Becken über eine stark historisierte und naturalisierte Dimension, die nicht nur von einer Trennung von *Natur* (Überschwemmung als Normalzustand) und *Kultur* (fehlgeleitete Raumordnungsentwicklungen) ausgeht, sondern je nach Interessenslage unterschiedlich normativ umgedeutet wird (MacNaughton/Urry 1998; Swyngedouw 2009a). So ergibt sich der Eindruck, dass aufseiten der Planungsebene der *natürlichen* und *normalen*

Überflutung des Eferdinger Beckens merklich eine *fehlgeleitete (kulturelle) Entwicklung* gegenübergestellt werde. Umgekehrt heißt es, dass die von der *bedrohlichen Natur geschädigte Bevölkerung* doch über alles Andere zu stellen sei, dass diese seit Generationen die *Landschaft kultiviere* und dadurch das Eferdinger Becken als Identitätsmarker und nicht als (menschenleerer) Retentionsraum betrachtet wird (Hirsch 2015; vgl. Tilley 2006).

Im Interview mit einem Gewässerökologen, in dem mir gleich zu Beginn eine historische Landkarte des EFB präsentiert wird, kommt die angesprochene Historisierung ebenso deutlich zum Tragen wie beim Gespräch mit dem Pressesprecher (zuständig für den Bereich Erzeugung) der Verbund AG, der mir noch vor begonnener Unterhaltung ein Buch mit dem Titel „Die Donau im Laufe der Zeit“ überreicht⁴¹. Als ob sich mit dem historischen Rückgriff und der Feststellung, alle, die wissentlich im historisch bekannten Überflutungsgebiet gesiedelt haben, seien für ihr Elend selbst verantwortlich, die gesamte Debatte erübrigt hätte (vgl. Interview I, II, III).

Betroffene, die einer solchen (historisierten) Argumentation ausgesetzt sind, können diese teils zwar nachvollziehen, sehen aber in der rückwärtsgerichteten „Hätte-Wäre“-Logik für sie selbst keinen Mehrwert (vgl. Interview VII). Immerhin haben sie bereits dort gebaut (oder leben dort seit vielen Generationen) und immerhin gab es zumindest vor einigen Jahrzehnten vonseiten der damaligen Expert*innen keine nennenswerten Einsprüche.

Es überrascht nicht, dass die Fronten zwischen Betroffenen und Expert*innen bei derartigen Vorwürfen verhärtet sind, dass eine nur spärliche Gesprächsbasis zwischen den beiden Lagern existiert. Es gäbe solche, heißt es bspw. vonseiten des Gewässerökologen, denen könne man „die Wahrheit“ ob ihres „ignoranten“ Handelns (Interview I: Z. 238ff.) gar nicht zumuten. So werde den Betroffenen auch jene vermeintliche „Wahrheit“ (ebd.: Z. 239) vorenthalten, dass das „Eferdinger Becken gar nicht konsensgemäß abgesoffen ist, sondern es höher absaufen hätte müssen“ (ebd.: Z. 226f.; vgl. Kapitel 5.1.2).

Diese Aussage, so zynisch sie klingen mag, bezieht sich auf jenen Konsens, der im Rahmen der 1973 stattgefundenen, wasserrechtlichen Bewilligung des Kraftwerks Ottensheim-Wilhering erzielt wurde und in dem das EFB unter Zustimmung *aller* beteiligten Parteien, inklusive der heute zumeist schon verstorbenen Bürgermeister der Anrainergemeinden, als Retentionsraum festgelegt wurde bzw. festgelegt werden musste (vgl. WR-Bescheid 1970; Anschober 2013). „Musste“ insofern als das Kraftwerk nur unter der Voraussetzung genehmigt

⁴¹ Wenig überraschend beginnen auch die meisten Informationsveranstaltungen zum jeweiligen Planungsstand des Hochwasserschutzprojekts mit dem Verweis auf die historische Entwicklung der flussmorphologischen Gegebenheiten, heißt, dass in fast jeder Präsentation irgendwo eine Karte der Donau im 18. oder 19. Jahrhundert auftaucht, als ob das in einer ohnehin stark veränderten Kulturlandschaft des 21. Jahrhunderts noch der letztgültige Referenzpunkt sein müsste.

werden konnte, die Hochwasser-Retentionsfunktion des Eferdinger Beckens im Sinne des wasserrechtlich bindenden Verschlechterungsverbots für Unterlieger nicht zu beeinträchtigen.⁴² Das bedeutet nicht, dass beschlossen wurde, das Eferdinger Becken im Hochwasserfall intentional zu fluten oder fluten zu müssen, wie es von etlichen Betroffenen behauptet wird, sondern dass durch den Bau des Kraftwerks schlicht keine für die Unterlieger (im Vergleich zur Situation vor diesem) nachteilige Änderung der Abflussverhältnisse eintreten durfte (vgl. Interview I: Z. 265ff., II & VI).

Wir haben in einem ersten Schritt gesehen, wie umstritten und komplex die Frage nach Funktion und Gestalt des Eferdinger Beckens als *Landschaft* ist. Um oben angerissene Sachverhalte, und hier konkret: die Rolle der Kraftwerke, die wasserrechtliche Situation, aber auch den oft bemühten Vergleich zu den Hochwässern 1954 und 2002 verstehen zu können, werden wir im nächsten Teil versuchen, auf Basis der Fragebögen, Gespräche und Beobachtungen wesentliche Entwicklungsdynamiken und deren Relevanz aus Sicht der an den Kämpfen um den Hochwasserschutz Beteiligten darzustellen.

4.3 Von Kraftwerken und Hochwässern – Scheidepunkte auf dem Weg zur *Katastrophe*

Wie schon angeschnitten, ist neben der Streitfrage nach dem (historischen) Charakter des Eferdinger Beckens die Rolle der Kraftwerke im Hochwasserfall 2013 eine besonders kontroverse. So beurteilen im Fragebogen **77,4 %** der Befragten (49 Personen) die Donaukraftwerke und deren Einfluss auf Hochwässer im EFB als problematisch, teils aufgrund eines nicht stattfindenden Sediment-Managements, einer nicht ausreichenden Vorabsenkung sowie einer zu Ungunsten der Lokalbevölkerung gestalteten Wehrbetriebsordnung (vgl. IHWSEFB 2014). Das geht bis zum bereits angesprochenen Vorwurf, das Eferdinger Becken sei erst durch die Kraftwerke geflutet worden⁴³, die im angeblich höheren Auftrag gehandelt

⁴² Unter einem Unterlieger ist im Wasserrecht ein unter einem definierten Punkt (flussabwärts) situierter Gebietsberechtigter (bspw. ein Grundeigentümer) zu verstehen. Dieser kann nach §39 des Wasserrechtsgesetzes (1959) einen rechtlichen Anspruch auf zumindest gleiche (Abfluss-)Verhältnisse wie vor Kraftwerkszeiten geltend machen. Ebenselbiges ist auch im Kontext der Errichtung von Hochwasserschutzmaßnahmen relevant, da auch hier die Schutzbauten der Oberlieger rechtlich betrachtet nicht zu einem Nachteil der Unterlieger reichen dürfen.

⁴³ Dieser Vorwurf dreht sich ganz wesentlich um einen „Kommunikationsfehler“, wie der Pressesprecher des Verbunds rückblickend betont (Interview II: Z. 370ff.). So habe der Betriebsleiter des Kraftwerk Ottensheim-Wilhering von der „kontrollierten Flutung“ des Eferdinger Beckens gesprochen, was vonseiten der Betroffenen als intentionale Handlung ausgelegt wurde und in Teilen bis heute wird (F. 42 etc.; vgl. ORF.at 2013a). So war selbst der damalige Landeshauptmann Josef Pühringer von der dahingehenden Kommunikationsstrategie des Verbunds verärgert, der Bürgermeister der Gemeinde Walding sprach unmittelbar nach dem Hochwasser davon, dass eine derartige „Flutung“, wenn auch vorgesehen und wasserrechtlich festgelegt, jedenfalls der Bevölkerung nicht im Vorfeld kommuniziert wurde und man die nicht-informierte Bevölkerung „nächstens ganz feige absaufen [habe] lassen“ (NEWS 2013).

hätten, um Linz oder den Machland-Damm zu schützen (F. 25, 30, 56 etc.).⁴⁴ Immer wieder höre ich im Verlauf der Forschung den Ausspruch, „sie [=die Kraftwerke] haben uns in der Nacht noch 80 Zentimeter Wasser gebracht“ (pers. Mitteilung FSL 20.11.18), von mehreren Betroffenen auf den sprunghaften Anstieg des Wasserstandes in den frühen Morgenstunden des 04. Juni 2013 bezogen (vgl. Interview VII, XI, siehe auch Pöyry 2015: 5f.).

Einmal mehr lohnt sich hier der Blick auf das „Sensemaking“ der verschiedenen Konfliktparteien (Kruse/Mölders 2005: 36). So weist der Pressesprecher des Verbunds jede Mitschuld von sich und betont, dass Kraftwerke ja gar keinen Hochwasserschutz leisten könnten (Interview II: Z. 228ff.) und sich (im Großen und Ganzen) an die Wehrbetriebsordnung gehalten hätten (ebd.: Z. 314ff.; Dettmann/Theobald 2015; Pöyry 2015). Dahingegen fordern Betroffene eine „ehrliche“ Aufarbeitung der Geschehnisse, ein Ausbaggern der verlandeten Stauräume (F. 8, 27, 29, 30, 38, 58, 59, 61), Änderungen der Wehrbetriebsordnung (F. 11, 22, 39, 42, 43, 56) oder gar eine gesamtösterreichische, intelligente Kettenstaureglung mit Vorabsenkung (F. 1, 29, 36, 37, 38, 48, 61; vgl. auch IHWSEFB 2019). Auf die im Fragebogen gestellte Frage nach denjenigen Akteur*innen, die aus Sicht der Befragten einem HW-Schutz am ehesten im Wege stehen würden, fallen immer wieder dezidiert die Kraftwerksbetreiber (Fragebögen 9, 14, 40, 48, 50, 58, 61). Zudem wird an dieser Stelle auffallend oft die Verquickung von Verbund und Landespolitik thematisiert, gepaart mit einer Kritik an der durch die Transformation zur Aktiengesellschaft unterstellte Maxime der Gewinnmaximierung, an der Besetzung des Aufsichtsrates mit (vormaligen) Landespolitiker*innen und an intransparenten Anpassungen der Wehrbetriebsordnungen (Interview VII: Z. 215ff.). Hier kommt auch die im derzeitigen politischen Diskurs ausgeprägte Figur der Trennung der (dominierten) betroffenen Bevölkerung vom „Establishment“ ins Spiel, mit dem Vorwurf der ersteren, die „mächtigen Eliten aus Politik und Wirtschaft“ würden die Bedürfnisse der „einfachen Bevölkerung“ ignorieren (vgl. Scott 1990: 132ff.). So wird bedauert, dass „Verbund u. Politiker die einfachen Menschen von oben herab betrachten und sich nichts sagen lassen von Betroffenen“ (F. 38), dass eine „Zusammenarbeit (Machenschaften) des Verbunds mit der

⁴⁴ Besonders spannend, weil sehr stark naturalisierend wie „psychologisierend“, erscheint mir in diesem Zusammenhang die Erklärung des Pressesprechers des Verbunds, warum betroffene Menschen unmittelbar nach dem Ereignis dem Verbund die Schuld gegeben hätten: „[...] und dann hat man angefangen, wie nach jeder Katastrophe, nach Verursachern zu suchen. Das ist eine völlig natürliche Reaktion, man will wissen, warum etwas passiert ist, und gerade in unserer Welt, die so von Sicherheit und Komfort geprägt ist, ist es besonders verblüffend, wenn die Natur [!] dermaßen hart zuschlägt. [...] Dass hier eine künstliche Flutwelle ausgelöst worden wäre, das hat sich aber einfach als Beobachtung unter Stress [...], geschuldet der emotionalen, der psychischen Belastung, herausgestellt, es war aber nichts davon zu sehen. Korrigiere: Ich kann nichts darüber sagen, was jemand geglaubt hat zu sehen, aber rein technisch [!] gab es keinen Hinweis dafür“ (Interview II: 169ff.).

Landesregierung“ existiere (F. 50), dass eine „Prioritätensetzung gegen die Bevölkerung“ betrieben werde (F. 15).

Um die Tragweite der Vorwürfe an die Kraftwerksbetreiber besser verstehen zu können, müssen wir in die Zeit der Bewilligung und des Baus der Kraftwerke, vor allem des KW Ottensheim-Wilhering, zurückgehen. Das ist deshalb relevant, weil sich eine der zentralen Fragen im rezenten Diskurs, nämlich, ob die Kraftwerke im Eferdinger Becken Hochwasserschutz leisten können und dadurch mit dem Hochwassergeschehen in Verbindung gebracht werden können, durch den Blick zurück besser problematisieren lässt. So halten viele Betroffene in den Gesprächen, aber auch im Rahmen der *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken* fest, dass sich der Verbund in der Vergangenheit damit gerühmt hätte, mit Kraftwerken Hochwasserschutz leisten zu können (IHWSEFB 2017c.), jetzt aber beteuert, das gar nie versprochen zu haben. Dazu der Pressesprecher des Verbunds:

„Wir haben zu diesem Anlass viele Kommunikationsmaßnahmen getroffen, eine davon, war das Nachschauen in Archiven, in historischen Broschüren aus der Kraftwerksbauzeit, aus Eröffnungsreden [...], um hier herauszufinden, woher die Missverständnisse kommen, aber es gelang uns nicht, irgendwo etwas zu finden, wo Hochwasserfreiheit für alle Zeiten versprochen wird“ (Interview II: Z. 110-115).

Diese Darstellung seitens des Verbunds deckt sich zunächst mit den Auskünften des Mitarbeiters der Abteilung für Oberflächengewässerwirtschaft (Interview III), und zwar, dass mit dem Bau des Kraftwerks (und der Dammanlagen nördlich und südlich der vor dem Wehr liegenden Donau) kleinere Hochwässer (5– bis 15-jährliche) eingedämmt werden konnten, größere Hochwässer aber nach wie vor das Eferdinger Becken überfluten und sogar überfluten müssten (Interview II: Z. 115ff.; vgl. auch Interview I). Würde das Kraftwerk nämlich zugunsten der Oberlieger Wasser zurückhalten, dann würde dies zu einer Verschlechterung der Abflusssituation für die Unterlieger führen, die ihrerseits einen rechtlichen Anspruch auf zumindest gleiche (Abfluss-)Verhältnisse wie vor Kraftwerkszeiten geltend machen können. Daher rührt auch die von einigen Betroffenen belächelte Aussage, nämlich, dass im Hochwasserfall das Kraftwerk verpflichtet sei, „so zu tun, als ob es nicht da wäre“ (Interview II: Z. 96).

Warum ist dieser Umstand für die Kämpfe um den Hochwasserschutz so relevant? In den zahlreichen Gesprächen vor Ort wurde interessanterweise der soeben andiskutierte Sachverhalt völlig anders aufgenommen oder im Laufe der Jahrzehnte abgeändert (vgl. Jäger 2015: 121f.). So wird angemerkt, der Verbund hätte in den 1970er Jahren (noch) behauptet, das Eferdinger Becken sei vor kommenden Hochwässern geschützt, was wiederum die Gemeindepolitik beflügelt hätte, Umwidmungen in hochwassertechnisch umstrittenen

Gebieten (bspw. in der Gegend um Goldwörth) vorzunehmen⁴⁵. Dadurch wäre für die vom HW Betroffenen der Eindruck entstanden, man wäre vor künftigen Hochwässern geschützt (vgl. auch Interview V: Z. 474ff.). Eine in Goldwörth lebende Betroffene meint dazu:

„Meine Eltern sind aus dem Mühlviertel dorthin gezogen, eben in den 70er Jahren, wo ganz viele Gründe neu gewidmet wurden [...]. Sie haben gewusst, dass dort Hochwasser war, ich glaube, das hat jeder gewusst [...]. Aber dann ist das Kraftwerk Ottensheim gemacht worden und angeblich sind die Bürgermeister damals vom Verbund eingeladen worden und damals [...] hat man ihnen gesagt, es kommt kein Hochwasser mehr, weil wir haben jetzt ein Kraftwerk. Deswegen hat wahrscheinlich auch das Land diese Gründe umgewidmet, weil wenn das immer Retentionsraum war – und jetzt im Nachhinein wissen wir, dass wir immer Retentionsraum waren und sind – [...] also würde es ihnen klar gewesen sein, dann hätte das Land, das Magistrat, die Gemeinde mutmaßlich gehandelt [...], das wäre fast Vorsatz. [...] Also haben sie es gewusst? Dann war es ein Vorsatz [...]. Sie [=die Autoritäten] haben es nicht [!] gewusst, sie haben an die Technik geglaubt und haben dort irgendeinen Grund gekauft. [Außerdem hat] bis 2013 das Wort Retentionsbecken und Abflussrinne niemand gekannt und der schwarze Peter, der vom Land immer wieder den Bürgermeistern zugeschoben wird, den sehen wir auch als Problem, weil ich glaube nicht, dass das jemand gewusst hat“ (Interview VII: 66ff.; vgl. Hirsch 2017b).

Ob und wie sich diese Erzählung ausgebreitet und verselbstständigt hat, ist aus heutiger Sicht schwer zu sagen, wichtig ist jedenfalls zu bemerken, dass rund um die Rolle der Kraftwerke im Hochwasserfall unterschiedlichste Einschätzungen kursieren, dass wir es auf jeden Fall mit einer mit Legitimationsansprüchen zusammenhängenden *politics of knowing (or not-knowing)* zu tun haben (Robbins 2000).

Ein Vorschlag, der maßgeblich von der (später genauer vorgestellten) IHWSEFB im Rahmen des von ihnen publizierten *Masterplans* als Forderung an den Verbund herangetragen wurde, bezieht sich auf eine *intelligente Kettenstauregelung*. Eine solche sieht vor, dass noch vor dem Eintreffen der Hochwasserwelle durch eine Vorabsenkung die bestehenden Stauräume akkordiert dazu genutzt werden, die Hochwasserwelle in ihren Auswirkungen abzdämpfen (IHWSEFB/Masterplan 2014). Während diese Forderung von diversen Expert*innen als machbar, ob des geringen Potentials zumindest als zu berücksichtigend eingestuft wird (Dettmann/Theobald 2015), reagiert der Verbund darauf ablehnend. Die Stauräume an der Donau seien dafür zu klein (pers. Mitteilung M.P. 01.10.18), ebenso hätte eine Kettenstauregelung bei einem Hochwasser keine nennenswerten Auswirkungen, weil ohnehin „48 Stunden vorher, alles, was ich zur Verfügung habe“ (Interview II: Z. 213) aufgemacht werde. Eine derartige Erwiderung stößt umgekehrt bei den Betroffenen auf Unverständnis (F. 38; Interview VII: 113ff.). Gründe, warum der Verbund eine solche Regelung boykottiere, seien

⁴⁵ Laut Verbund-Pressesprecher habe sich der Verbund aber immer rigoros gegen Umwidmungen und Bebauungen dieser Flächen ausgesprochen: „Und mir wurde versichert, seitens der regionalen Betriebsleitung, dass, wenn wir dort eingeladen wurden, wir dort eine negative Stellungnahme abgeben haben“ (Interview II: Z. 220f.).

zuvorderst wirtschaftliche, so die Betroffenen mehrheitlich in ihren Antworten (F. 15, 50, 48; Interview VII).

Andere Dimensionen der Auseinandersetzungen zwischen Kraftwerksbetreibern, Lokal-/Landespolitik und Anrainer*innen beziehen sich auf Fragen nach der Wehrbetriebsordnung, der Stauhöhe der Kraftwerke (auch in Bezug auf das KW Asten-Abwinden!), aber auch auf Entwicklungen der letzten Jahre, Stichworte: Geschiebetransport/Feststoffmanagement, (eigentlich nicht-konsensgemäße) Sohleeintiefung im Unterwasser vom KW Ottensheim-Wilhering, Zustand der Schifffahrtsrinne etc. (vgl. Krause 2012: 65).

Dabei sind derartige Konfliktfelder nicht auf den Hochwasserfall beschränkt, sondern mit größeren Fragen nach der Wahrnehmung und Gestaltung der Donau und deren Umland verbunden, ganz im Sinne eines koevolutionären Prozesses von hydraulischen Systemen und sozialem Wandel (Norgaard 1994; Swyngedouw 1999; Calice 2010). So gibt es doch über 20 % der Befragten, die behaupten, das EFB habe mit dem Bau der Donaukraftwerke seinen ursprünglichen Charakter verloren, sowie einen kleinen Teil, der abseits der Kraftwerke und der konkreten Hochwassersituation den Entwicklungen im Eferdinger Becken generell, vor allem aber in Bezug auf Raumplanung und Nutzung kritisch gegenübersteht (F. 3, 26; vgl. Krause 2012: 65). Von einzelnen Personen wird hierbei bemerkt, die Gemeinden im Eferdinger Becken hätten sich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zu zersiedelten Zuzugsgemeinden entwickelt, in denen mit allen Mitteln (auch durch die immer stärkere Einhegung der Donau) versucht würde, „Häuslbauer*innen“ aus dem Umfeld der Städte anzuziehen (pers. Mitteilung H.H. 20.10.18).

Ein wesentlicher Punkt, der vor allem von der Expert*innen-Seite immer wieder ins Treffen geführt wird, ist die auf Gemeindeebene angesiedelte Widmungspolitik der letzten Jahrzehnte, die gerne als einer der Hauptgründe für die Größe des Schadenspotenzials im Hochwasserfall dargestellt wird. So hätten Menschen im Eferdinger Becken gesiedelt, denen entweder aufgrund der langen hochwasserfreien Zeit zwischen 1954 und 2002 das Bewusstsein um die Gefahr und um die Anpassung an eine solche abhandengekommen wäre oder aber die aufgrund ihres erst in den letzten Jahren erfolgten Zuzugs überhaupt nicht Bescheid wussten (und wissen wollten) (Interview I: Z. 108ff.). Oft wird in diesem Zusammenhang diskutiert, ob denn nun in Bezug auf die Informiertheit in punkto Leben in einem Hochwasserabflussgebiet eine Hol- oder eine Bringschuld vorherrsche. Mit der bezeichnenden Tendenz, dass in einer Ära des Jemand-*Muss*-doch-zur-Verantwortung-Gezogen-Werden-Könnens zumeist der jeweils anderen Seite ihre (unterstellte) Verantwortlichkeit vorgehalten wird (vgl. Rosa 2019: 106ff.).

So spricht der Gewässerökologe – selbst an der Donau wohnhaft und, wie er betont, durch sein hochwassersicheres Bauen vom HW 2013 nicht substantiell geschädigt – von der Ignoranz der Betroffenen und echauffiert sich über deren „Das wird schon passen“-Mentalität: „Ja, ich kann nicht da neben dem Fluss so bauen wie irgendwo am Hang oben, muss ich halt mein Hirn einschalten“ (Interview I: Z. 591ff.).

Andere, die vom Hochwasser geschädigt wurden, neigen wiederum dazu, die Verantwortung beim Krisenmanagement, bei den Vorwarnsystemen, bei verfehlten Fördervorgaben des Landes oder aber bei denjenigen Autoritäten zu sehen, die sie damals im HW-Gebiet bauen ließen und sie nicht ausreichend bzw. wahrheitsgetreu informiert hätten (siehe Kapitel 4.4.3). Besonders spannend ist hier ein, wenn auch verhaltenes Hick-Hack zwischen verschiedenen skalaren Entscheidungsebenen, vor allem zwischen dem Land und den Gemeinden. So weist das Land den Gemeinden als Flächenwidmungsinstanz den „schwarzen Peter“ zu, während die Gemeinden dem Land verfehlte Raumordnungskonzepte, impraktikable Förderungsrichtlinien und autoritär anmutende Durchgriffsphantasien vorwerfen (vgl. Interview VII, aber auch X; Hirsch 2017a).

Während für manche das Hochwasser 2013 das erste Erlebnis dieser Art darstellte und eine dementsprechend traumatisierende Wirkung entfaltete, verfügen andere, vor allem Teile der älteren und seit Jahrzehnten in der Region lebenden Bevölkerung, über Erfahrungen aus Vergleichsereignissen. Letztere äußern sich zum Teil auch in einer Relativierung der Einzigartigkeit des Hochwassers 2013⁴⁶.

Wenn sich auch nur noch wenige Gesprächspartner*innen finden, die das in den Ausmaßen mit 2013 vergleichbare HW-Ereignis von 1954 am eigenen Leib erfahren haben, so fällt auf, dass diejenigen, die ebendieses, aber auch kleinere in den Jahrzehnten danach, miterlebt haben, so wirken, als sähen sie dem Hochwasser eine Spur gelassener ins Auge. Sei es, weil sie Hochwässer dadurch besser einschätzen können, sei es, weil sie sich durch das Erleben bereits mehrerer HW-Ereignisse eher als andere mit den Ereignissen arrangiert, vielleicht sich sogar bis zu einem gewissen Grad an sie „gewöhnt“ haben (pers. Mitteilung RH1

⁴⁶ So wurde bereits im Jahr 2002 das Eferdinger Becken von einem Hochwasser heimgesucht, das sich im Gegensatz zu den Ereignissen von 1954 und 2013 erst durch die wasserreichen Zubringer (insbes. Aschach, Innbach, Pesenbach, Große Rodl) und andere große Flüsse (wie Enns oder Traun) *nach* Linz zu einem 100-jährlichen Donau-Hochwasser auswuchs und dementsprechend verheerend in Niederösterreich ausfiel. Als Konsequenz aus diesem Hochwasser wurde in den Jahren nach 2002 im Machland ein umfangreiches Hochwasserschutzprojekt gestartet, das in der Kombination von Aussiedlungen⁴⁶ und technischen Schutzelementen die betroffenen Gemeinden nördlich der Donau schützen sollte und nur wenige Monate vor dem Hochwasser 2013 fertiggestellt wurde. Im Kontrast zum HW 2002 war das HW 1954 aufgrund der enormen Zuflüsse aus dem Inn schon im Eferdinger Becken ein 100-jährliches Ereignis mit Abflüssen von rund 8800 m³/Sekunde und einem Wasserstand, der zum damaligen Zeitpunkt mit Ausnahme der Hochwässer 1501 und 1899 weitgehend einmalig war (Blöschl et al. 2013).

17.09.2018; siehe Interview I: Z. 183f.). So erzählt mir ein älterer Landwirt sichtlich unbeeindruckt davon, wie die im 1954er Jahr um Alkoven stationierten US-amerikanischen Soldaten Kühe vor dem Ertrinken retteten, indem sie sie mit den Hörnern an ihren Booten fixierten (pers. Mitteilung SL 09.06.2018).

Besonders ist an dieser älteren Generation jedenfalls, dass sie nicht selten über ein sehr umfangreiches Wissen verfügt, das ihnen ermöglicht, vorhersagen zu können, zu welchem Zeitpunkt spezifische Teile der Umgebung ihrer Häuser erstmals unter Wasser stehen, ab welchem Punkt das Grundwasser nach oben gedrückt wird etc. (pers. Mitteilung RH2 17.09.2018). Ohne das Wissen dieser Personen als *traditionell ökologisch* romantisieren zu wollen, lässt sich doch behaupten, dass das *lokal spezifische* Wissen über Hochwässer (auch aus wasserbaulicher Sicht) als teils höchst akkurat und auf eine eigene Weise als profund anzusehen ist. Zudem behaupte ich, dass ebenjenes Wissen teils im Unterschied zu den (wissenschaftlich formulierten und stark kompartmentierten) Wissensformen der Planer*innen als eingebettet in soziale wie kulturelle Zusammenhänge vor Ort verstanden werden muss (vgl. Nadasdy 1999; Robbins 2000). Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass das Wissen über Überflutung an diesem und jenem Ort vielfach an ein (umfassenderes) Wissen über den Ort selbst, über die Dort-Wohnenden (und deren Geschichte), die dortigen Besitzverhältnisse etc. gekoppelt ist.

Somit besteht jedenfalls ein enger Zusammenhang zwischen Wissen und *Landschaft* und das insofern, als letztere als ein „set of relationships between places“ (Tilley/Cameron-Daum 2017: 2) immer bedeutungsgeladen ist. Diese Bedeutungen sind ihrerseits als Produkte des Zusammenwirkens von Erfahrungen und Ereignissen im Kontext von *place-making activities* zu verstehen. Basso (1996) gibt seinem Buch über Wissen, Sprache und *Landschaft* bei den westlichen Apachen den Titel *Wisdom sits in places* und bringt damit trefflich zum Ausdruck, wie *Landschaften* durch die sie *bewohnenden* Menschen benannt und als Erfahrungsschatz genutzt werden. Ob und wie jedoch dieser Erfahrungsschatz von anderen als „gültig“ anerkannt wird und zu einem Bestandteil *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* avanciert, ist eine andere Frage, der wir uns später widmen werden (Kapitel 5.1.2).

4.4 Das Hochwasser 2013 und die Zeit danach: Ereignisse – Erlebnisse – Erkenntnisse – Erfordernisse

Wir haben bereits einige Ausgangsbedingungen für das Hochwasser 2013 kennengelernt bzw. erste Konfliktfelder in Bezug auf zentrale Entwicklungen am Vorabend des Hochwassers skizziert. Im folgenden Abschnitt werden das Hochwasser 2013 selbst und dessen Wahrnehmung vonseiten der betroffenen Lokalbevölkerung thematisiert. Dafür wird im ersten Teil eine kursorische Chronologie des Hochwasserereignisses vorgenommen, also beschrieben, wie das Hochwasser 2013 abgelaufen ist, welche Ausmaße es angenommen hat und wie viel Schaden dadurch entstanden ist. Danach geht es um Erlebnisse der Betroffenen in Bezug auf das Hochwasser, welche Eindrücke von Ursache und Management desselbigen sie dahingehend gewonnen haben. Im weiteren Verlauf wird versucht, die Erkenntnisse der Betroffenen, die gezogenen „Lehren aus dem Hochwasser“ einzufangen, also in den Blick zu nehmen, wie die divergierenden Bezüge zur Donau und zum Hochwasser Einfluss nehmen auf die sich später bildenden Konfliktstellungen in Hinblick auf den Hochwasserschutz. So gehe ich davon aus, dass sich die Umkämpftheit des Hochwasserschutzes erst vor dem Hintergrund einer Berücksichtigung von Erlebnissen und Erkenntnissen betroffener Menschen verstehen lässt.

4.4.1 Ereignisse – Chronologie einer *Katastrophe*

Das Hochwasser 2013 im Eferdinger Becken war ohne Zweifel ein Extremereignis, mit einer 250-jährlichen Auftrittswahrscheinlichkeit, was den Durchfluss von nahezu 10 000 m³/Sekunde anbelangt, mit einer 100-jährlichen Auftrittswahrscheinlichkeit in punkto Wasserstände. Ausgehend von zwei aufeinander folgenden Starkniederschlagsereignissen entlang der Grenze zwischen Österreich und Bayern formierte sich über den Zufluss des Inns und anderer Zubringer in den Donau-Hauptstrom eine gewaltige Hochwasserwelle (Verbund 2013: 6f.; BMLFUW 2014). Schon in Bayern traten verheerende Schäden auf, rückblickend bewahrte ein Dammbbruch in Deggendorf die österreichischen Donauegebiete vor einem noch schlimmeren Ausgang (Interview I; VII: Z. 119ff.). Die Hochwasserwelle erreichte im Laufe des dritten Junis 2013 das Eferdinger Becken und kam in der Nacht auf den vierten Juni am Pegel Aschach auf einen Scheitelwert von 9900 m³ Abfluss pro Sekunde. Nur um sich das zu verdeutlichen: Diese Zahl bedeutet nicht weniger, als dass zu diesem Zeitpunkt fast 10 Millionen Liter Wasser pro Sekunde (!) in das Flussbett bzw. in Teile des Eferdinger Beckens einströmten (Werner consult/GP FA: 19). Bereits bei einem Durchfluss von 4000 m³/s und einem dementsprechenden Pegel waren zu einem früheren Zeitpunkt, so die Ereignisdokumentation des Verbunds (2013: 10ff.), die Kraftwerke besetzt worden, um den

Oberwasserpegel der Wehrbetriebsordnung gemäß abzusenken (Interview II: Z. 268ff.). Im KW Aschach setzte die Absenkung mit dem zweiten Juni ein, im KW Ottensheim in etwa zeitgleich, wenn auch hier „nur“ noch ein Scheitelwert von 7500m³/s zu bewältigen war (Pöyry 2013). Das rührt daher, dass bei gewissen Wasserständen am sogenannten Wendepiegel „Christl“ die beiden Überstromstrecken anspringen, also, dass es wasserbaulich vorgesehen ist, dass das Eferdinger Becken nicht nur vom Osten, sondern auch vom Westen her mit Wasser dotiert und dadurch die Hochwasserspitze abgedämpft wird. Schätzungen zufolge ergingen sich pro Überstromstrecke rund 1000 m³/s in das Eferdinger Becken, das sich in der Abflussdynamik von West nach Ost durch abnehmende Fließgeschwindigkeiten bei gleichzeitiger Erhöhung der Wasserstände auszeichnet (Werner consult/GP FA 2017: 23ff.). Allgemein wird angenommen, dass sich das Eferdinger Becken mit insgesamt 95 Millionen Kubikmeter Wasser füllte, was mit einer für die Unterlieger relevanten Dämpfung der Hochwasserwelle um 500-600 m³/s einherging (ebd.: 20; vgl. Anhang A4, Karte 2). Diese Rückhaltewirkung hatte ihren Preis. So wurden in manchen Wohnobjekten, vor allem auf Höhe der Ortschaften Hagenau und Gstocket, Fluthöhen von fast drei Metern erreicht (Weingraber 2013; Anhang A7, Bild 2). So mussten sich in etlichen Fällen Bewohner*innen dieser Häuser auf den Dachboden oder auf das Dach retten, von wo aus sie mit Helikoptern evakuiert wurden (Interview VII: Z. 295f.).

Insgesamt sind die gemeldeten Schäden in den Gemeinden des Eferdinger Beckens (Alkoven, Aschach, Eferding, Feldkirchen/Donau, Fraham, Goldwörth, Hartkirchen, Ottensheim, Puppung, Walding, Wilhering) durch das Hochwasser 2013 laut dem Projektbericht der Firma *werner consult* auf 40 Millionen Euro zu beziffern (Werner consult/GP FA 2017: 20), in der Dokumentation des BMVIT (2015: 210, 228) ist dieser Betrag ähnlich hoch bemessen. Die größten Schäden mit über 10 Millionen Euro entstanden in der Gemeinde Goldwörth. Hier stand de facto die gesamte Gemeinde unter Wasser. Summa summarum waren im Eferdinger Becken rund 1200 Wohn-/Gewerbeobjekte vom Hochwasser unmittelbar betroffen, auf einer überfluteten Fläche von ca. 63 km² (Land OÖ/GP 2019; vgl. Weingraber 2013). Ein Großteil dieser Fläche ist als landwirtschaftlich genutzt zu klassifizieren, alleine in den Donau-südseitigen Gemeinden des Bezirks Eferding waren ca. 22 km² vom Hochwasser betroffen, mit rund 50 überfluteten Hofstellen und landwirtschaftsspezifischen Schadsummen bspw. von bis zu 4 Millionen Euro nur in der Gemeinde Puppung (BMVIT 2015: 227). In den Wohnobjekten selbst waren die Schäden je nach Haushalt unterschiedlich gelagert – Schadfälle, die in den Fragebögen immer wieder angegeben wurden, drehten sich um Elemente wie Heizung, Kellerinventar, Mobiliar, Fußböden, Hauselektronik, Maschinen und dergleichen (F. 2, 3, 5, 9, 16 etc.).

4.4.2 Erlebnisse – Betroffene berichten

Auf Ebene der Auswirkungen des Hochwassers auf die dort lebenden, arbeitenden bzw. mit Hilfseinsätzen in Verbindung stehenden Menschen ist zunächst als positive Bemerkung festzuhalten, dass das Hochwasserereignis im Eferdinger Becken, wie auch in ganz Österreich, keine Menschenleben forderte (Interview II: Z. 608ff.). Wenn auch, wie es heißt, die Vorwarnsysteme im Vergleich zu 2002 verbessert werden konnten, so behaupten einige der Interviewten, dass die Informationsketten sowie das Krisenmanagement im Hochwasserfall (seitens des Landes, seitens der lokalen Entscheidungsträger*innen, besonders seitens des hydrographischen Dienstes) nicht optimal funktioniert hätten (Interview VII: Z. 162ff.; pers. Mitteilung STI 09.06.2018). Teils wurden Mails mit Vorwarnungen an falsche Adressen versandt (zwischen Verbund und Land, zwischen Land und Gemeinden), Pegelstände waren über viele Stunden nicht oder zu spät abrufbar (Interview IV: 688ff.; vgl. Hirsch 2013a). Das gesteht auch ein Mitarbeiter der Abteilung für Oberflächengewässerwirtschaft ein, dass da „ein paar unglückliche Sachen passiert sind, wie Pegelausfälle, [...] und was eines der Probleme war, dass Österreich oder Oberösterreich auch ein sehr schwaches Vorhersagemodell gehabt hat“ (Interview III: Z. 101ff.; vgl. Blöschl/Nester 2014).

Im Fragebogen äußerte sich die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement bzw. der Risikokommunikation insofern als 56 % angaben, das Hochwasser 2013 kam in dem Ausmaß für sie überraschend, was noch nicht direkt Auskunft über das Funktionieren der Vorwarn- und Managementsysteme gibt. Erst in Kombination mit fast 55 % der Befragten, die der Aussage, das HW 2013 „hätte im Nachhinein betrachtet besser bekämpft werden können“ (Frage 9h), zugestimmt haben, und 37 % bzw. 40 %, die mit dem Krisenmanagement bzw. den Frühwarnsystemen (Frage 10e/i) unzufrieden waren, lässt sich der Schluss anstellen, dass während und unmittelbar vor dem Hochwasser nicht alles ideal gelaufen sein dürfte. Eine in Goldwörth wohnende Betroffene schildert mir eindrücklich, wie sie das Hochwasser und dessen unzureichende Ankündigung erlebt hat:

„Wir haben dann auch, mein Vater hat noch Teletext geschaut, meine Geschwister haben dann alle anderen Internetsachen geschaut [...]. Also ich war die letzte, die glaube ich noch nach Goldwörth gekommen ist, [...] ich war auf einer Tagung und bin heimgefahren. [...]. Und da zu dem Zeitpunkt, das war am Samstag oder Sonntag, haben meine Eltern noch überhaupt nichts gewusst, Goldwörth war noch überhaupt nicht informiert. [...] Damals hat es noch geheißen, nein, wird nicht so schlimm, in der Früh bin ich dann gefahren, weil dann meine Mutter ein Schild gesehen hat: [...] Hochwasser-Gefahr. 2002 muss ich dazusagen, ist die Feuerwehr durchgefahren mit Sirene und Durchsage, das hat es 2013 nicht gegeben. [...] Das heißt [...] die Informationskette, die hat überhaupt nicht funktioniert“ (Interview VII: Z. 138ff.).

Nicht nur aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Betroffenen, sondern auch aus Sicht des Bürgermeisters Hubert Schlucker und der Vize-Bürgermeisterin Eva Windhager der Gemeinde Puppung hätte es Schwierigkeiten in der Abstimmung mit dem Land, den Behörden und den Nachrichtendiensten gegeben:

„Also die Verständigung seitens Land, BH [=Bezirkshauptmannschaft], und so weiter, das ist sehr spärlich gewesen. Das war einfach für unsere Verhältnisse zu spät. Wir haben dann einmal selber nachgefragt bei der BH, wie schaut es aus, kommt es, übersteigt es das 2002er Hochwasser? Ja, das können sie noch nicht sagen und wir sind dann hineingefahren und haben uns erkundigt [...]. Und sie wissen auch nichts. [...] [Vizebürgermeisterin:] Und was natürlich 2013 auch war, dass im Radio immer, diese Meldungen, die sie dann gehabt haben im Radio Oberösterreich [...]. Da hat es immer nur geheißen, Feldkirchen, Alkoven, aber Puppung wurde nie erwähnt [...]“ (Interview IV: Z. 735ff.).

Wie die Betroffenen selbst das Hochwasser und die Zeit danach erlebt haben, das variiert deutlich, analytisch ist hier das Konzept der *vulnerability* ausschlaggebend (Fuchs/Thaler 2018: 3). Kriterien, entlang derer sich Vulnerabilität in unserem konkreten Fall unterschiedlich äußert, betreffen – oberflächlich betrachtet – Exposition, also geographische Lage im Hochwassergebiet, Ausmaß, Wasserstand und Fließverhältnisse, aber auch Alter, Geschlecht, Wohn- und Lebenssituation und Grad an Informiertheit bzw. Wissen über das Hochwasser und das Verhalten bei einem solchen (Cutter 1995, 1996). Ein unmittelbar in Lands Haag an der Donau wohnender Pensionist erzählt:

„Ja, tagelange Regenfälle, nicht, man hat es eigentlich schon ein bisschen [...] gesehen, dass es immer höher wird. Wir sind eh einigewohnt, weil ja ziemlich oft ein Hochwasser kommt. [...] Und da schaut man dann halt immer, dass man die unteren Räume ein bisschen ausräumt, [...]. Ja, wie gesagt, dann ist eben die Feuerwehr gekommen und hat gesagt, es wird noch tragischer und da draußen und da hinten, da haben sie Sandsäcke hingelegt und abgedichtet überall. Dann haben sie eine Pumpe aufgestellt und das Wasser ist wirklich immer höher und höher worden. Wir sind dann von da weg in den ersten Stock rauf [...] Aber in der Frühe ist es dann wieder etwas zurückgegangen gewesen. Dann sind Bekannte gekommen, die haben uns dann geholfen, den Dreck wieder wegräumen [...]“ (Interview VIII: Z. 52ff.).

Eine betroffene Jungfamilie aus Feldkirchen beschreibt noch ausführlicher, wie sie das Hochwasser erlebt haben, wie sich eine anfängliche Entspanntheit innerhalb kürzester Zeit in Entsetzen verwandelte:

„Wir haben Sandsäcke geholt, weil wir gesagt haben, falls es wirklich ein wenig höher werden sollte als 2002, [...]. Es kann nicht viel sein, schauen wir halt ein wenig zu. [...] Das Schlimme ist bei uns, das ist wie ein Laubhaufen, der raschelt und das hörst du einen Tag vorher schon, also wir hören es schon kommen, aber wir sehen es noch nicht. Das ist, wenn sich die Felder füllen, die Maisfelder [...], da sind die Pflanzen in Bewegung [...]. Und dann schaut man halt jede Stunde [...]. Irgendwann geht man halt doch ins Bett und dann, glaube ich, hat uns aber die Sirene aufgeweckt um halb 5 [...]. Und dann ist so ein Rinnsal daher geronnen und man muss sagen, [...] wenn es da knöcheltief ist, reißt es dich mit, also das hat eine richtige Kraft [...]. Die was auch

wirklich nervös waren, waren auch die Kinder, die wir beruhigen haben müssen [...]. Ja, es ist, wie gesagt, es ist einfach gestiegen und gestiegen [...]. Es ist das Grundwasser gekommen, es hat dann von hinten schon überall rausgesprudelt und es ist das Wasser dann von vorne reingekommen [...]. Was wir gemacht haben und da habe ich, gemeinsam mit meinem Vater, durchgehalten die ganze Nacht, also ich war über 36 Stunden im Einsatz, weil wir da, erhöht noch einmal, unsere ganze Wärmepumpe und die Technik haben und das ist uns gelungen, dass wir den Wasserstand etwa um 30 Zentimeter niedriger halten als was er draußen war“ (Interview X: Z. 106ff.).

Dadurch, dass ich in dieser Arbeit davon ausgehe, dass die Konflikte um den Hochwasserschutz erheblich in den Erlebnissen der ersten Juni-Tage und deren Bewertung wurzeln, wurde eine offene Frage im Fragebogen den Assoziationen und Gedanken zum Hochwasser gewidmet. Ein immer wiederkehrendes Motiv in den von den Befragten angestellten Assoziationen stellt das Gefühl des „Ausgeliefert-Seins“ dar (F. 15, 22), andere verbinden mit dem Hochwasser 2013 „Hilflosigkeit“ (F. 1, 6, 31, 37), Ohnmacht, eine damals empfundene wie bis heute fortwirkende „Angst“ (F. 51, 60, 62) – besonders in Bezug auf eine etwaige Wiederholung des Ereignisses. Zu dieser Angst mischt sich bei einigen auch „Wut“ (F. 27, 48, 58, 62), Wut auf die Kraftwerksbetreiber, auf die Landespolitik, auf die Bürgermeister – eine Wut, die, einmal vorhanden, auch im Kontext der Debatten um den Hochwasserschutz fortwirkt. Darüber hinaus bedeutet das Hochwasser für viele, wenn nicht für die meisten, einen traumatischen Einschnitt in ihr bisheriges Leben – ein Umstand, der, wie wir im Kontext der Dynamiken um den Hochwasserschutz sehen werden, einen maßgeblichen Einfluss auf die spätere Entscheidung zugunsten von Aussiedlung haben wird (Interview VII: Z. 284ff.).

Ein wieder anderer Gesprächspartner, der im Erdgeschoss zwischenzeitlich fast zwei Meter Wasserstand hatte, schildert mir seine Eindrücke vom Hochwasser und betont dabei die Gleichzeitigkeit aus Angst und Unterstützung:

„Und ah es ist so, dass eigentlich durch das Ausmaß und die Höhe, dass ich auch das erste Mal Angst gehabt habe, also wirklich also Angst ums Leben. Weil ursprünglich hätten wir ja weg sollen und wir haben aber bis zum letzten Moment aufgeräumt [...] Andererseits ist der ganze Prozess dann [wieder so], [...] dass es uns auch sehr verbunden hat, weil sie [=Ehefrau] dageblieben ist, weil sie gesagt hat, ich lass dich nicht alleine, [...], da sieht man dann wieder, wo du dir dann doch Stütze gibst gegenseitig, wie gut das ist, dass du nicht alleine bist. [...]“ (Interview XI: Z. 58ff.).

Wenn auch nicht im selben Maße, wie das Hochwasser als Katastrophe, als Belastung erlebt wurde, so werden doch auch „positive Eindrücke“ in Bezug auf die Zeit unmittelbar nach dem Hochwasser artikuliert. In diesem Zusammenhang fallen Begriffe wie Hilfsbereitschaft, Zusammenhalt, vor allem im Kontext des gemeinsamen Aufräumens mit Nachbar*innen, Freund*innen, Freiwilligen und Einsatzkräften. Dies geht soweit, dass manche vor dem Hintergrund des Hochwassers 2013 von einem Wiedererstarken der dörflichen sozialen Bande, von einer Revitalisierung alter Freundschaften sprechen. (vgl. Interview VII, X, XI).

4.4.3 Erkenntnisse – vom Ende des Hochwassers zum Anfang der Konflikte

In der Literatur rund um das Erleben von Extremereignissen wird vielfach ins Treffen geführt, dass letztere eine katalytische Wirkung entfalten können, dass zumeist unmittelbar nach dem Ereignis intensive gesellschaftliche Debatten rund um das Zustandekommen, Ausmaß und die künftige Prävention des Ereignisses geführt werden (Felgentreff 2008; Kruse 2010: 16). Nach Ereignissen und Erlebnissen gelangen wir zur dritten Säule der Darstellung der Ausgangspositionen für die Kämpfe um den Hochwasserschutz, nämlich zu den Erkenntnissen, und damit zu den unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die aus dem Hochwasser-Ereignis gezogen wurden.

4.4.3.1 Schlussfolgerungen der Betroffenen: auf der Suche nach Verantwortlichen

Weiter oben ist bereits durchgeklungen, dass sich viele der Betroffenen rückblickend eine andere Form des Krisenmanagements gewünscht hätten⁴⁷, dass sich viele alleingelassen gefühlt haben. Umstritten selbst sind bereits die Interpretationen für das Zustandekommen sowie für das Ausmaß des Hochwassers 2013⁴⁸. Ein Aspekt, der bereits vorgekommen ist, bezieht sich auf die Wahrnehmung des Wehrbetriebsverhaltens/der Wehrbetriebsordnung als der im Fragebogen mit Abstand meistangekreuzte verschärfende Faktor/„Grund“ für das Hochwasser 2013 mit über 77 %. Danach erst folgt die Erklärung „ungewöhnlich hohe Niederschlags-/Zuflussmengen“ mit „nur“ 64,5 %, also jene Erklärung, die vonseiten der Landespolitik, vonseiten des Verbunds, von der Expert*innen-Seite verwendet wird. Das ist umso brisanter, als es der Verbund trotz zahlreicher Kommunikationsmaßnahmen in den letzten Jahren scheinbar nicht geschafft hat, die Anschauung, die Kraftwerke wären ursächlich bzw. zumindest verschärfend in das Hochwassergeschehen involviert gewesen, aus der Welt zu schaffen (Interview II: Z. 400f):

„Wir haben es auch so gehalten, dass wir offen kommuniziert haben, einerseits mit Erklärungen [...]. Und auch, dass wir alle Unterlagen offengelegt haben, [...], wir haben geschaut, dass Zwischenberichte [...] erreichbar sind. Wir haben eine eigene Website dafür gemacht [...]. Aber was bleibt, ist, dass man hier nicht den Anschein erwecken darf, hier etwas verbergen zu wollen“ (Interview II: Z. 417).

⁴⁷ Zu diesem Wunsch, aber auch zu Fragen nach dem Krisenstab, dem Krisenmanagement und zur Frage, ob die Bürgermeister allesamt rechtzeitig mit Informationen zu den Pegelständen versorgt worden wären, wurde am 09.07.2013 ein „Hochwasser-Gipfel“ im Linzer Landhaus abgehalten, sehr zum Ärger mancher Bürgermeister, die darin eine „Pseudoveranstaltung“ sahen und sich darüber beschwerten, dass nur Politiker*innen, nicht aber externe Expert*innen eingeladen worden wären. Besonders kontroversiell ist bis heute die Frage, warum die Bevölkerung nicht rechtzeitig/ausreichend über die „Flutung“ des Eferdinger Beckens in der Nacht vom dritten auf den vierten Juni informiert wurde und welche Schäden dadurch zu verhindern gewesen wären (Der Standard 2013; Hirsch 2013b).

⁴⁸ Siehe dafür bspw. die Informations-Plattform Hochwasser2013.at (2019), die für sich als „Aufklärungsplattform“ in Anspruch nimmt, zeigen zu können, „was wirklich passierte“.

Darauf erwidern Betroffene, die angesprochenen Unterlagen wären eben doch schwer erreichbar oder würden teilweise nur für kurze Zeit und nur pro forma hochgeladen, dem Verbund würde es letztlich nur darum gehen, in Allianz mit staatlichen Akteur*innen und dubiosen Expert*innen, einen (zumindest aus Sicht der Betroffenen im EFB) beschädigten Ruf reparieren zu wollen. Teilweise wurden in diesem Zusammenhang vonseiten betroffener Unternehmer und Privatpersonen auch Klagen gegen den Verbund vorbereitet (ORF.at 2013b).

Eine weitere Interpretation des Hochwassers 2013 ist vor allem aus polit-ökologischer Perspektive besonders spannend, weil es sich mehr oder minder direkt auf das Hochwasser als dialektisches Produkt spezifischer Gesellschaft-Natur-Interaktionen bezieht, aber auch auf die Frage, welche Entität nun denn das Hochwasser hervorgebracht hat (Robbins 2012: 33; vgl. Kruse 2010: 31ff.). So wurde der Aussage „das Hochwasser 2013 war nicht nur eine Naturkatastrophe, sondern auch menschengemacht“ von 77 % zugestimmt (Frage 11d). Das heißt an dieser Stelle wohl eher nicht, dass die Betroffenen das Hochwasser als hybrides Artefakt einer über Jahrhunderte veränderten/politisierten Donau-Landschaft konzeptualisieren würden, sondern steht, wie ich mutmaße, mit der oben genannten Suche nach einem menschlichen Verantwortlichen in Verbindung. Eine Kreuzanalyse zeigt eindrücklich, wie das „menschengemacht“ von sehr vielen Betroffenen auf die Kraftwerke bezogen wird. Demnach stimmen 90 % derer, die den Einfluss der Kraftwerke im Hochwasserfall als problematisch einschätzen, auch der Aussage, das Hochwasser sei (unter anderem) menschengemacht zu.

Ein etwas anders gelagerter Blick auf die Drastik des Hochwasserereignisses in der Wirkung auf die betroffene Lokalbevölkerung eröffnet sich durch einen Vergleich der Frage nach dem Bezug zum Wohnort/zur Gemeinde (Frage 6) und der Frage, ob sich dieser Bezug zum Wohnort/zur Gemeinde seit 2013 verändert habe (Frage 7). Während trotz der einschneidenden und kontroversiellen Geschehnisse der letzten Jahre im Jahr 2019 beachtliche 80 % gerne in ihrer Gemeinde leben (wie viele angeben aufgrund von: Lage im Grünen, Natur, Stadtnähe, ländlich, Ruhe), hat sich für 43 % der im Fragebogen Befragten der Bezug zu ihrem Wohnort seit dem Hochwasser 2013 zum Schlechteren gewandt. Dabei geben fast alle Befragten, die sich für „zum Schlechteren“ entschieden haben, an, dass dieser Wandel für sie mit dem Hochwasser/Hochwasserschutz zu tun habe („viele Nachbarn (Freunde) schon abgesiedelt“ (F. 7), „werde absiedeln“ (F. 27), „Grundentwertung“ (F. 30), „es haben sich gegensätzliche Gruppierungen gebildet“ (F. 38), „Angst vor Hochwasser“ (F. 43), „Unsicherheit“ (F. 52), „Gemeinde kümmert sich nicht“ (F. 59)). Das ist ein durchaus aufsehenerregender Wert, wenn man bedenkt, dass bei 49 % der Bezug gleichgeblieben ist und sich nur für 7 % dieser zum Besseren entwickelt hat.

Dieser Unmut hängt sichtlich auch mit dem Ärger über die politischen Entscheidungsträger*innen zusammen, der sich mal gegen die Kraftwerksbetreiber und die Landespolitik, mal gegen die Gemeindepolitik, beizeiten auch gegen den Bund und dessen Vorgaben richtet. Wie wir später noch sehen werden, scheint die im Fragebogen wie auch in den Gesprächen geäußerte Enttäuschung über die Art und Weise, wie Entscheidungsträger*innen die Lokalbevölkerung behandeln, vertreten und informieren, immens zu sein (vgl. Kapitel 5.2.1). Vielfach geht es hier um Fragen der Repräsentation, aber auch um Fragen, wie politische Akteur*innen während des Hochwassers und unmittelbar nach diesem in der Öffentlichkeit aufgetreten sind:

„Naja, es ist der Herr Landeshauptmann, glaube ich sogar gekommen mit Gummistiefel, aber der wurde dann ziemlich unhöflich von den Leuten begrüßt, die dann im Dreck stehen und wirklich ein Problem haben und die wollen dann einfach in so einer Situation kein liebes Foto mit einem Politiker schießen“ (Interview VII: Z. 388ff.)

Eine wesentliche Dimension der Positionierung und Politisierung der Menschen nach dem Hochwasser hängt, wie in den Gesprächen mehrmals unterstrichen wurde, mit dem unterschiedlichen (individuellen wie gruppenspezifischen) Umgang mit einer derartigen Traumatisierungs- bzw. Angsterfahrung zusammen. Während manche sich, um mit ihren Erlebnissen fertig zu werden, noch intensiver mit der Thematik auseinandersetzen müssen, wollen viele mit dem Hochwasser und dann später mit dem diskutierten Hochwasserschutz nichts mehr zu tun haben (Interview V: Z. 384ff.). Das führt nicht selten dazu, dass diese beiden Gruppen aneinandergeraten. So geschehen im Kontext der 2014 gegründeten *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken*, wie mir eine Interviewpartnerin mitteilte:

„Und das ist, glaube ich, auch ein Punkt, warum die Initiative manchmal angegriffen wird, weil die Leute haben unterschiedliche Versionen, wie sie mit so etwas umgehen und manche wollen einfach nichts mehr damit zu tun haben und nichts mehr hören. Und deswegen waren wir für manche eher eine Belastung, gebe ich auch zu. Im Ort ganz arg, für uns war das die einzige Version, damit umzugehen, das zu verarbeiten, zu schauen, dass es nicht mehr passiert oder nächstes Mal anders passiert oder wir informierter sind und wissen, was wir tun“ (Interview VII: 303ff.).

Das zeigt uns einmal mehr, dass es in Hinblick auf die Positionierung in Angelegenheiten des Hochwasserschutzes nicht „die Betroffenen“ als eine homogene Gruppe gibt/geben kann, sondern dass die Betroffenen selbst in viele verschiedene Gemengelagen zerfallen, die sich je nach Gemeinde, Interessenslage, Grad an Betroffenheit und Lage im HW-Gebiet mit wieder anderen Gruppen solidarisieren. So gibt es Betroffene, die sich auf die Expert*innen-Seite schlagen, deren Ansichten teilen und sich von diesen in ihren Interessen repräsentiert fühlen⁴⁹,

⁴⁹ Das sind vor allem solche, die unmittelbar nach dem Hochwasser den Wunsch äußerten, wegziehen zu wollen (Krenn-Aichinger 2013), und diesen Wunsch, wie es von manchen Interviewten heißt, mit besonderem Nachdruck zu formulieren wussten (Interview V, VII, XI).

genauso wie es solche gibt, die – ohne diese gruppeninternen Differenzierungen mitzudenken – die Welt nach dem Hochwasser in „Betroffene“ und „Nicht-Betroffene“ einteilen und glauben, dass erstere aufgrund ihrer Überflutungserfahrung alle an einem gemeinsamen Strang ziehen würden und müssten (Kapitel 5.1.3, 5.2.3).

Vor dem Hintergrund der Frage nach dem Ausmaß der (emotionalen wie materiellen) Betroffenheit, das sehr stark mit der Aussiedlungs-Bereitschaft, mit dem Wunsch, nichts mehr mit dem Hochwasser oder mit den Debatten um den Hochwasserschutz zu tun haben wollen, zu korrelieren scheint, ist mir das Schicksal einer Familie besonders nahegegangen. Diese war aufgrund ihrer geographisch spezifischen Lage besonders heftig dem Hochwasser ausgesetzt und fühlt sich bis heute weder während des Hochwassers noch in den darauffolgenden Jahren von der Gemeinde und ihrem Umfeld ausreichend unterstützt:

„Das, was ich auch daraus gelernt habe, wie gesagt, ich mache mir das nicht mehr mit, beim nächsten Mal schaue ich zu, wie es reinrinnt, [...] mich freut das nicht mehr. Der psychische Druck und keiner kommt. Keiner hat es der Mühe wert gefunden, dass er kommt und sagt, braucht ihr was? [...] Wenn man so alleine gelassen wird, das war das Schlimmste. Es hätte schon geholfen, wenn nach zehn Stunden einmal wer dahergekommen wäre [...]. Dass man das Gefühl hat, man ist nicht komplett verlassen in der Situation“ (Interview X: Z. 349ff.).

4.4.3.2 Schlussfolgerungen der Landespolitik: Aussiedlung als Nonplusultra?

Auch auf Ebene der Landespolitik wurden unmittelbar nach dem Hochwasser erste Überlegungen angestellt, die sich aus heutiger Sicht nicht immer letztgültig rekonstruieren lassen. Das hat damit zu tun, dass aus meiner Sicht (auf Basis der Auskünfte wie der verfügbaren Protokolle) unklar bleibt, wie sich gerade diese spezifische Reaktion, nämlich möglichst rasch ein derart groß angelegtes Projekt (250 Millionen Euro, zunächst zugesichert bis 2022; OTS 2013) auf den Weg zu bringen und dafür freiwillige Absiedlungen, also einen sogenannten „passiven Hochwasserschutz“, einzuplanen, ergeben hat⁵⁰. Außerdem stellt sich für mich die Frage, wie dieser Ansatz zum damaligen Zeitpunkt mitgestaltet, also auch vonseiten der betroffenen Bevölkerungsgruppen demokratisch mitgetragen war⁵¹.

⁵⁰ Felix Weingraber von der Abteilung für Oberflächengewässerwirtschaft des *Amts der oberösterreichischen Landesregierung* erklärt mir im Gespräch, dass ein schutzwasserwirtschaftliches Gesamtkonzept für das Eferdinger Becken schon vor dem Hochwasser 2013 Handlungsfeld, also gewissermaßen angedacht gewesen sei, dass aber für die Umsetzung ein Bedarf seitens der Kommunalpolitik artikuliert hätte werden müssen. Dadurch, dass, wie er anmerkt, ein Bewusstsein um die Hochwassergefahr vor den Hochwasser-Ereignissen 2002 und 2013 gefehlt hätte, wäre auch die Frage nach einem Hochwasserschutz erst mit dem Katastrophen-Ereignis 2013 aufgekommen (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19).

⁵¹ Das heißt gleichsam nicht, dass ich die rasche Absiedlungs-Entscheidung seitens besonders stark betroffener Bevölkerungsgruppen (aus Gebieten wie Hagenau, Gstocket, Purwörth etc.) als einen Akt der Mitgestaltung verkenne. Ich stelle lediglich zur Diskussion, ob es in den Wochen nach dem Hochwasser eine breit angelegte und inklusive Diskussion über die Bedürfnisse und Wünsche der Lokalbevölkerung jenseits bereits existierender Lösungsansätze gegeben hat.

Relativ rasch jedenfalls wurde nach dem Hochwasser und dem darauffolgenden „Hochwasser-Gipfel“, am 15. Juli 2013, eine Gesprächsrunde mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden zum Thema Absiedlung abgehalten. In dieser wurde vom damalig zuständigen Landesrat Anschöber bekanntgegeben, dass es aufgrund der Wünsche der Bevölkerung⁵² ein modulares und zeitlich abgestuftes „großes Hochwasserschutzprojekt Eferdinger Becken“ geben werde, auf (finanzieller, rechtlicher sowie wasserbaulicher) Grundlage einer zwischen Bund und Land getroffenen Vereinbarung gemäß Artikel 15a des Bundesverfassungsgesetzes (OTS 2013). Die Planungsdauer des Projekts bezifferte Anschöber auf zwei Jahre, wobei das Projekt selbst nur dann genehmigungsfähig sei, wenn es sich nicht negativ auf die Ober- und Unterlieger auswirke (Protokoll-Absiedlung 2013: 1). Im Weiteren beinhalte das die Schaffung von Retentionsflächen, was bedeute, dass, wie im Machland, freiwillige Absiedlungen durchgeführt werden müssten⁵³. Diese seien prioritär und Felix Weingraber von der *Abteilung für Oberflächengewässernwirtschaft* habe bereits gemeinsam mit Professor Habersack von der Universität für Bodenkultur Bereiche für eine freiwillige Absiedlung festgelegt, die aufgrund ihrer Rolle als Retentionsflächen und aufgrund „der vorherrschenden hydraulischen Verhältnisse“ (Land OÖ/GP 2019) nicht bzw. nur unter überproportionalen Anstrengungen oder zum Nachteil der Unterlieger schützbar wären (ebd.). Daraus folge auch, dass in der Absiedlungszone keine aktiven Hochwasserschutzmaßnahmen (Mauern, Dämme etc.) gesetzt werden würden. Die Bevölkerung, so heißt es weiter, werde im September aktiv in diesen Prozess eingebunden, parallel dazu werde ein Hochwasserschutz-Beirat konstituiert. Auf diesen ersten Schritt der Schaffung von Absiedlungsbereichen folge erst in einem zweiten ein von einem Bestbieter entworfenes Hochwasserschutzkonzept für die

⁵² Hier stellt sich für mich aus Sicht der politischen Ökologie die Frage, auf Grundlage welcher Wünsche diese Entscheidung getroffen wurde, nämlich insofern als ich annehme, dass sich gewisse Interessen gegenüber anderen durchsetzen. Die Frage nach der Herkunft der Idee eines von Absiedlungsmaßnahmen flankierten *Generellen Projekts* ist deshalb spannend, weil sich heute, mehrere Jahre nach den ersten Planungsschritten, solche zu Wort melden, die behaupten, immer schon gegen ein Hochwasserschutzprojekt gewesen zu sein, die meinen, es wäre unter Anbetracht der jetzigen Situation besser gewesen, wenn gar nichts erst gemacht worden wäre (Interview V: Z. 267ff., Interview IX, pers. Mitteilung A.FK. 22.11.18). Entgegen der Unterstellung (zumeist von „eingefleischten Dableiber*innen“), Menschen hätten sich in Ermangelung von Schutzalternativen für die Absiedlung entscheiden müssen, zeichnet Felix Weingraber konträr dazu das Bild, dass er in den Tagen nach dem Hochwasser täglich Anrufe mit Absiedlungswünschen erhalten hätte, dass alleine in der ersten Woche nach dem Hochwasser dutzende Anrufe mit dem Wunsch nach einem Hochwasserschutzprojekt bei ihm eingegangen wären. Auch die immer wieder formulierte Vermutung, das Hochwasserschutzprojekt sei als ein Wahlversprechen, als ein politisches Prestigeprojekt auf den Weg gebracht worden (bspw. Interview IV), lässt er nicht gelten, Hochwasserschutz sei etwas, was sich seiner Ansicht nach die betroffenen Menschen und nicht Politiker*innen gewünscht hätten (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19).

⁵³ Die ehemalige Infrastrukturministerin Bures bringt das wie folgt zum Ausdruck: „Dort, wo es möglich ist, geben wir dem Wasser Raum. Dort, wo es nötig ist, werden wir Schutzwände bauen. Rund 30.000 Menschen können dadurch zukünftig vor Hochwasser geschützt werden“ (OTS 2013).

betroffenen Gemeinden, konkreter: für all jene im Hochwasserabflussgebiet liegenden Zonen, die nicht als Teil der Absiedlungszone spezifiziert wurden (Weingraber 2015).

Bei weiterer Durchsicht des Protokolls der Gesprächsrunde werden kleinere Einsprüche der Bürgermeister ersichtlich, wenn auch keine großen Bedenken an dem vorgestellten Kurs, wie später teils gegenüber aufgebrachten Betroffenen behauptet wurde. Außerdem wird besprochen, für wie viele Menschen in den jeweiligen Gemeinden Absiedlung infrage kommen könnte. Das ist insofern spannend, als in den Gesprächen, teils auch mit den Bürgermeistern, die ja bei den besagten Treffen im Juni und Juli zugegen waren, so getan wird, als sei die Entscheidung zur Absiedlung erst im Oktober 2013, zu ihrer großen Überraschung, teils gegen ihren Willen gefallen. Der Bürgermeister von Alkoven, Gabriel Schuhmann, führt das Zustandekommen der Absiedlungsstrategie vor dem Hintergrund eines Besuchs der damaligen Infrastrukturministerin Bures am 12.6.2013 (Aichinger 2013) folgendermaßen aus:

„Und zwar ist das relativ bald gewesen und zwar wie seinerzeit die Ministerin hier war und sich vor Ort ein Bild gemacht hat. Und da haben die Ministerialräte [gesagt], da machen wir das Gleiche wie im Machland, die siedeln wir alle ab. Da habe ich das erste Mal [gedacht], was soll das, wir wissen eh, dass das ein Hochwassergebiet ist, warum müssen wir jetzt verschwinden, da habe ich noch keine Ahnung gehabt, wie man das bewerkstelligen würde [...]. Also es war für mich ein Schock damals [...] und es wurde von einigen wenigen dann massiv betrieben und auf die ist man eingegangen [vgl. Fußnote 38]. Und ich glaube, das war seiner Zeit auch die falsche Entscheidung, dass man gesagt hat, man macht einen Hochwasserschutz. Die Leute haben sich einen Hochwasserschutz anders vorgestellt und damit sind die Konflikte dann entstanden“ (Interview V: Z. 259ff.).

Teile der Lokalbevölkerung sprechen überhaupt von einer „Totzeit“ zwischen Juni und September 2013, in der zu ihnen kaum bis gar keine Informationen durchgedrungen seien. Dabei wurden vonseiten der politischen Entscheidungsträger*innen gerade in diesen wenigen Monaten die Grundsteine für die freiwilligen Absiedlungsmaßnahmen und das spätere Projekt gelegt, wenn auch nicht unter vollkommenen Ausschluss der Öffentlichkeit, so doch, ohne die Lokalbevölkerung (vor allem jene Gruppen, die sich nicht unmittelbar für Absiedlung ausgesprochen hatten) beratend/gestaltend in diesen Prozess einzubinden. Ein Mitglied der IHWSEFB schildert ihre Wahrnehmung der ersten Monate nach dem Hochwasser und der aus ihrer Sicht überraschenden Reaktion seitens der Landespolitik:

„Die erste Reaktion, die dann gekommen ist, war dann eben von dem zuständigen Landesrat Anschöber, ich glaube im September darauf, so wir widmen alle um und ihr zieht jetzt weg. Und das ist der passive Hochwasserschutz. [...] Das war ihre Reaktion auf das Hochwasser 2013, zum Stand September 2013. [...] Ja, böse Stimmen sagen, das Projekt liegt schon länger in der Schublade, wer immer das sich überlegt hat, ich möchte den gern kennenlernen [...]“ (Interview VII: Z. 393ff.).

Ein Mitarbeiter der Oberflächengewässerwirtschaft lässt darüber hinaus im Gespräch durchblicken, dass es neben der im Oktober 2013 finalisiert festgelegten Absiedlungszone noch andere Vorschläge zum Ausmaß der Aussiedlungszone gegeben hätte, diese aber „aufgrund von politischen Interventionen reduziert worden“ wären (Interview III: Z. 75f.).

Mit der im Oktober 2013 bekräftigten Festlegung einer rund 24 km² großen Zone für die freiwillige Absiedlung, die auf Teile von insgesamt sieben Gemeinden – Alkoven, Feldkirchen, Goldwörth, Hartkirchen, Popping, Ottensheim, Walding, Wilhering – bezogen war, formierten sich jedenfalls erste Konfliktstellungen in den Bestrebungen um einen Hochwasserschutz (vgl. Anhang A4, Karte 3). Im weiteren Verlauf wurde die Zone nach angesprochener Bekanntgabe (mit einigen Verzögerungen bis ins Jahr 2015 hinein) in ihrer Gesamtheit durch die jeweils betroffenen Gemeinden auf „Schutzzone Überflutungsgebiet“ (gelbe Zone) umgewidmet (Land OÖ/ZA 2019). Gleichsam bringt diese Widmung für all diejenigen, die in der Absiedlungszone bleiben möchten, umfangreiche Auflagen mit sich. Dazu zählt das Verbot von Neu-/Zubauten, das Verbot einer Erweiterung der Wohnfläche bzw. der Grundfläche des Gebäudes sowie der Nicht-Anspruch auf Fördermittel für eine individuelle „hochwassergeschützte Sanierung“ (Weingraber 2018) – ganz zu schweigen von der Entwertung der Gründe an sich durch die Umwidmung von Bauland auf „Schutzzone Überflutungsgebiet“. Die vom Gemeinderat rechtmäßige Umwidmung, so die Fördervorgabe seitens des Bundes, sei darüber hinaus Voraussetzung für ein durch einen unabhängigen Gutachter durchgeführtes Schätzgutachten pro Objekt und (nach erfolgreicher Freigabe dieses Gutachtens durch das BM für Finanzen) eine darauffolgende Übermittlung des Förderangebots.⁵⁴ Die Fördersumme wird über einen dem Wasserbautenförderungsgesetz entnommenen 50-30-20 Schlüssel ermittelt, was bedeutet, dass bei Absiedlung 50 % des Zeitwerts des (Wohn-)Objekts vom Bund, 30 % vom Land erstattet werden, also insgesamt 80 % des technischen Bauzeitwerts des Gebäudes/der baulichen Außenanlagen sowie 80 % der Abbruchkosten gefördert werden (LK 2014; Weingraber 2018). Das Objekt müsse für den Erhalt der gesamten Fördersumme vollständig (bis einen Meter unter Erdoberfläche) abgetragen werden, während das mit einem Bebauungsverzicht versehene Grundstück den Absiedelnden erhalten bleibt, also nicht eingelöst werden kann (Land OÖ/ZA 2019).

Insgesamt betrafen diese Regelungen in der ersten 2013 festgelegten „Schutzzone Überflutungsgebiet“ 154 Liegenschaften mit 146 Objektbesitzer*innen, von denen sich bis

⁵⁴ Zu Kritiken an dieser Vorgehensweise, also an der Prozessführung der Absiedlung, sowohl in Bezug auf die Voraussetzungsketten bis hin zum Absiedlungsangebot, als auch in Zusammenhang mit der Pflicht einer gesamten Umwidmung und nicht einer „parzellenscharfen“ siehe Kapitel 5.2. Darüber hinaus sind nur Objekte, die vor dem 1.7.1990 im HW30 gebaut wurden, förderfähig, andere Gebäude wurden erst nach längeren Verhandlungen im Rahmen eines sogenannten „Mitnahmeeffekts“ förderfähig (Werner consult/GP FA: 33).

heute rund 80, also rund 55 %, für die Absiedlung entschieden haben, mehrheitlich in den Gemeinden Goldwörth (rund 40 Objekte, allein davon über 30 in der Ortschaft Hagenau), Alkoven (knapp unter 20 Objekte) und Walding (Land OÖ/ZA 2019; Weingraber 2018).

Wichtig ist zusammenfassend, dass nach dem Hochwasser 2013 vonseiten der Landespolitik, und hier sind zentrale Player (der ehemalige Landesrat Rudi Anschöber sowie Felix Weingraber von der Abteilung der Oberflächengewässernwirtschaft, mit der Schaffung einer Absiedlungszone ein erster, gleichermaßen polarisierender Schritt, zugunsten eines Hochwasserschutzes gesetzt wurde. Ungewünscht war dieser aus Sicht all jener, die sich nach dem Hochwasser 2013 einen auf technischen Maßnahmen basierenden Hochwasserschutz gewünscht hätten, zumindest aber nicht damit gerechnet hatten, aus ihren jetzigen Wohngebieten zugunsten eines Eferdinger Beckens als Retentionsraum „vertrieben“ oder aber im Falle des Verbleibs mit Auflagen eingeschränkt zu werden (Interview V, VII, XI). Die Absiedlungszone war mit ihrer Definition im Oktober 2013 und ihrer 2015 abgeschlossenen Widmungsimpementierung der erste Baustein eines Projekts, das zwar vorgab, für alle gedacht zu sein, sich bei näherem Blick aber als ungerecht wahrgenommen und als für viele ungeeignet herausstellte (Hussak 2018).

Im März 2015 wurde sodann das Vergabeverfahren für das (eigentliche) *Generelle Projekt* abgeschlossen und nach längeren Verhandlungen der Auftrag an den Bestbieter *werner consult*, Ziviltechniker GmbH, vergeben. Dieser wurde mit der Erstellung eines für ein 100-jährliches Ereignis ausgelegten Projekts für einen Hochwasserschutz außerhalb der bereits festgelegten Absiedlungszone und außerhalb sonstiger vom Land OÖ aus dem Projekt genommenen Flächen beauftragt, mit (ursprünglich) geplanter Fertigstellung im Sommer 2016. Im Folgenden wird genau dieses *Generelle Projekt* vorgestellt.

4.4.4 Erfordernisse? – das *Generelle Projekt* als Stein des Anstoßes

Als im Frühjahr 2017 nach und nach erste Details der Bestvariante des *Generellen Projekts Hochwasserschutz im Eferdinger Becken* publik wurden und das Projekt schlussendlich im Spätsommer 2017 (über ein Jahr verspätet) den Projektgemeinden übergeben wurde, war die Aufregung enorm (Krenn-Aichinger 2017a). So waren im Plan zwar technische Maßnahmen (Mauern, Dämme, Spundwände, mobile Elemente, Betriebsstraßen) mit einer Gesamtlänge von rund 70 Kilometern veranschlagt, für einen Großteil derer, die von diesen Maßnahmen nicht geschützt werden würden, sah das Projekt aber lediglich eine Erweiterung der Absiedlungszone (auf 186 weitere Wohngebäude) vor (Werner consult/GP PHWS 2017: 41; vgl. Anhang A4, Karte 4). Argumentiert wurde das damit, dass für diese Objekte eine Kosten-Nutzung-Rechnung negativ ausgegangen wäre, dass aktiver Hochwasserschutz für

derartige Objekte nicht bewilligungsfähig und damit nicht förderbar sei (Land OÖ/GP 2019; Interview VI: Z. 113ff.). Der Widerstand war dementsprechend, nicht zuletzt als sich nach kurzer Zeit herausstellte, dass wohl nur ein Bruchteil der von der Bestvariante des GP adressierten Betroffenen, rund 10 % (Bürgermeister 2017), absiedeln werde, es sich also nicht so wie bei der Absiedlungszone 2013 verhalten würde, wo bereits über die Hälfte das Absiedlungsangebot auch tatsächlich angenommen hatte (Hirsch 2017c). Die Empörung war unter anderem auch deshalb so groß, weil in den nun im Fokus stehenden Gebieten tendenziell geringere Fluthöhen als im Gebiet der ersten Absiedlungszone verzeichnet wurden und viele Menschen mit Unverständnis auf den Vorschlag reagierten, wegen wenigen Zentimetern im Wohnbereich ihr Haus zu verlassen (Interview IV: Z. 550ff.).

Grundsätzlich stützt sich das GP auf eine Reihe von Annahmen und Bedingungen, die relevant sind, weil sie uns, wie später noch analysiert, Aufschluss über eine besondere Konfiguration *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* geben. Auffallend ist im Kontext der Planungsgrundlagen zunächst der fast exklusive Fokus auf rechtliche, technische und ökonomische Bedingungen, deren Einhaltung als für die Erstellung des Projektes essentiell dargestellt wird. Der Projektleiter Reinhard Carli führt den Projektablauf und dessen Grundlagen im Gespräch folgendermaßen aus:

„Es hat verschiedene Grundlagenerhebungen gegeben, dann hat man eine Variantenuntersuchung gemacht, es wurde eine Variantenentscheidung gefällt und die gewählte Entscheidung ist als *Generelles Projekt* ausgearbeitet worden. Die Grundlagen waren gewisser rechtlicher Natur, das Wasserrechtsgesetz, wir haben eine Leistungsbeschreibung, einen Planauftrag, es gibt technische Richtlinien der Bundeswasserstraßenverwaltung, gewisse technische Regelwerke und Wirtschaftlichkeitsbedingungen [...]“ (Interview VI: Z96ff.; vgl. Kapitel 5.1.1).

Das Projekt wurde darüber hinaus in drei Projektbereiche gegliedert (EFB Nord, EFB Süd und Donau Nähe) und auf ein Bemessungsereignis mit 100-jährlicher Eintrittswahrscheinlichkeit ausgelegt. Ausdrückliches Ziel des GP war es, eine Bestvariante zu erarbeiten, von der aus eine weitere Detailplanung erfolgen könne, von der aus Teilprojekte auch (im Rahmen einer „funktionalen Einheit) unabhängig voneinander umgesetzt werden können (Werner consult/GP FA 2017. 10ff.). Dabei stand, so der Projektleiter, ausdrücklich der vom Auftraggeber Land OÖ vorgegebene Versuch im Zentrum, möglichst viele Objekte (und hier Wohnraum und Gewerbeobjekte, nicht Kellerräume) aktiv-technisch zu schützen (Interview VI: Z. 50; vgl. Interview III). Dabei sei eine der größten Herausforderungen gewesen, durch das Schützen eines Objektes, also durch einen Eingriff in die Abflussverhältnisse, eventuelle negative Auswirkungen auf Unterlieger und damit eine Verletzung des Wasserrechtsgesetzes ausschließen zu können. Hierfür wurden Differenzpläne der Wasserspiegellagen in Form von

„Lamellen“ als Nachweisführung herangezogen, es wurde also ermittelt, welchen maximalen An-/Abstieg der Wasserspiegellage in welchem Bereich im Vergleich zum (über eine Abflussmodellierung ermittelten) IST-Zustand ein Eingriff zur Folge habe. Konkret ist also davon auszugehen, dass es durch eine Projektmaßnahme (bspw. durch eine Mauer) im Anstauereich zu einer Veränderung der Hochwasserspiegellage kommen könne. Diese sei im Bereich von -5 bis +5cm unbedenklich, über diese Grenzwerte hinaus aber nur dann „zulässig“/bewilligungsfähig, wenn diejenigen Flächen, die durch eine gesetzte Maßnahme im Vergleich zum Referenzzustand exorbitant stärker oder geringer überflutet werden, möglichst kleingehalten werden (Werner consult/GP FA 2017: 12ff.). Zudem gibt es im Kontext der Suche nach einer bewilligungsfähigen Variante noch eine Reihe anderer Vorgaben (ebd.: 30). So flossen in die Planung planungsvertragliche Vorgaben ein, also Vorgaben, die vom Land OÖ (bzw. dem Bund) stammten und sich in erster Linie auf die Forderung nach einer Engführung der Mauern um Bebauungen, auf die Herausnahme von gewissen Flächen aus dem Projektkorpus sowie auf eine Nicht-Berücksichtigung von individuellem Objektschutz bezogen (ebd.: 16).

Die oben skizzierten wasserrechtlichen Vorgaben würden, so die Projektplanung, jedenfalls deutlich machen, dass rein rechtlich wie wasserwirtschaftlich, „die Problemstellung nicht durch eine Abänderung oder durch einen Eingriff in die Rückhaltewirkung gelöst werden kann, sondern nur durch die Vermeidung von Schäden mit einem Schutzsystem, welches nicht in den Ablauf der Hochwasserwelle eingreift“ (ebd.: 26). Damit ergebe sich die Schwierigkeit der Grenzziehung zwischen aktivem und passivem Hochwasserschutz und es stellt sich die (idealtypisch polit-ökologische) Frage, wer denn jetzt geschützt werde, wer abzusiedeln oder (im Falle einer Umwidmung) mit den baurechtlichen Konsequenzen einer „Schutzzone Überflutungsgebiet“ zu rechnen habe:

„Und die Schwierigkeit war zu separieren, in dem ganzen Projektgebiet, welche Objekte werden geschützt aktiv-technisch und wo beginnt die gelbe Zone [=Absiedlungsgebiet]. [...] Es ist nicht anders möglich, als sich letztlich auf einen gewissen Umfang einigen zu müssen und die Aufgabenstellung war speziell im Norden in Feldkirchen und hier im Süden im Raum Popping, Eferding sehr komplex. Eine eindeutige Lösungsmöglichkeit, muss ich sagen, [...] ist hier in dieser Schärfe nicht möglich, [...] aber grundsätzlich betrifft es dann irgendwann einmal heruntergebrochen einen einzelnen Eigentümer eines Hauses“ (Interview VI: Z. 185ff.).

Im weiteren Verlauf der Projekterstellung und der sich über Monate ziehenden Berechnung einer wasserwirtschaftlich verträglichen sowie wirtschaftlichen Bestvariante wurden weitere Ergänzungen/Richtlinien eingeführt, um negative Implikationen des Projektes abzufedern und zusätzliche Möglichkeiten im Rahmen des Projekts zu schaffen. Beispiele hierfür sind eine Ermöglichung der Absiedlung von neueren Gebäuden über einen sogenannten

„Mitnahmeeffekt“ oder die Etablierung eines „Inselkriteriums“, durch das Objekte, die zwar im Projektgebiet liegen, aber gewisse Anforderungen erfüllen (z.B. eine Grundfläche, die sich über dem HW 100 befindet; „trockenen Fußes“ um das Objekt gehen zu können etc.), aus dem Projekt herausgenommen werden können (Werner consult/GP FA 2017: 34f.). Ein im Feststellungsantrag enthaltener Entscheidungsbaum stellt zusammenfassend die verschiedenen Entscheidungs- und Planungsprozesse auf dem Weg zu unterschiedlichen Formen von Hochwasserschutz (aktiv-passiv) dar und illustriert, wie komplex sich die Problematik rund um die Allokation und Legitimation von Hochwasserschutzmaßnahmen gestaltet (Anhang A6).

Parallel dazu wurde vonseiten der Projektleitung betont, dass es in einem sehr intensiven Ausmaß Ortsbegehungen, Informationsveranstaltungen, Bürger*innen-Gespräche sowie Nachbesserungen in der Abflussmodellierung gegeben hätte, dass also der gesamte Planungs- und Entscheidungsprozess sehr transparent und partizipativ gestaltet gewesen wäre:

„Es hat sehr viele Öffentlichkeitsveranstaltungen gegeben, wo man versucht hat, die Problemstellung zu erklären [...]. Es hat die Möglichkeit gegeben, der Gemeinde Vorschläge zum Hochwasserschutz zu übermitteln, das ist auch passiert, es haben gewisse engagierte Bürger selbst Hochwasserschutztrassen gezeichnet, wir haben das angeschaut, geprüft und so weiter. Es hat hier eigentlich schon eine Interaktion gegeben⁵⁵. [...] Also es war jetzt nicht so, dass wir stur gesagt haben, das ist richtig und ihr seid falsch [...]“ (Interview VI: Z. 200ff.).

Nach Übergabe der ausgearbeiteten Projektunterlagen an die Gemeinden im Frühjahr 2017, der Präsentation der selbigen im Spätsommer/Herbst 2017 wurde den Gemeinden (in Hinblick auf die Beschließung einer weiteren „gelben Zone“ zunächst bis 15. Dezember 2017) bis zum 28. März 2018 Zeit gegeben, das Projekt bzw. Teilprojekte in diesem zu beschließen bzw. Absiedlungen durch eine pauschale Umwidmung der ausgewiesenen Gebiete zu ermöglichen (Uibner 2018). Das sei Voraussetzung dafür, um in einem nächsten Schritt in eine Detailplanung, in wasserrechtliche Bewilligungsverfahren und in eine Ausschreibung von einzelnen Baulosen gehen zu können. Eckpunkte des *Generellen Projekts* waren wie gesagt die Doppelgleisigkeit von aktivem und passivem Hochwasserschutz, mit einer sehr starken Gewichtung des letzteren.

Die am Anfang ob ihrer Höhe für die Gemeinden heftig kritisierten Kosten der Errichtung des ersteren würden zu 50 % vom Bund, zu 30 % vom Land und zu 20 % von der Gemeinde übernommen, wobei nach längeren Debatten Ende März 2018 von LR Gerstorfer und LR Hiegelsberger hinzugefügt wurde, dass von den 20 % noch einmal 75 % vom Land

⁵⁵ Als ich im Nachhinein mehrere Betroffene mit dieser Aussage konfrontiere, reichen die Reaktionen von Unverständnis (pers. Mitteilung F.G. 22.01.19), über Lachanfälle (Interview XI) bis hin zu Wut ob der Dreistigkeit, behaupten zu können, der Planungsprozess sei partizipativ gewesen (Interview VII). So fühlen sich viele bis heute eben nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden und haben den Eindruck, dass, wenn sie sich nicht selbst unter Mühen informiert hätten, sie gar nichts vom Hochwasserschutzprojekt mitbekommen hätten.

gefördert werden würden (LK 2018). Somit verbleiben 5 % der Umsetzungskosten bei den Gemeinden, was für manche Gemeinden immer noch einen Betrag in Millionenhöhe bedeutet (GW-Amtsblatt 2018). In punkto Instandhaltungs-/Betriebs-/Wartungskosten wurde schon zu einem früheren Zeitpunkt eine Drittelung der Beträge zwischen Bund, Land und Gemeinden beschlossen.

Abseits der Kostenfrage gab es in Bezug auf die generelle Ausrichtung des Projektes, aber auch zu Fragen nach Absiedlung/Umwidmung/Förderbarkeit/Maßnahmenverteilung je nach Gemeinde verschiedene Bedenken und dementsprechende Verzögerungen im Beschluss des Projektes. Spannend war in diesem Zusammenhang die schon angesprochene gemeindeübergreifende Stellungnahme im November 2017, die von allen Bürgermeistern unterzeichnet wurde und eine ganze Reihe an Forderungen an die oberösterreichische Landesregierung enthielt – etwa parzellenscharfe Absiedlungen/Umwidmungen, ein Ausschöpfen des Fördertopfes zugunsten der Gemeindefinanzierung der aktiven Hochwasserschutzmaßnahmen, eine Lockerung der Auflagen für die in der Absiedlungszone Verbleibenden, Schaffung einer österreichweiten Katastrophenschutzversicherung etc. (Bürgermeister 2017). Wie schon bei anderen von den Gemeinden eingebrachten Vorschlägen wurden diese vom inzwischen nicht mehr amtierenden Landesrat Podgorschek als nicht „förderfähig“ abgelehnt (vgl. Kapitel 5.1.1). Zwischenzeitlich wurde auch vonseiten des Landes und des Bundes aufgrund europäischer Vorgaben eine Diskussion über eine Bundesrichtlinie zur Schaffung einer „roten Zone“, einer Gefahrenzone, angestoßen (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19; für eine Kritik siehe IHWSEFB 2017b)). So sei im Hochwasserfall in vielen Gebieten, die jetzt als gelbe Zone im Plan markiert wären, unmittelbare „Gefahr für Leib und Leben“ gegeben, ein Umstand, der den Bund absehbar dazu veranlassen könnte, das Gebiet auch ohne Zustimmung der Gemeinden zur Absiedlungszone zu erklären (Uibner 2017).

Im Dezember 2017 entschied sich die Gemeinde Alkoven im Gemeinderat gegen eine Ausweitung der gelben Zone (OÖN 2017), im März 2018 die Gemeinde Popping, in anderen Gemeinden (Goldwörth) fand aufgrund der vermeintlich mehrheitlichen Ablehnung von Absiedlung seitens der betroffenen Bevölkerung eine Abstimmung erst gar nicht statt (GW-Amtsblatt 2018) oder aber wurde aufgrund spezifischer Interessen, wie es von Betroffenen in der Gemeinde Feldkirchen heißt, verhindert (Interview X). Parallel dazu entbrannten hitzige Debatten über die Verteilung und Finanzierung von aktiven Schutzmaßnahmen (Hirsch 2017a, b)⁵⁶. Ein exemplarischer Fall hierfür stammt aus der Gemeinde Popping, in der vom

⁵⁶ In der Gemeinde Aschach wurde zum Bau von im Projekt vorgeschlagenen technischen Maßnahmen entlang der Uferpromenade Ende Jänner 2018 eine Volksbefragung durchgeführt, die mit 95 % der Stimmen gegen die

Gemeinderat in einer anonymen Abstimmung Ende April 2018 von insgesamt zwölf Baulosen nur die Baulose Schickerbauer und Wörth Mitte/Wörth Nord zur Umsetzung freigegeben wurden (Interview IV), das Baulos Waschpoint (Nr. 9) aber mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt wurde (Schlucker 2018). Daraufhin veranstalteten im Juli 2018 über 200 Teilnehmer*innen bzw. Bewohner*innen des Ortsteils Waschpoint eine Demonstration vor dem Puppinger Gemeindeamt und übten so Druck auf die (über-)lokalen politischen Entscheidungsträger*innen aus (Kerbe 2018), mit dem Resultat, dass der Gemeinderat in einer erneuten Sitzung im September 2018 für eine Nachverhandlung des Bauloses Waschpoint stimmte (vgl. B. II, 13.9.18).

Im Oktober/November 2018 wurde mit erfolgter Beschlussfassung zugunsten der Umsetzung des Hochwasserschutzprojekts der Start der Einreichprojektierungen eingeleitet, die wiederum zu mehreren in einem von fünf Planungslosen zusammengefasst sind (Land OÖ/GP 2019). Ziel ist in diesem Zusammenhang eine Erarbeitung von Detailprojekten über eine europaweit ausgeschriebene Vergabe an Bauträger sowie der Beginn von Erhebungen für die sich abzeichnenden wasserrechtlichen Bewilligungsfahren der Detailprojekte (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19). Mit Mai 2019 konnte jedenfalls das Vergabefahren ohne Einsprüche abgeschlossen werden. Nun liegt der Ball bei den Gemeinden, diese Projektierungsarbeiten auch umzusetzen (Fohler 2019; Heindl 2019).

geplanten Maßnahmen ausging (Knierzinger 2018). In der Gemeinde Alkoven wurde bspw. über eine Kostenbeteiligung von Geschützten an den Schutzmaßnahmen diskutiert (Interview V).

5 Die politische Ökologie des Hochwasserschutzes – von der Konflikthaftigkeit *gesellschaftlicher Naturverhältnisse*

Während bisher beschrieben wurde, mit welchen Entwicklungen wir es am Beispiel des Hochwassers 2013 und des zurzeit in der Detailplanung befindlichen Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken zu tun haben, dringen wir nun tiefer in eine Systematik der für diese Themenfelder relevanten *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* ein. Es geht mir nicht darum, die multiplen, an den Kämpfen beteiligten Akteur*innen und deren Standpunkte verkürzt einem einzelnen (und nur diesem) gesellschaftlichen Naturverhältnis zuzuordnen. Vielmehr möchte ich, wie im Kapitel 2.3.1 ausgeführt, „den kulturell spezifischen und historisch variablen Formen und Praktiken [...] [nachgehen], in und mit denen Individuen, Gruppen und Kulturen ihre Verhältnisse zur Natur gestalten und regulieren“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 77). Konkret beinhaltet ein solches Unterfangen eine Orientierung an den – auf Seite 49 bereits ausführlicher dargestellten – vier, von mir festgelegten Dimensionen *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* [1) materiell-stofflich, 2) symbolisch-diskursiv, 3) akteurs-/strategiebezogen und 4) herrschaftssystemisch], von denen ich glaube, dass sich damit Naturverhältnisse fassen und zueinander positionieren lassen. Meine These ist jedenfalls, dass eine bestimmte Form des Hochwasserschutzes, wie jene, die im Rahmen des GP als „förderfähig“, als „beste“ Lösung imaginiert und durchgesetzt wird, auf einem ganz spezifischen Naturverhältnis fußt. Dieses reproduziert einen charakteristischen, wenn auch keineswegs einheitlichen, jedenfalls herrschaftsförmigen Sinnzusammenhang zwischen *Natur*, Gesellschaft, Hochwasser, Donau sowie Eferdinger Becken.

Das folgende Kapitel wird eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes anhand zweier größerer Abschnitte zu betreiben versuchen:

Der erste widmet sich dem (dominanten) *gesellschaftlichen Naturverhältnis*, von dem ich ausgehe, dass es im GP eine Entsprechung findet und (mit gewichtigen Ausnahmen) vonseiten landes-, teils kommunalpolitischer Akteur*innen, der Projektplanung, (institutionalisierter) Expert*innen sowie anderweitiger Proponent*innen in der Bestimmung und Gestaltung von Beziehungen zwischen *Natur* und Gesellschaft weitgehend geteilt wird.

Der zweite Abschnitt versucht die *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* all jener Akteur*innen zu thematisieren, deren Wünsche und Lebensrealitäten nur wenig bis gar keinen Einfluss auf die Gestaltung des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken hatten/haben. Es sind dies die Naturverhältnisse jener Gruppen, die entlang eines weiten Kontinuums dem Projekt und dem dadurch transportierten gesellschaftlichen Naturverhältnis indifferent bis ablehnend gegenüberstehen.

5.1 Das *Generelle Projekt* und deren Fürsprecher*innen – ein spezifisches Naturverhältnis?

Zur Diskussion eines dem *Generellen Projekt* zugrundeliegenden *gesellschaftlichen Naturverhältnisses* gehört neben einem Blick auf die materiellen Arrangements, die durch ein solches hervorgebracht und legitimiert werden, immer auch eine Auseinandersetzung mit den symbolisch-diskursiv ausverhandelten Annahmen und epistemischen Konzeptionen. Das ist vor allem dann von besonderer Bedeutung, wenn sich das GP im Vergleich zu allen anderen (lokal entwickelten) Vorschlägen als „einzig“ förder-/bewilligungsfähig, als technisch machbar, als vermeintlich „beste aller Lösungen“ durchsetzt.

Zunächst wird in diesem Abschnitt zu diskutieren sein, ob und inwiefern den Planungsinstanzen und Projekt-Auftraggeber-Gruppen eine in Bezug auf Mensch-Natur-Interaktionen verabsolutierte *Technik-* bzw. *Technologiegläubigkeit* vorzuwerfen ist, wie eine solche mit einem in sich widersprüchlichen Verhältnis zu *Naturbeherrschung* zusammenhängt und welche Herrschaftskonstellation mit einer hochgradig *ökonomisierten, verrechtlichten und technisierten* Spielart von Hochwasserschutz einhergeht.

In einem zweiten Schritt wird es darum gehen, wie das zuvor skizzierte Naturverhältnis der Planungs- und Auftraggeberseite gegenüber den Interventionen der Lokalbevölkerung, gegenüber den „selbsternannten Spezialisten“ (Interview I: Z. 364) abgesichert wird, also, wie Einwände als „nicht förderfähig“, als technisch falsch abgetan werden. Meine These wird gemäß den Erkenntnissen im Feld lauten, dass den Menschen vor Ort in den Kämpfen um Hochwasserschutz permanent vor Augen geführt wird, dass ihre Lösungen nicht sinnvoll sind. Dass sie als „Nicht-Expert*innen“, als „Bauern mit Gummistiefeln“ (Interview VII: Z. 572) keinen Anspruch auf „wirkliche Mitbestimmung“, geschweige denn auf einen Anteil an der „Wahrheit“ haben *können* und im Kontext der bestehenden Herrschaftsverhältnisse auch nicht haben *dürfen*.

Das dritte Subkapitel zum unterstellten Naturverhältnis der für die Planung und Supervision des GP Ton angehenden Instanzen nimmt die Akteur*innen selbst, deren Einbettung in ein Netzwerk von Machtbeziehungen sowie die in diesen Netzwerken angewandten Strategien in den Blick. Auf die Gefahr hin diesen Teil unnötig zu verkomplizieren, möchte ich gleich vorab auf die Widersprüchlichkeit und Inhomogenität des *gesellschaftlichen Naturverhältnisses* der Entscheidungs- und Planungsträger*innen hingewiesen haben. Dazu gehört für mich, aufzuzeigen, dass es verkürzt wäre, alle Planer*innen und (überlokale) Entscheidungsträger*innen als Technokrat*innen zu stigmatisieren.

5.1.1 Zwischen *Natur-* und *Menschenbeherrschung*: zur *Ökonomisierung*, *Verrechtlichung* und *Technisierung* des Hochwasserschutzes

„Der Mensch teilt im Prozess seiner Emanzipation das Schicksal seiner übrigen Welt. Naturbeherrschung schließt Menschenbeherrschung ein“ (Horkheimer 2007 [1947]: 110).

Wenn wir vom Hochwasserschutz im Eferdinger Becken sprechen, dann mag mitunter der Eindruck entstehen, es gehe um das Errichten von Mauern, um das zur Minimierung des Schadpotenzials schlichtweg notwendige Absiedeln von Menschen, um eine den Evidenzen entsprechende, „rationale“ Anpassung von Nutzungsformen an die Abflussverhältnisse einer Hochwasser führenden Donau. Das ist irreführend, geht es doch beim Hochwasserschutz im Eferdinger Becken bei näherem Blick um viel mehr als nur um einen (schutzwasserwirtschaftlichen) Eingriff in eine *Flusslandschaft*. Vielmehr stoßen wir auf die elementare Frage nach den Verhältnissen zwischen *Gesellschaft* und *Natur*, nach den gesellschaftlich strukturierten Interaktionen des Menschen mit anderen und seiner *Umwelt* (Krause 2012: 65).

Die Geschichte der Regulierung⁵⁷ und Nutzung der Donau der letzten beiden Jahrhunderte ist exemplarisch eine Geschichte fortschreitender Naturbeherrschung, oder mit Walter Benjamin: eine Geschichte des Versuchs einer möglichst umfassenden Beherrschung der Naturverhältnisse (Benjamin 2010 [1939/1940]). Damit soll keineswegs gesagt sein, dass durch Eingriffe in die Natur diese *Natur* linear zu weniger *Natur* im abstrakten Sinne geworden wäre, dass der Mensch sich als *Kulturwesen* die *waterscape* Donaulandschaft zugunsten einer seiner Vorstellungen entsprechenden *Kultur-Landschaft*, zugunsten eines eingefriedeten Flusses vollends und ohne Gegenwehr einverleibt hätte. So sehen wir gerade im Kontext von Naturbeherrschung, in dem Versuch, *Natur* zu objektivieren (zu entsubjektivieren), zu standardisieren und auf die Bedürfnisse des Menschen zu reduzieren, dass die beherrschte Entität eine Widerständigkeit behält, dass der Beherrschung, vor allem der Beherrschung ihrer Materialität, Grenzen gesetzt sind (Görg 2003b: 60; Bakker/Bridge 2006). Wenn wir also die Donau bspw. in ein noch engeres Flussbett zwingen, ihr symbolisch gesprochen noch weniger Raum zugestehen, so wäre nicht auszuschließen, dass sich das bei einem Hochwasser, in Hinblick auf erneute Überflutungen, auf den Grundwasserkörper (...) „rächt“, dass dadurch ganz im Sinne einer *Risiko-Spirale*⁵⁸ erneute Eingriffe notwendig werden:

⁵⁷ Und Regulierung bedeutet nach der Umwelthistorikerin Verena Winiwarter und Kolleg*innen der von Herrschaftsverhältnissen geprägte Versuch, „ein fragiles sozio-technisches System auf einem sehr instabilen sozio-naturalen Schauplatz zu errichten“ (Winiwarter et al. 2017: 113).

⁵⁸ Aus Sicht der Umweltgeschichte bedeutet eine *Risikospirale*, „dass jede Intervention in natürliche Systeme neben den erwünschten oder zumindest vorhergesehenen Folgen auch unbeabsichtigte Wirkungen“ hat

„Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein. So ist die Bahn der europäischen Zivilisation verlaufen. Die Abstraktion, das Werkzeug der Aufklärung, verhält sich zu ihren Objekten wie das Schicksal, dessen Begriffe sie ausmerzt: als Liquidation“ (Horkheimer/Adorno 1988 [1944]: 19).

Wenn also, wie wir im Kapitel 2.3.1 diskutiert haben, *Gesellschaft* natürlich und *Natur* gesellschaftlich vermittelt ist, wenn also *gesellschaftliche Naturverhältnisse* mit Horkheimer (2007 [1944]) immer Herrschaftsverhältnisse sind, dann stellt sich für mich die Frage, wer die Herrschenden in diesem Zusammenhang sind, von wem Herrschaftsverhältnisse geprägt und reproduziert werden (Demirović 2012: 64f.⁵⁹). Wer sind am Beispiel des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken also diejenigen, die ihr gesellschaftliches Naturverhältnis als das richtige Naturverhältnis durchzusetzen versuchen, die (noch stärker als andere) über den Akt der Abstraktion *Natur* (und damit den Menschen) beherrschen wollen? Oder „akteurs-neutraler“ formuliert: Welche Beziehungen, welche Verhältnisse, welche Annahmen über die Welt liegen den herrschaftlichen Vorstellungen vom „richtigen“ Hochwasserschutz zugrunde?

Ein wesentlicher Aspekt, der sich durch die Konflikte um den Hochwasserschutz zieht, betrifft die mir immer wieder in Gesprächen geschilderte omnipräsente Rolle und Wirkmächtigkeit des Faktors *Technologie*⁶⁰ bzw. *Technik*, aber auch das für viele Betroffene bemerkenswerte Auftreten der „Techniker*innen“, der „Planer*innen“. So wurde nicht nur von betroffenen Anrainer*innen, sondern auch vonseiten der Bürgermeister immer wieder kritisiert, dass der Hochwasserschutz von Anfang an in einer verabsolutierten Manier als eine *technische* (im Gegensatz zu einer *sozialen*) *Angelegenheit* dargestellt wurde (vgl. Ingold 2000: 314ff.; vgl. Hornborg 2013: 10). Dass zwar die Bevölkerung geschützt werden würde, der eigentliche

(Winiwarter 2013: 10), also durch den Eingriff neue Risiken geschaffen werden, die – einmal bekämpft – wie in einer Spirale zu wieder und wieder neuen Risiken führen.

⁵⁹ Der kritische Theoretiker Alex Demirović (2012: 64f.) thematisiert den Zusammenhang von Herrschaft und *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* auf folgende Weise: „Natur und Gesellschaft sind also ineinander verschränkt, sie gehen allerdings auch nicht ineinander auf. Sie bilden ein Verhältnis, genauer: Es kommt zur Ausbildung einer Vielzahl von gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Es handelt sich nicht um *ein* globales Verhältnis *der* Gesellschaft zu *der* Natur. Vielmehr vollziehen verschiedene Produktionsweisen, verschiedene sie tragende soziale Klassen oder Geschlechter oder soziale Gruppen unterschiedliche Verhältnisse zur Natur. In diesen unterschiedlichen Verhältnissen konstituieren sie Natur auf verschiedene Weise (Energie, Nahrungsmittel, Zeit und Raum, Verhältnis zum eigenen Körper). Deswegen reichen Konflikte zwischen Menschen immer über diese hinaus und betreffen auch die Natur und die konkreten Verhältnisse zu ihr, Herrschaft wird als Herrschaft über Menschen und Natur ausgeübt“.

⁶⁰ Wenn ich im Folgenden von *Technologie* spreche, dann beziehe ich mich am Beispiel des Hochwasserschutzes und dessen vonseiten der Planungsebene naturalistischer Verhandlung auf den von Ingold kritisierten Begriff von Technologie als ein „corpus of generalised, objective knowledge“ (Ingold 2000: 314) im Gegensatz zu Technik als ein Set von *skills*. Insofern als Technologie im westlich-naturalistischen Kontext aus der Sphäre der sozialen Beziehungen herausgelöst und dem Sozialen gegenübergestellt wurde/wird, wird der Bruch selbst zum Versuch, die gesellschaftliche Kontrolle über *Natur* derart zu maximieren (Ingold 2000: 314; Sigaut 1994). Dem hält Ingold die soziale Einbettung von Technologie entgegen, auch konträr zur irreführenden marxistischen Annahme, *technical* und *social relations* seien – stellvertretend für den Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften – immer schon getrennt (Ingold 2000: 318; vgl. Hornborg 2013: 17, Fußnote 2).

Planungs- und Umsetzungsprozess aber in den Händen des allmächtigen *hydraulic engineers* (Swyngedouw 1999: 457), des Technikers, eines *Homo Faber* im Sinne von Max Frisch, zu liegen habe (vgl. Interview IV). Dabei wird deutlich, wie sich parallel und teils in Kontrast zu den vielgestaltigen Meinungen der Bevölkerung eine als *Ultima Ratio* kommunizierte *Technologik* herausbildet, wie technisch „unzulässige“ Einwände als irrational abgetan werden (Hobart 1993a). Das geht soweit, dass ein Gemeinderat in einer Gemeinderatssitzung den „Planer als Souverän“ bezeichnet (B. II, 13.09.18), ein Anrainer festhält, er würde einen bestimmten Planer ob seiner Allwissenheit, was in der Zukunft noch alles passieren wird, gerne fragen, ob er denn „der neue liebe Gott“ wäre (Interview XI: Z. 277). Hier geht es nicht zuletzt auch um eine spezifische Verhandlung von Temporalität, die in der Frage kristallisiert, wie und vor allem welche Zukunft im Kontext von Planungsaktivitäten vonseiten der Planer*innen vorweggenommen wird (Zaloom 2007). Und wie diese imaginierte Zukunft im Widerspruch zur imaginierten Zukunft, zu den *expectations*⁶¹ der betroffenen Bevölkerung steht (Abram 2014: 129f.).⁶²

Ich möchte im Folgenden von einer *Technisierung* des Hochwasserschutzes, ganz im Zeichen eines „high modernism“ im Verständnis von James Scott (1998)⁶³, sprechen. Mit Technisierung meine ich vor dem Hintergrund der Entpolitisierung und Fetischisierung⁶⁴ von Technologie nicht weniger als eine Verkürzung komplexer (gesellschaftlicher) Fragestellungen auf eine *technisch* zu betrachtende und dementsprechend lösbare Aufgabe (Swyngedouw 1999: 457f.). Das wird exemplarisch dann ersichtlich, wenn der Projektleiter dem Einwand, es sei

⁶¹ Für Skinner und Theodossopoulos (2011: 2f.) umfassen *expectations* „a range of meanings and understandings that range from anticipation of an event, situation or person (whether looked forward to or feared) through the prospects and gains one might hold or lose [...] and the belief that one should behave in a particular way.“ Dabei lassen sich divergierende *expectations* zwischen Expert*innen, Dableiber*innen und Absiedler*innen sowohl im Zusammenhang mit der *erwarteten* Gestalt von Hochwasserschutz an sich feststellen, aber kristallisieren eben auch an der Frage, welcher zeitliche Horizont als Entscheidungsgrundlage für Hochwasserschutz dienen soll. Alleine der Umstand, dass zwischen Hochwasser-Ereignis und heute sechs Jahre liegen, in denen keine einzige Mauer baulich realisiert wurde, macht begreiflich, für wie viele Menschen der Eindruck entstanden sein muss, dass auch in der nahen Zukunft (weiterhin) nichts passieren werde. Hier zeigt sich exemplarisch, wie *Erwartungen* in Enttäuschungen umschlagen können (vgl. Interview VII; IHWSEFB-Fb 2019).

⁶² Abram (2014: 129) zeigt in diesem Zusammenhang eindrücklich, „[that] planning is in fact a particular form of governmental technology through which social discipline, ritual, and rhythm are made present in social life, and in which time is materialized, mediated, or brought into conflict.“

⁶³ Für Scott zeigt sich ein „high modernism“ in „supreme self-confidence about continued linear progress, the development of scientific and technical knowledge, the expansion of production, the rational design of social order, the growing satisfaction of human needs, and, not least, an increased control over nature (including human nature) commensurate with scientific understanding of natural laws“ (Scott 1998: 89f.).

⁶⁴ Alf Hornborg diskutiert in seinem Artikel *Technology as Fetish* (2013) sehr eindrücklich, wie gerade die cartesianische Konzeption von Objekten als „politically innocent“ dazu geführt hat, Technologie fälschlich nicht von vornherein in Zusammenhang mit Macht- und Ausbeutungsverhältnissen zu bringen. So werde nach wie vor Technologie als etwas erachtet, das erst, um etwas bewirken zu können, von Menschen eingesetzt werden muss, ohne damit anzuerkennen, dass Technologie in modernen Gesellschaften zwangsläufig als eine *social strategy of exploitation* entwickelt wurde (vgl. Ingold 1993, 2000).

ungerecht, wenn das Eferdinger Becken als Retentionsraum lediglich *den anderen* zugutekomme, folgendermaßen begegnet:

„Für *uns aus technischer Sicht* [kursiv durch Autor] ist dieses Argument insofern nicht zulässig, als wir das als rein wasserbaulich wichtige Überflutungsfläche betrachten, die es immer schon gewesen ist und wir aus einer nachträglich dort situierten Bebauung an sich keinen Anspruch da jetzt erkennen, dass wir diese Flächen zu Ungunsten Anderer hochwasserfrei legen“ (Interview VI: Z. 81).

Spannend ist hier nicht nur das diffuse *Uns*, das eine Art Eingeschlossenheit der technischen Expertise suggeriert (vgl. Scott 1990: 12ff.), sondern auch die Formulierung, ein Argument sei „nicht zulässig“, nämlich nicht nur in Bezug auf die Umsetzung des Projekts an sich, sondern auch schon zuvor in der diskursiven Verhandlung desselbigen. Alleine dadurch wird deutlich, wie mächtig die Expert*innen-Seite sein muss, wenn sie es schafft, Diskurse derart zu gestalten, dass gewisse Argumente erst gar nicht berücksichtigt werden (können), weil sie einer jeden „technischen“ Grundlage entbehren, weil sie gar nicht zu einem „förderbaren“ Ergebnis führen könnten (Sullivan 2000; vgl. Interview VI: Z. 507ff.). Mit Bryan Pfaffenberger ließe sich im Zusammenhang der Vormachtstellung des *Technischen* in den Diskursen um den Hochwasserschutz von *Technologie* als „mystifying force of the first order“ (Pfaffenberger 1988: 250) sprechen – verschiedene Wissensformen werden nicht zuletzt deshalb als irrelevant diskreditiert, weil sie, um mit dem Projektleiter zu sprechen, „aus technischer Sicht [gar nicht erst] zulässig“ seien (Kapitel 5.1.2).

In Anlehnung an Alvin Weinberg (1997) und Linda Layne (2000) lässt sich im Zusammenhang ebendieser Aussage ein *technological fix* konstatieren. Durch einen solchen *fix* werden soziale Probleme umgangen, schlicht „by reducing [...] [social problems] to technological problems“ (Layne 2000: 492). Dabei räumt Weinberg ein, „[that] technological fixes do not get to the heart of the problem; they are at best temporary expedients; [...] they create new problems as they solve old ones“ (Weinberg 1997: 63; vgl. Winiwarter 2013: 10). Im Gegenzug würde Ingold (1993: 158) hierzu bemerken, dass die Diagnose eines „technological fix“ erneut eine irreführende „separation between the domains of technical and social activity“ reproduziere, „a separation that has blinded us to the fact that one of the outstanding features of human technical practices lies in their embeddedness in the current of sociality“. Nehmen wir die Überwindung dieser Trennung ernst, kann das in unserem Fall nur zur Schlussfolgerung führen, dass das Argument der „technischen Unzulässigkeit“ ein soziales Verhältnis widerspiegelt. Wie wir im Folgenden sehen werden, lässt sich dieser Feststellung einiges abgewinnen.

Inhaltlich ist in dem obigen Zitat des Projektleiters einmal mehr die angesprochene Simplifizierung der *Landschaft* Eferdinger Becken herauszulesen – das Eferdinger Becken als

mit *technischen* Mitteln sicherzustellende „wasserbaulich wichtige Überflutungsfläche“, (Interview VI), ein bezeichnendes Element des offensichtlich stark in Dichotomien von Natur-Kultur, Retention-Besiedlung (etc.) organisierten Naturverhältnisses der Planungs- und Auftraggeberseite (vgl. Pálsson 2006: 71ff.; Descola 2011).

Wenn wir uns das *Generelle Projekt* und dessen Entscheidungsgrundlagen näher ansehen, dann liegt der Schluss nahe, dass wir es bei der Welt der Planer*innen doch wesentlich mit einer *entzauberten* Welt der Kalkulation zu tun haben, eine solche, in der man mit Max Weber (1985 [1922]: 593) „alle Dinge – im Prinzip – durch *Berechnen beherrschen* könne“.

Darüber hinaus gehe ich in Anlehnung an Escobar (1999) davon aus, dass sich Teile der Planungs- und Auftraggeberseite eines ganz spezifischen Naturregimes bedienen. Als „regimes of nature“ versteht Escobar (ebd.: 5), diejenigen Konfigurationen, die „actual or potential apparatuses for the production of the social and the biological“ darstellen und von denen das Regime der *technonature*, vor allem in seinen Kontrapunkten zu jenem der *organic nature*, meines Erachtens am ehesten der Ausverhandlung von *Natur* seitens der Planungsträger*innen entspricht. Auch wenn letztere aufgrund ihrer Ausbildung, aufgrund ihrer Biographie durchaus auch ein Gespür für gewässerökologische Fragestellungen, für historische wie landschaftsästhetische Zusammenhänge mitbringen mögen (Interview VI), gehe ich davon aus, dass ihnen von der Auftraggeberseite, aber alleine schon aufgrund der vorgegebenen Prozessschritte ein gewisser (technisch-administrativer) Blick auf das Eferdinger Becken vorgegeben ist (Robbins 2000: 126ff.). Eine solche Perspektive fokussiert auf Hochwasserabflussganglinien, Hochwasserspiegellagen, „Lamellenprognosen“, Laser-Scan-Modellierungen, wo andere Menschen im Sinne einer gewachsenen *organic nature*, aufgrund ihres *Bewohnens* dieser *Landschaft* Maisfelder, Bauernhöfe, Auwälder, Kindheitserinnerungen etc. sehen würden (Ingold 2000; Okely 2001). Damit wird ein wesentlicher Unterschied zwischen einer *technonature* und einer *organic nature* sichtbar. Während innerhalb des Gefüges des letzteren Naturregimes Entscheidungen über den Eingriff in eine solche von lokalen, von „organisch“ gewachsenen und emotional besetzten Wissensformen geprägt sind (Milton 2002), stützt sich die *technonature* aus Sicht der Planer*innen zuvorderst nicht auf ein *Dwelling* dieser *Landschaft*, sondern orientiert sich an den abstrakten und naturalisierten Wahrheiten einer *techno-science* (Escobar 1999: 11). Diese *techno-science* kann nach Escobar (ebd.) zwar auch *Natur* im Sinne der Betroffenen umformen⁶⁵, ist aber keineswegs frei von

⁶⁵ Etliche Menschen, die im Verlauf der letzten Jahre abgesiedelt sind, sind wohlgerne auch heute noch zufrieden mit ihrer Entscheidung und bereuen es rückblickend nicht, sich für eine – von schutzwasserwissenschaftlicher Seite als „effizienteste“ Lösung dargestellte (Habersack/Bürgel/Kanonier 2009; siehe auch Seebauer/Babcicky 2016: 10) – Absiedlung entschieden zu haben. Wenn also das Wissen, das von der Planungsseite als Produkt einer *techno-science*, als evidenzbasierte Grundlage schlechthin, dargestellt wird, Menschen zugutekommt und von

Herrschaftskonstellationen (entstanden) und in den wenigsten Fällen allen zugänglich. Ob ein Planer im Zuge der Diskussion eines Teilaspekts des Hochwasserschutzes nach Angabe eines Bürgermeisters sagen kann, „nein, das gibt es sowieso nicht und, außerdem wird es nicht gefördert, und das muss so sein“ (Interview V: Z. 362ff.) und damit die Diskussion auch in der Tat beendet ist, hängt letztlich von Herrschaftskonstellationen, von Positionen innerhalb eines (Beziehungs-)Netzwerks ab (Stott/Sullivan 2000; Svarstad/Benjaminsen/Overå 2018: 356). Selbst wenn, wie es im Feststellungsantrag des GP bezeichnenderweise heißt, „unterschiedliche Zielerfüllungen in Bezug auf die einzuhaltenden Technischen Richtlinien nicht möglich“ sind, weil es „nur erfüllt oder nicht erfüllt“ gibt (Werner consult/GP FA 2017: 32), muss das nicht heißen, dass die angesprochenen technischen Richtlinien indiskutabel sind, dass sie zeit- und situationsneutral gegenüber jeglicher Intervention unveränderbar wären.

Neben der Verabsolutierung des Kriteriums der technischen Machbarkeit fasse ich die *Ökonomisierung* und *Verrechtlichung* des Hochwasserschutzes als Spezifika der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* der Planungs- und Auftraggeberseite.

Mit dem Terminus der Ökonomisierung meine ich in Hinblick auf den Hochwasserschutz, dass gewisse Spielarten des GP mittels Argumentationen der Wirtschaftlichkeit, der Förderbarkeit legitimiert und gegenüber Einwänden abgesichert werden, dass letztlich eine ökonomische Logik als unhinterfragte Entscheidungs-/Bewertungsgrundlage für eine spezifische Gestaltung des GP fungiert (Schimank/Volkman 2008). So ist eine „erweiterte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung“ (Werner consult/GP FA 2017: 32.) ein zentrales Momentum im Entscheidungsprozess, ob ein Objekt einen aktiven oder passiven Hochwasserschutz bekommt. Die Abwägung dahinter ist in erster Linie, wie mir erklärt wird, eine volkswirtschaftliche, nicht zuletzt deshalb, weil für den Hochwasserschutz öffentliche Gelder verwendet werden und vonseiten des Bundes gewährleistet sein müsse, dass diese möglichst effizient eingesetzt werden würden (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19). Die Kosten-Nutzen-Analyse und die Verteilung der Gelder ist insofern umkämpft, als Betroffene, auch Teile der gemeindepolitischen Entscheidungsträger*innen der Überzeugung sind, die dementsprechenden Berechnungen vonseiten des Landes könnten nicht stimmen (Interview VII: Z. 724ff.), gewisse Formen des individuellen Objektschutzes seien doch wesentlich günstiger als die vorgeschlagenen Lösungen (F. 5, 12, 15 etc.)⁶⁶:

diesen angenommen wird, so bedeutet das auch, dass ein *technonature*-Regime nicht a priori als technokratisch und reduktionistisch abzulehnen ist. „Gefährlich“ wird es vielmehr erst dann, wenn ein solches Wissen als „Wahrheit“, als „objektive Notwendigkeit“ dargestellt und so gegenüber Einwänden abgesichert wird (Robbins 2012: 70).

⁶⁶ Obwohl es viele vom Hochwasser Betroffene (zumeist sind dies Absiedler*innen oder solche, die einen technischen Schutz bekommen werden) gibt, die sich mit der Planungsseite solidarisieren und deren Annahmen

„Und dann haben wir [Bürgermeister & Vize-Bürgermeisterin der Gemeinde Popping] eben auch schon gesagt, dass es unserer Ansicht nach vielleicht gescheiter wäre, wenn die Leute einen Zuschuss dafür bekommen, ihr Objekt zu schützen. Und daraufhin haben sie uns dann erklärt, Objektschutz wird nicht gefördert, [...] das gibt es nicht. Von dem sollen wir uns gleich einmal verabschieden. Und für mein Gefühl war das auch der Wunsch der Bevölkerung, aber das wurde von vornherein abgelehnt, weil es einfach nicht förderfähig ist. Da hat sich das Land einfach immer wieder auf den Fördergeber rausgeredet, Fördergeber ist der Bund, das BMVIT und ja, ist nicht förderbar. Punkt“ (Interview IV: Z. 123ff.).

Auf eine derartige Dynamik werden wir zweifelsohne noch öfter zu sprechen kommen, also auf den als „alternativlos“ dargestellten Automatismus von „nicht bewilligungsfähig → nicht förderfähig → nicht verhandelbar“.

Zentraler Referenzpunkt in der wiederkehrenden Diskussion um die Förderbarkeit – also das, was ich in Anlehnung an Habermas (1992) als *Verrechtlichung*⁶⁷ verstehe – ist indirekt das Wasserrechtsgesetz (1959) sowie direkt das Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG 1985). Letzteres geht mit einigen Abänderungen auf das Jahr 1985 zurück und regelt, wie Bundes- oder Fondsmittel im wasserwirtschaftlichen Kontext zu gewähren sind. Es gab durchaus Bestrebungen vonseiten lokaler Akteur*innen die bestehenden Regelungen auf Bundesebene zur Diskussion zu stellen⁶⁸, wobei diese Bemühungen, wie mir sowohl Bürgermeister als auch Mitglieder der IHWSEFB mitteilten, zu keinen Ergebnissen geführt haben:

„Wir haben sogar ein paar Mal versucht auch in diversen Beiratssitzungen, da war dann immer ein Vertreter vom Bund da, vom Fördergeber, er hat immer gesagt, nehmen Sie es oder lassen Sie es. Also es war keine Bereitschaft irgendetwas abzuändern oder so, wie wir gesagt hätten, da war eine Liegenschaft, die war massiv betroffen, gebt denen was oder machen wir es möglich, dass einer einzeln absiedeln kann, das war auch nicht möglich, entweder wir machen die Absiedlungszone flächendeckend oder gar nicht“ (Interview IV: Z. 164ff.).

Dem folgend gelangen wir zu einem Punkt, an dem viele lokale Akteur*innen das der Resignation weichende Gefühl entwickeln, eine spezifische Form des Hochwasserschutzes, die sich wiederum aus einer selektiven Wahrnehmung des Eferdinger Beckens als Retentionsraum speist, werde ihnen als „alternativlos“ vorgesetzt, als einzig machbare Option präsentiert. Hier möchte ich auf die Politikwissenschaftlerin Astrid Séville (2017) verweisen, die in ihrem Buch

befürworten, zeigt sich, dass vor allem der Vorzug von Kosteneffizienz vor möglichst umfassenden Schutzmaßnahmen auf großes Unverständnis stößt. So stimmen im Fragebogen beinahe 90 % der Befragten der Aussage zu, die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung seien über Kosten- und Förderbarkeitsfragen zu stellen (Frage 11f). Der amtierende Bürgermeister von Goldwörth, Johann Müllner, stellt im Zuge des Hochwasser-Gipfels im Juli 2013 fest, „dass [scheinbar] alles andere wichtiger ist als der Mensch. [...] Wir müssen die Menschen schützen und nicht die Technik“ (Hirsch 2013a).

⁶⁷ Unter *Verrechtlichung* hat Habermas meiner Lesart nach Prozesse der Expansion des Rechts in Politik, Erziehung, Wirtschaft etc. verstanden. Hierbei geht es darum, dass sich „das Recht“ gegenüber unterschiedlichen Lebensbereichen verselbstständigt und diesen Bereichen die Logik des Rechts aufzwingt (Habermas 1992: 541ff.).

⁶⁸ Im Fragebogen wird von einem Betroffenen treffend notiert, der Landesrat würde sich in seinen Entscheidungen doch nur „hinter dem ‚Wasserbautenförderungsgesetz‘ verstecken“ (F. 28).

„*There is no alternative*“ *Politik zwischen Demokratie und Sachzwang* eindrücklich zeigt, wie in gesellschaftlichen Kämpfen vermittelt einer Alternativlosigkeits-Rhetorik versucht wird, gewisse politische Entscheidungen verabsolutiert durchzusetzen (Séville 2017). Swyngedouw (2009c: 601) spricht an dieser Stelle gar von einer „postpolitical consensual police order“ und meint damit, dass durch, als alternativlos kommunizierte technokratische Umweltmanagement-Strategien die *Umwelt* als solche entpolitisiert und dem demokratischen Prozess entzogen wird. Eine besondere Funktion in dem bei Séville skizzierten Durchsetzungsprozess kommt den Expert*innen, den Planer*innen im Schulterschluss mit staatlichen Autoritäten⁶⁹ zu. Diese, wenn sie ihn auch nicht ganz ersetzen, komplementieren den politischen Entscheidungsprozess und unterfüttern ihn mit Sachzwängen und ihrem eigenen Risikoverständnis (Séville 2016: 7f.; Babicky/Seebauer 2016: 30). Ganz in Anlehnung an Foucaults Verständnis von „structural power“ als Fähigkeit „to structure the possible field of action of others“ (Foucault 1984: 428) ließe sich behaupten, dass durch die *Verrechtlichung*, *Ökonomisierung* und *Naturalisierung* der Bedingungen und Entscheidungsgrundlagen für Hochwasserschutz die *field of actions* derart eingeschränkt werden, dass es neben der einen für „richtig“ befundenen Lösung gar keine andere geben kann:

„Ja, das hat der Planer, der hat uns auch aufgezeichnet, was machbar ist technisch und was nicht. Und es sind halt sehr viele dabei, [...] die gar keinen Schutz kriegen und denen man gar nicht hilft, weil es halt technisch nicht geht. Weil es wasserrechtlich nicht geht, weil das dann alles nicht bewilligungsfähig wäre, weil wenn ich dort eine Mauer hinstelle, dann hat der Nachbar einen Schaden und dann geht es wieder nicht“ (Interview IV: Z. 792ff.).

Darüber hinaus ist es gerade der Aspekt der Machbarkeit⁷⁰ und Bewilligungsfähigkeit, der als vermeintlich „neutral“, als interesselos daherkommt und, einmal verabsolutiert, die

⁶⁹ Der bezeichnende Schulterschluss des modernen Staats mit wissenschaftlicher Expertise manifestiert sich nicht selten in Angriffen auf „all nonmodern systems of knowledge“ (Nandy 1993: 270). Dabei stellt sich die Frage, wie ein komplexes Gefüge wie der Staat selbst „denkt“, wie der Staat *weiß*, welche Konstruktionen von sozialer Realität angestellt und durchgesetzt werden müssen (vgl. Fairhead/Leach 1996; Scott 1998). Dies führt uns zwangsläufig zur Frage nach der Rolle des Staates im Kontext des Hochwasserschutzes. Insofern als ich mit Poulantzas (2002 [1978]) den Staat als umkämpftes Terrain fasse und im Rahmen dieser Arbeit doch stärker die Akteur*innen innerhalb staatlicher Rahmungen in den Blick nehme, wird in der Konfliktanalyse der Staat als Entität weitgehend ausgespart (Görg 2003a: 146ff., 161ff.). Was mir im Zusammenhang mit der Rolle des Staates im Kontext des Hochwasserschutzes aber als spannend erscheint, lässt sich am besten durch das Konzept der *strategischen Selektivität* nach Bob Jessop's Auseinandersetzung (1999) mit Poulantzas zum Ausdruck bringen. So ist der Staat insofern selektiv, als er als Kräfteverhältnis gewisse strategische Ziele verfolgt, gewisse Problemstellungen wahrnimmt, andere wiederum ausklammert. Rechtliche Vorgaben, so ließe sich hier argumentieren, zeugen in einer bemerkenswert expliziten Weise von dieser Selektivität, eben, weil sie gewisse Räume öffnen, andere verunmöglichen. Swyngedouw spricht darüber hinaus im Zusammenhang mit dem Management von Wasser vom Staat als „Master Socioenvironmental Engineer“ (Swyngedouw 1999: 456). In Kombination mit Jessop und Scott (1998) haben wir es mit einem solchen *engineer* zu tun, der seine Naturverhältnisse niemals losgelöst von Herrschaft und *Regierbarkeit* gestaltet (Pichler 2014: 42).

⁷⁰ Am Beispiel der Kämpfe zwischen Initiative, Verbund und den wasserbaulichen/-wirtschaftlichen Behörden um eine intelligente Kettenstauregelung, also, dass schon vor der Ankunft der Hochwasserwelle mehrere Kraftwerke akkordiert ihren Oberwasserspiegel absenken, um in den Stauräumen Platz für die herannahenden Wassermassen

Planer*innen, aber auch die Entscheidungsträger*innen auf Landes- wie Bundesebene aus der Verantwortung nimmt. Dabei wird verschleiert, dass hinter technischen Richtlinien, hinter Gesetzestexten, als juridische Anrufung der Subjekte bei Althusser (2010 [1970]), konkrete soziale wie materielle Verhältnisse stehen, die sich nicht nur im Zusammenleben von Menschen, sondern eben auch in der „formation and functioning of ecologies and landscapes“ (Rocheleau 1999: 22) manifestieren und auf die Gestaltung eines Naturverhältnisses einwirken (Schmink/Wood 1987: 51). Gerade das Zusammenspiel von rechtlichen „Notwendigkeiten“ und der Durchsetzung von spezifischen Interessen hat Eric Wolf in seinem für die politische Ökologie formativen Artikel *Ownership and Political Ecology* zum Thema gemacht. Dabei stellt sich Wolf im Kern die Frage, wie gerade „jural patterns [are used] to maintain and restructure the economic, social and political relations of society“ (Wolf 1972: 202). Gerade weil der moderne Staat fast ausschließlich und „selbstverständlich“ durch seine Gesetze zu den Bürger*innen spricht (Goldberg 2001), tendieren Gesetze (und gerade dieser Aspekt kommt im Kontext der Darstellung des Wasserrechts- und Wasserbautenförderungsgesetzes zum Tragen) dazu, so zu erscheinen, als seien sie natürlich, als seien sie objektive Notwendigkeit. Wie Taussig (1997) zeigt, findet damit aber nichts Anderes als eine Fetischisierung von Recht und eine Somatisierung von Machtverhältnissen statt. Politische Ökologie wäre jedenfalls nicht eine solche, würde sie nicht den (in dem Fall ökonomischen wie juristischen) „claims about environmental systems“ und deren Verwurzelung „in the political-economic systems that produce and sustain them“ (Robbins 2012: 131) nachgehen.

5.1.2 Zwischen Expert*in und Lai*in: Epistemische Kämpfe um den „richtigen“ Hochwasserschutz

„Das ist auch, was sehr verletzt, ich meine, natürlich hat jemand studiert und hat ein gewisses Fachwissen, keine Frage, aber auch der Herr [vom] Ministerium [...], der steht neben uns und sagt: Entschuldigung, aber es ist doch vollkommen egal, ob ein Schlamm im Staubecken ist, weil der Wasserspiegel ist der Wasserspiegel. Wo ich mir denke, also der hält uns für vollkommen deppert, also die glauben ja wirklich, wir sind Bauern mit Gummistiefeln aus dem Eferdinger Becken, wir tun Gurken klaben [...]. Also, das ist eine Arroganz, das ist unglaublich“ (Interview VII: Z. 564ff.).

zu schaffen, sieht man eindeutig, wie Machbarkeit eben nicht etwas Naturgegebenes ist, sondern erst als eine solche verhandelt/durchgesetzt werden muss. Im selben Maße wie vonseiten der Oberflächengewässerversorgung als auch vom Verbund eine Kettenstauregelung aufgrund zu kleiner Stauräume entlang der Donau abgelehnt und als nicht-machbar klassifiziert wird (Interview II, III; pers. Mitteilung M.P. 01.10.18), existieren Gutachten wie jenes von Theobald und Dettmann (2015: 95), die einer (stärkeren) Vorabsenkung, zumindest einer Optimierung der Wehrbetriebsordnung für gewisse Stauräume (Stauraum Aschach) durchaus (wenn auch ein beschränktes) Potential beimessen. Hier wird es insofern spannend als das Aufeinandertreffen anerkannter (auf derselben hierarchischen Ebene situierter) Studien und Gutachten nicht nur die Vorläufigkeit allen Wissens illustriert, sondern damit zum Ausdruck kommt, welches Wissen sich im Rahmen welcher Herrschaftskonstellation durchsetzt.

Maßgeblich mit der bisherigen Argumentation zur Skizzierung des im GP zum Ausdruck kommenden *gesellschaftlichen Naturverhältnisses* hängen Fragen zusammen, wer überhaupt als Expert*in auftritt/aufzutreten darf, wie und vom wem das besagte Expert*innen-Wissen als „Wahrheit“ anerkannt, monopolisiert und durchgesetzt wird (Bryant 1998; Stott/Sullivan 2000). So ist in den Gesprächen sowie in den Fragebögen immer wieder beklagt worden, man würde sich von der Planungsseite nicht gehört, nicht verstanden fühlen, mehr noch: Man hätte – wie im obigen Zitat – den Eindruck, im Rahmen eines unüberwindbaren und immer wieder vor Auge geführten Expert*innen-Lai*innen-Gefälles von oben herab und als inkompetent betrachtet zu werden⁷¹. Auch wenn sich dieser Vorwurf nicht an alle Expert*innen/Planer*innen und Landesbedienstete gleichermaßen richtet und manche als durchaus sympathisch und bemüht erlebt werden (Interview IV; X), so gab es doch von letzteren in meinem Beisein immer wieder Wortmeldungen, die darauf schließen lassen, dass der betroffenen Bevölkerung eine gewisse Kompetenz abgesprochen wird:

„Rein für die technische Lösungsfindung ist es völlig wurscht, weil der Einzelne überhaupt keine Ahnung hat und das ist ein völliger Schwachsinn, was die Leute sich da überlegen. Das können Sie alles in den Mistkübel hauen, das ist völlig wurscht“ (Interview VI: Z. 508ff.).

Das äußert sich bspw. in einer Reaktion eines Gewässerökologen auf die Frage, ob denn etwas dran sein könnte an der von Teilen der betroffenen Bevölkerung geäußerten Vermutung, man habe das Eferdinger Becken geflutet, um Linz, Machland oder andere Regionen schützen zu wollen:

„Das ist ein gigantischer Schwachsinn und das ist eigentlich auch das Problem, was mich auch immer erschüttert, dass Leute in einer Region leben und sich so wenig mit dem System bisher auseinandergesetzt haben. Die fahren mit dem Rad am Treppelweg und machen sich nicht einmal Gedanken, warum der Wasserspiegel höher ist wie die Bäume in der Au. Also weil das technische Grundverständnis von solchen wasserbaulichen Elementen vollkommen fehlt und dann passiert das, dass, wenn irgendetwas passiert, dass auf einmal diese selbsternannten Spezialisten Erklärungen haben für etwas oder sich etwas zurechtzimmern, wo sie glauben, so funktioniert es, aber so funktioniert es halt nicht“ (Interview I: Z. 357ff.).

⁷¹ Auf die Frage nach Wünschen der betroffenen Lokalbevölkerung wird immer wieder gefordert, dass die Menschen stärker einbezogen werden müssten, dass sie durchaus gangbare Lösungsvorschläge hätten: „Ehrliches Interesse an den Anliegen der Bürger“ (F. 4), „Dass man betroffene Bürger und nicht rücksichtslose Bauwerber fragt“ (F. 18), „Mehr auf die Bürger hören. Verschiedene Meinungen anhören und aushalten. Sich nicht auseinanderbringen lassen von der Politik“ (F. 38), „mehr Infos, mehr Transparenz, mehr Unterstützung“ (F. 42), „dass die Vorschläge und Ideen des Gemeinderates beim Land OÖ berücksichtigt werden, um den Betroffenen Möglichkeiten zu einem anderen Hochwasserschutz zu ermöglichen z.B. hochwassersicheres Bauen“ (F. 22). Spannend ist, dass die Bemerkung, nicht einbezogen, nicht gehört und nicht unterstützt zu werden, derart ausgeprägt ist und das obwohl, so die Betonung der politischen Autoritäten in diversen Veranstaltungen (bspw. Anschober 2014), ein Bürger-Informationsprozess und ein psychosoziales Betreuungsprojekt durch die Caritas angestoßen worden wäre.

Auch der Verbund-Pressesprecher kommt, wenn auch im Kontext der Erklärung seiner Mediatoren-Rolle, erstaunlich direkt auf das (hierarchische) Wissens-Verhältnis von Expert*in und Lai*in zu sprechen:

„Unsere Techniker sind nicht böse oder unmenschlich, sondern die sind es nur einfach gewohnt, mit Technikern, mit ihrem Bildungsniveau [!], mit ihrem Wissensstand sich zu unterhalten, mit einer Fachsprache, die sich dem Laien nicht erschließt, mit einer Perspektive, die für einen Betroffenen unverständlich erscheinen mag und deswegen ist es meine Aufgabe, hier dazwischen zu gehen und den Übersetzer zu machen, von dem, was sie meinen, und was die Bevölkerung zwischen den Zeilen herausliest“ (Interview II: Z. 357ff.).

Wenn es auch in manchen Fällen zutreffen mag, dass gewisse (fachliche) Verständnisprobleme zwischen „Expert*innen“ und „Lai*innen“ existieren, dass ein gewisses Wissen eben nicht vorausgesetzt werden kann, so wird hier doch unterstellt, die Lokalbevölkerung sei von vornherein (kognitiv) erst gar nicht in der Lage, gewisse Sachverhalte, eine gewisse (Fach-) Sprache, zu verstehen:

„Also grundsätzlich sind die Reaktionen uns [= die IHWSEFB] gegenüber so, als würden dumme einfältige Personen eine Idee haben und denen muss man es wissenschaftlich erklären, dass das nicht geht“ (Interview VII: Z. 369ff.).

Umgekehrt ließe sich behaupten, ist es gerade diese (mutmaßlich gewollte) Nicht-Verallgemeinerbarkeit der Fachsprache, die diejenigen, die diese Sprache nicht sprechen (gelernt haben), ausschließt, also den Diskurs mit Zugangsbeschränkungen versieht (Foucault 2007 [1974]: 26ff.). Vor allem über die im Kontext der Ausverhandlung von Expert*innen- und Laie*innentum *epistemisch gewaltvolle* (Brunner 2016) Abgrenzung von wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Wissen konstituiert sich aufseiten der politischen und planerischen Entscheidungsträger*innen ein dominanter (von anderen schwer mitzubestimmender) Diskurs, der all „jene zum Schweigen [bringt], die auf der anderen Seite der Wahrheit, Rationalität, Universalität und Wissenschaft stehen“ (Castro Varela/Dhawan 2003: 279). Damit wird Expert*innen-Wissen zu einem Herrschaftswissen, nicht zuletzt, wie Enrique Galván-Álvarez (2010) festhält, weil Herrschaft eben genau über derartige epistemische Rahmungen (re-) produziert wird (Görg 2003a: 11).

Die Darstellung von Teilen der Lokalbevölkerung als naiv und fehlgeleitet setzt sich in der Frage nach angeblich unbequemen „Wahrheiten“ fort, bspw. im Zusammenhang mit jener „Wahrheit“, dass ja diejenigen, die sich in den letzten Jahrzehnten im Abflussgebiet angesiedelt hätten, selbst schuld an ihrer Schädigung durch das Hochwasser seien⁷². Insofern als eine

⁷² „Nachdem man von vornherein schon gewusst hat, dass die Kraftwerksbetreiber Schuld haben, auch der Herr Landeshauptmann hat das damals gesagt, hat man sozusagen den Sündenbock gehabt. Und die Wenigsten gestehen sich selber ein, dass sie Fehler gemacht haben. Das darf man aber offiziell nicht sagen, das sage ich auch dazu, aber es ist wirklich so, die meisten haben selber Schuld, dass sie sich so hineingebaut haben und nachher versuchen

diskursanalytisch versierte politische Ökologie in den Blick nehmen muss, „was in einer Gesellschaft gesagt und gedacht werden kann, [...] was jeweils als Wahrheit *gilt* und was nicht“ (Jäger 2015: 12), brauchen wir eine Beschäftigung mit *Wahrheit* und deren Produktion (Stott/Sullivan 2000). Dadurch, dass *gesellschaftliche Naturverhältnisse* immer auch symbolisch-diskursiv ausverhandelt werden, hängt viel vom vermeintlich objektiven Wissen über den *richtigen* Hochwasserschutz ab (Görg 2003a: 173ff.; Robbins 2012: 70ff.).

Wie kaum ein anderer hat sich Michel Foucault in seinen Arbeiten mit den über Diskurse vermittelten Verflechtungen von Wissen und Macht im Rahmen von *Macht-Wissens-Komplexen* auseinandergesetzt. Während Macht seines Erachtens nach diskursiv durchgesetzt wird, selbst in der Lage ist, Diskurse zu induzieren und sich erst „im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen vollzieht“ (Foucault 1983: 115), versteht Foucault unter Wissen „alle Erkenntnisverfahren und –wirkungen [...], die in einem bestimmten Moment und in [einem] bestimmten Gebiet akzeptabel sind“ (Foucault 1992 [1978]: 32). Darüber hinaus thematisiert Foucault das Zusammenwirken von Wissen und Macht und das insofern als er davon ausgeht, dass sich beide gegenseitig konstituieren:

„Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault 1994: 39f.).

Unter Wahrheit selbst versteht Foucault nicht „das Ensemble der wahren Dinge, die zu entdecken oder zu akzeptieren sind, [...] sondern ‚das Ensemble der Regeln, nach denen das Wahre vom Falschen geschieden und das Wahre mit spezifischen Machtwirkungen ausgestattet wird“ (Foucault 1978: 53). Am Beispiel des Hochwasserschutzes, vor allem an den (epistemischen) Auseinandersetzungen zwischen Expert*innen, „selbsternannten Spezialist*innen“, Lokalbevölkerung, Bürgermeistern und dem zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss der IHWSEFB sehen wir exemplarisch, über welche diskursiven Praxen das Wahre vom Falschen geschieden wird (Peluso 1992a), wer es mit welchen Mitteln schafft, Deutungsmacht über ein „regime of truth“ (Foucault 1980: 131) zu erlangen. Während sich die letztgenannte Initiative darum bemüht, die „(Un-)Wahrheiten“ der Planungsebene mittels „echter Experten“ (IHWSEFB 2018b) aufzudecken, dabei aber von dieser immer wieder die

sie halt irgendeinen Schuldigen zu finden [...]“ (Interview III: Z. 271ff.); „Und es wird keiner sozusagen auf politischer Ebene sich hinausstellen, weil das sind ja alles potentielle Wähler, es wird es sich keiner mit denen verscherzen. Damals war der Rudi Anschober zuständig [...]. Sage ich [zu ihm], sag ihnen einmal, dass sie alle selber schuld sind. Sagt er, das geht nicht, da kann kein Landesrat hingehen und sagen: ‚Leute, schießt euch nicht ins Hemd, ihr seid selber schuld‘. Das ist die Wahrheit“ (Interview I: Z. 626ff.).

Grenze ihrer fachlichen (institutionell nicht-beglaubigten) Expertise aufgezeigt bekommt⁷³, beschwerten sich Mitarbeiter der Oberflächengewässerswirtschaft, aber auch des Planungsbüros darüber, dass ihnen vonseiten der Initiative die Wörter im Mund umgedreht würden⁷⁴, dass die Aufarbeitung des Hochwassers von Teilen der betroffenen Bevölkerung schlicht absurd wäre⁷⁵.

Ein besonders intensiver Streitpunkt kondensiert in den Kämpfen um verschiedene Wissensformen, im Verhältnis von lokaler zu überlokaler Expertise, von persönlicher Meinung zur verobjektivierten Sachverhaltsdarstellung. Diesem (letztlich auch räumlichen) Verhältnis möchte ich analytisch mit den an Latour (1987) und an Callon/Latour (1981) erinnernden Konzepten der *power (action) at a distance* und *knowledge at a distance* Rechnung tragen. Das ist deshalb relevant, weil den Planer*innen vonseiten mancher Betroffener unterstellt wird, sie würden aus der Ferne, „nur aus dem Büro heraus entscheiden“ (F. 57), „sie wissen nichts von der Wirklichkeit“ (F. 38), weil sie das Hochwasser nicht erlebt hätten, weil sie nicht dort aufgewachsen wären/dort wohnen würden⁷⁶. Darauf wird vonseiten einzelner Expert*innen erwidert, dass es genauso verkürzt sei, nur aufgrund des Wohnortes und der Biographie eine Expertise ableiten zu können, dass es vielmehr „erstaunlich [sei], wie wenig sich die Leute auskennen, obwohl sie dort wohnen“ (Interview I: Z. 657ff.; vgl. Robbins 2000).

Um auf den ersten Vorwurf näher einzugehen, ist im Rahmen der hochgradig bürokratisierten Prozesse rund um die Aufarbeitung des Hochwassers sowie um die Planung des Hochwasserschutzes auf Ebene behördlicher Instanzen (wenig überraschend) in der Tat von einer *power (action) at a distance* zu sprechen (vgl. Giddens 1990). Für die Ausübung einer solchen kommt es dann, mit dem kritischen Geographen John Allen gedacht, darauf an, ein „framework“ zu schaffen, „which is applicable to any number of situations where power’s

⁷³ „Also wir haben immer wieder Terminverschiebungen gehabt, dann beim Termin mindestens eine Stunde warten müssen, solche ganz kleinen, dummen Sachen. Und dann, ja, wir schauen uns das an und wir werden uns rückmelden und unsere Techniker haben das und jenes gesagt. Ich bin auch nach wie vor ganz stark davon überzeugt, würde der Gerald [=Gerald Zincke, Sprecher der IHWSEFB] nicht Dr. der Technik sein, hätten wir überhaupt keine Chance. Überhaupt nicht, wir würden nicht einmal gehört werden“ (Interview VII: Z. 558ff.).

⁷⁴ „Die haben letztendlich alles, was wir denen an Informationen sozusagen gegeben haben, sag ich einmal, eigentlich nur so genutzt, dass es für sie [gesprochen] hat“ (Interview III: Z. 211f.).

⁷⁵ „Sich herumschlagen mit irgendwelchen völlig absurden Verschwörungstheorien der Kraftwasserwirtschaft, wo man behauptet [lacht], die tun irgendetwas überfluten, oder Tod und Teufel, was völlig an den Haaren herbeigezogen ist“ (Interview VI: Z. 369f.).

⁷⁶ Vielmehr wird in den Interviews immer wieder auf das Wissen „alteingesessener“ Bewohner*innen (F. 39) verwiesen (bspw. im Zusammenhang damit, dass solche Alteingesessenen wissen würden, dass die Wehre der Kraftwerke im Hochwasserfall immer nur nachts geöffnet werden oder dass früher die Donau noch durchgehend ausgebaggert worden wäre etc. (Interview VII, VIII)), auf gut informierte Personen, die genau wissen würden, wann das Hochwasser kommen werde, wie hoch das Wasser in diesem und jenem Jahr gestanden sei und dass sich diese lokale Expert*innen nicht von den aus Linz, aus Wien kommenden Expert*innen „übertölpeln“ lassen würden (Interview VII). Im Fragebogen äußert sich das insofern als rund 64 % der Befragten angeben, den Expert*innen in Bezug auf die Planung und Umsetzung des Hochwasserschutzes nicht zu vertrauen (Frage 11 I). Vielmehr, so der Bürgermeister von Feldkirchen, Franz Allerstorfer, müsste den Betroffenen vertraut werden, weil diese ein „Gespür“ für die richtigen Lösungen hätten (pers. Mitteilung F.A. 17.09.18).

extensive reach is at issue“ (Allen 2003: 132). Damit können Dokumente, Statistiken, aber auch Protokolle gemeint sein – „in fact anything that can be mobilized and embedded in networks stretched over space and time“ (ebd.) –, die dann dazu verwendet werden, eine Form der Kontrolle auszuüben, aber auch, um die eigene Position in einem derartigen Netzwerk abzusichern (Sullivan 2000). Am Beispiel des Hochwasserschutzes wird das vor allem dann schlagend, wenn die verschiedenen Vorschläge der Lokalbevölkerung, aber auch Entscheidungen für Teillösungen seitens der Kommunalpolitik immer wieder an die Expert*innen zur Nachberechnung und Überprüfung zurückgespielt werden müssen (Interview IV; vgl. Scott 1998). Letztere schaffen es damit, „to maintain their pre-eminent position, however, by placing themselves precisely at the points where everything that flows back and forth (reports, contracts, service agreements) [...], everything [...] has to pass through them in some shape and form“ (Allen 2003: 132). All die Ergebnisse und Stationen der jahrelangen Planungsarbeiten, – die gefällten Entscheidungen, die monatelangen Rechengänge, die Diskussionen mit Anrainer*innen etc. – „at one point or another, they all take the shape of a flat surface of paper that can be archived, pinned on a wall and combined with others; they all help to reverse the balance of forces between those who master and those who are mastered“ (Latour 1987: 227).

Zweifelsohne verfügen (auf der anderen Seite) die Bewohner*innen, die *Dwellers* in einem sehr unterschiedlichen Ausmaß über ein spezifisches, an ihren Lebensalltag angepasstes Wissen über Hochwasserrisiken, Hochwasserverläufe und über die bewohnte *Landschaft*. Lokales Wissen ist dabei praxistheoretisch als eine „practical, situated activity, constituted by a past, but changing, history of practices“ (Hobart 1993b: 17; vgl. Sayer 1992: 14) zu verstehen, nach Ingold als Prozess „of enskillment in the context of our practical engagement with the environment“ (Ingold 1995 zit. nach Escobar 1998: 62). Dabei sollte uns in diesem Zusammenhang klar sein, dass ein Großteil des Wissens, das sich Menschen im Rahmen ihrer (Subsistenz-)Aktivitäten⁷⁷ in der *Landschaft* erarbeitet haben, durchaus als „[...] efficient [angesehen werden kann], some is misconceived and counterproductive, and some is incorrect but still functions well enough“ (Dahl 1993: 6).

⁷⁷ Wenn auch im Kapitel 5.2 in Teilen angesprochen, kann der Aspekt der Spezifität der Wahrnehmung von und des Wissens über *Landschaft* bei Menschen, die aufgrund ihres wirtschaftlichen Handelns direkt (in unserem Fall bedeutet das landwirtschaftlich) in dieser *Landschaft* tätig sind, im Rahmen dieser Arbeit leider nicht umfassender behandelt werden. Es wäre aber ohne Zweifel spannend, darauf einzugehen, inwiefern sich Bäuer*innen in Hinblick auf den Hochwasserschutz auf ein (über ihre Subsistenz- und Produktionsweise spezifisches) gesellschaftliches Naturverhältnis stützen und wie sich ein solches in den Kämpfen um den Hochwasserschutz äußert (vgl. Bryant/Bailey 1997: 159ff.).

Im Kontext *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* ist der Aspekt der epistemischen Umkämpftheit eines „richtigen“ Hochwasserschutzes insofern hochrelevant, als ich behaupte, dass Wissen über Mensch-Natur-Zusammenhänge und dessen Durchsetzung auf allen vier, von mir gezeichneten Ebenen zum Ausdruck kommt (vgl. Kapitel 2.3.1). Ohne einem einseitig idealistischen Erklärungsansatz anheimfallen zu wollen, entscheidet letztlich ein spezifischer Sinnzusammenhang (zwischen Überflutung, Eferdinger Becken, Raumnutzung und Hochwasserschutz) sowie die Fähigkeit, diesen Sinnzusammenhang als „sehr guten Kompromiss“ (Interview III: Z. 196) durchsetzen zu können, darüber, ob sich Hochwasserschutz materialisiert, wie dieser diskursiv verhandelt wird, wer daran teilhaben kann/darf und wie das mit Herrschaft zusammenhängt⁷⁸. Nicht von ungefähr benennt Escobar einen seiner Artikel *Whose Knowledge, Whose Nature?* und bringt damit zum Ausdruck, dass die Kategorie Natur erst im Kontext von epistemischen Auseinandersetzungen – und das sind gerade jene umkämpften „kulturell spezifischen und historisch variablen Praktiken“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 77) – zu etwas Fassbarem wird, zu dem sich auch ein Verhältnis herstellen lässt. Im Falle des Eferdinger Beckens reichen die Kämpfe um die Vormachtstellung in der Beantwortung der Frage *Whose Nature?* bis zu jenen um die Frage *Whose Waters?* (Swyngedouw 2009b: 58). Hier wird wiederum verhandelt, „who is entitled to what quality, kind and what volumes of water and who should control, manage and/or decide how the hydro-social cycle will be organized“ (ebd.).

Darüber hinaus muss sich eine politische Ökologie des Hochwasserschutzes immer die Frage stellen, wer überhaupt Anteil an derartigen Auseinandersetzungen haben *kann* und *darf*. Vielfach zeigt sich dabei, dass die Verhandlung und Gestaltung von Naturverhältnissen einigen Wenigen vorbehalten ist, dass *gesellschaftliche Naturverhältnisse* im Eferdinger Becken keineswegs als demokratisiert aufzufassen sind (Demirović 2012⁷⁹). Wir brauchen nur in die Fragebögen zu blicken, das Gespräch mit Betroffenen zu suchen, um bestätigt zu bekommen, dass sich viele nicht in den Gestaltungsprozess des Hochwasserschutzes einbezogen fühlen, dass viele (aufgrund der gezeichneten Ausschluss- und Abwertungsmechanismen) den Eindruck haben, ihr „eigenes“ Naturverhältnis, ihre eigne Sicht der Dinge werde systematisch

⁷⁸ Ich verweise hier noch einmal auf die im Kapitel 3.1 propagierte Notwendigkeit eines kritisch-realistischen Forschungszugangs, mit dem es gelingt, diskursive Kämpfe in eine Gesamtheit von materiellen Verhältnissen einzubetten (Sayer 1992: 34f.; siehe auch Moore/Sanders 2006: 10).

⁷⁹ Demirović (2012: 69) stellt sich unter einer Demokratisierung *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* Folgendes vor: „Zunächst müssen Bedarf, Technologien, Investitionen und Produktion, also die Aneignung und Bearbeitung der Natur, Verteilung und Konsumformen der Produkte mit Blick auf die Folgen für und Gestaltung von natürlicher Umwelt zum Gegenstand demokratischer Entscheidung werden. Entsprechende Verfahren müssen Entscheidungen über Technologie- und Infrastrukturfade ebenso einschließen wie über Betriebsweise und Produkte, also ihre stofflichen, energetischen, ästhetischen und Nützlichkeitsaspekte. Wirtschaftsdemokratische Institutionen stellen ebenso wie Parlamente wesentliche Knoten in einem solchen Demokratiekomplex dar“.

ignoriert (Interview VII, VIII, XI; pers. Mitteilung F.A. 17.09.18; pers. Mitteilung H.G. 13.09.18 etc.).

5.1.3 Zwischen den Fronten: widersprüchliche Rollen in einem widersprüchlichen Naturverhältnis

Es mag bisher der Eindruck entstanden sein, dass ich eine trennscharfe Kategorisierung des Naturverhältnisses, das hinter dem Hochwasserschutzprojekt im Eferdinger Becken steht, vermieden habe. Das hat den Grund, dass ich im Laufe der Forschung auf Widersprüchlichkeiten gestoßen bin, die es schwierig machen, von einem einzigen, uniformen gesellschaftlichen Naturverhältnis der Auftraggeber- und Planungsseite zu sprechen, das jenen multiplen Naturverhältnissen der Lokalbevölkerung diametral gegenübersteht.

Mit der Formulierung eines nicht einheitlichen Naturverhältnisses der „Herrschenden“ spreche ich mehrere ganz spezifische Widersprüchlichkeiten an. So habe ich noch zwei Kapitel zuvor von der Praxis der *Naturbeherrschung* geschrieben, von der weberianischen Diagnose der Beherrschung der Welt durch Berechnung (Görg 2003a: 18). Dringen wir tiefer in die individuellen Motivationslagen der Planer*innen ein, so stoßen wir – neben einem zweifelsohne strukturell vorgegebenen, also institutionalisierten Vertrauen in Modellierung und Prognostizierung – ebenso auf Vorbehalte gegenüber dem eigenen Metier, gegenüber der Vorstellung, alles in Modelle gießen zu können, gegenüber der *Technikgläubigkeit* an sich:

„Und man muss es einmal auch akzeptieren und das ist das Problem unserer Gesellschaft, dass man einfach irgendwo einen Punkt hat, wo man sagt, da kann man nichts mehr machen. Die Technikgläubigkeit sozusagen, ja, ist halt etwas Naives, zu glauben, man kann alles technisch lösen“ (Interview I: Z. 813ff.).

Zunächst ist festzuhalten, dass das Verhältnis von Naturbeherrschung und dem Einsatz von technisch-schutzwasserwirtschaftlichen Maßnahmen aufseiten der Planungsebene nicht so eindeutig ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. So wird von diversen Expert*innen Absiedlung gleichermaßen als technisch wirkungsvollste wie als naturschutzrelevante Maßnahme dargestellt (Interview I, III, VI). Dabei stoßen wir auf eine, wie ich finde, vertrackte Konfiguration des Naturverhältnisses, in der „Technik“ und „ökologische Expertise“ eine diffuse Allianz einzugehen scheinen und – wenn es um die unpopuläre Durchsetzung des Schaffens von Retentionsräumen geht⁸⁰ – als dyadische Einheit des „Natürlichen“ wie des „technisch Machbaren“ der Entität der vielfach als irrational gezeichneten „Lokalbevölkerung“

⁸⁰ Exemplarisch dazu der Projektleiter des GP: „Ja, dieser Raum ist für eine dauerhafte Besiedlung nicht geeignet und diese Erkenntnis ist eine, aus wasserbaulicher Sicht, gut argumentierbare und die Raumordnung will das halt nicht wahrhaben. Und dadurch gibt es halt immer wieder diesen Konflikt. Und darum verstehe ich auch, warum der Wasserbau sagt, wir wollen keine durchlöcherzte gelbe Zone, sondern wenn dann eine Lösung, die wirklich dieses ganze Gefüge wieder ein bisschen stabilisiert. Ich halte das schon für sinnvoll, das ist unpopulär, kräftezehrend durchzusetzen, aber es ist letztlich die bessere Lösung“ (Interview VI: Z. 371ff.).

gegenübergestellt werden (vgl. Swnygedouw 2009a; Schoder/Schmid 2017). Das ist insofern spannend als ich behaupte, dass in den Planungsannahmen eine intrinsische Agenda der Renaturierung gering ausgeprägt ist, vielmehr wird *Natur* (exakter: die der Sphäre des Naturschutzes attribuierte Erhaltung von Retentionsraum zu Zwecken eines „integrativen“ Hochwasserschutzes) zu einem semantisch entleerten Kampfbegriff, der all jene auf die Seite des Projektes ziehen soll, die sich (auch unabhängig vom Hochwasserschutz) skeptisch gegenüber Zersiedlung, Flussregulierung, Flurbereinigung etc. positionieren (F. 3, 9, 13; vgl. Interview IX).

Dabei stellt sich die Frage, wie in Anbetracht der Allianz von Bund, Land und Planungsakteur*innen ein solcher Kampfbegriff von *Natur* aussieht, wie – in Anlehnung an Mark Whitehead, Rhys Jones und Martin Jones (2007) – in der Anrufung *Natur* im Kontext des Hochwasserschutzes letztlich eine spezifische *state nature* zum Ausdruck kommt. Am Beispiel des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken behaupte ich mit James Scott (1998), dass das *Seeing Nature like a State* erheblich von Komplexitätsreduktionen geprägt ist, dass vor dem Hintergrund einer naturalistischen Ontologie, wie ich sie aus den Debatten um den Hochwasserschutz herauslese (OTS 2013; Anschober 2013), *Natur* als Widerpart zu den fehlgeleiteten Entwicklungen der Sphäre der *Kultur* (Widmungs- und Siedlungspolitik, Wissen über Risiken, Hochwässer etc.) konstruiert wird. Zwar wird mit Abstrichen der hybride Charakter des Eferdinger Beckens als gleichermaßen Siedlungs- und Überflutungsraum anerkannt, diese Erkenntnis übersetzt sich aber nicht in ein Hochwasserschutzprojekt, das beide Funktionen des Eferdinger Beckens in ihrer Relevanz auch dementsprechend gleich gewichtet. Die *Natur*, so heißt es vielfach, sei in Bedrängnis geraten, dem Wasser müsse wieder mehr Raum gegeben werden (Interview VI). Spannend erscheint mir dieser Naturbegriff besonders dann, wenn dieser *heute* von denjenigen (kraft-)wasserwirtschaftlichen Akteur*innen zur Abwehr bzw. zur Rechtfertigung der im GP vergleichsweise geringen Relevanz von aktiven Hochwasserschutzmaßnahmen bemüht wird, die *gestern* noch den Bau von Laufkraftwerken, Uferbefestigungen mittels Blockwurf etc. vorangetrieben haben.

In diesem Zusammenhang ist auch die Position des Pressesprechers des Verbunds eine ambivalente, weil seinerseits immer wieder Fragen der Ökologie zu Zwecken der Legitimation der eigenen Position gegenüber den Vorwürfen der Betroffenen wie gegenüber dem geplanten Hochwasserschutz herangezogen werden (vgl. Swnygedouw 1999: 458)⁸¹. So wird auf der

⁸¹ Exemplarisch dazu der Pressesprecher des Verbunds in seiner Einschätzung der Konflikte zwischen Hochwasserschutz und „der Natur“: „Da gibt es mitunter einen Konflikt zwischen dem technischen Hochwasserschutz und Kulturlandschaft-Bewohnbar-Machen versus der Natur und der ökologischen Artenvielfalt. Wir haben eine radverbaute Donau, das kommt nicht aus dem Kraftwerksbau, sondern das kommt

einen Seite die dem Unternehmen so wichtige Sensibilität für den „ökologischen Eingriff“ durch ein Laufkraftwerk und die Notwendigkeit von Fischpassierbarkeit betont, auf der anderen Seite aber von Hainburg als heute noch bedauerte Niederlage gesprochen (Interview II). Wenn sich auch in den letzten Jahren Einiges getan haben mag, der vom Verbund unternommene (historisierende) Rückgriff auf eine weniger stark regulierte Donau als Kontrastfolie zu einer verfehlten (und daher zu korrigierenden) Widmungs- und Siedlungspolitik erscheint mir anachronistisch.

Naturbeherrschung als Versuch „Naturzwang brechen zu wollen“, sei es durch den Bau von Mauern um Siedlungen, durch das Graben von Flutmulden, aber auch in Form von Menschenbeherrschung, sei es durch Absiedlung, durch Auflagen in der Absiedlungszone etc., erfolgt jedenfalls von mehreren Seiten, wiewohl unter verschiedenen Vorzeichen. Aufseiten der betroffenen und heute noch im Abflussgebiet lebenden Lokalbevölkerung äußert sich das so, dass 71 % der Befragten eine stärkere Regulierung der Donau (Frage 11 e) sowie 52 % den Bau von zusätzlichen Dämmen und Schutzeinrichtungen zugunsten eines technisch-sektoralen Hochwasserschutzes befürworten, beides Einstellungen, die auf den ersten Blick einer Naturbeherrschungs-Agenda zugeschrieben werden würden (vgl. Kruse 2010). Teilweise äußert sich das so, dass diejenigen, die keine Schutzmaßnahmen erhalten, am stärksten solche einfordern und somit ein anthropozentrisches Naturverhältnis bedienen, das sie an anderer Stelle als technokratisch und unangebracht ablehnen würden.

Ein ethnographischer Blick, der es sich zum Ziel macht, Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen, kommt nicht umhin, überspitzte Aussagen und vereinfachende Analysen bis zu einem gewissen Grad zu relativieren. So ist festzuhalten, dass die Rolle, die Planer*innen und Bedienstete der Abteilung für Oberflächengewässerwirtschaft des Amts der oberösterreichischen Landesregierung einnehmen, bei allen Vorwürfen von Paternalismus, technischer Hybris und unterstellt abgehobenem Auftreten bei weitem keine einfache ist. Das kommt in den im Gespräch geäußerten Reflexionen der Mitarbeiter der Oberflächengewässerwirtschaft (denen es ein wirkliches Anliegen zu sein scheint, dass den Menschen vor Ort geholfen wird; pers. Mitteilung F.W. 07.04.19, Interview III) genauso zum Ausdruck wie in den Überlegungen des Projektleiters zur allgemeinen Schwierigkeit des GP:

„In dem Fall ist es so, dass man sich in einer Art Situation befindet, wo man mit seinen ingenieurtechnischen Maßnahmen zu einer Zwangsbeglückung führt und das ist ein negativer Impact. Weil man mit Maßnahmen kommt, die nicht akzeptiert werden. Aus verständlichen Gründen auch muss ich sagen. Da entstehen dann irgendwann einmal gewisse Konflikte; die Menschen zum Beispiel, wo eine weniger hohe Überflutung war,

aus der Zeit des Hochwasserschutzes und der Schifffahrt. Das heißt, die Donau, wie wir sie in den [19]50er Jahren vorgefunden haben, war bereits ein heftig regulierter Fluss“ (Interview II: Z. 441ff.).

[die sagen,] was zwingt ihr uns jetzt einen Hochwasserschutz auf, wir haben eh nichts gehabt, unter Anführungszeichen. Die haben ganz andere Interessen, die wollen keinen Hochwasserschutz, die wollen eine Siedlungsentwicklung. Wir sehen das anders [!], weil das in einem Überflutungsraum ist, wo früher oder später wieder so ein Hochwasser kommt“ (Interview VI: Z. 293ff.).

Es wäre somit verfälscht und den interviewten Menschen gegenüber unfair, sie als rücksichtlose Technokrat*innen zu beschimpfen, als solche, wie von ganz Wenigen festgehalten wird, die sich in einer Allianz mit Bundes-/Landespolitik und dem Verbund aus Eigeninteresse gegen die unterdrückte, nicht-repräsentierte Bevölkerung verschworen hätten. So ist nämlich mitzudenken, dass sich die Planer*innen/Beamte*innen/Expert*innen selbst in strukturellen Abhängigkeiten und in *Governance*-Konstellationen befinden, die sie (auch auf Basis der erlernten und für „wahr“ befundenen Annahmen über Hochwässer und deren Eindämmung) glauben lassen, die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen seien die für alle Beteiligten besten. Dabei reagieren sie jeweils unterschiedlich (emotional) auf Einmischungen seitens der betroffenen Bevölkerung, legen unterschiedliche Maßstäbe an Teilhabe, Partizipation an und haben ihrerseits keineswegs unbegrenzte Handlungsspielräume. Hier wird jedenfalls relevant, wie auf unterschiedlichen skalaren Ebenen und im Rahmen subsidiärer Strukturen die Akteur*innen zueinander positioniert sind bzw. wie sich diese im Rahmen der Kämpfe zueinander positionieren.

Während die Planungsebene den Vorgaben ihrer Auftraggeber Bund und Land, denen wiederum „Naheverhältnisse“ (beispielhaft am Wechsel von Michael Strugl von der öö. Landesregierung in den Verbund-Vorstand (OÖN 2018)) zu bestimmten Firmen (wie eben zum Verbund) unterstellt werden (Interview VII), zu entsprechen hat und mit diesen die Forderung nach „Räumung“ des Hochwasserabflussgebietes teilt, äußern sich behördliche Instanzen wie die Landesplanung/Raumordnung, die Wasserrechtsbehörde kaum zu (vergangenen) Fehlentscheidungen⁸².

Nicht selten wird der Druck, der dabei entsteht, an die Gemeinden (als Widmungsinstanzen) weitergegeben, die ihrerseits von mehreren Seiten in die Pflicht genommen werden, sei es von einflussreichenden Bürger*innen, von lokalen Betrieben, von zivilgesellschaftlichen Initiativen, von „Dableiber*innen“ bis hin zu „Absiedler*innen“. Besonderes Augenmerk gilt darüber hinaus den Bürgermeister*innen, die in den Konflikten um den Hochwasserschutz nicht nur häufig als Zielscheibe für Frust über bereits gefällte

⁸² Ein Mitglied der Initiative hat folgenden Vorwurf: „Und wie gesagt auf unseren Plänen und Grundstücks-/Bauplänen sind vier Stempel darauf, ein Stempel von der Abteilung Wasserwirtschaft, ein Stempel von der Raumplanung, und und und. Das heißt, da haben sich bei jedem Gebäude, das in diesen Gebieten, angeblichen Retentionsräumen, gebaut worden ist, vier Abteilungen damit beschäftigen müssen, [...] also sie haben das mit ihrem Stempel geklärt“ (Interview VII: Z. 220ff.).

Entscheidungen fungieren, sondern vor die Aufgabe gestellt sind, divergierende Naturverhältnisse berücksichtigen und (im Widerspruch dazu) die Entwicklung der eigenen Gemeinde vorantreiben zu müssen (Interview VII: Z. 926ff.; vgl. pers. Mitteilung L.W. 26.12.2018). Auch hier ist kein allgemein gültiges Muster festzustellen, vielmehr bestimmen Faktoren wie Parteizugehörigkeit, Charakter, Amts- bzw. Demokratieverständnis, (materielle) Betroffenheit etc. darüber, wie sich Bürgermeister gegenüber den Vorschlägen/Vorgaben/Entscheidungen des Landes positionieren – das reicht von apriorischer Ablehnung (Bgm. Feldkirchen) über eine kritische Distanz (Bgm. Popping) bis hin zu Gehorsam (Bgm. Goldwörth; vgl. Interview VII). Allgemein auffallend ist, dass die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen „Lagern“ – Absiedlungsbefürworter*innen/-gegner*innen, Projektbefürworter*innen/-gegner*innen, u.v.a – von einer Verschränkung unterschiedlicher Kategorien abhängig zu sein scheint. So ist die Positionierung gegenüber dem GP nicht rein skalar (Bund vs. Land vs. Kommune vs. Lokalbevölkerung), nicht rein parteipolitisch, auch nicht rein räumlich zu erklären, sondern konstituiert sich, wie aus dem Fragebogen ersichtlich wurde, entlang unterschiedlicher Differenzmarker (vgl. Fußnote 91). Die zentralen sind hierbei Wohnort, Betroffenheit vom Hochwasser, Alter, Geschlecht und Wohnverhältnis, wiewohl ich aus Perspektive der politischen Ökologie annehme, dass (noch) nicht erhobene Marker wie Einkommen, Bildungshintergrund, Biographie, Klassenzugehörigkeit eine Rolle in der Positionierung gegenüber dem GP spielen (Cutter 1995; Martínez-Alier 2002; Robbins 2012).

5.2 Jenseits des *Generellen Projekts* – divergierende Naturverhältnisse?

Während wir uns bisher mit Tendenzen im gesellschaftlichen Naturverhältnis der Planungs-/Auftraggeber*innen-Seite befasst haben, werfen wir nun einen Blick auf die keineswegs homogene Gruppe der zum vorgelegten Hochwasserschutzkonzept kritisch positionierten Akteur*innen. Wir werden anhand ausgewählter Konfliktfelder sehen, wie breit das Spektrum an Naturverhältnissen reicht, das mal mehr, mal weniger deutlich von den behördlich und planerisch propagierten Beziehungs- und Gestaltungsmustern zwischen Eferdinger Becken, Bevölkerung und Donau abweicht. Dadurch, dass politische Ökologie meines Erachtens immer auf ein Grundverständnis zentraler Konfliktodynamiken abzielt, benötigen wir eine Identifikation unterschiedlicher Standpunkte in einem meist schwer überschaubaren Gefüge von Allianzen und Antagonismen (Little 2007; Rocheleau 2008). Somit beginnt dieses als Herzstück gedachte Kapitel mit der Skizzierung ausgewählter Versuche der Durchsetzung divergierender *gesellschaftlicher Naturverhältnisse*. Hierfür möchte ich versuchen, das Gefüge an Akteur*innen und deren miteinander konkurrierende Strategien zu

umreißen, wobei ich die Akteur*innen anhand ihrer Erlebnisse und Einschätzungen zunächst rein intuitiv zwischen den Polen Konformität, Resignation und Widerstand verorte.

In einem nächsten Schritt werde ich vor dem Hintergrund der für die politische Ökologie axiomatischen Beschäftigung mit dem „uneven and structurally unjust character of socio-natures“ (Robbins 2012: 88) darstellen, wie Hochwasserschutz an die Frage nach Gerechtigkeit geknüpft wird. Hier sind wir inmitten genuin polit-ökologischer Fragestellungen, wenn es darum geht, wer auf wessen Kosten einen Hochwasserschutz erhält und wer sich dadurch in der Gestaltung und Verallgemeinerung der eigenen Naturverhältnisse benachteiligt fühlt.

Das dritte Unterkapitel führt derartige Überlegungen fort, sieht sich hierbei im Detail die durch das Projekt in mancherlei Hinsicht befeuerten Auseinandersetzungen zwischen „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“ an und analysiert, damit verbunden, die Herausbildung neuartiger Allianzen und Antagonismen.

5.2.1 Zwischen Konformität, Widerstand und Resignation: Versuche der Durchsetzung divergierender *gesellschaftlicher Naturverhältnisse*

Im Folgenden wird es darum gehen, anhand einiger exemplarischer Konfliktlinien, die sich mir im Zuge der Forschung erschlossen haben, die Verwerfungen im Kontext des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken nachzuzeichnen. Nach einer kurzen Beschäftigung mit den verschiedenen Akteursgruppen und deren Unzufriedenheit(en) mit dem *Generellen Projekt*, vor allem in Hinblick auf die Rolle von ökonomischer Benachteiligung als zentrale Triebkraft, sich gegen das GP zur Wehr zu setzen, folgt eine Auseinandersetzung mit der zivilgesellschaftlichen *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken*.

5.2.1.1 Von den Triebkräften der Unzufriedenheit mit dem *Generellen Projekt*

Alleine im Fragebogen widersprechen 56 % der Aussage, das GP scheint zum jetzigen Stand der Planung geeignet, einen Hochwasserschutz zu leisten (Frage 12). Dazu kommen rund 12 % der Befragten, die das besagte Projekt gar nicht kennen bzw. den Projekttitel nicht mit der Debatte um den Hochwasserschutz in Verbindung bringen können – ein Umstand, der bei den weitreichenden Eingriffen durch das Projekt in das Gemeinde- wie Privatleben doch überraschend wirkt (bspw. Interview IX). So wurde vonseiten Mancher aus dem „Lager“ der divergierenden Naturverhältnisse immer wieder bemerkt, dass sie zu wenig oder nur einseitig informiert worden wären, dass sie sich, abseits einiger weniger Informationsveranstaltungen, das gesamte Wissen selbst hätten erarbeiten müssen⁸³ (Interview XI). Aber auch in die andere

⁸³ Ein drastisches Beispiel dahingehend bezieht sich auf eine in Feldkirchen lebende Angestellte, die ihren Angaben zufolge zufällig aus dem Gemeindeblatt erfahren habe, dass um ihr Haus eine Hochwasserschutzmauer

Richtung, von ihnen zu den Planer*innen bzw. zu den behördlichen Instanzen, hätte es kaum einen Informationsfluss gegeben, keinen intensiven und auf Augenhöhe (Kapitel 5.1.2) stattfindenden Dialog (Interview VI)⁸⁴. Im Fragebogen zeigt sich das an einem Prozentsatz von 82 %, die sich in Belangen des Hochwasserschutzes nur wenig oder nicht von der Politik gehört, verstanden und ausreichend informiert fühlen (Frage 11 k). Das geht Hand in Hand mit der im Kapitel 5.2.2 noch eingehender zu diskutierenden Stellungnahme (64 %), das GP würde eben entgegen der Behauptung der Auftraggeber*innen/Planer*innen nicht allen Betroffenen gleichermaßen zugutekommen.

Des Weiteren sind nur rund 31 % mit dem Ausmaß und der Gestalt der geplanten technischen HWS-Maßnahmen zufrieden (bei 53 % Nicht-Zufriedenen), allesamt Werte, die darauf schließen lassen, dass der Hochwasserschutz in der derzeitigen Form keineswegs auf allgemeines Wohlwollen stößt. Dabei ist die Grenze zwischen Unzufriedenheit mit dem von Vielen als aufgezwungen empfundenen GP sowie mit den zugrundeliegenden Annahmen und einem Zustand der Resignation eine verschwimmende. Im Fragebogen fielen dahingehend Bemerkungen wie „Was kannst du gegen POLITIKER machen? NIX [sic] [...]“ (F. 49), „Es hilft ja eh alles nix!“ (F. 58), auf die Frage nach Gestaltungswünschen, „nichts mehr, ich werde ja vertrieben“ (F. 7) und dergleichen mehr.

Auch im Fragebogen stimmen 75 % der Befragten der Aussage zu, dass „in Fragen des Hochwasserschutzes bisher gegen den Willen der Lokalbevölkerung gehandelt wurde“ (Frage 11 g). Dabei mischt sich die Unzufriedenheit mit dem Hochwasserschutzprojekt mit dem diffusen Gefühl, durch die Politik nicht (mehr) repräsentiert zu werden, dass sich eine als Elite wahrgenommene Gruppe ohnehin alles untereinander und ohne Bezug zur breiten Öffentlichkeit ausmache:

„Dass Menschen für die Politiker nichts wert sind - außer vor Wahlen. Dass Menschen (Politiker) nichts dazu lernen (z.B. Hochwasser 2002); dass Verbund u. Politiker die einfachen Menschen von oben herab betrachten und sich nichts sagen lassen von

gebaut werden solle (Interview IX). Abgesehen davon, dass sie eine solche als „Verschandelung“ der *Landschaft* und als falsche Lösung betrachtet (sie plädiert im Gespräch für das „Hochbauen“) und den Bau dieser nur aus Rücksicht auf die Nachbarn zulassen will, äußert sie sich selbst als überrascht über das verhaltene Vorgehen der Gemeinde. Damit ist sie keinesfalls alleine, nämlich insofern, als ich den Eindruck hatte, etliche vom GP betroffene Personen hätten (über ein Jahr nach Projektpräsentation!) erst durch das Treffen mit mir das erste Mal die Projektkarte mit den eingezeichneten Maßnahmen zu sehen bekommen.

⁸⁴ Allein diese Aussage scheidet die Geister. So variiert die Einschätzung nach der ausreichenden Information je nach Positionierung und je nach Identifikation mit unterschiedlichen *gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Während solche Betroffene, die das Projekt mitsamt dem Absiedlungsvorhaben befürworten und den Projektleiter als gesprächsbereit und kooperativ erlebt haben (Interview X), sich als gut informiert und im Verlauf der Projektschritte begleitet fühlen, sprechen solche, die in den letzten Jahren gegen das GP opponiert haben, von einer Arroganz und Unnahbarkeit der Planungs- und (Landes-)Behördenseite (pers. Mitteilung F.G. 22.01.19; Interview XI). Wieder andere räumen zwar ein, die Planer*innen hätten sich bemüht, zu vermitteln, würden aber ohnehin nicht auf die Wünsche der Bevölkerung eingehen (wollen/können), was die Gespräche erst recht obsolet mache (Interview IV, VIII).

Betroffenen“ (F. 38); „Spielball der Parteipolitik“ (F. 6); [auf die Frage nach Wünschen für die Zukunft:] „Von der Regierung LH/LR [=Landeshauptmann/Landesregierung] und sonstigen Machthabern nicht mehr verarscht zu werden. Durch ständigen Wechsel der Machthaber, gibt es jahrelange Stillstände [...]“ (F. 9).

Ein in Alkoven lebender „Dableiber“ hätte sich daher gewünscht, dass es mehr an Gesprächsrunden gegeben hätte, dass schon in der Zeit vor der Festlegung der Absiedlungszone 2013 erhoben worden sein sollte, was die Betroffenen vor Ort wollen/brauchen:

„Nein weißt, wenn das heute anders läuft, wenn man erstens das einmal nicht mit so einem Druck macht, und sagt auf 20 Prozent müsst ihr einfach verzichten, weil wir euch da weghaben wollen. Wenn es heute heißt, schaut her, wir wollen das machen, wie steht ihr dazu [...]? Der Mensch gehört ja zuerst einmal gefragt, willst du dein Haus, dein Heim aufgeben? [...] Oder kommt es bei dir überhaupt nicht infrage? [...] Das Haus geht zurück auf 1640, da kann ich nicht einfach sagen, so ein Gebiet mache ich jetzt siedelfrei. Und wenn ich dann sage, wir schauen, dass du was Gleichwertiges kriegst. Aber nicht, dass ich dann sage, so du musst das abreißen, das kostet so und so viel, [...] und dann ein Politiker sagt, dann musst du halt mithelfen, weil dann kommt es dir billiger. [...] Ich muss halt dann einfach von Haus zu Haus gehen, wir haben das und das geplant, wie steht ihr dazu? [...] In demokratischer Entscheidung sage ich ja, wir widmen das um, aber da nicht so drüberfahren“ (Interview XI: Z. 236ff.).

Es erweist sich als schwierig, die verschiedenen Akteur*innen mit ihrer unterschiedlichen Betroffenheit, mit ihren unterschiedlichen Einschätzungen der letzten Jahre systematisch zu kategorisieren. Neben den bereits angedachten Polen Konformität-Resignation-Widerstand funktioniert eine Klassifikation in unterschiedliche Lager der Befürworter*innen und Gegner*innen wohl noch am ehesten anhand der Paare Absiedlung/Dableiben, Projektbefürworter/Projektgegner, Solidarisierung mit Land und/oder Gemeinde, Alteingesessene/Neu-Zugezogene. Ebenso eine Rolle spielt, wie mir mitgeteilt wird, die Parteifarbe und hier vor allem der Antagonismus von Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei, der sich keineswegs linear, aber doch in den Kämpfen (vor allem im Kontext der Solidarisierung mit unterschiedlichen Akteur*innen) dementsprechend niederschlägt⁸⁵.

Dabei ist auffallend, dass nicht alle, die das Projekt und das Vorgehen des Landes Oberösterreich verurteilen, auch wirklich aktiv werden, sich gegen dieses zur Wehr setzen. Das

⁸⁵ Obwohl die Verhandlung und Umsetzung des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken gerne als eine überparteiliche Angelegenheit dargestellt wird und immer wieder auch durchaus Entscheidungen getroffen werden, die sich nicht auf eine parteipolitische Linie zurückführen lassen, spielt Parteipolitik (im Rahmen von Schuldzuweisungen, im Rahmen der Konstitution von Akteurskonstellationen...) doch eine zentrale Rolle. So wird von (manchen) Politiker*innen der Volkspartei erklärt, es sei erst zu einer Neuverhandlung des Bauloses Waschpoint gekommen, weil die im Zuge der für einen HWS in Waschpoint eintretenden Personen gute Verbindungen zur Sozialdemokratie hätten (pers. Mitteilung L.W. 26.12.18; F. 52). Zudem hätte es im Puppinger Gemeinderat zahllose parteipolitische Kämpfe gegeben, angefangen von Probeabstimmungen vor dem eigentlichen Beschluss der Baulose bis hin zu Versuchen aus dem Hochwasserschutz politisches Kleingeld zu schlagen. Wenn auch wiederum in jenen Gemeinden, die von Sozialdemokrat*innen geleitet werden, der Widerstand gegen die Pläne des Landes auch inhaltlicher Natur ist (Allerstorfer et al. 2017), so wird doch in den Gesprächen unterstellt, der Widerstand sei vor dem Hintergrund einer zunächst schwarz-grünen, dann schwarz-blauen Landesregierung durchaus als parteipolitisch motiviert zu verstehen. (Interview X; vgl. Interview VII).

hat verschiedene Gründe, von denen viele mit den materiellen/finanziellen Rahmenbedingungen zusammenhängen (Interview V). Es lässt sich vermuten, dass sich viele erst vor dem Hintergrund (erfahrener bzw. unmittelbar zu erwartender) individueller ökonomischer Benachteiligungen zu organisieren beginnen. Demnach ist eine *Ökonomisierung* nicht nur aufseiten der Planungsebene, konkret im Kontext von ökonomischen Kennzahlen als Entscheidungsgrundlage für oder gegen aktive Hochwasserschutzmaßnahmen, zu konstatieren, sondern lässt sich auch aufseiten der betroffenen Lokalbevölkerung als wesentliche Dynamik in Hinblick auf das Zustandekommen und die Formierung von Widerstand ausmachen. So ließe sich mit dem ökonomischen Anthropologen Stephen Gudeman (2016: 149ff.) festhalten, dass es kaum verwunderlich ist, dass in einer Gesellschaft, die die Institution des Privateigentums zum Maß aller Dinge ernennt und Geld zur zentralen Größe des Bewertens und Vergleichens von Dingen, Handlungen und Lebenserfolgen macht, erst die ökonomisch spürbare Benachteiligung auch zu einer Empörung und im Weiteren zu einer Agitation führt (Fromm 1999 [1961]). Nicht umsonst ist einer der zentralen Slogans der IHWSEFB „Hochwasserschutz statt Enteignung“, was darauf anspielt, dass durch die Umwidmung auf „Schutzzone Überflutungsgebiet“ das Grundstück samt Objekt derart an Wert verliert, dass das, so die Argumentation, einer Enteignung gleichkomme. Dementsprechend geht es in den Argumentationen der Initiative nebst der Verteilung von Maßnahmen vor dem Hintergrund eines „Kampfes um Gerechtigkeit und Aufklärung“ vor allem um den (passiven) Hochwasserschutz als eine Bedrohung des „Lebenswerks“, des „sauer verdienten Geldes“ (IHWSEFB-Video 2019, 03 min. 15s. ff.). Diese Formulierungen sind nicht selten an ein Misstrauen gegenüber staatlichen Autoritäten geknüpft und verfügen bisweilen über eine stark libertär-neoliberale Konnotation, vor allem, wenn es darum geht, sich gegen Bund, Land, die Expert*innen sowie einen ineffizienten und überteuerten Hochwasserschutz zur Wehr zu setzen (B. I, 09.06.2018). Davon zeugt auch eines der Leitzitate des als Vorläufer zur IHWSEFB konzipierten Zusammenschlusses Hochwasser2013.at, das da lautet: „Die einzige Hand, die dir hilft, befindet sich am Ende deines eigenen Arms“ (Hochwasser2013.at 2019).

Außerdem fällt auf, dass Widerstand gegen das mit 2017 fertiggeplante GP, aber auch gegen die schon in den Jahren zuvor beschlossene Absiedlungszone zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufkommt und in der Regel kurz vor oder kurz nach der eigentlichen Entscheidungsfindung den Höhepunkt erreicht. So wurden in den Gemeinden Alkoven, Walding und Goldwörth in den ersten Monaten nach dem Hochwasser Kämpfe zwischen jenen ausgetragen, die nach den Erlebnissen des Hochwassers unbedingt aussiedeln wollten und deshalb auf eine Umwidmung drängten, und solchen, denen eine Umwidmung absehbar

schaden würde (Interview V; vgl. Kapitel 4.4.4, 5.2.3) – im Endeffekt Kämpfe zwischen Nachbar*innen, Freund*innen, teilweise sogar zwischen Familienmitgliedern (pers. Mitteilung A.H. 14.01.19; in Puppung etwas später bspw. zwischen der pro-Absiedlungs-Initiative „Hochwasserschutz für Generationen“ und ihren Gegner*innen).

In anderen Gemeinden, für die aktive Schutzmaßnahmen in noch unbestimmtem Ausmaß vorgesehen waren, machte sich erst mit der sukzessiven Bekanntgabe der durch das GP zu setzenden Maßnahmen Unmut breit. Vor allem als klar wurde, dass fast die gesamte Gemeinde Puppung, große Teile der Gemeinde Feldkirchen und andere Gemeinden von einer Erweiterung der Absiedlungszone betroffen werden und keinen umfassenden (aktiven) Hochwasserschutz erhalten würden, dass dieser innerhalb der Gemeinde (für manche wenig nachvollziehbar) auf gewisse Siedlungen beschränkt und anders als erwartet aussehen würde, war die Aufregung enorm.

Die Dynamik veränderte sich mit der Entscheidung der Gemeinden (in den Jahren 2017 und 2018) gegen eine Erweiterung der Absiedlungszone insofern als neue Konfliktlinien aufbrachen. So beklagten jene, die aus der vom GP vorgesehenen, aber nun nicht beschlossenen „zweiten“ Absiedlungszone aussiedeln wollten, dass sie das nun nicht mehr könnten, dass ihnen abseits der geförderten Ablöse niemand ihr Haus abkaufen wolle (Interview X; vgl. Kapitel 5.2.3).

Dahingegen zeigen sich die „Dableiber*innen“ zwar zufrieden über den Beschluss, nicht umgewidmet zu haben, beschwerten sich aber darüber, dass sie weder aktive Schutzmaßnahmen erhalten hätten noch ein individueller Schutz gefördert werden würde. Auch die Bürgermeister sind in vielen Fällen skeptisch, was das GP, aber auch die geplante Verteilung der Hochwasserschutzmaßnahmen betrifft. Während Bgm. Allerstorfer⁸⁶ ebenso wie Bgm. Schuhmann⁸⁷ den Vorschlag der Ausweitung der Aussiedlungszone im Rahmen des

⁸⁶ Spezifika der Positionierung des Bürgermeisters von Feldkirchen drehen sich um die Frage nach der Art, wie die Gemeinde die privaten Gründe zu Zwecken der Errichtung der Maßnahmen in öffentliche überführt. So ist Bgm. Allerstorfer der einzige der Bürgermeister, der darauf besteht, dass die für die Maßnahmen notwendigen Gründe freiwillig und unentgeltlich von den Grundbesitzer*innen abgetreten werden und das obwohl im Rahmen des Projekts Gelder für Grundablösen bereitgestellt wären. Kritische Stimmen meinen darin zu erkennen, dass es der Bürgermeister „darauf ankommen lässt“, also diesen Passus nur deshalb eingeführt hat, um, ohne selbst dafür verantwortlich gemacht werden zu können, die Umsetzung des Projekts zu verhindern. Es sei nämlich abzusehen, dass keineswegs alle Grundbesitzer*innen (das wurde mir auch schon von diesen bestätigt) unentgeltlich Gründe abtreten werden (vgl. Interview IV, X). Zudem ist es, meinen Informationen zufolge, bisher gar nicht erst zu einer Abstimmung im Feldkirchner Gemeinderat über eine mögliche Umwidmung der im Rahmen des GP als passive Hochwasserschutzzonen ausgewiesenen Gebiete gekommen, so fest sei der Bürgermeister davon überzeugt, dass Absiedlung von den Betroffenen mehrheitlich nicht gewünscht werde (Interview X).

⁸⁷ Der sozialdemokratische Bürgermeister Schuhmann zeichnet sich in der Debatte um den Hochwasserschutz dadurch aus, dass er gemeinsam mit anderen Kommunalpolitiker*innen der Gemeinde Alkoven den Vorschlag gemacht hat, von denen, die von einer Mauer geschützt werden würden, einen Solidarbeitrag einzuheben, der der Gemeinde und damit indirekt all jenen, die nicht geschützt werden würden, zugutekomme (Interview V).

aus ihrer Sicht ohne Einbezug der betroffenen Lokalbevölkerung gestalteten GP ablehnen, Bgm. Schlucker die Frage der Finanzierung ins Zentrum rückt, sind andere Bürgermeister wie Bgm. Müllner doch tendenziell auf Linie mit dem Projekt und dessen Vorgaben (Hirsch 2016).

5.2.1.2 Von Form und Ausmaß des Widerstands gegen das *Generelle Projekt* am Beispiel der *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken*

Insofern als ich meinen polit-ökologischen Konfliktbegriff stark an Dietz und Engels (2014, 2018) angelehnt habe, stellt sich analytisch gesehen die Frage, wie denn nun das Konflikthandeln der Lokalbevölkerung in den unterschiedlichen *fields of conflict* aussieht, wie sich Widerstand gegen das GP äußert und von wem er in welcher Organisationsform ausgeht (Seymour 2006). Zunächst ist festzuhalten, dass ich die Praxen des Widerstands gegen das GP (bzw. gegen das *gesellschaftliche Naturverhältnis* der Auftraggeberseite) in Orientierung an James Scott (1990) als eine Kombination von offenen, formal-politischen Maßnahmen der öffentlichen Zur-Schau-Stellung der Ablehnung des GP (via Petitionen, Zeitungsartikeln, Demonstrationen nach Linz etc.) mit *infrapolitischen Aktionen* rahme (vgl. Anhang A7, Bild 3). Unter letzteren fällt mit Scott (1990: 200) „the realm of informal leadership and nonelites, of conversation and oral discourse, and of surreptitious resistance“. Dieses *infrapolitische* Konflikt-/Widerstandshandeln kommt auch in der Formulierung der „everyday forms of resistance“ zum Ausdruck. *Everyday Resistance* bedeutet hierbei, dass Widerstand nicht in Form einer kollektiven Mobilisierung gegen einen klar definierten „Feind“ (vgl. Ortner 1995: 175ff.) abläuft, sondern eben auf einer *infrapolitischen*, oft individuellen Ebene der alltäglichen Handlungen, manifest in „hidden transcripts“, stattfindet (Scott 1985). In unserem Fall reicht das vom bloßen Präsenz-Zeigen von Kritiker*innen des GP bei Informationsveranstaltungen über das (informelle) Zusammenstellen und Sammeln von Materialien bis hin zur im kleinen Kreis ausgesprochenen Drohung, Kommunalpolitiker*innen verklagen zu wollen und sich vorzunehmen, Gründe für den Hochwasserschutz einzubehalten (pers. Mitteilung S.K. 22.01.19).

Dadurch, dass ich die Konflikte um den Hochwasserschutz als „contested incompatibility between groups in relation to ecological systems“ (Le Billon/Duffy 2018: 242) fasse und unter „in relation to ecological systems“ die Gestaltung der *Landschaft* Eferdinger Becken (konkreter: die Errichtung und Verteilung von Schutzmaßnahmen in dieser) verstehe, müssen wir uns für ein Konfliktverständnis genau diesen Inkompatibilitäten widmen. Dabei geht es am Beispiel des Eferdinger Beckens weniger um den Zugang zu natürlichen Ressourcen an sich als um den Zugang zu Schutzmaßnahmen, um die von „unequal relations“ geprägten Versuche der Transformation der persönlichen wie gruppenspezifischen Exposition gegenüber

künftigen Hochwässern (vgl. Ribot/Peluso 2003). Besonderen Einfluss darauf hat, wie Dietz und Engels (2014, 2018) zeigen, das Konfliktfeld selbst, vor allem aber dessen historische Genese und strukturelle Konfiguration.

Im Kapitel 4 ist deutlich geworden, dass die gegenwärtigen Konflikte um den Hochwasserschutz wesentlich mit historischen Prozessen in Verbindung gebracht werden können, dass frühere Kämpfe um die *Landschaft* Eferdinger Becken selbst, um die Kraftwerke und deren Rolle im Hochwasserfall, als auch um die Interpretation der vergangenen Hochwasser-Ereignisse maßgeblich in den rezenten Konflikten Fortbestand erfahren (vgl. Peluso 2012, Dietz/Engels 2014: 79). Zudem zeichnet sich das Konfliktfeld wie ein jedes soziale Feld dadurch aus, dass Macht darin unterschiedlich verteilt ist, dass es einen erheblichen Unterschied bedeutet, ob ein leitender Mitarbeiter der Oberflächengewässerswirtschaft mitsamt seinem institutionalisierten Kulturkapital (Bourdieu 1992: 62ff.) oder ein nicht-studiert-habender Pensionist vom „richtigen“ Hochwasserschutz spricht.

Dadurch, dass, wie wir in Kapitel 5.1.1 gesehen haben, das Hochwasserschutzprojekt als Herrschaftsprojekt zu verstehen ist, wird in den Konflikten nicht nur der Hochwasserschutz verhandelt, sondern vielmehr zur Diskussion gestellt, inwiefern Menschen in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Damit wird auch zur Diskussion gestellt, wie und mit welcher Rechtfertigung die – um in der Diktion etlicher Betroffener zu bleiben – „Machthaber“ (F. 9) ihren Willen wider die Lokalbevölkerung durchsetzen (Jarosz 2004). In dem Sinne sind die im Zuge der Debatten um das Hochwasser und den Hochwasserschutz aufkommenden Widerstands- bzw. Protestbewegungen auch als „Aufbrechen von institutionalisierten Routinen“ zu verstehen (Görg 2003a: 111, 116ff.).

Jene Gruppe von Betroffenen, die sich am deutlichsten gegen den geplanten Hochwasserschutz ausgesprochen hat und auch selbst im Rahmen des sogenannten *Masterplans* Vorschläge (14 Maßnahmen) für einen aus ihrer Sicht „gerechteren“ Hochwasserschutz vorgelegt hat, ist die bereits angesprochene *Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken*. Letztere versteht sich als ein zivilgesellschaftlicher, überparteilicher Zusammenschluss aus Betroffenen mehrerer Gemeinden⁸⁸. Dabei wird die Initiative, wenn auch nicht von allen, so doch von erheblichen Teilen der betroffenen Lokalbevölkerung unterstützt, wie ich mutmaße, nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie von „Dableiber*innen“ und solchen, die das GP, die Aussagen der Planer*innen und behördlichen

⁸⁸ In einem vom Sprecher der Initiative hochgeladenen YouTube-Video nimmt sich die Initiative Zwentendorf und Hainburg zum Vorbild und beansprucht für sich eine Form der direkten Demokratie, durch die sich die Bedürfnisse und Vorstellungen der betroffenen Bevölkerung direkt in das Projektvorhaben übersetzen lassen (IHWSEFB-Video 2019).

Instanzen sowie die vom GP hervorgerufene Polarisierung in „Aussiedler*innen“ und „Dableiber*innen“ kritisch betrachten. Das Verhältnis von Kommunalpolitiker*innen und Initiative, besonders in Bezug auf inhaltliche Übereinstimmungen, ist hingegen wesentlich komplizierter. Während bspw. der Bürgermeister von Goldwörth auf die Initiative bisweilen ablehnend reagiert, auch, wie ein Mitglied der Initiative betont, aufgrund eines anderen Politikverständnisses, in dem „das Gründen einer Initiative schon als Tatbestand“ gesehen wird (Interview VII: Z. 912ff.), ist in dem gemeindeübergreifenden Schreiben der Bürgermeister meines Erachtens doch deutlich die Handschrift der Initiative herauslesbar. So sind etliche der Forderungen, die heute im lokalen Diskurs als teils selbstverständlich kursieren, wesentlich von der Initiative vorbereitet und verbreitet worden: Forderung nach einer intelligenten Kettenstauregelung, nach einer parzellenscharfen Umwidmung als Voraussetzung für die Absiedlungsförderung, nach einem Präventiv-Assistenzeinsatz des Bundesheeres noch vor dem Hochwasser, nach einer Anpassung der aus Sicht der Initiative zu Ungunsten der Lokalbevölkerung gestalteten Wehrbetriebsordnungen, nach einer Schaffung von Flutpoldern etc. (IHWSEFB/Masterplan 2014; IHWSEFB 2018a). Slogans wie „Hochwasserschutz statt Enteignung“, „Hochwasserschutz für alle“ zeugen auch davon, dass das gesellschaftliche Naturverhältnis der Auftraggeber-/Projektseite, nämlich mit allen Mitteln den Retentionsraum Eferdinger Becken zu erhalten (die Initiative spricht hier gar von einem „Entvölkerungsplan“), von der Initiative abgelehnt wird. Vielmehr brauche es einen Hochwasserschutz für alle, Maßnahmen, von denen nicht nur „Aussiedler*innen“ und „die hinter einer Mauer“ profitieren würden. Ein Mitglied der Initiative berichtet wie folgt von den Anfängen und Grundgedanken der Initiative:

„Wir haben alle miteinander noch nie was Politisches gemacht [...] Aber wir sind alle Personen, die ganz ein starkes Gerechtigkeitsbewusstsein haben, wir waren so schockiert über diese Karte [in der die Absiedlungszone eingezeichnet ist], eben 2013, und wir waren dann 2014 so schockiert, dass immer noch nichts passiert ist. [...] Und der Herr W. [anonymisiert durch Autor] hat damals zu einer Sitzung aufgerufen, beim Gelsenwirt [...]. Und daraufhin hat sich diese Initiative gegründet. [...] und ja, das hat mir total getaugt, es hat jeder irgendwie seinen Bereich eingebracht“ (Interview VII: Z. 1004ff.).

Aktivitäten der Initiative erstreck(t)en sich von Informationsveranstaltungen, über das Erstellen einer eigenen Homepage (IHWSEFB 2019), auf der relevante Protokolle und Dokumente gesammelt werden, bis hin zum Veranlassen von mehreren Demonstrationen in/nach Linz, mit bis zu 500 Teilnehmer*innen. In diesem Zusammenhang sei es, wie das interviewte Mitglied anmerkt, auffallend gewesen, dass die Berichterstattung jedes Mal relativ verhalten ausgefallen wäre, dass einmal mehr das Motiv der „Bauern mit Gummistiefeln“ den medialen Diskurs dominiert hätte und dadurch versucht worden wäre, die Bewegung als solche zu

diskreditieren (Interview VII: Z. 975ff.). Eine besondere Funktion erfülle die Initiative, wie mir bei einem ihrer Stammtische erklärt wurde, als eine Beobachtungsstelle der Entwicklungen rund um den Hochwasserschutz. So gehe es ihnen darum, wie es heißt, „dahinter zu sein“, zu informieren, den „Verdrehungen“ der offiziellen Stellen entgegenzuwirken und auch in Bezug auf das Zusammenwirken von Kraftwerksbetreibern, Lokal- und Landespolitik wachsam zu bleiben (B. I, 09.06.18). Außerdem versteht sich die Initiative als eine Plattform von Betroffenen, die sich, auch als eine Art das Hochwasser zu verarbeiten, gegenseitig unterstützen (vgl. Görg 2003a: 107).

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Initiative teilweise auch angefeindet und als fehlgeleitet dargestellt wird. So gibt es etliche Streitpunkte, wie bspw. das Verhalten und die Rolle der Kraftwerke, bei denen die Initiative eine Position einnimmt, die von all jenen, die der offiziellen Version des Hergangs des Hochwassers Glauben schenken, als „verschwörerisch“ und verkürzt angesehen werden (Interview III, VI; pers. Mitteilung L.W. 26.12.18). Auch die Planer*innen und die Mitarbeiter*innen der Abteilung für Oberflächengewässerwirtschaft sind nicht sonderlich gut auf die Initiative zu sprechen, werfen ihnen eine einseitige Interpretation von aus ihrer Sicht klaren Sachverhaltsdarstellungen vor. Ein Mitarbeiter der Oberflächengewässerwirtschaft zeigt sich schockiert, dass auch nach stundenlangen Aufklärungsgesprächen Mitglieder der Initiative immer noch nicht den Fakten und den offiziellen Darstellungen Glauben schenken würden (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19). Auch vonseiten der betroffenen Lokalbevölkerung ist die Initiative nicht immer unumstritten, was damit zu tun hat, dass unterschiedlich stark marginalisierte⁸⁹ Akteur*innen unterschiedliche Ziele (Absiedlung, keine Maßnahmen, Maßnahmen für sich selbst etc.) verfolgen und sich von Causa zu Causa mal mit der Initiative solidarisieren, mal dieser widersprechen.

5.2.1.3 Von umstrittenen *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* als Nährboden der Konflikte

Bisher ist unkommentiert von divergierenden *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* die Rede gewesen, es wurde aber nicht näher ausgeführt, inwiefern und anhand welcher Elemente die Naturverhältnisse von Teilen der betroffenen Lokalbevölkerung von jenen der Auftraggeber- und Planungsseite abweichen. Ein wesentlicher Kontrastpunkt ist bereits

⁸⁹ Während ohne Zweifel Kategorien wie Geschlecht, Klasse, lokales Standing sowie kommunalpolitischer Einfluss den Grad der Marginalisierung vorgeben, ist mir im Zuge der Forschung ganz besonders der generationelle Aspekt ins Auge gestochen. Vor allem in den Fragebögen kommt zum Ausdruck, dass es ältere Menschen (zumeist ältere Ehepaare) sind, die sich nicht einbezogen fühlen, die sich darüber beschweren, dass sie während des Hochwassers nicht unterstützt wurden und sich dementsprechend über das GP, über die politischen Entscheidungsträger*innen beschweren. Zudem sind es sehr häufig ältere Menschen, die sich unter dem Motto „einen alten Baum verpflanzt man nicht“ (pers. Mitteilung F.S. 09.06.18) gegen Absiedlung aussprechen oder, wenn sie absiedeln, mit dieser Entscheidung rückblickend nicht klarkommen (Interview XI).

hinreichend ausgeführt worden und bezieht sich auf die Frage des umkämpften *Reading* des Eferdinger Beckens zwischen Siedlungs- und Überflutungsraum (Kapitel 4.2; Anhang A5). Damit hängt wesentlich die nicht immer trennscharfe Bewertung der Absiedlungs-Agenda als notwendig/erwünscht oder aber als nicht notwendig/nicht erwünscht zusammen. Ein Gutteil der vom Hochwasser Betroffenen sieht das Eferdinger Becken nicht oder zumindest nicht nur als einen zu erhaltenden Retentionsraum, sondern als einen, erst aus ihrer Biographie heraus zu verstehenden Lebensraum (Ingold 2000; Milton 2002). Eine solche Sicht führt wenig überraschend zu einer gänzlich anderen Problemwahrnehmung in Hinblick auf Hochwasserschutz und folglich auch zu anderen für „richtig“ und notwendig befundenen Lösungsstrategien (Görg 2003a: 132).

Für die Gestaltung des Eferdinger Beckens bedeutet das vielfach die Forderung, das Eferdinger Becken solle nach *eigenen* Vorstellungen (der Betroffenen) und nicht nach jenen von (*orts-*)*fremden* Planer*innen (von Nicht-Betroffenen) gestaltet werden. Vielfach wird das GP somit als ein „von oben kommender“, als überdimensionierter Eingriff in die Privatsphäre, in das Privateigentum ausgelegt, als etwas, das, den Stimmen der letzten Jahre nach, gar nicht erst notwendig sei, würde individueller Objektschutz oder das „Aufstocken“ von Wohnobjekten gefördert werden.

Es ließe sich demnach argumentieren, dass die unterschiedlichen *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* nicht nur auf unterschiedlichen skalaren Ebenen ausgeprägt sind und über die in die skalaren Ebenen eingeschriebenen Machtverhältnisse vermittelt aufeinandertreffen, sondern auch über unterschiedliche räumliche Horizonte verfügen (Swyngedouw 2009b: 57; Görg 2003a). Damit meine ich, dass die Planer*innen angehalten sind, das Eferdinger Becken vor dem Hintergrund einer Gesamtheit von Hochwasserschutz-Fragestellungen entlang der (nicht nur österreichischen) Donau zu betrachten (Weingraber 2018), während im Eferdinger Becken Wohnende (nicht immer, aber) doch zuvorderst ihr eigenes Grundstück, ihre geographisch unmittelbare Umgebung bzw. ihre Gemeinde und weniger die überregionalen Entwicklungen vor Augen haben (müssen). Insofern als Wissen verräumlicht ist, also territoriale Bezüge hat, geraten unterschiedliche Wissensformen aufgrund ihrer Reichweite und ihrer unterschiedlichen Fokussiertheit miteinander in Konflikt (Robbins 2000; vgl. Scott 1998).

Ich nehme außerdem an, dass diesen räumlich unterschiedlich konfigurierten *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* auch unterschiedlich verräumlichte Naturbegriffe zugrunde liegen (vgl. Escobar 1999). Die Antworten auf die offene Frage im Fragebogen „Was bedeutet für Sie Natur?“ (Frage 23) zeigen das recht eindrücklich. So wird von sehr vielen Betroffenen *Natur* assoziiert mit dem, was sie unmittelbar umgibt, mit konkreten Elementen

ihres *Dwellings* wie dem privaten Hausgarten (F. 7), mit Feldern, umliegenden Auwäldern (F. 12), Rückzugsraum für Tiere (F. 27, 30, 31), aber auch in Anspielung auf die Rolle von *Natur* im Kontext des Hochwasserschutzes mit „(nicht begradigten) Gewässern“ (F. 59) etc. Hinzu kommen Assoziationen zu *Natur* wie „Erholung“ (F. 27, 37, 41), Ruhe, also solche Zuschreibungen, die ganz stark damit zusammenhängen, dass das Eferdinger Becken *bewohnt* und dementsprechend als Erholungs/Lebens- und weniger als Retentionsraum wahrgenommen wird (vgl. Ingold 1993; Kapitel 4.2).

Auf die Frage nach *Natur*, gestellt an bzw. herausgelesen aus Gesprächen mit Proponent*innen des GP, fallen konträr dazu tendenziell abstraktere Antworten, nämlich solche, die von Renaturierung der Donau, von intakten Ökosystemen, von Assoziationen ohne einen expliziten konkreten räumlichen Bezug sprechen. Es ließe sich somit vereinfachend behaupten, dass nicht nur die Naturverhältnisse, sondern auch die Naturbegriffe selbst sich anhand ihres (räumlichen) Abstraktionsniveaus bzw. ihrer ontologischen Konfiguration unterscheiden. Das führt soweit, dass ich behaupte, dass gerade jene Akteur*innen, die vorgeben aus ökologischen Gründen Absiedlung zu befürworten, dadurch erst recht eine (naturalistische) Natur-Kultur-Dichotomie reproduzieren. Während solche, die sich selbst, ihren Garten und das Eferdinger Becken gleichermaßen als eine gemeinsame „socio-nature“ (Swyngedouw 1999) fassen, nicht in dem Ausmaß diese Trennung vornehmen. Letzteres äußert sich darin, dass manche im Fragebogen festhalten, „Natur stehe nicht im Gegensatz zu Siedlungsgebieten“ (F. 16), dass auch „Überflutungsgebiete Lebensraum für Tiere sind“ (F. 43). Damit wird ein Naturverhältnis bedient, das nicht zwingend von der vermeintlichen Konkurrenz von Besiedlung und Retention ausgeht und auch in Teilen den Faktor der *Naturbeherrschung* relativiert. So wird in etlichen Fragebögen notiert, dass es widersinnig sei, zu glauben, *Natur* vollständig kontrollieren zu können, dass *Natur*, um *Natur* (und hier wird *Natur* dann doch als Gegenstück zu *Kultur* porträtiert) bleiben zu können, gar nicht vollständig beherrschbar sein dürfe (F. 9, 13, 23 etc.). Diese Ansichten sind insofern spannend, als sie vonseiten vieler Betroffener explizit die Grenzen von Hochwasserschutzmaßnahmen und damit implizit deren Materialität ansprechen. So bedeutet die angesprochene Materialität der Maßnahmen eben nicht nur ihre örtliche Manifestation, sondern immer auch die Grenze der Maßnahmen selbst, die sich spätestens dann zeigt, wenn eine Mauer bricht, eine Mauer vom Hochwasser überwunden werden wird. Ebenso wie die Aneignung und Konstruktion von *Natur* aufgrund ihrer Stofflichkeit nicht beliebig fortgesetzt werden kann, ebenso wenig wird es jemals einen Zustand geben, in dem Menschen durch Schutzmaßnahmen auf alle Zeit vor Hochwässern geschützt wären (Nygren/Rikoon 2008: 711; Interview II).

Gesellschaftliche Naturverhältnisse sind nicht nur historisch kontingent (Görg 1999), sondern ebenso wie eine räumliche auch eine zeitliche „Angelegenheit“ (Görg 2003a: 29f.; Abram 2014). So dreht sich ein Unterschied zwischen dem Naturverhältnis der GP-Befürworter*innen und der Gegner*innen auch um die Frage der Temporalität von Hochwasserschutz und der dementsprechenden Risikobewertung (Watts 1983a; Seebauer/Babcicky 2016). Das hängt alleine schon damit zusammen, dass, wie Abram (2014: 129) schreibt, „planning, by definition, a temporal field“ darstellt und dieses „temporal field“ auf einem spezifischen, im *Generellen Projekt* zum Vorschein kommenden, aber umstrittenen Zeitregime fußt. Während die Planer*innen (wie „Absiedler*innen“) sehr stark auf eine (*long-term*) Zukunft fokussieren und ihre Argumentation dadurch stützen, dass das nächste Hochwasser in Zeiten des Klimawandels nur eine Frage der Zeit sei (Interview VI, pers. Mitteilung F.W. 07.04.19), neigen die „Dableiber*innen“ dazu, den Blick in die Zukunft auszusparen bzw. eine solche (zumindest in ihrer verbleibenden Lebenszeit; im *short-term*-Sinne) als hochwasserfrei zu zeichnen (vgl. Guyer 2007). Zweifelsohne haben wir es dadurch mit „conflicting temporalities“ (Abram 2014) zu tun, die erst im Kontext der Kritik am Projekt und an den Planungsprozessen schlagend werden: „It is in the encounter with ‚ordinary people‘ – residents, protesters, participants – who bring an unruly past back into the planning process, that planning’s selective technologies of moving through time are unsettled“ (Abram 2014: 130).

5.2.2 Zwischen „Hochwasserschutz für alle, für die anderen und für mich“: Hochwasserschutz und die Frage der Gerechtigkeit

Wie schon von einem Mitglied der Initiative angesprochen, spielt der Faktor Gerechtigkeit in den Kämpfen um den Hochwasserschutz eine wichtige Rolle. Auch im Gespräch mit anderen Mitgliedern zeigt sich, dass die gesellschaftliche Konstitution des Problems Hochwasserschutz nicht nur vom Ablauf und der Gestalt des Planungs- und Entscheidungsprozesses herrührt, sondern auch von der von Vielen als unfair erlebten Verteilung von (aktiven wie passiven) Maßnahmen und von den damit verbundenen Konsequenzen wie Umwidmung, Wertverlust etc.

Politische Ökologie als machtkritische Perspektive auf die Aneignung von, den Zugang und das Sich-in-Beziehung-Setzen zu natürlichen Ressourcensystemen stellt immer auch die Frage *Who pays the prize?* (Johnston 1994) und umgekehrt damit auch, wer von den geplanten Maßnahmen und den diesen zugrundeliegenden *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* profitiert (Brand/Brad 2016; Pichler/Brad 2016). Damit wird der ungleiche Charakter von Mensch-Natur-Beziehungen angesprochen, der, so die Annahme polit-ökologischer Forschung,

sozialen Verhältnissen inhärent ist (Blaikie/Brookfield 1987: 14; Robbins 2012). Es mag stimmen, dass an Fallbeispielen von Landnutzungskonflikten einer „klassischen“ *Third World Political Ecology* die Asymmetrien (bspw. zwischen subalternen Gruppen und transnationalen Konzernen) mitunter gravierender hervortreten als am Beispiel des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken, wo das Macht- und Ressourcengefälle zwischen den im globalen Kontext vergleichsweise privilegierten Haushalten, aber auch zwischen den Haushalten und den Behörden relational weniger drastisch ausgeprägt ist. Das muss aber nicht bedeuten, dass sozial-ökologisch relevante Ungleichheiten keine Rolle spielen würden, dass am Beispiel Eferdinger Becken Kategorien wie Klasse und Position in gesellschaftlichen Hierarchien außer Acht gelassen werden könnten. Gerade wenn Planer*innen vorgeben, das Hochwasserschutzprojekt komme allen zugute bzw. sei unabhängig von etwaigen Interventionen eine „neutrale“, weil optimale Lösung, darf sich politische Ökologie davon nicht blenden lassen. So gibt es am Beispiel des Hochwasserschutzes durchaus Konfliktfelder, anhand derer sich zeigen lässt, dass auch in den vermeintlich „objektiven“ Hochwasserschutz Machtinteressen hineinspielen, dass „ecological benefits and risks“ des Projekts ungleich verteilt sind (Pichler/Brad 2016: 2; Le Billon 2015).

Bei genauerem Blick auf die Projektunterlagen fällt auf, dass mehrere kleinere Flächen noch vor Definition des Projektgebietes seitens des Landes Oberösterreich aus dem Projektgebiet herausgenommen wurden – ein Schritt, der bei etlichen Betroffenen bis heute für Verwunderung und Verärgerung sorgt (Interview VII, VIII). So sind die im Eigentum des Landes befindlichen Feldkirchner Badeseen genauso wie die Uferflächen mitsamt der dort situierten Gastronomie-/Tourismusbetriebe ebenso wenig Bestandteil des GP wie die Anlage der Sportliga Linz – ein großes FKK-Freizeit- und Kleingartengelände im „gated community“-Stil in der Gemeinde Alkoven (Sportliga 2019) – oder das für die Ruderweltmeisterschaft 2019 errichtete Regattazentrum in der Gemeinde Ottensheim.

Für viele, deren Wohnobjekt mit 2013 Teil der Absiedlungszone wurde oder die ab 2017 mehrere Monate durch das GP mit Aussicht auf Aussiedlung konfrontiert waren, erscheinen diese Ausnahmen unverständlich bis ungerecht. Bei einem Stammtisch der IHWSEFB erklärt mir ein älterer Landwirt auf die Frage, warum denn genau jenes Gebiet (der Sportliga) aus dem Projekt ausgenommen sei und dort mit keiner Aussiedlung (wenn auch mit keiner aktiven Schutzmaßnahme) gerechnet werden müsste, dass die Sportliga Linz von einflussreichen Linzer*innen konsultiert werde und „manche einfach gleicher als gleich“ seien (pers. Mitteilung SL 09.06.18). Auch Gemeindebedienstete verschiedener Gemeinden merken mir gegenüber an, dass sie nicht verstehen würden, warum die besagten Flächen nicht Teil des

Projektgebiets seien, dass es am Beispiel der Feldkirchner Badeseen aber klar für sie sei, dass das Land Oberösterreich wohl kaum die eigenen, für den Fremdenverkehr bedeutenden Flächen mit Bauverboten versehen würde (pers. Mitteilung G.H. 13.09.18; pers. Mitteilung F.S. 28.01.19). Damit wird, wie viele dadurch bestätigt sehen, greifbar, welche Interessen Eingang in das Projekt finden⁹⁰.

Das Konzept des *environmental justice* eröffnet einen Blick auf die ungleiche Verteilung von Hochwasserschutzmaßnahmen, aber auch schon davor auf die ungleiche Exposition und Vulnerabilität⁹¹ gegenüber dem Hochwasser (vgl. Bullard 1983; Cutter 1995). Dabei ist *environmental justice* selbst nicht nur als ein polit-ökologisches Konzept, sondern als ein normatives Ziel zu verstehen, das dann als erreicht gilt, „when everyone enjoys: the same degree of protection from environmental and health hazards, and equal access to the decision-making process to have a healthy environment in which to live, learn, and work“ (EPA 2019; vgl. Pichler 2016). Dadurch, dass die im Hochwasserabflussgebiet erschlossenen Baugründe in den 1970er Jahren im Vergleich zu Baugründen rund um Linz, aber auch im Nahebereich von Eferding und Ottensheim relational günstig gewesen sind und dadurch weniger einkommensstarke Häuslbauer-Familien auf diese Flächen beschränkt und in weiterer Folge vom Hochwasser geschädigt wurden (Interview VII)⁹², können wir auf den in der polit-ökologischen Forschung hinlänglich thematisierten Zusammenhang schließen, „that disempowered communities [...] are disproportionately located in and around technological hazards“ (Robbins 2012: 74). Zweifelsohne sind in den letzten Jahren die erwähnten Gründe

⁹⁰ Ich habe die Planungs- und Auftraggeberseite mit diesen Vorwürfen konfrontiert und darauf recht unterschiedliche Antworten erhalten. Diese erstrecken sich von technischen Ausführungen (die Sportliga Linz, das seien alles Zweitwohnsitze, da gebe es außerdem einen höher gelegenen Fluchthügel aus Zeiten des Kraftwerkbbaus (Interview III)) bis hin zu Argumenten, dass diese Flächen im klassischen Sinne nicht besiedelt wären, dass diese im öffentlichen Interesse stünden etc. (Interview VI).

⁹¹ Wenn auch im Folgenden auf Basis von ökonomischen Zusammenhängen unterschiedliche Vulnerabilitäten abgeleitet werden, so darf nicht vergessen werden, dass nicht erstere, sondern, wie Wisner et al. (2003: 18) anmerken, soziale Systeme in ihrer Gesamtheit, Menschen vulnerabel machen. Fehlende Mitbestimmung, Festschreibung der eigenen Position als Nicht-Expert*innen – all diese Faktoren tragen dazu bei, dass Menschen vulnerabel bzw. nicht-resilient *gemacht* werden.

⁹² Im Fragebogen wurde versucht, über eine eigene Frage die Wohn-/Besitzform zu erheben, um damit einen Eindruck von Eigentumsverhältnissen und deren Konnex zur Positionierung gegenüber den Hochwasserschutzmaßnahmen zu bekommen. Dabei zeigt sich, dass beinahe 60 % der vom Hochwasser betroffenen Befragten im Eigentum eines Ein- oder Mehrparteienhaus im Abflussgebiet sind. Rund 21 % besitzen eine Landwirtschaft kleiner-gleich 10 Hektar und 12 % eine solche zwischen 11 und 30 Hektar und sind dadurch, so meine Unterstellung, noch einmal mit anderen Bedingungen als Ein- oder Mehrparteienhauseigentümer*innen konfrontiert. Wenn auch eine Kreuzanalyse keine nennenswerten Differenzen in der Rezeption des GP von Bäuer*innen und Nicht-Bäuer*innen hervorgebracht hat, so ist doch ein wiederkehrendes Motiv in den Gesprächen die Differenz zwischen „kleinen“ Häuslbauer*innen und den „großen“, einflussreichen Bäuer*innen. In den Interviews wird auf eine solche Differenz dann Bezug genommen, wenn es darum geht, die Verstrickung von Kommunalpolitik und Großbauerntum zu thematisieren. Im Kontext von Hochwässern und deren Schäden ist das insofern relevant, als immer wieder unterstellt wird, es seien dieselben Großbauernfamilien gewesen, die in den letzten Jahrzehnten ihre Gründe umwidmen haben lassen und daraus Profit gezogen hätten, die heute mit öffentlichen Geldern geschützt werden (Interview I, III; vgl. Interview VII).

aufgrund ihrer Nähe zur sich ausdehnenden Agglomeration Linz teurer geworden, so dass sich in Bezug auf erst kürzlich Zugezogene nicht mehr behaupten lässt, das Hochwasser habe zuvorderst die im regionalen Vergleich gering Verdienenden, die ökonomisch Marginalisierten getroffen. Etliche Betroffene merken jedenfalls an, dass sie ungeachtet dessen (überproportional) große Teile ihres Einkommens in das Haus und dessen Einrichtung gesteckt hätten, dass es sich um Summen handle, die für ihre Verhältnisse enorm, für die entscheidungstreffenden bzw. auf Entscheidungen Einfluss nehmenden Persönlichkeiten von Verbund, der Ämter der Landesregierung etc. hingegen verschwindend gering seien:

„Natürlich macht das einen Unterschied für uns Betroffene, die Häuser, das ist das ganze erwirtschaftete Einkommen meiner Eltern, alles ist in dieses Haus hineingesteckt worden und in diesen Grund. Das heißt, wenn du das jetzt mit dem Bagger niederfährst, ist ein Lebenswerk vernichtet [siehe Anhang A7, Bild 4]. Dass das jemand, der, weil [man] jetzt [von] diesen Gehältern hört, von Obmännern in anderen Funktionen, also Strugl-Gehalt [vormaliger Vize-Landeshauptmann, der in den Vorstand des Verbunds gewechselt ist] nächstes Jahr möchte ich nicht wissen, die können das nicht verstehen, weil das sind für die Peanuts“ (Interview VII: Z. 667 ff.).

Besondere Sprengkraft hat die Diskussion um die unterstellte (Un-) Gerechtigkeit des geplanten Hochwasserschutzes am Beispiel der Verhältnisse von Dableiber*innen und Absiedler*innen. So wird in Bezug auf letztere im Diskurs immer wieder deutlich, dass das Absiedeln selbst neben einer Frage des biographisch-emotionalen Bezugs zum Hochwasser und zum bisherigen Wohnort eine im Kern immer auch finanzielle ist.

Viele geben bspw. an, dass 80 Prozent des Zeitwerts des Objekts schlicht zu wenig sei, um damit einen Neustart beginnen zu können und dass sie einen Kredit aufnehmen müssten, um sich woanders niederlassen zu können (Interview VII: Z. 275ff.). Vor allem ältere Menschen seien hier besonders benachteiligt, weil sie, wie es heißt, kaum eine Chance hätten mit 60 Jahren aufwärts bei einer Bank noch einen Kredit zu bekommen. So hätten sich viele durch das Absiedeln und den anschließenden Neubeginn hoch verschuldet und würden, wie sowohl von bereits Abgesiedelten als auch von befreundeten Dableiber*innen bemerkt wird, die Aussiedlung im Nachhinein bereuen (Interview XI; vgl. Oliver-Smith 1982; Kapitel 5.2.3).

Wie der Bürgermeister von Alkoven einwirft, hätten gleichsam – entgegen der Erzählung der IHWSEFB, Absiedlung wäre für alle ein finanzieller Verlust – manche von der Absiedlung und der damit erzielten Ablöse profitiert, mehr noch: Sie wären nicht nur aus Gründen der Vermeidung künftiger Schäden durch das Hochwasser, sondern vor allem aus finanziellen Gründen abgesiedelt⁹³.

⁹³ „Ja, aber in erster Linie, sage ich jetzt einmal, aus wirtschaftlichen Überlegungen. Also jedes Haus hat seine eigene Geschichte, [...] es sind teilweise Häuser dabei, die eigentlich in der Größenordnung nicht mehr gebraucht werden. Das war früher ein Drei-Familien-Haus zum Beispiel, derjenige, der die Riesenhütte hat, hat sich natürlich gesagt, das Haus ist jetzt 65 Jahre alt, die Kubatur wird geschätzt. Mit dem, was ich an Geld bekomme, kann ich

Nicht nur im Kontext der diskursiven Verhandlung der finanziellen Dimension des Aussiedelns und Dableibens spielt das Ringen um Gerechtigkeit eine Rolle, sondern noch viel elementarer im Prozess des Zustandekommens der Aussiedlungs-Agenda seitens des Landes als auch der Projektleitung selbst. Immer wieder wurde in den Gesprächen der Vorwurf geäußert, einige wenige hätten mit Nachdruck und unter Einsatz ihres politischen Einflusses die Option der Absiedlung gefordert (sowohl schon vor dem Herbst 2013 als auch im Zuge der Erstellung der Bestvariante in den Jahren 2015 und 2016) und hätten damit „alle anderen mitgerissen“ (Interview VII, XI; pers. Mitteilung F.S. 09.06.18). Insofern als die pauschale Umwidmung Voraussetzung für das geförderte Absiedeln ist, machen viele, die in irgendeiner Form durch die beschlossenen Umwidmungen geschädigt wurden, wenn auch in erster Linie die kommunalen und/oder überlokalen Entscheidungsträger*innen, so doch in weiterer Folge auch Absiedler*innen und damit ihre Nachbar*innen/Freund*innen dafür verantwortlich. Wie schon mehrmals angeschnitten, sind umgekehrt all jene verärgert, die, wie von ihnen gefordert, aussiedeln wollen, dies aber nicht können, weil sich die dableibende Bevölkerung gegen die Umwidmung in gelbe Zone ausspricht oder anders: Weil die dableibende Bevölkerung ihrerseits ihren Einfluss auf kommunalpolitischer Ebene auszuspielen weiß.

Im Fragebogen selbst waren etliche Fragen dezidiert dem Aspekt Ungleichheit bzw. ungleicher Zugang zu einem Hochwasserschutz gewidmet. Bemerkenswert war hier die Reaktion der befragten Personen auf die Aussage „der Hochwasserschutz komme allen Betroffenen gleichermaßen zugute“ (Frage 13). Dieser wurde von 63 % der Befragten nicht oder nur wenig zugestimmt, wobei hier mitzudenken ist, dass der Fragebogen aufgrund seiner spezifisch lokalen Verteilung hauptsächlich solche Menschen erreicht hat, die nach wie vor in der Gegend wohnhaft sind. So gehe ich davon aus, dass sich der Anteil an Kritiker*innen (zumindest geringfügig) reduzieren würde, wären (mit dem GP zufriedene) Absiedler*innen stärker repräsentiert. Eine weitere, in Richtung Rezeption der HWS-Maßnahmen durch die Lokalbevölkerung gehende Frage, nämlich, ob nach Einschätzung der Befragten auch „diejenigen einen Hochwasserschutz erhalten, die ihn benötigen“ (Frage 19), wird von einem Drittel verneint, bei nur 17 %, die der Aussage zustimmen, und fast 45 %, die meinen, das nicht

mir locker woanders ein neues Haus bauen [...]. Und dann gibt es den Fall [mit] zwei Brüdern, dem einen gehört es, wohnen tut der andere drinnen, und so sieht der eine die Möglichkeit, dass er seinen Bruder rausbringt, indem er sagt, ich nehme das Angebot an. [...]. Die einen, da haben die Eltern sich seinerzeit das Haus hingebaut, hochwassersicher. Haben die Wohnung in den ersten Stock raufgemacht und sind dann so lange zum Bürgermeister gerannt bis er ihnen dann ein zweites Haus hinstellen lassen hat. Und warum darf unser Kind nicht bauen, jetzt sind wir eh durch den Donaudamm [geschützt], und dann haben sie sich das Haus hingebaut, aber nur mehr unten den Wohnraum hineingemacht und sind natürlich dann die ersten, die [nach dem Hochwasser] geschrien haben, wir wollen weg. [...] Also die Zugänge zu der ganzen Absiedlung sind nicht alleine, weil ich traumatisiert bin, sondern zu zwei Dritteln sind Absichten dahinter gewesen, wo es sich rein um finanzielle Überlegungen handelt“ (Interview V: Z. 153ff).

beurteilen zu können. Die Umkämpftheit der Verteilung von Hochwasserschutzmaßnahmen überrascht mich insofern nicht, als ich im Zuge der Forschung immer wieder auf Betroffene gestoßen bin, die von sich aus behaupten, dass sie die um ihre Objekte geplanten Hochwasserschutzanlagen (im Wert von mehreren Hundert Tausend Euro) gar nicht brauchen würden. Zudem wurden mir Fälle zugetragen, in denen solche eine Mauer erhalten, die im Wohnbereich gar kein oder nur wenig Wasser gehabt hätten (Weidet, Landshaag etc.). Andererseits werden teils einzelne Liegenschaften unter hohem Kostenaufwand geschützt, was den Unmut mit der Allokation von Maßnahmen noch weiter anheizt. Vor allem der Schutz, der nach Baulos-Beschluss des Puppinger Gemeinderats rund um den Gasthof Schickerbauer, um ein einzelnes Gebäude, errichtet werden soll, wird immer wieder als Negativbeispiel für die beliebig erscheinende Verteilung von Schutzmaßnahmen genannt. Im Zuge dessen stellen sich Betroffene wiederholt die Frage, warum gerade *die anderen* einen Hochwasserschutz erhalten, *sie selbst* aber leer ausgehen.

Mit Michel Foucault ließe sich argumentieren, dass die Entscheidung, wer einen Schutz erhalte und wer nicht, nichts anderes als der Ausdruck von Biopolitik ist. Letztere bestimmt darüber, *whose body counts*, spezifiziert also, wer im Rahmen von unvollständig bleibenden „technologies of security“ geschützt wird und wer nicht (Foucault 2007 [1977/78]).

Am bereits erwähnten Konfliktfeld des Hochwasserschutzes um die (im Vergleich zu anderen Gebieten relational weniger stark überflutete) Siedlung Waschpoint⁹⁴ in Puppung wird das ebenso deutlich, wie im Kontext der Frage nach dem Verlauf der Maueranlage um den Ortskern von Goldwörth. Während die Planungsseite diese Mauer möglichst nahe an den bestehenden Objekten ziehen möchte, um eine weitere Besiedlung (und damit eine Erhöhung des Schadpotenzials) innerhalb der Mauer zu verhindern, ringen einzelne Haushalte, die knapp außerhalb der Mauer situiert sind, damit, doch noch irgendwie hinter die Mauer zu gelangen (Interview VII: Z. 805ff.). Während andernorts Konflikte zwischen „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“ ausgetragen werden, verläuft hier die Konfliktlinie idealtypisch entlang derer „hinter“ und „außerhalb der Mauer“. Was bleibt, ist, dass für viele Betroffene nicht nachvollziehbar ist, warum die Mauer die Nachbarin schützt, sie selbst aber nicht, dass für viele

⁹⁴ Auch wenn das Schützen eines Gebiets in der Tat eine Wasserverdrängung bzw. eine Erhöhung des Wasserspiegels in anderen Gebieten nach sich ziehen mag, ist erstaunlich, wie gering die Solidarität innerhalb der Gruppe der vom HW Betroffenen ausgeprägt zu sein scheint. So schreibt ein Betroffener aus Puppung im Fragebogen über die seines Erachtens vor allem von der SPÖ geförderte Bürgerinitiative Waschpoint: „Besonders bin ich schockiert über eine einseitige Berichterstattung vom ORF OÖ. Vor allem aber von Politikern der SPÖ (soziale-demokratische Partei) [sic!], welche das Wort ‚Demokratie‘ nicht anerkennen wollen, (was im Gemeinderat beschlossen wurde), nur um eigene Bedürfnisse zu erfüllen. Das Wohl anderer oder der Mehrheit ist ihnen egal. Wird die Waschpoint geschützt, steigt der Wasserpegel für die BewohnerInnen im umliegenden Gebiet“ (F. 52; Frage 21).

der geplante aktive Hochwasserschutz als unfair und von nicht einsehbaren Machtverhältnissen durchzogen erscheint⁹⁵.

Das eingangs gestellte, für eine jede politische Ökologie meines Erachtens unverzichtbare Fragepaar, wer vom Hochwasserschutz profitiere und wer nicht, wurde als optionale Zusatzfrage der Frage 13 angefügt. In Bezug auf Benachteiligte fallen Antworten wie „zu Schaden kommen die in der Absiedlungszone“ (F. 1), all jene, „die ihr Land nicht verlassen wollen“ (F. 16); „die außerhalb der Mauer“ (F. 38), aber auch „die Kleinen [im Gegensatz zu den „Großen“, den einflussreichen Bauern] (F. 57), „alle, die wirklich Hilfe benötigen“ (F. 62). Umgekehrt wären jene, die gemäß den Ausführungen der befragten Personen vom Hochwasserschutz in seiner jetzigen Form profitieren würden, diejenigen, in deren Gebiet das Projekt (in einer aktiven Form) umgesetzt werde (F. 44), „das Planungsbüro“ (F. 30, 42, 48), der Verbund (F. 8, 12, 29, 39), aber auch einzelne Siedlungen (Wörth) und einzelne Gebäude wie der erwähnte Gasthof Schickerbauer (F. 49, 61) oder der Landmaschinenbetrieb Mitmasser in Walding. Kosten und Nutzen des Hochwasserschutzes sind nach Wahrnehmung der betroffenen Lokalbevölkerung jedenfalls sehr ungleich verteilt.

Eine weitere offene Frage, die konzipiert wurde, um die umkämpfte Stimmung des Hochwasserschutzes einzufangen, fokussiert auf die Einschätzung, welche Akteur*innen einem funktionierenden Hochwasserschutz im Wege stehen würden (Frage 21). Hier fallen Antworten wie der Bund und dessen Vorgaben, „die Politiker“, die Landesregierung (F. 9, 12, 14 etc.), der Verbund, die Gemeinden, teils Einzelpersonen (ehem. LR Anschober, ehem. LR Podgorschek, der Bgm. von Feldkirchen usw.) etc., aber auch andere vom Hochwasser betroffene Akteur*innen, die auf Kosten anderer für sich einen Hochwasserschutz durchgesetzt hätten. Wie wir im Weiteren sehen werden, spitzen sich diese Zuschreibungen im besonderen Maße im Verhältnis zwischen den in sich heterogenen Lagern der Absiedler*innen und Dableiber*innen zu.

5.2.3 Zwischen „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“: von Polarisierung und neuen Allianzen

Die Behauptung, der Beschluss der Absiedlungszone 2013 sowie das anschließende GP habe die vom Hochwasser betroffene Bevölkerung zutiefst polarisiert, ist – selbst bei einer Skepsis gegenüber den teils gewagten Diagnosen der IHWSEFB – keineswegs übertrieben (Schütz 2017). Um sich diese Polarisierung zu vergegenwärtigen, reicht es schon, den vom

⁹⁵ Dass der Hochwasserschutz von divergierenden Machtverhältnissen geprägt ist, steht, wie die Ergebnisse im Fragebogen zeigen, außer Frage. So stimmen der Einschätzung, die Kämpfe um den Hochwasserschutz seien von unterschiedlichen Machtinteressen geprägt (Frage 11 h), 86 % der befragten Personen zu.

Hochwasser gezeichneten, weil mehrere Meter unter Wasser stehenden Ort Hagenau in der Gemeinde Goldwörth zu besuchen. Nicht nur, dass dieser im Vergleich zu den Jahren vor 2013 aufgrund der zahlreichen Aussiedlungen nicht wiederzuerkennen ist (manche sprechen von einem „Geisterort“), wir stoßen in diesem auch auf zwei, in angrenzenden Gärten angebrachten und aufeinander Bezug nehmende Plakate. Während auf dem einen in großen Lettern „Absiedeln statt Absaufen!“ prangt, lautet das Gegenplakat „Hochwasserschutz statt Enteignung“ (B. III, 14.01.19; vgl. Seebauer/Babcicky 2016: 16; Anhang A7, Bild 5) – ein Sinnbild für die (nachbarschaftlichen) Konflikte um den Hochwasserschutz, zwischen jenen, die Absiedlung als das Maß der Dinge betrachten und solchen, die das nicht tun (vgl. Interview VII: Z. 763ff.).

Wie wir bereits im Rahmen der Beschreibung des Hochwasserschutzprojekts und dessen Vorschriften diskutiert haben, ist es das dezidierte Ziel der Planungs- und Auftraggeberseite im Kontext des passiven Hochwasserschutzes gewesen, gewisse, als nicht schützbare ausgemachte Bereiche „siedlungsfrei“ zu machen. Insofern als dieses Ziel (zumindest bisher) nicht erreicht worden ist und bis heute auf Gegenwehr stößt, lässt sich von der Absiedlungs-Agenda aus Sicht des Landes Oberösterreich in Retrospektive höchstens von einem Teilerfolg sprechen⁹⁶. Überzeugte Dableiber*innen bezeichnen die Aktion als einen „Verhau“ (Interview XI) oder unterstellen dem Land überhaupt unehrenhafte Methoden (wie bspw. das „Spalten“ der betroffenen Bevölkerung in Dableiber*innen und Absiedler*innen), vermittels derer das Aussiedeln durchgesetzt und der Widerstand der auseinanderdividierten Betroffenen unterminiert werden sollte:

„Wir [=die IHWSEFB] haben es oft als Salamitechnik beschrieben, also die erste Scheibe war die Umwidmung von diesen Personen und die Absiedlung. Die zweite Scheibe war eben jetzt dieses Mauer-Ziehen [...]. Also absiedeln wollten eigentlich nur zwei Familien, und die haben alle hineingerissen⁹⁷. Aufgrund dieser zwei Familien, die haben sich sehr emotional beim Anschober gemeldet, dementsprechend ist das erst ins Rollen [geraten]. Das heißt die anderen, rund um die zwei Familien, wollten nicht weg [...]. Das heißt, [...] da sind extreme Nachbarstreitigkeiten rausgekommen mit Plakataktionen und und und [siehe Beispiel oben]. [...] Das war natürlich für den [für einen Dableiber] ein Wahnsinn, weil er gewusst hat, wenn die [anderen] absiedeln, reißen sie mich mit. [...] Das heißt, er hat, viele hunderttausende Euro [für] das Haus

⁹⁶ Gleichsam ist der Abteilung für Oberflächengewässerswirtschaft des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung aufgrund ihrer Erfahrungen mit anderen derartigen Projekten durchaus bewusst, dass Absiedlungsprojekte mehrere Jahre Zeit in Anspruch nehmen, dass viele sich erst nach Jahren oder gar nach einer zweiten Katastrophe dazu bewegen lassen, endgültig „das Feld zu räumen“ (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19).

⁹⁷ Es bleibt fraglich, ob die in diesem Interview suggerierte Darstellung auch tatsächlich der Realität entspricht. So schildern mir Menschen, die abgesiedelt sind, die absiedeln wollen als auch solche, die einen Überblick über die stattgefundenen Absiedlungen haben, dass der Wunsch, abzusiedeln, in gewissen Gebieten doch ein mehrheitlicher gewesen sei, dass nicht bloß einige wenige über das Schicksal aller anderen entschieden hätten (pers. Mitteilung F.W. 07.04.19; Interview VI, X).

gezahlt, aber er übergibt seinem Kind [nach der erfolgten Umwidmung] nichts. [...] Weil sein Nachbar das so wollte. [!]“ (Interview VII: Z. 748ff.).

Allein mit dem letzten Satz kommt pointiert zum Ausdruck, inwiefern die Situation zwischen Kritiker*innen des passiven Hochwasserschutzes und Absiedelnden von gegenseitigen Vorwürfen aufgeladen ist, werden doch letztere von ersteren als Zünglein an der Waage für das Zustandekommen von Absiedlung als eine Hochwasserschutzmaßnahme und im Weiteren für die Umwidmung (und Entwertung) ihrer Grundstücke gesehen.

Wieder andere (Dableiber*innen) thematisieren das Verhältnis zu ihren bereits abgesiedelten Nachbar*innen stärker auf einer emotionalen Ebene, wenn auch mit mehr Verständnis für deren schwierige Situation, so doch auch als aposteriorische Rechtfertigung für ihr eigenes Dort-Bleiben:

„Ja, und da war dann eben eine große Spannung zwischen den Leuten, die absiedeln wollten [...] und [denen], die dageblieben sind, weil natürlich Interessensunterschiede da waren. Weil ich auch immer gesagt habe, Leute, ihr müsst bedenken, [...] wie stellt ihr euch das Weggehen vor, das ist kein Hemdwechsel, ihr verlasst eine Heimat. [...] Was aber dann auch eine Bestätigung war, zwei Erkrankungen in unmittelbarer Nachbarschaft, [von solchen], die nicht weg wollten, wo der Partner gesagt hat, entweder du gehst mit mir oder wir gehen auseinander⁹⁸. [...] Also im Prozess des Absiedelns sind beide krank geworden. [...] Und es ist ja auch eine große Belastung, ich meine abgesehen [...] von den 20 Prozent, die wir verloren hätten, [...] sind es sehr viele Werte, die einfach unbezahlbar sind, weil es ideelle Werte sind. Du steckst ja sehr viel Energie und Geld in so ein Haus rein und du hast einfach viele Erinnerungen [...]. Na, und ich muss ehrlich sagen, nachdem wir sehen, wie es den Absiedlern heute geht [...], also alle, die wir kennen, bereuen es aufs Bitterste. Weil sie einen finanziellen Engpass haben, [...] sie sind eigentlich alle in der Pension, also sie sagen, wenn ich noch einmal eine Chance hätte, ich täte es nie wieder. Und vor allem mit der Begründung, ich bin da nicht daheim und werde auch nicht mehr daheim sein in dem neuen Haus jetzt irgendwo außerhalb. Und ich finde, das ist eigentlich furchtbar, wenn man sagen muss, ich bin da nicht daheim.“ (Interview XI: Z. 116ff.).

Es sollte nicht vergessen werden, dass wir es bei diesem Zitat mit der Perspektive eines überzeugten Dableibers zu tun haben und dessen Wahrnehmung der Absiedler*innen keineswegs zu verabsolutieren ist. Zweifelsohne mag Absiedlung für manche tatsächlich einer Entwurzelung, einem Verlust von erlebter „Heimat“ gleichkommen (B. IV, 21.10.2018), für wieder andere stellt sie eine Form des *empowerment* dar, eine Möglichkeit, eine Katastrophe

⁹⁸ So drastisch das klingen mag, so sehr wurde mir im Verlauf der Forschung von unterschiedlichsten Betroffenen immer wieder bedeutet, dass die Frage nach der Positionierung gegenüber dem Hochwasserschutz, nach dem Naturverhältnis im Kontext der Frage nach den Formen von Hochwasserschutz über das Potential verfüge, nicht nur Ortschaften, sondern ganze Familien in Streitigkeiten zu stürzen. Ein aussiedelnder Anrainer aus Hagenau schildert mir, dass seine Frau eine ganz andere Auffassung von der Causa Hochwasserschutz habe als er und es schlussendlich sein Sohn gewesen sei, der ihn nach monatelangen Streitereien doch noch zum Aussiedeln bewegt habe (pers. Mitteilung A.H. 14.01.19). Andernorts bin ich auf zwei Nachbarn gestoßen, die sich zwar allgemein ganz gut verstehen würden, sich aber aufgrund ihrer unterschiedlichen Bezüge zum Hochwasserschutz voneinander distanziert hätten (pers. Mitteilung L.W. 26.12.18).

wie das Hochwasser selbstbestimmt nicht noch einmal erleben zu müssen, einen, wenn auch nicht leichten Neuanfang wagen zu können (vgl. Seebauer/Babcicky 2016)⁹⁹.

Die Gräben zwischen Dableiber*innen und Absiedler*innen sind keineswegs immer gleich tief ausgeprägt, in manchen Fällen werden diese von anderen Faktoren überlagert. Letztere hängen nicht zuletzt mit der Lage im Überflutungsgebiet zusammen, mit den unterschiedlichen (intersubjektiven und subjektiven) Erfahrungen, die in einem gewissen Gebiet mit dem Hochwasser gemacht wurden. Während bspw. die Entscheidung zur Absiedlung in Ortschaften wie Hagenau oder Gstocket aufgrund der dramatischen Überflutungs- und Schadenshöhen auch von Dableiber*innen als legitim erachtet wird, gehen die Vorstellungen vor allem in all jenen Gebieten auseinander, die als vormalige „lila Zone“ erst nach Präsentation des GP zur gelben Zone dazukommen sollten. Vor allem dort, wo die Überflutungshöhen vergleichsweise gering ausgefallen sind, wird nicht selten mit Unverständnis auf den Wunsch nach Aussiedlung reagiert. Dabei werde, wie eine absiedlungswillige Familie aus Feldkirchen ausführt, verkannt, dass nicht nur von Gemeinde zu Gemeinde, sondern auch von Haus zu Haus große Unterschiede im Ausmaß und im Erleben des Hochwassers zu verzeichnen wären. Es mache sehr wohl einen Unterschied, wenn in einem Umkreis von mehreren hundert Metern die einen trockenen Fußes ihr (mehrere Jahrzehnte altes) Haus umrunden konnten, während andere, einschließlich der besagten Familie, mit über einem halben Meter Wasserstand im (neu eingerichteten) Eingangs-/Wohnbereich, mit zwei Metern in Teilen des Grundstücks, zu kämpfen hatten (Interview X). In diesen Fällen würde es dann sogar so sein, dass diejenigen, die im Rahmen des Projektes aussiedeln wollen, aber aufgrund der Entscheidung des Gemeinderats/des Bürgermeisters nicht können, angefeindet werden, dass Nachbar*innen sowie Kommunalpolitiker*innen nicht verstehen würden, warum man sich mit der Planungsebene und nicht mit den „eigenen Leuten“ solidarisiere.

Ich möchte in Ausschnitten einige Stationen der Erlebnisse der angesprochenen Familie wiedergeben, weil durch diese kenntlich wird, wie die Einzelschicksale teils erheblich von den vereinfachenden Erzählungen auf Ebene der Gemeinde, auf Ebene des Landes, aber auch auf Ebene der Initiative abweichen. Das hat insofern eine analytische Bedeutung in Bezug auf *gesellschaftliche Naturverhältnisse*, als jenseits der größeren strukturellen Tendenzen gruppenspezifischer Sinnzusammenhänge zwischen den Gefügen *Mensch-Gesellschaft-Natur* damit zum Ausdruck kommt, wie viel immer auch von der individuellen Ausgangslage, von

⁹⁹ Das wird dann deutlich, wenn sich Aussiedlerparteien gemeinschaftlich zusammentun, um neue Baugründe zu erschließen, wenn sich innerhalb kürzester Zeit am neuen Wohnort ein neues soziales Gefüge bildet und – wie am Beispiel der nach dem Hochwasser stark gewachsenen Siedlung am Mursberg in der Gemeinde Walding – über die Bezeichnung „Neu-Hagenau“ eine spezifische Form des *belonging* in der – wenn mensch so will – diasporischen Gemeinschaft der Ausgesiedelten hergestellt wird.

der Biographie der betroffenen Menschen abhängt. Außerdem wird durch den Bezug auf jene Familie nachvollziehbar, wie fluide sich die Konfliktlinien und die Akteurskonstellationen um den Hochwasserschutz gestalten, dass vormalige Skeptiker*innen des Absiedlungsvorhabens plötzlich selbst zu Proponent*innen des GP avancieren und im Zuge dessen erleben müssen, wie sich die Gemeindevertretung gegen sie wende:

„Und seitdem geht die Action los, wir haben nie geglaubt, dass wir abgesiedelt werden. Wir haben geglaubt, irgendetwas werden sie schon machen, dass man geschützt wird. Das war eigentlich schon ein Schlag ins Gesicht. Aber ich glaube, es hat keine drei Wochen gedauert, bis meine Eltern gesagt haben, [...] ja das machen wir.

[über die Reaktion seitens der Gemeinde:] Wir sind nach dem Hochwasser dann [hin] gegangen, haben zum Bürgermeister gesagt, wir wollen [einen Schutz], was auch immer gemacht wird, und er hat uns von Anfang an gesagt, ihr kriegt nichts. Weil was wollt denn ihr? Ihr habt nicht wirklich ein Wasser gehabt [...]. Er hat von Anfang an gesagt, in Feldkirchen wird sowieso nichts gemacht und das direkt nach dem Hochwasser [...].

[auf das Unverständnis seitens des Bgm. und die Solidarisierung mit der Planungsseite:] Alleine die Idee vom Bürgermeister, dass ich in dem Gebiet [= vormalige lila Zone] wieder wen bauen lassen will, das ist eine Schnapsidee. Weil er nicht versteht, wie das ist, wenn man im Wasser steht. [...] Und das ist einfach so hart, wo ich ja regelmäßig mit allen möglichen Leuten in Kontakt bin, [...] um einfach da was bewegen zu können, aber aus aktueller Sicht geht das einfach nicht. Das liegt an dieser einen Person [= der Bürgermeister] und ich glaube einfach, dass da in der Gesetzgebung etwas massiv falsch rennt. Es kann nicht sein, dass das Jahre an einer Person hängen bleibt. [...] Da haben Experten Computerberechnungen, zig Modelle durchgerechnet, haben zwei Jahre an einem Detailplan gearbeitet und dann wird der präsentiert und der Bürgermeister sagt, nein, so schlimm ist es eh gar nicht, nein, die paar Leute, relevant sind für mich Wählerstimmen [...].

[in Bezug auf die Frage der Gerechtigkeit der Verteilung der Hochwasserschutzmaßnahmen:] Wir wären eigentlich die, die es am meisten getroffen hat, und die, die auf der Strecke bleiben. [...] Wir sind in Feldkirchen fünf Objekte, die weg wollen. Und das sind einfach die fünf, die am stärksten betroffen waren. Und da weiß ich auch nicht, was schlimmer war, das Hochwasser oder die Action der letzten Jahre. Kämpfen müssen, dass ich weggehen darf, also alleine das ist ja paradox.“ (Interview X: Z. 360ff.).

Die Erlebnisse dieser Familie zeigen uns nicht nur die Schwierigkeit einer Kategorisierung von Akteur*innen und deren Naturverhältnissen, sondern auch, wie sich parallel zu Polarisierungsentwicklungen vor dem Hintergrund der Debatten um den Hochwasserschutz neue Allianzen bilden. Vor allem der Grad an Vernetzung zwischen Absiedlungswilligen, deren Objekte nicht Teil der ersten Absiedlungsphase waren, ist erstaunlich und zeugt davon, dass vielfach eine Strategie des Widerstands im Bilden von Kollektiven, von Gruppen aus „Gleichgesinnten“ liegt (Krenn-Aichinger 2017b). Dabei sind die Zusammenschlüsse in vielen Fällen temporär, nicht zuletzt, weil es immer wieder vorkommt, dass dann doch individuelle Interessen über kollektive gestellt werden oder die Gruppen selbst an gewissen Fragen zerbrechen.

Was bleibt, ist, dass die unterschiedlichen Gruppen in Hinblick auf Vorstellungen vom „richtigen“ Hochwasserschutz und damit auf Fragen nach der Gestaltung der *Landschaft* Eferdinger Becken miteinander in Konflikt stehende Sinn- und Wirkzusammenhänge von Gesellschaft und *Natur* aufweisen. Im Naturverhältnis der Planungs- und Auftraggeberseite scheint jedenfalls die Schaffung eines Retentionsraums oberste Priorität zu haben. Somit wird davon ausgegangen, dass sich der (zu stark siedelnde) Mensch der (zumindest in Hinblick auf Hochwässer mächtigen) Donau gegenüber anzupassen, wenn nicht zu unterwerfen habe.

Dem gegenüber sehen alle jene, die ich, wie in der Kapitelüberschrift, als „jenseits des Projekts“ verorten würde, ihr Haus, ihren Garten und die Donau als einen, in ihrer Wahrnehmung zusammengehörenden Lebensraum, als ein Gefüge, in dem sich die Bedürfnisse des Menschen schon seit Jahrhunderten in die *Landschaft* eingeschrieben haben und das auch weiter tun sollten. Das zeigt sich in den Naturbegriffen der vom Hochwasser betroffenen Menschen, die, so unterschiedlich sie sind, davon zeugen, wie im Rahmen einer spezifischen Praxis des Bewohnens des Eferdinger Beckens *Natur* angeeignet wird und wie diese Aneignung von *Natur* im Rahmen von *Landschaft* zu deren Konkretisierung (in Form von *Natur* als Garten, als Felder, als Wiesen, als Wildtiere etc.) beiträgt.

Es macht somit für viele Betroffene einen erheblichen Unterschied, ob sie die Möglichkeit vorfinden bzw. für sich durchsetzen können, gemäß ihrer Lebensaktivitäten ihre unmittelbare Umgebung (materiell wie symbolisch!) zu gestalten, also *ihre* Verhältnisse zu dieser, aus ihrer Sicht *konkreten Natur* durchzusetzen, oder ob diese Gestaltung von solchen vorgenommen/vorgegeben wird, deren Verhältnisse zur *Natur* aus Sicht vieler dort Lebender als für diese Aktivitäten nachteilig wahrgenommen werden (Köhler/Wissen 2010). Insofern als *Menschen- und Naturbeherrschung* in einer Wechselwirkung stehen, haben wir einen Eindruck davon erhalten, wie das dominante Naturverhältnis als Herrschaftsverhältnis ein dementsprechendes Herrschaftswissen voraussetzt/hervorbringt. Jenes gebietet im Rahmen von machtförmigen Beziehungen (bspw. zwischen Expert*innen und Lai*innen) letztlich darüber, was als „wahr“ und was als „falsch“ wahrgenommen wird, was gesagt werden darf und was nicht. Dadurch sind, wie ich zeigen wollte, die Kämpfe noch keineswegs rein ideeller, rein symbolischer Art, sondern, eben, weil sie diskursiv ausgetragen werden, immer mit materiellen Dimensionen und (materiell abgesicherten) Machtverhältnissen verbunden (Sayer 1992).

Auch wenn es plump klingen mag, es ist nicht nur das bloße Wort, das Urteil des Experten, das Menschen aus Gstocket oder Hagenau absiedeln lässt, sondern auch die Antizipation erneuter materieller Schäden, die sich körperlich äußernde Furcht vor dem nächsten Hochwasser, der finanzielle Anreiz in Anbetracht künftiger Risiken etc. Umgekehrt

besteht für diejenigen, die im Rahmen der Materialisierung des Naturverhältnisses der Planungsseite einen aktiven Hochwasserschutz erhalten, Hochwasserschutz selbst aus materiellen Strukturen, aus Mauern, aus Flutmulden etc., aus stofflichen (wie symbolischen) Eingriffen in eine wandelbare *Landschaft*. Darüber hinaus setzen sich, wie im Kontext der Allokation von Hochwasserschutzmaßnahmen deutlich wurde, in den *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* bestehende Ungleichheiten fort, werden verschärft oder durch diese erst erzeugt. Zu behaupten, Hochwasserschutzmaßnahmen würden auf Basis von „neutralen“ Berechnungen (und die wären interesselos) vergeben, ist ebenso verkürzt, wie zu behaupten, dass ausschließlich die Mächtigen für sich einen Hochwasserschutz reklamieren könnten. Vielmehr gehen in die Kämpfe um Hochwasserschutz unterschiedliche Interessen ein und es ist keineswegs gesagt, wie sich diese im Rahmen wechselnder Machtkonstellationen auf miteinander verschränkten skalaren Ebenen in (persönliche wie gruppenspezifische) Vor- bzw. Nachteile übersetzen.

6 Schlussfolgerung

Die vorliegende Arbeit hat Manches mitunter einseitig dargestellt, Anderes womöglich zu sehr ausgeschlachtet. Wofür sie sich jedenfalls starkmachen wollte, ist die für Kultur- und Sozialanthropologie so wesentliche Erkenntnis, dass Gesellschaft/*Kultur* und *Natur* aufgrund ihrer Vermitteltheit nicht ohne die jeweils andere Kategorie gedacht werden können, dass sich die in der naturalistischen Ontologie so brutal voneinander getrennten Kollektive erst als gemeinsamer Prozess in ihren von Machtverhältnissen geprägten Interaktionen und Beziehungsmustern verstehen lassen.

Ging es im theoretischen Teil noch darum, das Verhältnis von politischer Ökologie und Kultur- und Sozialanthropologie vor dem Hintergrund einer gemeinsamen, in den letzten Jahren wiewohl von Brüchen durchzogenen Geschichte zugunsten einer Zusammenschau aufzubereiten, so hat sich der empirische Teil der Umkämpftheit des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken aufgrund divergierender *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* gewidmet. Letztere manifestieren sich, wie ich zur Beantwortung meiner zentralen Forschungsfrage mittels einer Analyse der unterschiedlichen Konfliktfelder und Akteurskonstellationen zu zeigen versucht habe, in konkurrierenden Vorstellungen und Vorgehensweisen zur Planung, Gestaltung und Durchsetzung von Hochwasserschutz im Eferdinger Becken. Das impliziert nicht nur Kämpfe um Form, Funktion und Lesart der *Landschaft* Eferdinger Becken, sondern auch darum, wie das vorangegangene Hochwasser 2013 zu deuten ist und welche Schlüsse aus diesem für die „richtigen“ Hochwasserschutzlösungen gezogen werden (Kapitel 4).

Wenn auch *gesellschaftliche Naturverhältnisse* als Größe im Plural – heuristisch: als Tendenzen von konfligierenden Vermittlungszusammenhängen zwischen *natürlichen* und *sozialen* Systemen – auftreten, habe ich den Versuch unternommen, in besonderen Fällen von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* im Singular zu sprechen. Damit habe ich nicht gemeint, dass eine spezifische Gruppe ein einziges und nur dieses Naturverhältnis an den Tag legt (Kapitel 5.1.3), sondern eher zeigen wollen, dass es zumindest analytisch so etwas wie ein dominantes Naturverhältnis gibt, das sich in einem Herrschaftszusammenhang gegenüber anderen Naturverhältnissen durchsetzt. Dass sich eine spezifische Form, Hochwasserschutz *framen* und umsetzen zu wollen, auf einen gewissen Sinnzusammenhang stützt, der mittels Instrumenten wie politischem Zwang (bspw. durch Umwidmung, Auflagen etc.) und epistemischer Gewalt (bspw. durch die Reifizierung und Inszenierung eines Expert*innen-Lai*innen-Gefälles) durchgebracht, naturalisiert, jedenfalls gegenüber Einwänden abgesichert wird.

Die Forschungsfrage also, inwiefern am Beispiel des Hochwasserschutzes divergierende *gesellschaftliche Naturverhältnisse* aufeinandertreffen, ist unter Verweis auf mehrere Aspekte folgendermaßen zu beantworten: Gerade weil sich *gesellschaftliche Naturverhältnisse* in ihren Naturbegriffen, in ihrer Priorisierung des entweder *technischen* oder *sozialen* Charakters des Hochwasserschutzes sowie in ihrem *Reading* des Eferdinger Beckens unterscheiden, diese Unterscheidung aber unangetastet bleibt, ist der Spielraum für eine partizipative Verhandlung der *Naturverhältnisse* äußerst begrenzt. Wenn es auch, wie ich aufgezeigt habe, Versuche gegeben hat und gibt, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, so sind diese bisher vielfach an den schwerlich kompatiblen Vorstellungen vom „richtigen“ Hochwasserschutz gescheitert. Demnach wird die Frage nach der Gestaltung von Verhältnissen zwischen *Mensch* und *Natur* erst gar nicht zu einer für alle relevanten Frage des Wie-Gemeinsam-mit-der-Donau-Leben-Wollens. Vielmehr wird Hochwasserschutz auf die Frage verkürzt, welcher Gestaltungsentwurf aufgrund technischer, ökonomischer und rechtlicher Sachzwänge durchgesetzt werden müsse. Das heißt nicht, dass ich glaube, dass Hochwasserschutz ohne Berücksichtigung von technischen, ökonomischen und rechtlichen Kriterien sinnvoll existieren kann, es kann und *darf* (im Sinne einer kritischen politischen Ökologie) aber auch nicht sein, dass diese Kriterien zulasten der Bedürfnisse der betroffenen Lokalbevölkerung verabsolutiert und um ihrer selbst willen hochgehalten werden.

Die vorliegende Arbeit hat sich zuvorderst den Menschen gewidmet, die heute noch im Überflutungsgebiet von 2013 leben. Das bedeutet, dass mein Blick ein perspektivischer gewesen ist, dass etliche Menschen durchaus als zufrieden mit der Option der Absiedlung zu werten sind und sich mit dem GP und dessen Vorgaben identifizieren können. Insofern ist es, wie ich auch im Kapitel 5.1.3 und 5.2.3 dargestellt habe, trügerisch, das Naturverhältnis der Auftraggeberseite plump dem der Lokalbevölkerung gegenüberzustellen. So zeigt sich auch in den Fragebögen, dass der Zugang zu Hochwasserschutz von gar keinem Hochwasserschutz bis hin zu Möglichst-Alles-Regulieren reicht. Das trifft genauso auf die Interpretationen zum Hochwasser zu, auch hier reichen die Vorstellungen von der Annahme, die Kraftwerke hätten das Eferdinger Becken geflutet, bis hin zur Aussage, die Lokalbevölkerung solle froh sein, dass es sie aufgrund ihres fahrlässigen Bauens in einem Überflutungsgebiet nicht noch schlimmer getroffen habe. Ich möchte nun nicht behaupten, die Wahrheit liege irgendwo in der Mitte, eben deshalb, weil „Wahrheit“ eine viel zu umkämpfte und perspektivische Größe ist, als dass sie jemandem letztgültig zustehen könnte. „Wahrheit“ wird im Spiel der Kräfte hergestellt, sie existiert weder einfach vor sich hin, noch lässt sie sich fassen und für alle Zeit festschreiben.

Vielleicht sogar noch mehr als die von den Betroffenen aufgeworfenen Fragen, wer Verantwortung für das Hochwasser 2013 trage, wer vom geplanten Hochwasserschutz profitiere und wer nicht, beschäftigt mich nach Abschluss meiner Forschung der Umstand, dass sich viele Menschen im Kontext des Hochwasserschutzes von politischen Entscheidungsträger*innen missrepräsentiert und missverstanden fühlen. Das führt so weit, dass Manche, wie mir eine Gesprächspartnerin mitteilte, aufgrund dieser Enttäuschung nicht mehr wählen gehen würden. So hat mich bei aller Kontroversialität des Hochwasserschutzes Eines besonders ergriffen, nämlich wie sehr in Hinblick auf die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen die Dinge im Argen liegen müssen, dass Betroffene den Eindruck entwickeln, Hochwasserschutz werde ohnehin ohne sie verhandelt, beschlossen und umgesetzt. Es wäre naiv zu glauben, dass es in derartigen Entscheidungsprozessen immer allen rechtgemacht werden könnte, gleichsam glaube ich aber nicht, dass das ein Grund wäre, einem post-politischen Verständnis von Politik als bestimmt von Sachzwängen anheim fallen zu müssen. Insofern als gesellschaftliche immer auch ökologische Fragestellungen (und umgekehrt) sind, lohnt sich das Führen und In-den-Blick-Nehmen von Kämpfen um die Gestaltung von *Natur*. Erst wenn wir verstehen lernen, wie machtförmig unsere Beziehungen zu den uns umgebenden Entitäten sind, eröffnen sich uns Möglichkeiten für eine Demokratisierung von Naturverhältnissen, kurz für den Versuch „die Aneignung und Bearbeitung der Natur [...] zum Gegenstand demokratischer Entscheidung“ zu machen (Demirović 2012: 69).

Eine kultur- und sozialanthropologische politische Ökologie, wie sie in dieser Arbeit propagiert wurde, kann ein Rüstzeug dafür sein, *gesellschaftliche Naturverhältnisse* neu zu denken und dementsprechend zu transformieren (vgl. Robbins 2013). Die Kultur- und Sozialanthropologie ist dabei deshalb das ideale Fundament für politische Ökologie, weil sie eine besondere Sensibilität für die Heterogenität und Widersprüchlichkeit von Beziehungen zwischen unterschiedlichen Entitäten mitbringt. Politische Ökologie kann daher nur anti-essentialistisch und relational sein – auch das eint sie mit Kultur- und Sozialanthropologie (Rocheleau/Roth 2007). Umgekehrt erinnert die politische Ökologie durch ihre Betonung von Machtverhältnissen die Kultur- und Sozialanthropologie an ihr historisches Erbe als Kind des Kolonialismus und im Zuge dessen auch daran, dass die Zeit noch nicht gekommen ist, in der Herrschaft und Unterdrückung keine zentralen Themen mehr wären.

Bibliographie

Literaturverzeichnis

- Abram, Simone (2014): 6 The time it takes: temporalities of planning. In: Bear, Laura (Hg.): Special Issue: Doubt, Conflict, Mediation. The Anthropology of Modern Time. In: Journal of the Royal Anthropological Institute, 20/S1: 129-147.
- Adorno, Theodor W. (1977 [1966]): Negative Dialektik. In: ders. (Hg.): Gesammelte Schriften, Band 6. Suhrkamp, Frankfurt am Main: 7-412.
- Adorno, Theodor W. (1979): Soziologische Schriften, Band 1. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Agrawal, Arun (2005): Environmentality: Community, Intimate Government, and the Making of Environmental Subjects in Kumaon, India. In: Current Anthropology, 46/2: 161-190.
- Ahlborg, Helene/Nightingale, Andrea J. (2018): Theorizing power in political ecology: the where of power in resource governance projects. In: Journal of Political Ecology, 25: 381-401.
- Allen, John (2003): Lost Geographies of Power. Blackwell, Malden/Oxford.
- Althusser, Louis (2010 [1970]): Ideologie und ideologische Staatsapparate. 1. Halbband. Herausgegeben von Frieder Otto Wolf. VSA Verlag, Hamburg.
- Altvater, Elmar (2015): Engels neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die „Dialektik der Natur“ und die Kritik von Akkumulation und Wachstum. VSA-Verlag, Hamburg.
- Angelo, Hillary/Wachsmuth, David (2015): Urbanizing Political Ecology: A Critique of Methodological Cityism. In: International Journal of Urban and Regional Research, 39/1: 16-27.
- Atkinson, Paul/Delamont, Sara (Hg.) (2005): Narrative methods. Sage, London.
- Bakker, Karen (1999): The politics of hydropower: developing the Mekong. In: Political Geography, 18/2: 209-232.
- Bakker, Karen (2002): From state to market?: Water *Mercantilización* in Spain. In: Environment and Planning A, 34/5: 767-790.
- Bakker, Karen (2003): An uncooperative commodity: Privatizing water in England and Wales. Oxford University Press, Oxford.
- Bakker, Karen/Bridge, Gavin (2006): Material Worlds? Resource Geographies and the “Matter of Nature”. In: Progress in Human Geography, 30/1: 5-27.
- Bankoff, Greg (2003): Constructing Vulnerability: The Historical, Natural and Social Generation of Flooding in Metropolitan Manila. In: Disasters, 27/3: 224-238.
- Barad, Karen (2007): Meeting the Universe Halfway: Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning. Duke University Press, Durham/London.
- Bargatzky, Thomas (1986): Einführung in die Kulturökologie. Umwelt, Kultur und Gesellschaft. Dietrich Reimer Verlag, Berlin.
- Barnard, Alan/Spencer, Jonathan (2010 [1996]): Culture. In: ders. (Hg.): The Routledge Encyclopedia of Social and Cultural Anthropology. Routledge, London/New York: 168-176.
- Barnes, Jessica/Alatout, Samer (2012): Water worlds: Introduction to the special issue of *Social Studies of Science*. In: Social Studies of Science, 42/4: 483-488.
- Barnes, Trevor J./Duncan, James S. (Hg.) (1992): Writing Worlds. Discourse, text and metaphor in the representations of landscape. Routledge, London/New York.
- Barredo, José I. (2007): Major flood disasters in Europe: 1950-2005. In: Natural Hazards, 42/1: 125-148.
- Bassett, Thomas J. (1988): The Political Ecology of Peasant-Herder Conflicts in the Northern Ivory Coast. In: Annals of the Association of American Geographers, 78/3: 453-472.

- Bassett, Thomas J./Zimmerer, Karl S. (2004): Cultural ecology. In: Gaile, G./Willmott, C. (Hg.): *Geography in America at the dawn of the twenty-first century*. Oxford University Press, Oxford: 97-112.
- Basso, Keith H. (1996): *Wisdom Sits in Places: Landscape and Language Among the Western Apache*. University of New Mexico Press, Albuquerque.
- Bateson, Gregory (1985 [1972]): *Ökologie des Geistes: Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bauriedl, Sybille (2016): Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen. In: *Geographica Helvetica*, 71: 341-351.
- Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In: Groß, Matthias (Hg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. VS Verlag, Wiesbaden: 76-96.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (1987): *Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft. Sozialökologische Arbeitspapiere*. AP, 1. IKO, Frankfurt am Main.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (2003): Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Böhme, Gernot/Manzei, Alexandra (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*. Fink, München: 91-112.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.) (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Campus, Frankfurt am Main/New York.
- Becker, Sören/Otto, Antje (2016): Editorial: Natur, Gesellschaft, Materialität: aktuelle Herausforderungen der Politischen Ökologie. In: *Geographica Helvetica*, 71: 221-227.
- Bender, Barbara (1993): *Landscape: politics and perspectives*. Berg Publisher, Oxford.
- Bender, Barbara (1998): *Stonehenge: Making space*. Berg Publisher, Oxford.
- Bender, Barbara/Winer, Margot (Hg.) (2001): *Contested Landscapes: Movement, Exile and Place*. Berg Publisher, Oxford.
- Benjamin, Walter (2010 [1939/1940]): *Über den Begriff der Geschichte*. Herausgegeben von Gérard Raulet. Suhrkamp, Berlin.
- Benjaminsen, Tor A./Reinert, Hugo/Sjaastad, Espen/Sara, Mikkel Nils (2015): Misreading the Arctic landscape: A political ecology of reindeer, carrying capacities, and overstocking in Finnmark, Norway. In: *Norsk Geografisk Tidsskrift*, 69/4: 219-229.
- Bennett, Jane (2010): *Vibrant matter. A Political Ecology of Things*. Duke University Press, Durham/London.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria/Werlhof, Claudia von (Hg.) (1984): *Frauen die letzte Kolonie*. Rowohlt, Reinbek.
- Bhaskar, Roy (1975): *A Realist Theory of Science*. Leeds Book, Leeds.
- Biersack, Aletta (2006): Reimagining Political Ecology: Culture/Power/History/Nature. In: Biersack, Aletta/Greenberg, James (Hg.): *Reimagining Political Ecology*. Duke University Press, Durham: 2-40.
- Biersack, Aletta/Greenberg, James B. (Hg.) (2006): *Reimagining Political Ecology*. Duke University Press, Durham.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozialen Ökologie*. Oekom Verlag, München.
- Birkmann, Jörn (Hg.) (2013): *Measuring vulnerability to natural hazards: Towards disaster resilient societies*. United Nations University Press, Tokio.
- Blaikie, Piers (1985): *The Political Economy of Soil Erosion in Developing Countries*. Pearson Education, London.
- Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (Hg.) (1987): *Land Degradation and Society*. Methuen, London/New York.

- Bode, Barbara A. (1977): Disaster, Social Structure, and Myth in the Peruvian Andes: the Genesis of AN Explanation. In: *Annals of the New York Academy of Sciences*, 293/1: 246-271.
- Böhme, Gustav (1992): *Natürlich Natur: über Natur im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Boissevain, Jeremy (1974): *Friends of friends. Networks, Manipulators and Coalitions*. St. Martin's Press, New York.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. VSA, Hamburg.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J.D. (1996): *Reflexive Anthropologie*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Brad, Alina (2016): Politische Ökologie und Politics of Scale – Vermittlungszusammenhänge zwischen Raum, Natur und Gesellschaft. In: *Geographica Helvetica*, 71: 353-363.
- Brand, Ulrich/Brad, Alina (2016): Die Macht der ökologischen Krise. Perspektiven der Politischen Ökologie. In: *Politix*, 40/5: 5-10.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36/2: 12-34.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom Verlag, Berlin.
- Brosius, Peter J. (1999): Analyses and Interventions: Anthropological Engagements with Environmentalism. In: *Current Anthropology*, 40/3: 277–309.
- Brunner, Claudia (2016): Das Konzept epistemischer Gewalt als Element einer transdisziplinären Friedens- und Konflikttheorie. In: Wintersteiner, Werner/Wolf, Lisa (Hg.): *Friedensforschung in Österreich. Bilanz und Perspektiven*. Drava, Klagenfurt: 38-53.
- Bryant, Raymond L. (1991): Putting politics first: the political ecology of sustainable development. In: *Global Ecology and Biogeography Letters*, 1/6: 164-166.
- Bryant, Raymond L. (1992): Political ecology: an emerging research agenda in Third World studies. In: *Political Geography*, 11/1: 12-36.
- Bryant, Raymond L. (1998): Power, knowledge and political ecology in the third world: a review. In: *Progress in Physical Geography*, 22/1: 79-94.
- Bryant, Raymond L. (1999): A political ecology for developing countries. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 43/3–4: 148–157.
- Bryant, Raymond L. (Hg.) (2015): *The International Handbook of Political Ecology*. Edgar Elgar, Cheltenham/Northampton.
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinead (1997): *Third World Political Ecology*. Routledge, London/New York.
- Bullard, Robert D. (1983): Solid Waste Sites and Black Houston Community. In *Sociological Inquiry*, 53/2-3: 273-288.
- Burawoy, Michael (2000): *Global Ethnography: Forces, Connections, and Imaginations in a Postmodern World*. University of California Press, Berkeley.
- Butler, Judith (1997): *The Psychic Life of Power*. Stanford University Press, Stanford.
- Calice, Jakob (2010): Die normale, die katastrophale und die karnevaleske Donau. Über den alltäglichen Umgang mit Hochwässern im Machland des 20. Jahrhunderts. In: Winiwarter, Verena/Schmid, Martin (Hg.): *Umwelt Donau: Eine andere Geschichte*. Katalog zur Ausstellung des Niederösterreichischen Landesarchives im ehemaligen Pfarrhof in Ardagger Markt. Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten: 75-90.
- Callon, Michel/Latour, Bruno. (1981): Unscrewing the Big Leviathan: How Actors Macro-Structure Reality and How Sociologists Help Them Do So. In: Knorr-Cetina,

- Karina/Cicourel A.V. (Hg.): *Advances in Social Theory and Methodology: Toward an Integration of Micro- and Macro-Sociologies*. Routledge/Kegan Paul, Boston: 277-303.
- Carneiro, Robert L. (1970): A Theory of the Origin of the State. *Traditional Theories of State Origins Are Considered and Rejected in Favour of a New Ecological Hypothesis*. In: *Science*, 21/169: 733-738.
- Castree, Noel (1995): The Nature of Produced Nature: Materiality and Knowledge Construction in Marxism. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 27/1: 12-48.
- Castree, Noel (2000): Marxism and the Production of Nature. In: *Capital & Class*, 24/3: 5-36.
- Castree, Noel (2002): False Antitheses? Marxism, Nature and Actor-Networks. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 34/1: 111-146.
- Castree, Noel (2005): *Nature: the adventures of a concept*. Routledge, London.
- Castree, Noel/Braun, Bruce (Hg.) (2001): *Social Nature. Theory, Practice, and Politics*. Blackwell, Malden/Oxford.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2003): Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik. In: Steyerl, Hito/Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación (Hg.): *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Unrast, Münster: 270-290.
- Catton, William R./Dunlap, Riley E. (1978): *Environmental Sociology: A New Paradigm*. In: *The American Sociologist*, 13: 41-49.
- Caudwell, Christopher (1937): *Illusion and Reality. A Study of the Sources of Poetry*. Macmillan, London.
- Cockburn, Alexander/Ridgeway, James (Hg.) (1979): *Political Ecology: an Activist's Reader on Energy, Land, Food, Technology, Health, and the Economics and Politics of Social Change*. Times Book, New York.
- Colfer, Carol J. Pierce (2008): From Understanding to Action: Building on Anthropological Approaches to Influence Policy Making. In: Walters, Bradley B./McCay, Bonnie J./West, Paige/Lees, Susan (Hg.): *Against the Grain. The Vayda Tradition in Human Ecology and Ecological Anthropology*. AltaMira Press, Lanham/New York: 273-285.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2005): Resource Rents, Governance, and Conflict. In: *Journal of Conflict Resolution*, 49/4: 625-633.
- Cronon, William (1996): The Trouble with Wilderness: Or Getting Back to the Wrong Nature. In: *Environmental History*, 1/1: 7-28.
- Cutter, Susan L. (1995): Race, class and environmental justice. In: *Progress in Human Geography*, 19/1: 111-122.
- Cutter, Susan L. (1996): Vulnerability to environmental hazards. In: *Progress in Human Geography*, 20: 529-539.
- Dahl, Gudrun (1993): Environmentalism, Nature and "Otherness": Some Perspectives on our Relations with Small Scale Producers in the Third World. In: ders. (Hg.): *Green Arguments for Local Subsistence. Stockholm Studies in Social Anthropology*, Stockholm: 1-24.
- Davies, Charlotte Aull (1999): *Reflexive Ethnography. A Guide to Researching Selves and Others*. Routledge, London/New York.
- Demeritt, David (2002): What is the „social construction of nature“? A typology and sympathetic critique. In: *Progress in Human Geography*, 26/6: 767-790.
- Demirović, Alex (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren. In: *Luxemburg*, 13/3: 60-72.
- Descola, Philippe (2011): *Jenseits von Natur und Kultur*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Descola, Philippe (2014): *Die Ökologie der Anderen. Die Anthropologie und die Frage der Natur*. Matthes & Seitz, Berlin.
- Descola, Philippe/ Gísli, Pálsson (1996): *Nature and Society. Anthropological Perspectives*. Routledge, New York.

- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2014): Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? – Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 43/1: 73-90.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2018): Field of Conflict: Ein relationaler Ansatz zur Analyse von Konflikten um Land. In: GLOCON Working Paper Series, 1: 1-24.
- Dove, Michael R./Carpenter, Carol (Hg.) (2008a): Environmental Anthropology. A historical reader. Blackwell, Oxford.
- Dove, Michael R./Carpenter, Carol (2008b): Introduction: Major Historical Currents in Environmental Anthropology. In: ders. (Hg.): Environmental Anthropology. A historical reader. Blackwell, Oxford: 1-85.
- Eder, Klaus (1988): Die Vergesellschaftung der Natur. Studien zur sozialen Evolution der praktischen Vernunft. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Ehrlich, Paul (1968): The Population Bomb. Sierra Club-Ballantine Book, New York.
- Ekers, Michael/Loftus, Alex (2008): The power of water: developing dialogues between Foucault and Gramsci. In: Environment and Planning D: Society and Space, 26/4: 698-718.
- Emerson, Robert M./Fretz, Rachel I./Shaw, Linda L. (1995): Writing Ethnographic Fieldnotes. Chicago University Press, Chicago/London.
- Engels (1962 [1886]): Dialektik der Natur. In: Marx-Engels-Werke, Band 20. Dietz Verlag, Berlin: 305-570.
- Engels, Friedrich (1884): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Verlag der Schweizerischen Volksbuchhandlung, Zürich-Hottingen.
- Engels, Friedrich (1962 [1886]): Dialektik der Natur. In: Marx-Engels-Werke, Band 20. Dietz Verlag, Berlin: 305-570.
- Enzensberger, Hans Magnus (1973): Zur Kritik der politischen Ökologie. In: Kursbuch, 33: 1-42.
- EPA (2019): US Environmental Protection Agency. Environmental Justice. Homepage. Online verfügbar unter: <https://www.epa.gov/environmentaljustice>, 23.06.2019.
- Eribon, Didier (2017): Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Eriksen, Thomas H. (2015): Small Places, Large Issues. An Introduction to Social and Cultural Anthropology. Fourth Edition. Pluto Press, London.
- Escobar, Arturo (1996): Constructing Nature: Elements for a Post-structuralist Political Ecology. In: Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.): Liberation Ecologies: Environment, development, social movements. Routledge, London: 46-68.
- Escobar, Arturo (1998): Whose Knowledge, Whose nature? Biodiversity, Conservation, and the Political Ecology of Social Movements. In: Journal of Political Ecology, 5: 53- 82.
- Escobar, Arturo (1999): After Nature. Steps to an Antiessentialist Political Ecology. In: Current Anthropology, 40/1: 1-30.
- Escobar, Arturo (2008): Territories of difference: place, movements, life, *redes*. Duke University Press, Durham.
- Escobar, Arturo (2016 [2006]): Difference and Conflict in the Struggle over Natural Resources. A Political Ecology Framework. In: Haenn, Nora/Wilk, Richard/Harnish, Allison (Hg.): The Environment in Anthropology: A Reader in Ecology, Culture, and Sustainable Living. New York University Press, New York: 362-368.
- Escobar, Arturo (2018): Design for the Pluriverse. Radical Interdependence, Autonomy, and the Making of Worlds. Duke University Press, Durham/London.
- Fairhead, James/Leach, Melissa (1996): Misreading the African Landscape: Society and Ecology in a Forest-Savanna Mosaic. Cambridge University Press, Cambridge.
- Fekete/Alexander/Montz, Burrell (2018): Vulnerability: An Introduction. In: Fuchs, Sven/Thaler, Thomas (Hg.): Vulnerability and Resilience to Natural Hazards. Cambridge University Press, Cambridge: 14-31.

- Felgentreff, Carsten (2008): Wiederaufbau nach Katastrophen. In: Felgentreff, Carsten/Glade, Thomas (Hg.): *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*. Springer, Heidelberg: 281-294.
- Feyerabend, Paul (1999 [1976]): *Wider den Methodenzwang*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Fischer-Kowalski, Marina (1997): Society's Metabolism: On the Childhood and Adolescence of a Rising Conceptual Star. In: Redclift, Michael R./Woodgate, Graham (Hg.): *The International Handbook of Environmental Sociology*. Edward Elgar, Cheltenham/Northampton: 119-137.
- Fischer-Kowalski, Marina/Weisz, Helga (1998): Gesellschaft als Verzahnung materieller und symbolischer Welten. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Wiesbaden, Springer: 145-172.
- Fischer-Kowalski, Marina/Weisz, Helga (1999): Society as a hybrid between material and symbolic realms. Toward a theoretical framework of society-nature interaction. In: *Advances in Human Ecology*, 8: 215-251.
- Fletcher, Robert (2010): Neoliberal environmentalism: towards a poststructuralist political ecology of the conservation debate. In: *Conservation and Society*, 8/3: 171-181.
- Flick, Uwe (2002): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Rowohlt, Reinbek.
- Folke, Carl (2006): Resilience: The emergence of a perspective for social-ecological systems analyses. In: *Global Environmental Change*, 16: 253-267.
- Forsyth, Tim (2003): *Critical Political Ecology. The politics of environmental science*. Routledge, London.
- Forsyth, Tim (2011): Politicizing environmental explanations: what can political ecology learn from sociology and philosophy of science? In: Goldman, Mara J./Nadasdy, Paul/Turner, Matthew D. (Hg.): *Knowing Nature: Conversations at the Intersection of Political Ecology and Science Studies*. University of Chicago Press, Chicago: 31-46.
- Foster, John B. (2000): *Marx's Ecology: Materialism and Nature*. Monthly Review Press, New York.
- Foster, John B./Burkett, Paul (2010): Stoffwechsel, Energie und Entropie in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie: Jenseits des Podolinsky-Mythos (Teil 1). In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 159/40/2: 217-240.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht: Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Merve Verlag, Berlin.
- Foucault, Michel (1980): Truth and power. In: Gordon, Colin (Hg.): *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972-1977*. By Michael Foucault. Pantheon Books, New York: 109-133.
- Foucault, Michel (1983): *Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1984): The Subject and Power. In: Wallis, Brian (Hg.): *Art after Modernism: Rethinking Representations*. New Museum of Contemporary Art/D. R. Godine, New York/Boston: 417-432.
- Foucault, Michel (1991): Governmentality. In: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. Harvester Wheatsheaf, Hemel Hempstead: 87-104.
- Foucault, Michel (1992) [1978]: *Was ist Kritik?* Merve Verlag, Berlin.
- Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2007 [1974]): *Die Ordnung des Diskurses*. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2007 [1977/78]): *Security, Territory, Population*. Herausgegeben von Arnold I. Davidson. Palgrave Macmillan, Basingstoke.
- Foucault, Michel/DE (2001ff.): *Dits et Ecrit. Schriften, Band 1-4*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

- Friedman, Jonathan (1979): Hegelian Ecology In: Burnham Philip/Ellen, Roy (Hg.): Social and Ecological Systems. Academic Press, New York: 253–279.
- Fromm, Erich (1999 [1961]): Der moderne Mensch und seine Zukunft. In: Funk, Rainer (Hg.): Erich-Fromm-Gesamtausgabe in 12 Bänden, Band XI. Dtv, München.
- Froschauer, Ulrike/Lueger Manfred (2003): Das qualitative Interview: zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. WUV Wien, Wien.
- Fuchs, Sven/Thaler, Thomas (2018): Introduction. In: ders. (Hg.): Vulnerability and Resilience to Natural Hazards. Cambridge University Press, Cambridge: 1-13.
- Galván-Álvarez, Enrique (2010): Epistemic Violence and Retaliation. The Issue of Knowledge in Mother India. In: Atlantis. Journal of the Spanish Association of Anglo-American Studies, 32/2: 11-26.
- Gamerith, Werner (2009): Die geographische Bedeutung des Donaauraums. Aspekte einer kritischen Kulturgeographie. In: Umwelt. Schriften für Ökologie und Ethologie, 34: 7-19.
- Garner, Robert (1996): Environmental Politics. Harvester Wheatsheaf, London.
- Geertz, Clifford (1973): The Interpretation of Cultures. Selected Essays. Basic Books, New York.
- Geertz, Clifford (1988): Works and Lives: The Anthropologist as Author. Stanford University Press, Stanford.
- Gesing, Friederike/Knecht, Michi/Flitner, Michael/Amelang, Katrin (Hg.) (2019): NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeug für neue politische Ökologien. Transcript Verlag, Bielefeld.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity. Blackwell, Oxford.
- Giddens, Anthony (1996): Affluence, Poverty and the Idea of a Post-Scarcity Society. In: Development and Change, 77: 365-377.
- Gingrich, Andre (2017): Vom Verhältnis zur „Natur“ bei anderen Kulturen. In: Seiser, Gertraud (Hg.): Ökonomische Anthropologie. Einführung und Fallbeispiele. Facultas, Wien: 163-178.
- Gingrich, Andre/Mader, Elke (2002): Der Elefant im Garten. Einleitende Bemerkungen. In: Gingrich, Andre/Mader, Elke (Hg.): Metamorphosen der Natur: sozialanthropologische Untersuchungen zum Verhältnis von Weltbild und natürlicher Umwelt. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar: 7-30.
- Gledhill, John (2009): Power in political anthropology. In: Journal of Power, 2/1: 9-34.
- Godelier, Maurice (1990 [1984]): Natur, Arbeit, Geschichte. Zu einer universalgeschichtlichen Theorie der Wirtschaftsformen. Junius Sozialgeschichtliche Bibliothek, Hamburg.
- Goldberg, David T. (2002): Racial States. In: Goldberg, David T./Solomos, John (Hg.): A Companion to Racial and Ethnic Studies. Blackwell, Oxford: 233-258.
- Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Görg, Christoph (2003a): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Regulation der ökologischen Krise. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Görg, Christoph (2003b): Dialektische Konstellationen. Zu einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex (Hg.): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Springer, Wiesbaden: 39-62.
- Görg, Christoph (2008): Regulation globaler Naturverhältnisse. Zur Vermittlung von Umwelt und Gesellschaft im globalen Wandel. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, 82: 95-113.
- Gorz, André (2009): Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie. Rotpunktverlag, Zürich.
- Gottschlich, Daniela/Mölders, Tanja (Hg.) (2017): Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision. Springer VS, Wiesbaden.
- Greenberg, James B. (2006): The political ecology of fisheries in the Upper Gulf of California. In: Biersack, Aletta/Greenberg, James B. (Hg.): Reimagining Political Ecology. Duke University Press, Durham: 121-148.

- Greenberg, James B./Thomas K. Park (1994): Political Ecology. In: *Journal of Political Ecology*, 1: 1-12.
- Gudeman, Stephen (2016): *Anthropology and Economy*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Guyer, Jane I. (2007): Prophecy and the Near Future: Thoughts on macroeconomic, evangelical and punctuated time. In: *American Ethnologist*, 34/3: 409-421.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Haenn, Nora/Wilk, Richard/Harnish, Allison (2016a): So, What is Environmental Anthropology? In: Haenn, Nora/Wilk, Richard/Harnish, Allison (Hg.): *The Environment in Anthropology: A Reader in Ecology, Culture, and Sustainable Living*. New York University Press, New York: 3-11.
- Hann, Christ/Hart, Keith (2011): *Economic Anthropology. History, Ethnography, Critique*. Polity Press, Cambridge.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies*, 14/3: 575-599.
- Haraway, Donna (1991): *Simians, Cyborgs and Women: The Reinvention of Nature*. Routledge, New York.
- Haraway, Donna (2008): *When Species Meet*. University of Minnesota Press, Minneapolis and London.
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: *Science*, 162/3859: 1243-1248.
- Harding, Sandra (1990): *Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht*. Argument Verlag, Hamburg.
- Harris, Marvin (1968): *The rise of anthropological theory: A history of theory of culture*. Crowell, New York.
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Blackwell, Oxford.
- Hastrup, Kirsten/Hastrup, Frida (Hg.) (2015): *Waterworlds: Anthropology in Fluid Environments*. Berghahn, New York/Oxford.
- Hauser-Schäublin, Brigitta/Röttger-Rössler, Birgitt (Hg.) (1998): *Differenz und Geschlecht. Neue Ansätze in der ethnologischen Forschung*. Reimer, Berlin.
- Hauser-Schäublin, Brigitta (2001): Von der Natur in der Kultur und der Kultur in der Natur. Eine kritische Reflexion des Begriffspaars. In: Brednich, RW/Schneider, A./Werner, U. (Hg.): *Natur-Kultur: volkskundliche Perspektiven auf Mensch und Umwelt*. Waxmann, Münster: 11-20.
- Headland, Thomas (1997): Revisionism in Ecological Anthropology. In: *Current Anthropology*, 38/4: 605-630.
- Herrmann, Bernd (2016): *Umweltgeschichte. Eine Einführung in Grundbegriffe*. Springer, Berlin/Heidelberg.
- Heyman, Josiah McC. (2005): The Political Ecology of Consumption: Beyond Greed and Guilt. In: Paulson, Susan/ Gezon, Lisa L. (Hg.): *Political Ecology across Spaces, Scales, and Social Groups*. Rutgers University Press, New Brunswick: 113-134.
- Hobart, Mark (Hg.) (1993a): *An Anthropological Critique of Development: The Growth of Ignorance* Routledge, London/New York.
- Hobart, Mark (1993b): Introduction. The Growth of Ignorance? In: ders. (Hg.): *An Anthropological Critique of Development: The Growth of Ignorance*. Routledge, London/New York: 1-30.
- Hoffman, Susanna M./Oliver-Smith, Anthony (Hg.) (2002): *Catastrophe and Culture: The Anthropology of Disaster*. School for Advanced Research Press, Santa Fe.
- Homer-Dixon, Thomas (1999): *Environment, scarcity, and violence*. Princeton University Press, Princeton.

- Honecker, Ulrich (2005): Bewertung des naturnahen Retentionspotentials in Gewässer-Aue-Systeme. Ein Beitrag zur integrierten Hochwasservorsorge am Beispiel des Einzugsgebiets der Prims. Universität des Saarlandes, Saarbrücken.
- Horkheimer, Max (2007 [1947]): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1988 [1944]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.
- Hornborg, Alf (2001): The power of the machine: global inequalities of economy, technology, and environment. AltaMira, Walnut Creek.
- Hornborg, Alf (2013): Technology as Fetish: Marx, Latour, and the Cultural Foundations of Capitalism. In: Theory, Culture & Society, 0/0: 1-22.
- Hornborg, Alf (2016): Artifacts have consequences, not agency: Toward a critical theory of global environmental history. In: European Journal of Social Theory, 20/1: 95-110.
- Hornborg, Alf (2017): Dithering while the planet burns: Anthropologists' approaches to the Anthropocene. In: Reviews in Anthropology, 46/2-3: 61-77.
- Humboldt, Alexander von (1852): Personal Narrative of Travels to the Equinoctial Regions of America. Henry G. Bohn, London.
- Hvalkof, Soren/Escobar, Arturo (1998): Political ecology and social practice: Notes toward an academic and political agenda. In: Goodman, Alan/Leathermann, Thomas (Hg.): Building a biological synthesis: Political-economic perspectives in biological anthropology. University of Michigan Press, Ann Arbor: 425-450.
- Ingold, Tim (1992): Culture and the perception of the environment. In: Croll, Elisabeth/Parkin, David (Hg.): Bush Base: Forest Farm. Culture, Environment and Development. Routledge, London/New York: 39-56.
- Ingold, Tim (1993): The temporality of the landscape. In: World Archaeology, 25/2: 152-174.
- Ingold, Tim (1995): Building, Dwelling, Living. How Animals and People Make Themselves at Home in the World. In: Strathern, Marilyn (Hg.): Shifting Contexts: Transformations in Anthropological Knowledge. Routledge, London: 57-80.
- Ingold, Tim (2000): The Perception of the Environment: essays in livelihood, dwelling and skill. Routledge, London.
- Ingold, Tim (2002): Jagen und Sammeln als Wahrnehmungsformen der Umwelt. In: Gingrich, André/ Mader, Elke (Hg.): Metamorphosen der Natur. Sozialanthropologische Untersuchungen zum Verhältnis von Weltbild und natürlicher Umwelt. Böhlau, Wien/Köln/Weimar: 69-101.
- Ingold, Tim (2005): Epilogue: Towards a Politics of dwelling. In: Conservation & Society, 3/2: 501-508.
- Ingold, Tim (2007): Lines: A Brief History. Routledge, London.
- Ingold, Tim (2011): Being alive: essays on movement, knowledge and description. Routledge, New York.
- Ingold, Tim (2013): Making: Anthropology, Archaeology, Art and Architecture. Routledge, London/New York.
- Ingold, Tim/Pálsson, Gisli (Hg.) (2013): Biosocial Becomings. Integrating Social and Biological Anthropology. Cambridge University Press, Cambridge.
- IPCC (2015): Climate Change 2014. Synthesis Report. A Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. IPCC, Genf.
- Isaac, Jeffrey C. (1987): Power and Marxist theory: a realist view. Cornell University Press, Ithaca.
- Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Unrast, Münster.

- Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines Konzepts. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Leske + Budrich, Opladen: 75-93.
- Jarosz, Lucy (2004): Political ecology as ethical practice. In: *Political Geography*, 23/7: 917-927.
- Jessop, Bob (1999): The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas. In: *Journal of Hellenic Diaspora*, 25/1-2: 1-37.
- Johnston, Barbara R. (Hg.) (1994): Who pays the prize? The Sociocultural Context of Environmental Crisis. Island Press, Washington/Covelo.
- Jones, Phil/MacDonald, Neil (2007): Making Space for Unruly Water: Sustainable Drainage Systems and the Disciplining of Surface Runoff. In: *Geoforum*, 38/3: 534-544.
- Jungwirth, Mathias/Haidvogel, Gertrud/Hohensinner, Severin/Weißbacher, Herwig/Zauner, Gerald (Hg.) (2014): Österreichs Donau. Landschaft – Fisch – Geschichte. Institut für Hydrobiologie und Gewässermanagement, BOKU Wien, Wien.
- Karl, Bernhard (1995): Rahmenbedingungen und generelle Möglichkeiten zur Verbesserung der ökologischen Situation im Überflutungsbereich der Donau zwischen Aschach und Ottensheim. Diplomarbeit, BOKU Wien, Wien.
- Karlsson, Bengt (2015): Political Ecology: Anthropological Perspectives. In: Wright, James D. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Elsevier, Oxford: 350-355.
- Karlsson, Bengt (2018): After Political Ecology. In: *Anthropology Today*, 34/2: 22-24.
- Kaufmann, Jean Claude (1999): Das verstehende Interview. Theorie und Praxis. UVK Universitätsverlag Konstanz, Konstanz.
- Kazig, Rainer/Weichhart, Peter (2009): Die Neuthematisierung der materiellen Welt in der Humangeographie. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 83/2: 109-128.
- Kipnis, Andrew B. (2015): Agency between humanism and posthumanism: Latour and his opponents. In: *HAU: Journal of Ethnographic Theory*, 5/2: 43-58.
- Kirksey, Eben S./Helmreich, Stefan (2010): The Emergence of Multispecies Ethnography. In: *Cultural Anthropology* 25/4: 545-576.
- Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina (Hg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Wochenschau Verlag, Schwalbach: 217-227.
- Krampl, Magdalena/Sohm, Sebastian/Süntinger, Nicole (2016): Retentionsbereiche und Rückhalteräume im Hochwasserschutz – eine Herausforderung für die Raumplanung. In: Kanonier, Arthur/Walchhofer, Hans-Peter (Hg.): *Masterprojekt. Integrales Naturgefahrenmanagement. LV-Projekt*. TU Wien, Wien: 146-225.
- Krause, Franz (2012): Managing floods, managing people: A political ecology of watercourse regulation on the Kemijoki. In: *Nordia Geographical Publications*, 41/5: 57-68.
- Krings, Thomas/Müller, Barbara (2001): Politische Ökologie: Theoretische Leitlinien und aktuelle Forschungsfelder. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Universität Heidelberg Geographisches Institut, Heidelberg: 93-116.
- Kroeber, Alfred (1939): *Cultural and Natural Areas of Native North America*. University of California Press, Berkeley.
- Kropotkin, Pjotr (1888): *Mutual Aid: A Factor in Evolution*. Porter Sargent, Boston.
- Kropotkin, Pjotr (1990 [1892]): *The Conquest of Bread*. Black Rose Press, Montreal.
- Kropp, Cordula (2002): "Natur". *Soziologische Konzepte, politische Konsequenzen*. Leske + Buldrich, Opladen.
- Kruse, Sylvia (2010): *Vorsorgendes Hochwassermanagement im Wandel. Ein sozial-ökologisches Raumkonzept für den Umgang mit Hochwasser*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Kruse, Sylvia/Mölders, Tanja (2005): Hochwasser- und Naturschutz in der nachhaltigen Regionalentwicklung. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Region Mulde-Mündung. In: *Umweltpsychologie*, 9/2: 30-49.
- Kuznar, Lawrence A./Sanderson, Stephen K. (Hg.) (2007): *Studying Societies and Cultures. Marvin Harris's Cultural Materialism and Its Legacy*. Paradigm Publishers, Boulder/London.
- Lamnek, Siegfried/Krell, Claudia (2016 [1988]): *Qualitative Sozialforschung*. Beltz, Weinheim/Basel.
- Latour, Bruno (1987): *Science in Action: How to Follow Scientists and Engineers Through Society*. Harvard University Press, Cambridge.
- Latour, Bruno (1993): *We Have Never Been Modern*. Harvester Wheatsheaf, New York/London.
- Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Latour, Bruno (2004): *Politics of Nature. How to Bring the Sciences into Democracy*. Harvard University Press, Cambridge/London.
- Latour, Bruno (2005): *Reassembling the Social. An Introduction to Actor-Network-Theory*. Oxford University Press, Oxford/New York.
- Latour, Bruno (2006 [1993]): *Relativism*. In: Moore, Henrietta L./Sanders, Todd (Hg.): *Anthropology in Theory. Issues in Epistemology*. Blackwell, Oxford: 598-605.
- Latour, Bruno (2018): *Das terrestrische Manifest*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Layne, Linda L. (2000): *The Cultural Fix: An Anthropological Contribution to Science and Technology Studies*. In: *Science, Technology & Human Values*, 25/4: 492-519.
- Le Billon, Philippe (2015): *Environmental conflict*. In: Perreault, Tom/Bridge, Gavin/McCarthy, James (Hg.) (2015): *The Routledge Handbook of Political Ecology*. Routledge, London: 598-608.
- Le Billon, Philippe/Duffy, Rosaleen (2018): *Conflict ecologies: connecting political ecology and peace and conflict studies*. In: *Journal of Political Ecology*, 25: 239-260.
- Lefèbvre, Henri (1965): *Probleme des Marxismus, heute*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Lefèbvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Blackwell, Oxford.
- Lemke, Thomas (2007): *Die Natur in der Soziologie. Versuch einer Positionsbestimmung*. In: *Leviathan*, 35/2: 248-255.
- Lévi-Strauss, Claude (1973 [1962]): *Das wilde Denken*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Link, Jürgen/Link-Heer, Ursula (1990): *Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse*. In: *LiLi*, 77: 88-99.
- Little, Paul E. (2007): *Political ecology as ethnography: a theoretical and methodological guide*. In: *Horizontales Antropológicos*, 3/12/25: o.S. Online verfügbar unter: http://socialsciences.scielo.org/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0104-71832007000100012&lng=en&nrm=iso&tlng=en, 13.06.2019.
- Little, Peter/Horowitz, Michael/Nyerges, A. E. (Hg.) (1987): *Lands at Risk in the Third World: Local Level Perspectives*. Westview, Boulder.
- MacNaughton, Phil/Urry, John (1998): *Contested Natures*. Sage, Thousand Oaks.
- Mader, Elke (2017): *Wirtschaft, Natur und Weltbild. Die Shuar und Achuar im Amazonasgebiet*. In: Seiser, Gertraud (Hg.): *Ökonomische Anthropologie. Einführung und Fallbeispiele*. Facultas, Wien: 215-237.
- Malm, Andreas/Hornborg, Alf (2014): *The geology of mankind? A critique of the Anthropocene narrative*. In: *The Anthropocene Review*, 1: 62-69.
- Marcus, George E. (1998): *Ethnography through Thick and Thin*. Princeton University Press, Princeton.
- Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch*. Hermann Luchterhand, Berlin.

- Martínez-Alier, Juan (1995): Political ecology, distributional conflicts, and ecological incommensurability. In: *New Left Review*, 211: 70-88.
- Martínez-Alier, Juan (2002): *The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation*. Edgar Elgar, Cheltenham/Northampton.
- Marx, Karl (1968 [1844]): *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*. In: *Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband, Teil I*. Dietz Verlag, Berlin: 465-588.
- Marx, Karl (1968 [1867]): *Das Kapital. Band I. Kritik der politischen Ökonomie*. In: *Marx-Engels-Werke, Band 23*. Dietz Verlag, Berlin: 11-802.
- Marx, Karl (1971 [1857]): *Einleitung [zur Kritik der Politischen Ökonomie]*. In: *Marx-Engels-Werke, Band 13*. Dietz Verlag, Berlin: 615-641.
- Marx, Karl (1971 [1859]): *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. In: *Marx-Engels-Werke, Band 13*. Dietz Verlag, Berlin: 3-160.
- Marx, Karl (1976 [1843]): *Zur Judenfrage*. In: *Marx-Engels-Werke, Band 1*. Dietz Verlag, Berlin: 347-377.
- Marx, Karl (1976 [1880-1882]): *Die ethnologischen Exzerptheft*. Herausgegeben von Lawrence Krader. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2013 [1848]): *Manifest der Kommunistischen Partei*. Nikol Verlag, Hamburg.
- Mauch, Christof (2013): *Notes from the Greenhouse. Making the Case for Environmental History. Ein Plädoyer für Umweltgeschichte*. RCC Perspectives, RCC.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. Beltz, Weinheim.
- McCay, Bonnie J. (2008): *An Intellectual History of Ecological Anthropology*. In: Walters, Bradley B./McCay, Bonnie J./West, Paige/Lees, Susan (Hg.): *Against the Grain. The Vayda Tradition in Human Ecology and Ecological Anthropology*. AltaMira Press, Lanham/New York: 11-26.
- Meadows, Dennis L./Meadows, Donella H./Randers, Jørgen/Behrens, William W. (Hg.) (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.
- Merchant, Carolin (1987): *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaften*. C.H. Beck, München.
- Meyer-Abich, Klaus M. (1990): *Aufstand für die Natur: von der Umwelt zur Mitwelt*. Hanser, München.
- Miller, Daniel (1987): *Material culture and mass consumption*. Wiley-Blackwell, Oxford.
- Miller, Daniel (Hg.) (2005a): *Materiality*. Duke University Press, Durham/London.
- Miller, Daniel (2005b): *Materiality: An Introduction*. In: ders. (Hg.): *Materiality*. Duke University Press, Durham/London: 1-50.
- Milton, Kay (2002): *Loving Nature: Towards an Ecology of Emotion*. Routledge, London/New York.
- Moore, Henrietta (1993): *Feminismus und Anthropologie: Geschichte einer Beziehung*. In: Rippl, Gabriele (Hg.): *Unbeschreiblich weiblich. Texte zur feministischen Anthropologie*. Fischer, Frankfurt am Main: 88-103.
- Moore, Henrietta L./Sanders, Todd (2006): *Anthropology and epistemology*. In: ders. (Hg.): *Anthropology in Theory. Issues in Epistemology*. Blackwell, Oxford: 1-21.
- Moran, Emilio (2000): *Human Adaptability: An Introduction to Ecological Anthropology*. Westview Press, Colorado.
- Morgan, Lewis H. (1877): *Ancient Society. Or Researches in the Lines of Human Progress from Savagery through Barbarism to Civilization*. MacMillan & Company, London.
- Morton, Timothy (2007): *Ecology Without Nature: Rethinking Environmental Aesthetics*. Harvard University Press, Cambridge/London.
- Mouffe, Chantal (1993): *The return of the political*. Verso, London.

- Nadasdy, Paul (1999): The Politics of TEK: Power and the “Integration” of Knowledge. In: *Arctic Anthropology*, 36/1-2: 1-18.
- Nadig, Maya (1997 [1986]): Die verborgene Kultur der Frau. [Ethnopschoanalytische Gespräche mit Bäuerinnen in Mexiko]. Fischer, Frankfurt am Main.
- Nandy, Ashis (1993): State. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): *The Development Dictionary*. Zed Books, London: 264-274.
- Narotzky, Susana (1997): *New Directions in Economic Anthropology*. Pluto Press, London/Chicago.
- Natur & Landschaft/LBOÖ (2007): Natur und Landschaft. Leitbilder für Oberösterreich. Band 8: Raumeinheit Eferdinger Becken. Naturschutzabteilung Land Oberösterreich. Online verfügbar unter: https://www.zobodat.at/pdf/GUTNAT_0247_0001-0077.pdf, 17.06.2019.
- Netting, Robert McC. (1993): *Smallholders, Householders: Farm Families and the Ecology of Intensive, Sustainable Agriculture*. Stanford University Press, Stanford.
- Neumann, Roderick P. (2005): *Making Political Ecology*. Hodder Arnold, London.
- Newson, Malcolm (1992): *Land, Water and Development: River Basin Systems and Their Sustainable Management*. Routledge, London/New York.
- Nietschmann, Bernd (1973): *Between Land and Water*. Seminar Press, New York.
- Norgaard, Richard B. (1994): *Development Betrayed: The End of Progress and a Coevolutionary Revisioning of the Future*. Routledge, London.
- Nuijten, Monique (2003): *Power, Community and the State: The Political Anthropology of Organisation in Mexico*. Pluto Press, London.
- Nygren, Anja (2011): Culture, exchange and global political ecology: What Role for Anthropologists? In: *Suomen Antropologi*, 36/2: 40-43.
- Nygren, Anja/Rikoon, Sanford J. (2008): Political Ecology Revisited: Integration of Politics and Ecology Does Matter. In: *Society & Natural Resources*, 21/9: 767-782.
- Odum, Eugene P. (1953): *Fundamentals of Ecology*. Saunders, Philadelphia.
- O’Keefe, Phil/Westgate, Ken/Wisner, Ben (1976): Taking the Naturalness out of Natural Disasters. In: *Nature*, 260: 566-567.
- Okely, Judith (2001): Visualism and Landscape: Looking and Seeing in Normandy. In: *Ethnos: Journal of Anthropology*, 66/1: 99-120.
- Oliver-Smith Anthony (1982): Here there is life: the social and cultural dynamics of successful resistance to resettlement in post-disaster Peru. In: Hansen, Art/Oliver-Smith, Anthony (Hg.): *Involuntary Migration and Resettlement: The Problems and Responses of Dislocated People*. Westview, Boulder: 85-104.
- Oliver-Smith, Anthony (1996): Anthropological Research on Hazards and Disasters. In: *Annual Review of Anthropology*, 25: 303-328.
- Olsen, Wendy (2009): Realist Methodology: A Review. In: ders. (Hg.): *Realist Methodology*. Draft Version. Online verfügbar unter: <https://www.escholar.manchester.ac.uk/api/datastream?publicationPid=uk-ac-man-scw:75773&datastreamId=SUPPLEMENTARY-1.PDF>, 24.06.2019.
- Orlove, Ben/Caton, Steven C. (2010): Water Sustainability: Anthropological Approaches and Prospects. In: *Annual Review of Anthropology*, 39: 401-415.
- Ortner, Sherry B. (1984): Theory of Anthropology Since the Sixties. In: *Comparative Studies in Society and History*, 126/1: 126-166.
- Ortner, Sherry B. (1995): Resistance and the problem of ethnographic refusal. In: *Comparative Studies in Society and History*, 37/1: 173-193.
- Pálsson, Gísli (2006): Nature and Society in the Age of Postmodernity. In: Biersack, Aletta/Greenberg, James B. (Hg.): *Reimagining Political Ecology*. Duke University Press, Durham: 70-93.

- Patt, Heinz/Jüpner, Robert (2013): Einführung in die Thematik. In: Patt, Heinz/Jüpner, Robert (Hg.): Hochwasser-Handbuch. Auswirkungen und Schutz. Springer VS, Berlin/Heidelberg: 1-9.
- Paulson, Susan/Gezon, Lisa L. (2005): Place, Power, Difference: Multiscale Research at the Dawn of the Twenty-first Century. In: Paulson, Susan/Gezon, Lisa L. (Hg.): Political Ecology across Spaces, Scales, and Social Groups. Rutgers University Press, New Brunswick: 1-16.
- Paulson, Susan/Gezon, Lisa L./Watts, Michael (2005): Politics, Ecologies, Genealogies. In: Paulson, Susan/Gezon, Lisa L. (Hg.): Political Ecology across Spaces, Scales, and Social Groups. Rutgers University Press, New Brunswick: 17-37.
- Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael (Hg.) (2010): Global Political Ecology. Taylor & Francis, London.
- Peet, Richard/Watts, Michael (1993): Introduction: Development Theory and Environment in an Age of Market Triumphalism. In: *Economic Geography*, 68/3: 227-253.
- Peet, Richard/Watts, Michael (1996a): Liberating Political Ecology? In: ders. (Hg.): *Liberation Ecologies: Environment, development, social movements*. Routledge, London, 1-45.
- Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.) (1996b): *Liberation Ecologies: Environment, development, social movements*. Routledge, London.
- Pelling, Mark (1999): The political ecology of flood hazard in urban Guyana. In: *Geoforum*, 30/3: 249-261.
- Pelling, Mark (2001): Natural Disaster? In: Castree, Noel/Braun, Bruce (Hg.): *Nature. Theory, Practice, and Politics*. Blackwell, Malden/Oxford: 170-188.
- Pels, Dick/Hetherington, Kevin/Vandenberghe, Frédéric (2002): The Status of the Object: Performances, Mediations, and Techniques. In: *Theory, Culture & Society*, 19: 1-21.
- Peluso, Nancy L. (1992a): Rich forests, poor people. *Resource Control and Resistance in Java*. University of California Press, Oakland.
- Peluso, Nancy L. (1992b): The Political Ecology of Extraction and Extractive Reserves in East Kalimantan, Indonesia. In: *Development and Change*, 24/4: 49-74.
- Peluso, Nancy L. (2012): What's Nature Got To Do With It? A Situated Historical Perspective on Socio-natural Commodities. In: *Development and Change*, 43/1: 79-104.
- Peluso, Nancy L./Lund, Christian (2011): New Frontiers of Land Control. In: *Journal of Peasant Studies*, 38/4: 667-681.
- Peluso, Nancy L./Watts, Michael (2001): Violent Environments. In: ders. (Hg.): *Violent Environments*. Cornell University Press, Ithaca, 3-38.
- Pepper, David (1993): *Eco-socialism: From Deep Ecology to Social Justice*. Routledge, London/New York.
- Perreault, Tom/Bridge, Gavin/McCarthy, James (Hg.) (2015): *The Routledge Handbook of Political Ecology*. Routledge, London.
- Peterson, Gary (2000): Political ecology and ecological resilience: an integration of human and ecological dynamics. In: *Ecological Economics*, 35/3: 323-336.
- Pfaffenberger, Bryan (1988): Fetishised Objects and Humanised Nature: Towards an Anthropology of Technology. In: *Man*, 23: 236-252.
- Pichler, Melanie (2014): *Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion*. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Pichler, Melanie (2016): What's democracy got to do with it? A political ecology perspective on socio-ecological justice. In: Pichler, Melanie/Staritz, Cornelia/Küblböck, Karin/Plank, Christina/Raza, Werner/Peyré, Fernando Ruiz (Hg.): *Fairness and justice in natural resource politics*. Routledge, London: 34-52.
- Pichler, Melanie/Brad, Alina (2016): Political Ecology and Socio-Ecological Conflicts in Southeast Asia. In: *ASEAS – Austrian Journal of South-East Asian Studies*, 9/1: 1-10

- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. VSA Verlag, Hamburg.
- Raffles, Hugh (2002): *In Amazonia: A Natural History*. Princeton University Press, Princeton.
- Rappaport, Roy A. (1969): *Pigs for the Ancestors. Ritual in the ecology of a New Guinea people*. Yale University Press, New Haven.
- Rappaport, Roy A. (1979): *Ecology, Meaning, and Religion*. North Atlantic Books, Richmond.
- Ratzel, Friedrich (1909 [1882, 1891]): *Anthropogeographie. Band 1 & 2*. J. Engelhorn, Stuttgart.
- Ribot, Jesse C./Peluso, Nancy L. (2003): A theory of access. In: *Rural Sociology*, 68/2: 153-181.
- Robbins, Paul (1998): Authority and Environment: Institutional Landscapes in Rajasthan, India. In: *Annals of the Association of American Geographers*, 88/3: 410-435.
- Robbins, Paul (2000): The Practical Politics of Knowing: State Environmental Knowledge and Local Political Economy. In: *Economic Geography*, 76/2: 126-144.
- Robbins, Paul (2012): *Political Ecology: A Critical Introduction*. Blackwell, Oxford.
- Robbins, Paul (2013): Can political ecology be hopeful ecology? Review. In: *Dialogues in Human Geography* 3: 110-112.
- Rocheleau, Dianne (1999): Commentary on “After Nature: Steps to an Anti-Essentialist Political Ecology” by Arturo Escobar. In: *Current Anthropology*, 40/1: 22-23.
- Rocheleau, Dianne (2002): *Cyborg Forest, Garden City: Culture, Nature, and Webs of Power in Santiago, Dominican Republic*. Research Paper. American Anthropological Association, New Orleans.
- Rocheleau, Dianne (2008): Political ecology in the key of policy: From chains of explanation to webs of relation. In: *Geoforum*, 39: 716–727.
- Rocheleau, Dianne/ Thomas-Slayter, Barbara/ Wangari, Esther (Hg.) (1996): *Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experiences*. Routledge, London/New York.
- Rocheleau, Dianne/Roth, Robin (2007): Rooted Networks, Relational Webs and Power of Connection: Rethinking Human and Political Ecologies. In: *Geoforum*, 38/3: 433-437.
- Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayter, Barbara/Wangari, Esther (2016 [1996]): *Gender and Environment. A Feminist Political Ecology Perspective*. In: Haenn, Nora/Wilk, Richard/Harnish, Allison (Hg.): *The Environment in Anthropology: A Reader in Ecology, Culture, and Sustainable Living*. New York University Press, New York: 34-40.
- Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayter, Barbara/Wangari, Esther (Hg.) (1996): *Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experiences*. Routledge, London.
- Rosa, Hartmut (2019): *Unverfügbarkeit*. Residenz Verlag, Wien.
- Roseberry, William (1997): Marx and Anthropology. In: *Annual Review of Anthropology*, 26: 25-46.
- Rowlands, Michael (2005): A Materialist Approach to Materiality. In: Miller, Daniel (Hg.): *Materiality*. Duke University Press, Durham/London: 72-87.
- Sahlins, Marshall (1976): *Culture and Practical Reason*. University of Chicago Press, Chicago.
- Sahlins, Marshall (2017): *Das Menschenbild des Abendlands – ein Missverständnis?* Matthes & Seitz, Berlin.
- Saito, Kohei (2016): *Natur gegen Kapital. Marx‘ Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Salzman, Carl P. (2010 [1996]): Methodology. In: Barnard, Alan/Spencer, Jonathan (Hg.): *The Routledge Encyclopedia of Social and Cultural Anthropology*. Routledge, London/New York: 462-466.
- Sauer, Carl (1925): The Morphology of Landscape. In: *University of California Publications in Geography*, 2/2: 19-54.
- Sayer, Andrew (1992): *Method in Social Science. A Realist Approach*. Routledge, London.

- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2008): Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, Andrea (Hg.) (2008): Handbuch der Wirtschaftssoziologie. VS Verlag, Wiesbaden: 382-393.
- Schlehe, Judith (2008): Formen qualitativer ethnographischer Interviews. In: Beer, Bettina (Hg.): Methoden ethnologischer Feldforschung. Dietrich Reimer Verlag, Berlin: 119-142.
- Schmid, Martin (2010): „Nicht unberührte Natur, nicht einheitlich durchgeformte Kultur“. Einleitende Gedanken zu einer umwelthistorischen Donauausstellung. In: Winiwarter, Verena/Schmid, Martin (Hg.): Umwelt Donau: Eine andere Geschichte. Katalog zur Ausstellung des Niederösterreichischen Landesarchives im ehemaligen Pfarrhof in Ardagger Markt. Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten: 20-33.
- Schmid, Martin (2014): Schneller, höher, weiter? Die Verwandlung der Donau aus Sicht eines Umwelthistorikers. In: Jungwirth, Mathias/Haidvogel, Gertrud/Hohensinner, Severin/Weißbacher, Herwig/Zauner, Gerald (Hg.) (2014): Österreichs Donau. Landschaft – Fisch – Geschichte. Institut für Hydrobiologie und Gewässermanagement, BOKU Wien, Wien: 164-165.
- Schmidt, Alfred (1993): Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. 4. Auflage. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg.
- Schmink, Marianne/Wood, Charles (1987): The “Political Ecology” of Amazonia. In: Little, Peter/Horowitz, Michael/Nyerges, A. Endre (Hg.): Lands at Risk in the Third World: Local Level Perspectives. Westview, Boulder: 38-57.
- Schmitt, Tobias (2016): Immer Ärger mit der Materialität? – Politische Ökologie und das Dispositiv der Dürre im Nordosten Brasiliens. In: Geographica Helvetica, 71: 229-244.
- Schober, Bernhard/Hauer, Christoph/Habersack, Helmut (2015): A novel assessment of the role of Danube floodplains in flood hazard reduction (FEM method). In: Natural Hazards, 75: S33-S50.
- Schoder, Angelika/Schmid, Martin (2017): Where Technology and Environmentalism Meet: The Remaking of the Austrian Danube for Hydropower. In: Petrić, Hrvoje/Žebec Šil, Ivana (Hg.): Environmentalism in Central and Southeastern Europe: Historical Perspectives. Rowman & Littlefield, Lanham: 3-20.
- Scott, James (1976): The Moral Economy of the Peasant: Rebellion and Subsistence in Southeast Asia. Yale University Press, New Haven/London.
- Scott, James (1985): Weapons of the weak: everyday forms of resistance. Yale University Press, New Haven/London.
- Scott, James (1990): Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts. Yale University Press, New Haven/London.
- Scott, James (1998): Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed. Yale University Press, New Haven/London.
- Seebauer, Sebastian/Babcicky, Philipp (2016): RELOCATE – Absiedlung von hochwassergefährdeten Haushalten im Eferdinger Becken: Begleitforschung zu sozialen Folgewirkungen. Endbericht von StartClim 2015.B in StartClim2015: Weitere Beiträge zur Umsetzung der österreichischen Anpassungsstrategie, Auftraggeber: BMLFUW, BMWF, ÖBf, Land Oberösterreich.
- Seebauer, Sebastian/Babcicky, Philipp/Wenk, M./Thaler, Thomas (2017): Social and land use impacts of flood relocation policies in the Eferding and Machland region: Longitudinal study of the 2016-2018 period. Vortrag gehalten im Kontext von: 18. Österreichischer Klimatag „Forschung zu Klima, Klimawandel und Auswirkungen in Österreich“, Wien, 22-24.05.2017.
- Seebauer, Sebastian/Thaler, Thomas/Babcicky, Philipp (2017): Soziale und Landnutzungs-Auswirkungen von Absiedlungen aus hochwassergefährdeten Gebieten an den Fallbeispielen Eferdinger Becken und Machland: Längsschnittstudie der Periode 2016-2018. Erster Zwischenbericht an den Klima- und Energiefonds, Wien.

- Seebauer, Sebastian/Winkler, C./Thaler, Thomas/Babcicky, Philipp (2018): Negotiating planned flood relocations: A longitudinal case study on the Eferding Basin, Austria. Gehalten im Kontext von: 25. International Association People-Environment Studies (IAPS), 08.-13.07.2018.
- Seiser, Gertraud/Thalhammer, Martin (2017): Von der Produktion zum Austausch: Begriffe und Konzepte der Ökonomischen Anthropologie begreifen. In: Seiser, Gertraud (Hg.): Ökonomische Anthropologie. Einführung und Fallbeispiele. Facultas, Wien: 56-85.
- Séville, Astrid (2016): "Die Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang". Warum wir eine demokratische Sprache brauchen. Deutscher Studienpreis 2016. PDF-Dokument: 1-16. Online verfügbar unter: https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/deutscher-studienpreis/pdf/2016/Beitrag_Seville_final.pdf, 28.06.2019.
- Séville, Astrid (2017): "There is no alternative". Politik zwischen Demokratie und Sachzwang. Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York.
- Seymour, Susan (2006): Resistance. In: *Anthropological Theory*, 6/3: 303-321.
- Shanin, Teodor (1971): *Peasants and Peasant Societies*. Penguin Books, London.
- Shiva, Vandana (1988): *Staying Alive: Women, Ecology and Survival in India*. Kali for Women, New Delhi.
- Sigaut, Francois (1994): Technology. In: Ingold, Tim (Hg.): *Companion Encyclopedia of Anthropology: Humanity, Culture and Social Life*. Routledge, London: 420-459.
- Skinner, Jonathan/Theodossopoulos, Dimitros (2011): *Great Expectations. Imagination and Anticipation in Tourism*. Berghahn, New York/Oxford.
- Smith, Keith/Ward, Roy (1998): *Floods. Physical Processes and Human Impacts*. John Wiley & Sons, Chichester et al.
- Smith, Neill (1984): *Uneven development: Nature, Capital and the Production of Space*. The University of Georgia Press, Athens/London.
- Smith, Neill (1998): Nature at the Millennium: Production and Re-Enchantment. In: Braun, Bruce/Castree, Noel (Hg.): *Remaking Reality: Nature at the Millennium*. Routledge, London: 271-285.
- Somerville, Mary F. (1848): *Physical Geography*. John Murray, London.
- Sonnlechner, Christoph/Hohensinner, Severin/Haidvogel, Gertrud (2013): Floods, fights and a fluid river: the Viennese Danube in the sixteenth century. In: *Water History*, 5/2: 145-172.
- Soper, Kate (1995): *What is Nature? Culture, Politics and the Non-Human*. Wiley-Blackwell, Hoboken.
- Spinoza, Baruch de (2014 [1677]): *Ethik*. Holzinger, Berlin.
- Steward, Julian H. (1955): *Theory of Culture Change. The Methodology of Multilinear Evolution*. University of Illinois Press, Urbana.
- Steward, Julian H. (1968): Cultural Ecology. In: Sills, David L. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*. Macmillan, New York: 337-344.
- Stocking, George W. (1987): *Victorian Anthropology*. Free Press, New York.
- Stott, Philip A./Sullivan, Sian (Hg.) (2000): *Political Ecology: Science, Myth and Power*. Edward Arnold, London.
- Strang, Veronica (2004): *The Meaning of Water*. Berg Publisher, Oxford.
- Sullivan, Sian (2000): Getting the science right, or introducing science in the first place? Local "facts", global discourse – "desertification" in north-west Namibia. In: Stott, Philip A./Sullivan, Sian (Hg.) (2000): *Political Ecology: Science, Myth and Power*. Edward Arnold, London: 15-44.
- Svarstad, Hanne/Benjaminson, Tor A./Overå, Ragnhild (2018): Power theories in political ecology. In: *Journal of Political Ecology*, 25: 350-363.
- Swyngedouw, Eric (1996): The city as hybrid: On nature, society and cyborg urbanization. In: *Capitalism Nature Socialism*, 7/2: 65-80.

- Swyngedouw, Eric (1999): *Modernity and Hybridity: Nature, Regeneracionismo, and the Production of the Spanish Waterscape, 1890-1930*. In: *Annals of the Association of American Geographers*, 89/3: 443-465.
- Swyngedouw, Eric (2004): *Social Power and the Urbanization of Water: Flows of Power*. Oxford University Press, Oxford.
- Swyngedouw, Eric (2007): *Impossible/Undesirable Sustainability and the Post-Political Condition*. In: Krueger, Rob J./Gibbs, David (Hg.): *The Sustainable Development Paradox*. Guilford, New York: 13-40.
- Swyngedouw, Eric (2009a): *Immer Ärger mit der Natur: "Ökologie als neues Opium für's Volk!"* In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 156/39/3: 371-389.
- Swyngedouw, Eric (2009b): *The Political Economy and Political Ecology of the Hydro-Social-Cycle*. In: *Journal of Contemporary Water Research & Education*, 142: 56-60.
- Swyngedouw, Eric (2009c): *The antinomies of the postpolitical city: in search of a democratic politics of environmental production*. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 33/3: 601-620.
- Swyngedouw, Eric (Hg.) (2015): *Liquid Power. Contested Hydro-Modernities in Twentieth-Century Spain*. MIT Press, Cambridge.
- Taussig, Michael (1997): *The Magic of the State*. Routledge, London/New York.
- Thelen, Tatjana (2017): *Property: An essential dimension of social organization and change*. In: Seiser, Gertraud (Hg.): *Ökonomische Anthropologie. Einführung und Fallbeispiele*. Facultas, Wien: 144-162.
- Tilley, Christopher (2006): *Introduction: identity, place, landscape and heritage*. In: *Journal of Material Culture*, 11/1-2: 7-32.
- Tilley, Christopher/Cameron-Daum, Kate (2017): *An Anthropology of Landscape. The Extraordinary in the Ordinary*. UCL Press, London
- Townsend, Patricia K. (2009): *Environmental Anthropology. From Pigs to Policies*. Second Edition. Waveland Press, Long Grove.
- Trimbur, T. J./Watts, Michael (1976): *Are cultural ecologists well adapted? A review of the concept of adaptation*. In: *Proceedings of the Association of American Geographers*, 8: 179-183.
- Tsing, Anna L. (2000): *The Global Situation*. In: *Cultural Anthropology*, 15/3: 327-360.
- Turner, Matthew D. (2014): *Political ecology I: An alliance with resilience?* In: *Progress in Human Geography*, 38/4: 616-623.
- Tylor, Edward B. (1889): *On a Method of Investigating the Development of Institutions; Applied to Laws of Marriage and Descent*. In: *Journal of the Anthropological Institute of Great Britain and Ireland*, 18: 245-272.
- Vayda, Andrew P. (1969): *Environment and Cultural Behavior*. Ecological Studies in Cultural Anthropology. The Natural History Press, New York.
- Vayda, Andrew P/ Walters, Bradley B. (1999): *Against Political Ecology*. In: *Human Ecology*, 27/1: 167-179.
- Veteto, James R./Lockyer, Joshua (2015): *Applying anthropology to what? Tactical/ethical decisions in an age of global neoliberal imperialism*. In: *Journal of Political Ecology*. Towards a political ecology of applied anthropology, 22: 357-465.
- Viveiros de Castro, Eduardo (2015): *The Relative Native*. Essays on Indigenous Conceptual Worlds. HAU, Chicago.
- Walker, Gordon/Whittle, Rebecca/Medd, Will/Walker, Marion (2011): *Assembling the flood: producing spaces of bad water in the city of Hull*. In: *Environment and Planning*, 43: 2304-2320.
- Ward, Roy C. (1978): *Floods: A Geographical Perspective*. Macmillan, London.

- Warren, Andrew/Batterbury, Simon/Osbahr, Henry (2001): Soil erosion in the West African Sahel: a review and an application of a 'local political ecology approach in South West Niger. In: *Global Environmental Change*, 11: 79-95.
- Watts, Michael (1983a): On the poverty of theory: natural hazards research in context. In: Hewitt, Kenneth (Hg.): *Interpretations of calamity from the viewpoint of human ecology*. Allen and Unwin, Boston: 231–262.
- Watts, Michael (1983b): *Silent Violence: Food, Famine, and Peasantry in Northern Nigeria*. University of California Press, Berkely/Los Angeles.
- Watts, Michael (2000): Political ecology. In: Sheppard, Eric/Barnes, Trevor J. (Hg.): *A Companion to Economic Geography*. Blackwell, Oxford: 257–275.
- Weber, Max (1964 [1947]): *The theory of social and economic organization*. Free Press, New York.
- Weber, Max (1985 [1922]): *Wissenschaft als Beruf*. In: Winckelmann, Johannes (Hg.): *Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. J. C. B. Mohr, Tübingen: 581-613.
- Weinberg, Alvin M. (1997): Can Technology replace social engineering? In: Teich, Albert H. (Hg.): *Technology and the future*. St. Martin's Press, New York: 55-64.
- White, Gilbert F. (1945): *Human Adjustments to Floods: A Geographical Approach to the Flood Problem in the United States*. University of Chicago, Research paper, 29, Chicago.
- Whitehead, Mark/Jones, Rhys/Jones, Martin (2007): *The Nature of the State. Excavating the Political Ecologies of the Modern State*. Oxford University Press, Oxford.
- Williams, Raymond (1980): *Problems in Materialism and Culture: Selected Essays*. Verso, London.
- Winiwarter, Verena (2013): *Umweltgeschichte: eine Einführung*. In: Beier, Robert/Ecker, Alois/Edel, Klaus/Ennagi, Andrea/Paireder, Bettina/Suschnig, Hanna-Maria (Hg.): *Umweltgeschichte. Historisch-politische Bildung. Themendossiers zur Didaktik von Geschichte, Sozialkunde und Politischer Bildung*, 5: 9-16.
- Winiwarter, Verena/Bork, Hans-Rudolf (2015): *Geschichte unserer Umwelt*. Theiss, Darmstadt.
- Winiwarter, Verena/Hohensinner, Severin/Dressel, Gerd/Gierlinger, Sylvia/Haidvogel, Gertrude/Hauer, Friedrich/Pollack, Gudrun/Sonnlechner, Christoph/Spitzbart-Glasl, Christina/Tanzer, Julia (2017): *Wien und seine Gewässer, Nutzung, Turbulenz und Risiko in langfristiger Perspektive*. In: Engels, Jens I./Janich, Nina/Monstadt, Jochen/Schott, Dieter (Hg.): *Nachhaltige Stadtentwicklung. Infrastrukturen, Akteure, Diskurse*. Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York: 98-123.
- Winiwarter, Verena/Schmid, Martin (Hg.) (2010): *Umwelt Donau: Eine andere Geschichte. Katalog zur Ausstellung des Niederösterreichischen Landesarchives im ehemaligen Pfarrhof in Ardagger Markt*. Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten.
- Wisner, Ben/Blaikie, Piers/Cannon, Terry/Davis, Ian (2003): *At Risk. Natural hazards, people's vulnerability and disasters*. Routledge, London/New York.
- Wissen, Markus (2009): Contested terrains: Politics of scale, the national state and struggles for the control over nature. In: *Review of International Political Economy*, 16/5: 883–906.
- Wissen, Markus (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Wissler, Clark (1928): The Culture Area Concept as a Research Lead. In: *American Journal of Sociology*, 33/6: 894-900.
- Wittfogel, Karl August (1957): *Oriental Despotism: A Comparative Study of Total Power*. Yale University Press, New Haven.
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1/1: 1-9. Online verfügbar unter: <http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>, 15.06.2019.

- Wolf, Eric (1966): Peasants. Prentice Hall, Englewood Cliffs.
- Wolf, Eric (1972): Ownership and Political Ecology. In: *Anthropological Quarterly* 45/3: 201-205.
- Wolf, Eric (2001a): *Pathways of Power: Building an Anthropology of the Modern World*. University of California Press, Berkeley.
- Wolf, Eric (2001b): Distinguished Lecture: Facing Power - Old Insights, New Questions. In: *American Anthropologist*, 92/3: 586-596.
- Wolf, Eric (2010 [1982]): *Europe and the People Without History*. University of California Press, Berkeley/Los Angeles.
- Worster, Donald (1985): *Rivers of empire. Water, aridity and the growth of the American West*. Oxford University Press, New York.
- Zaloom, Caitlin (2007): Future knowledge. In: *American Ethnologist*, 34: 444-446.
- Zimmerer, Karl S./Bassett, Thomas (Hg.) (2003): *Political Ecology: An Integrative Approach to Geography and Environment-Development Studis*. Guilford, New York.

Sonstige Quellen

- Aichinger, Bernadette (2013): Hochwasserschutz für Eferding. In: meinbezirk.at, 12.06.2013. Online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/grieskirchen-eferding/c-lokales/hochwasserschutz-fuer-eferding_a598997, 23.06.2019.
- Allerstorfer, Franz/Schuhmann, Gabriel/Streinz, Reinhard/Buchroithner, Hubert (2017): Schreiben an BM Leichtfried. Online verfügbar unter: <https://www.feldkirchen-donau.at/wp-content/uploads/2017/03/Schreiben-an-Bundesminister-Mag.-Leichtfried-vom-20.03.2017.pdf>, 24.10.2018.
- Allerstorfer/Schreiben (2015): Hochwasserschutz Eferdinger Becken, Position der Marktgemeinde. Schreiben an OGW vom 26.02.2015.
- Anschober, Rudi (2013): Schriftliche Anfrage betreffend Hochwasserereignis 2013 – Schriftliche Beantwortung, 09.08.2013. Online verfügbar unter: http://www.anschober.at/fileadmin/user_upload/Bilder/Wasser/Hochwasser_Downloads/Beantwortung_FP-Anfrage_Hochwasserereignis_20130809_Finalversion_TEXT.pdf, 23.06.2019.
- Anschober, Rudi (2014): Die Zukunft des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken. Präsentation. Online verfügbar unter: https://www.anschober.at/fileadmin/user_upload/Bilder/Wasser/Hochwasser_Downloads/VA_März_2014/HOWA_VA_Zukunft_Maerz_Feldkirchen.pdf, 09.08.2019.
- Blöschl, Günter/Nester, Thomas (2014): Hochwasser 2013: Evaluierung des Prognosemodells und der Kommunikation. Zusammenfassung. PDF-Dokument: 1-8. Online verfügbar unter: www.anschober.at/fileadmin/user_upload/Bilder/Wasser/Hochwasser_Downloads/Zusammenfassung_Evaluierung_Prognosemodell.pdf, 15.06.2019.
- Blöschl, Günter/Nester, Thomas/Komma, Jürgen/Parajka, Juraj/Perdigao, Rui A. P. (2013): Das Juni-Hochwasser 2013 – Analysen und Konsequenzen für das Hochwasserrisikomanagement. In: *Österreichische Ingenieur- und Architekten-Zeitschrift*, 158/1-12: 1-11.
- BMLFUW (2014): Hochwasser im Juni 2013. Die hydrografische Analyse. PDF-Dokument: 1-52. Online verfügbar unter: https://www.bmnt.gv.at/wasser/schutz_vor_naturgefahren/hws_2013.html, 24.06.2019.
- BMVIT (2015): Hochwasserdokumentation Donau 2013. Ereignisdokumentation (Projekt Universität für Bodenkultur Wien). PDF-Dokument: 1-245. Online verfügbar unter: https://www.bmvit.gv.at/service/publikationen/verkehr/schifffahrt/downloads/hochwasserdonau2013_v2.pdf, 23.06.2019.

- Bürgermeister (2017): Generelles Projekt "Hochwasserschutz im Eferdinger Becken". Gemeindeübergreifende Stellungnahme. Online verfügbar unter: https://www.feldkirchen-donau.at/wp-content/uploads/2018/02/Gemeindeübergreifende-Stellungnahme_20171120.pdf, 24.06.2019.
- Carli, Reinhard (2015): Vorstellung in Ottensheim 30.04.2015. HWS Eferdinger Becken. Foliensatz.
- Der Standard (2013): Absichtliche Flutung in OÖ: Verbund bestätigt, Land putzt sich ab, 29.06.2013. Online verfügbar unter: <https://derstandard.at/1371171037899/Absichtliche-Flutung-in-Oberoesterreich-Verbund-bestaetigt-Land-dementiert>, 10.04.2019.
- Dettmann, U/Theobald, S. (2015): Untersuchungen zu den Wehrbetriebsordnungen für die Staustufen im Donauabschnitt Passau bis Wallsee-Mitterkirchen. PDF-Dokument: 1-103. Online verfügbar unter: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20UWD%20Abt_WW/sw_Wehrbetriebsordnungen_Theobald.pdf, 24.06.2019.
- Fasthuber, Sebastian (2017): "Sie wollen die Gegend leerräumen". In: Falter, 41/17, 10.10.2017. Online verfügbar unter: <https://www.falter.at/archiv/wp/sie-wollen-die-gegend-leerraumen>, 20.06.2019.
- Fohler, Gernot (2019): Hochwasserschutz: Erste konkrete Schritte. In: meinbezirk.at, 10.07.2019. Online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/urfahr-umgebung/c-lokales/erste-konkrete-schritte_a3505602?fbclid=IwAR1Brv3uKhvrIZE5AGCVPWTSNTmdDu6xnhefJkc0qI_SNxAeLk-mV_fxgpo, 16.10.2019.
- GW-Amtsblatt (2018): Amtsblatt der Gemeinde Goldwörth, 03/2018, 22.06.2018.
- Habersack, Helmut/Bürgel, J./Kanonier, Arthur (2009): Floodrisk II: Vertiefung und Vernetzung zukunftsweisender Umsetzungsstrategien. Zum Integrierten Hochwassermanagement. BMLFUW, Wien.
- Heindl, Nora (2019): Hochwasserschutz im Eferdinger Becken: Bestbieterfindung ergab keine Einsprüche. In: Tips, 16.05.2019.
- Hirsch, Philipp (2013a). Hochwasser-Gipfel im Landhaus: Besseres Vorwarnsystem gefordert. In: Oberösterreichische Nachrichten, 09.07.2013. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Hochwasser-Gipfel-im-Landhaus-Besseres-Vorwarnsystem-gefordert;art4,1154508>, 24.06.2019.
- Hirsch, Philipp (2013b): Hochwasser-Opfer: "Sind doch alle Versager". In: Oberösterreichische Nachrichten, 03.07.2013. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Hochwasser-Opfer-Sind-doch-alle-nur-Versager;art4,1150928>, 23.06.2019.
- Hirsch, Philipp (2015): "Das Eferdinger Becken wird nicht entvölkert". In: Oberösterreichische Nachrichten, 23.06.2015. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Das-Eferdinger-Becken-wird-nicht-entvoelkert;art4,1866870>, 15.06.2019.
- Hirsch, Philipp (2016): Hochwasserschutz: Mehrere Bürgermeister lehnen Pläne ab. In: Oberösterreichische Nachrichten, 13.07.2016. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Hochwasserschutz-Mehrere-Buergermeister-lehnen-Plaene-ab;art4,2287849>, 15.10.2019.
- Hirsch, Philipp (2017a): Ärger im Eferdinger Becken: Gemeinden sollen Millionen für Dämme bezahlen. In: Oberösterreichische Nachrichten, 09.11.2017.
- Hirsch, Philipp (2017b): Hochwasserschutz: "Das können wir uns nicht leisten". In: Oberösterreichische Nachrichten, 05.09.2017. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Hochwasserschutz-Das-koennen-wir-uns-nicht-leisten;art4,2668434>, 23.09.2019.

- Hirsch, Philipp (2017c): Absiedeln nach Hochwasser? 84 Prozent wollen nicht gehen. In: Oberösterreichische Nachrichten, 20.12.2017.
- Hochwasser2013.at (2019): Informations-Plattform für Hochwasser-Opfer im Eferdinger Becken. Online verfügbar unter: www.hochwasser2013.at/, 23.06.2019.
- Hussak, Andreas (2018): Wer zahlt drauf, wenn sich Flüsse ausbreiten? In: Kommunal.at, 15.05.2018. Online verfügbar unter: <https://kommunal.at/artikel/wer-zahlt-drauf-wenn-sich-fluesse-ausbreiten>, 20.03.2019.
- ICPDR [International Commission for the Protection of the Danube River] (2009): Danube River Basin District Management Plan. Part A – Basin-wide overview, IC/151, Wien.
- IHWSEFB (2014): Presseaussendung Nr. 4 der Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken, 19.10.2014. Online verfügbar unter: <http://hochwasserschutz-eferdinger-becken.at/>, 31.10.2018.
- IHWSEFB (2017a): 2013-2017. Hochwasser-Risiko steigt, Politik schläft! Flyer für Kundgebung am 03.06.2017.
- IHWSEFB (2017b): Gefahrenzonenplan: Unsinn muss verhindert werden! Online verfügbar unter: <http://www.hochwasserschutz-eferdinger-becken.at/index.php/aktuelles>, 20.09.2017.
- IHWSEFB (2017c): Hochwasserschutz statt Enteignung – (Fast) die ganze Geschichte. Online verfügbar unter: <http://hochwasserschutz-eferdinger-becken.at/>, 10.10.2018.
- IHWSEFB (2018a): Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken. Schreiben an den LR KR Elmar Podgorschek vom 02.06.2018.
- IHWSEFB (2018b): Aktuelles von der Initiative “Hochwasserschutz Eferdinger Becken”. Newsletter. Online verfügbar unter: http://www.hochwasserschutz-eferdinger-becken.at/index.php/startseite/aktuelles?fbclid=IwAR0ZJaGFDkwZU0TMqR2_WiDSQY9UluRkXXAubkVzZfGYY2ga-NBE5pNUHw#Beirat180323, 10.11.2018.
- IHWSEFB (2019): Website. Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken. Online verfügbar unter: <http://hochwasserschutz-eferdinger-becken.at/>, 03.02.2019.
- IHWSEFB-Fb (2019): Facebook-Post um 18:17 vom 28.09.2019. Online verfügbar unter: <https://www.facebook.com/hochwasserschutz.eferdinger.becken/>, 16.10.2019.
- IHWSEFB/Masterplan (2014): Überregionaler, interdisziplinärer Masterplan. Hochwasserschutz für das Eferdinger Becken. Version 1.4 vom 14.10.2014. PDF-Dokument: 1-40.
- IHWSEFB-Video (2019): Teil 1: Hochwasserschutz statt Enteignung. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=d4zNvHuYvNk>, 23.06.2019.
- Kerbe, Wolfgang (2018): Schutz für Waschpoint: Demonstration für den Hochwasserschutz in Popping. In: meinbezirk.at, 06.07.2018. Online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/grieskirchen-eferding/c-politik/schutz-fuer-waschpoint-demonstration-fuer-den-hochwasserschutz-in-popping_a2743493, 25.06.2019.
- Knierzinger, Friedrich (2018): “Generelles Projekt Hochwasserschutz Eferdinger Becken”. Schreiben an LR Podgorschek, 19.03.2018.
- Krenn-Aichinger, Michaela (2013): Absiedlung: “Mehrheit will bleiben”. In: Oberösterreichische Nachrichten, 22.08.2013. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Absiedelung-Mehrheit-will-bleiben;art67,1179062>, 28.06.2019.
- Krenn-Aichinger, Michaela (2017a): Im Eferdinger Becken sollen noch mehr Menschen ihre Häuser verlassen. In: Oberösterreichische Nachrichten, 14.04.2017.
- Krenn-Aichinger, Michaela (2017b): Absiedlungswillige Machen Druck und drohen über ihre Anwälte mit Klagen. In: Oberösterreichische Nachrichten, 21.12.2017.
- Land OÖ/GP (2019): Generelles Projekt. Website. Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/150142.htm>, 24.06.2019.
- Land OÖ/ZA (2019): Zonen für die freiwillige Absiedlung – Umsiedlung. Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/150153.htm>, 25.06.2019.

- LK (2014): Landeskorrespondenz: Medien Info. Information zur Presskonferenz: „Hochwasserschutz im Eferdinger Becken: Die Kriterien zur Absiedlung sind endgültig fixiert“. Online verfügbar unter: www.anschober.at/fileadmin/user_upload/pdf/140205_pk_howa_eferdingerbecken_kriterien_absiedlung.pdf, 20.06.2019.
- LK (2018) Landeskorrespondenz: Gerstorfer/Hiegelsberger. Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/199945.htm>, 20.09.2019.
- NEWS (2013): Absichtlich geflutet. Verbund bestätigt Einleitung in den Raum Eferding - Empörung bei Geschädigten In: NEWS, 29.06.2013. Online verfügbar unter <https://www.news.at/a/hochwasser-verbund-absichtlich-oberoesterreich-geflutet>, 02.10.2019.
- OÖN (2017): Nein zu Absiedlungsgebieten, 01.12.2017. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Nein-zu-Absiedlungsgebieten;art67,2749875>, 20.06.2019.
- OÖN (2018): Michael Strugl: „Ich laufe ja nicht einfach davon“. In: Oberösterreichische Nachrichten, 15.06.2018. Online verfügbar unter: <https://www.nachrichten.at/politik/landespolitik/Michael-Strugl-Ich-laufe-ja-nicht-einfach-davon;art383,2924754>, 19.10.2019.
- ORF.at (2013a): Flutung des Eferdinger Beckens war vorgesehen, 29.06.2013. Online verfügbar unter: <https://ooe.orf.at/v2/news/stories/2590782/>, 25.06.2019.
- ORF.at (2013b): Erste Klagen gegen Verbund, 03.07.2013. Online verfügbar unter: <https://ooe.orf.at/v2/news/stories/2591393/>, 23.04.2018.
- OTS (2013): 250 Millionen für umfassenden Hochwasserschutz im Eferdinger Becken, 14.08.2013. Online verfügbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130814_OT0094/250-millionen-fuer-umfassenden-hochwasserschutz-im-eferdinger-becken, 23.04.2019.
- Pöyry (2013): Hochwasser 2013 – Analyse und Modellierung der Überflutungen im Eferdinger Becken. Video, Länge: 12 min. Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/169138.htm>, 13.03.2019.
- Pöyry (2015): Hochwasser 2013. Hydrologische Analyse und Modellierung. Bericht. Im Auftrag von: Amt der oberösterreichischen Landesregierung. PDF-Dokument: 1-25. Online verfügbar unter: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20UWD%20Abt_WW/sw_Endbericht_OOE_Poeyry_Prioritaere_Fragen.pdf, 24.06.2019.
- Protokoll-Absiedlung (2013): Protokoll der Gesprächsrunde Absiedlung mit den Bürgermeister am 15.07.2013. Online verfügbar unter: http://www.anschober.at/fileadmin/user_upload/Bilder/Wasser/Hochwasser_Downloads/200961_0011_Protokoll_der_Gesprächsrunde_Absiedlung_mit_den_Bürgermeistern_am_15072013.pdf, 23.06.2019.
- Schlucker, Hubert (2018): Puppinger Gemeindezeitung Zwischeninfo. Nr. 03/2018, April 2018.
- Schütz, Markus (2017): Hochwasserschutz entzweit „Dableiber“ und „Absiedler“. In: Krone Oberösterreich, 03.05.2017.
- Sportliga (2019): FKK Sportliga Linz. Homepage. Online verfügbar unter: <http://www.sportliga.at/>, 27.06.2019.
- Uibner, Florian (2017): Gefahrenzone ist offenbar eine Frage der Zeit. In: meinbezirk.at, 23.10.2017. Online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/grieskirchen-eferding/c-lokales/gefahrenzone-ist-offenbar-eine-frage-der-zeit_a2293065, 23.06.2019.
- Uibner, Florian (2018): 5 Jahre danach: Hochwasserschutz im Eferdinger Becken. In: meinbezirk.at, 06.06.2018, Online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/grieskirchen-eferding/c-lokales/5-jahre-danach-hochwasserschutz-im-eferdinger-becken_a2664494, 23.06.2019.

- Verbund (2013): Hochwasser Juni 2013. Donau. Ereignisdokumentation. PDF-Dokument: 1-27. Online verfügbar unter: https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=2ahUKEwieipaiu4LjAhULK1AKHWk_CCYQFjABegQIBhAC&url=https%3A%2F%2Fwww.bmnt.gv.at%2Fdam%2Fjcr%3A77e97718-2488-4c8d-b12a-183b58c58442%2FBeilage_2_Bericht_Verbund.pdf&usg=AOvVaw01C3dtQdbbTwFDH-9SInXI, 24.06.2019.
- Verbund (2019): Unsere Kraftwerke. Homepage. Online verfügbar unter: <https://www.verbund.com/de-at/ueber-verbund/kraftwerke/unsere-kraftwerke>, 17.06.2019.
- Wasserrechtsgesetz (1959): 81/01 Wasserrechtsgesetz (WRG 1959 StF: BGBl. Nr. 215/1959 (WV)). Online verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010290>, 20.09.2019.
- WBFG (1985): Wasserbautenförderungsgesetz. BGBl. Nr. 148/1985: Gesamte Rechtsvorschrift für Wasserbautenförderungsgesetz 1985, Fassung vom 28.06.2019. Online verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010472>, 18.06.2019.
- Weingraber, Felix (2013): Eferdinger Becken. Hochwasserschutz. Präsentation: Feldkirchen/Alkoven: 23.10.2013.
- Weingraber, Felix (2015): Eferdinger Becken Hochwasserschutz. Land Oberösterreich, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Oberflächengewässerswirtschaft. Präsentation: mehrere Orte: 29.04.2015. Online verfügbar unter: https://www.anschober.at/fileadmin/user_upload/Bilder/Wasser/Hochwasser_Downloads/VA_April_2015/20150430_Eferdinger_Becken_Weingraber.pdf, 10.10.2019.
- Weingraber, Felix (2017): Eferdinger Becken. Passiver Hochwasserschutz. Präsentation: Alkoven, 24.05.2017.
- Weingraber, Felix (2018): Besonderheiten und Herausforderungen für den Hochwasserschutz Oberösterreichs. Präsentation: Waidhofen, 19.06.2018.
- Werner consult GP/FA (2017): Donau – Hochwasserschutz Eferdinger Becken. Generelles Projekt, Feststellungsantrag lt. UVP. PDF-Dokument: 1-66.
- Werner consult GP/PHWS (2017): Donau – Hochwasserschutz Eferdinger Becken. Generelles Projekt, Passiver Hochwasserschutz. Bericht. PDF-Dokument: 1-41.
- WR-Bescheid (1970): Donaukraftwerk. Ottensheim-Wilhering. Wasserrechtliche Bewilligung. Bescheid des BM für Land- und Forstwirtschaft. Zl. 96195/105–39376/70. Online verfügbar unter: <http://www.hochwasser2013.at/images/Dokumente/VerbundDokument.pdf>, 24.06.2019.

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Kultur-Natur-Modell. © Verfasser, 2019, angelehnt an Fischer-Kowalski/Weisz 1998, Seite 5.
- Abbildung 2: Methodisches Design. © Verfasser, 2019, Seite 67.
- Abbildung 3: Theoriegeschichte. © Verfasser, 2019, Seite 184.
- Abbildung 4: *Reading* des Eferdinger Beckens. © Verfasser, 2019, Seite 195.
- Abbildung 5: Entscheidungsbaum (Originaltitel: Abbildung 21). In: Werner consult GP/FA 2017: 36. © *werner consult*, Seite 195.

Beobachtungsverzeichnis

Nr.	Beobachtungskontext/Ereignis	Datum	Ort d. Interviews	Dauer
B. I	Stammtisch der <i>Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken</i>	09.06.18	Gstocket, Alkoven	Ca. 2 Stunden
B. II	Gemeinderatssitzung zum Thema Hochwasserschutz	13.09.18	Gemeindeamt [=GA] Puppung, Puppung	Ca. 2 Stunden
B. III	diverse Spaziergänge, Radfahrten und Gasthausbesuche in der HW-Region	06/18 – 04/19	Diverse Orte/Gemeinden	viele Stunden
B. IV	Abriss eines Gebäudes in der "passiven Hochwasserschutz"-Zone	21.10.18	Rodl, Walding	Ca. 2 Stunden

Fragebogenverzeichnis

Fragebögen 1-64: 250 Stück verteilt am 20.11., 21.11.2018 und am 14.01.2019; ausgewertet mit SPSS und Excel.

Gesprächs- und Korrespondenzverzeichnis

Bezeichnung	Kontext	Datum	Ort d. Gesprächs
pers. Mitteilung STI 09.06.18	Stammtisch <i>Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken</i>	09.06.18	Gstocket, Alkoven
pers. Mitteilung SL 09.06.18	Stammtisch <i>Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken</i>	09.06.18	Gstocket, Alkoven
pers. Mitteilung G.H. 13.09.18	Besprechungstermin	13.09.18	GA Puppung
pers. Mitteilung RH1 17.09.18	Gespräch im Rahmen einer gemeinsamen Aktivität	17.09.18	Rodl, Walding
pers. Mitteilung RH2 17.09.18	Gespräch im Rahmen einer gemeinsamen Aktivität	17.09.18	Rodl, Walding
pers. Mitteilung F.A. 17.09.18	Gespräch mit Bgm. Franz Allerstorfer (Feldkirchen/Donau)	17.09.18	GA Feldkirchen/Donau
pers. Mitteilung M.P. 01.10.18	Gespräch im Rahmen einer gemeinsamen Aktivität	01.10.18	Wien
pers. Mitteilung D. GW 15.10.18	Telefonat mit einem Betroffenen aus Au, Goldwörth	15.10.18	Telefonat
pers. Mitteilung H.H. 20.10.18	Gespräch im Rahmen eines Besuchs	20.10.18	Gstocket, Alkoven
pers. Mitteilung FSL 20.11.18	Gespräch im Rahmen eines Besuchs	20.11.18	Gstocket, Alkoven

pers. Mitteilung A.FK. 22.11.18	Gespräch im Rahmen der Verteilaktion	21.11.18	Weidet, Feldkirchen/Donau
pers. Mitteilung L.W. 26.12.18	Gespräch im Rahmen eines Besuchs	26.12.18	Privat
pers. Mitteilung A.H. 14.01.19	Gespräch im Rahmen der Verteilaktion	14.01.19	Hagenau, Goldwörth
pers. Mitteilung F.G. 22.01.19	Gespräch im Rahmen eines Besuchs	22.01.19	Au/hoher Steg, Pupping
pers. Mitteilung F.S. 28.01.19	E-Mail Verkehr	28.01.19	E-Mail
pers. Mitteilung F.W. 07.04.19	Telefonat mit Mag. Felix Weingraber, Abteilung für OGW, Amt der öö. LR	07.04.19	Telefonat

Interviewverzeichnis

Bezeichnung	Interviewpartner*in (Funktion, Kontext)	Datum	Ort d. Interviews
Interview I	G.; Gewässerökologe	18.09.18	Oberösterreich
Interview II	Florian Seidl; Pressesprecher Erzeugung Wien	09.10.18	Wien
Interview III	Walter Wilfingseder; Mitarbeiter Abteilung OFGW, Bez. Grieskirchen	15.10.18	Grieskirchen
Interview IV	Hubert Schlucker und Eva Windhager; Bgm. & Vzbgm.in Gemeinde Pupping	21.10.18	GA Pupping
Interview V	Gabriel Schuhmann, Bgm. Gemeinde Alkoven	17.10.18	GA Alkoven
Interview VI	Reinhard Carli; Ziviltechniker & Projektleiter <i>Generelles Projekt – werner consult</i>	12.11.18	Salzburg
Interview VII	M.B.; Mitglied der IHWSEFB; Betroffene aus Goldwörth	13.11.18	Eferding
Interview VIII	H.G.; Betroffener aus Feldkirchen/Donau	15.01.19	Feldkirchen/Donau
Interview IX	S.K.; Betroffene aus Feldkirchen/Donau	22.01.19	Feldkirchen/Donau
Interview X	Fam. R.; Betroffene aus Feldkirchen/Donau	22.01.19	Feldkirchen/Donau
Interview XI	R.G.; Betroffener aus Alkoven	24.01.19	Alkoven

Anhang

A1 Grafische Erweiterung der Theoriegeschichte

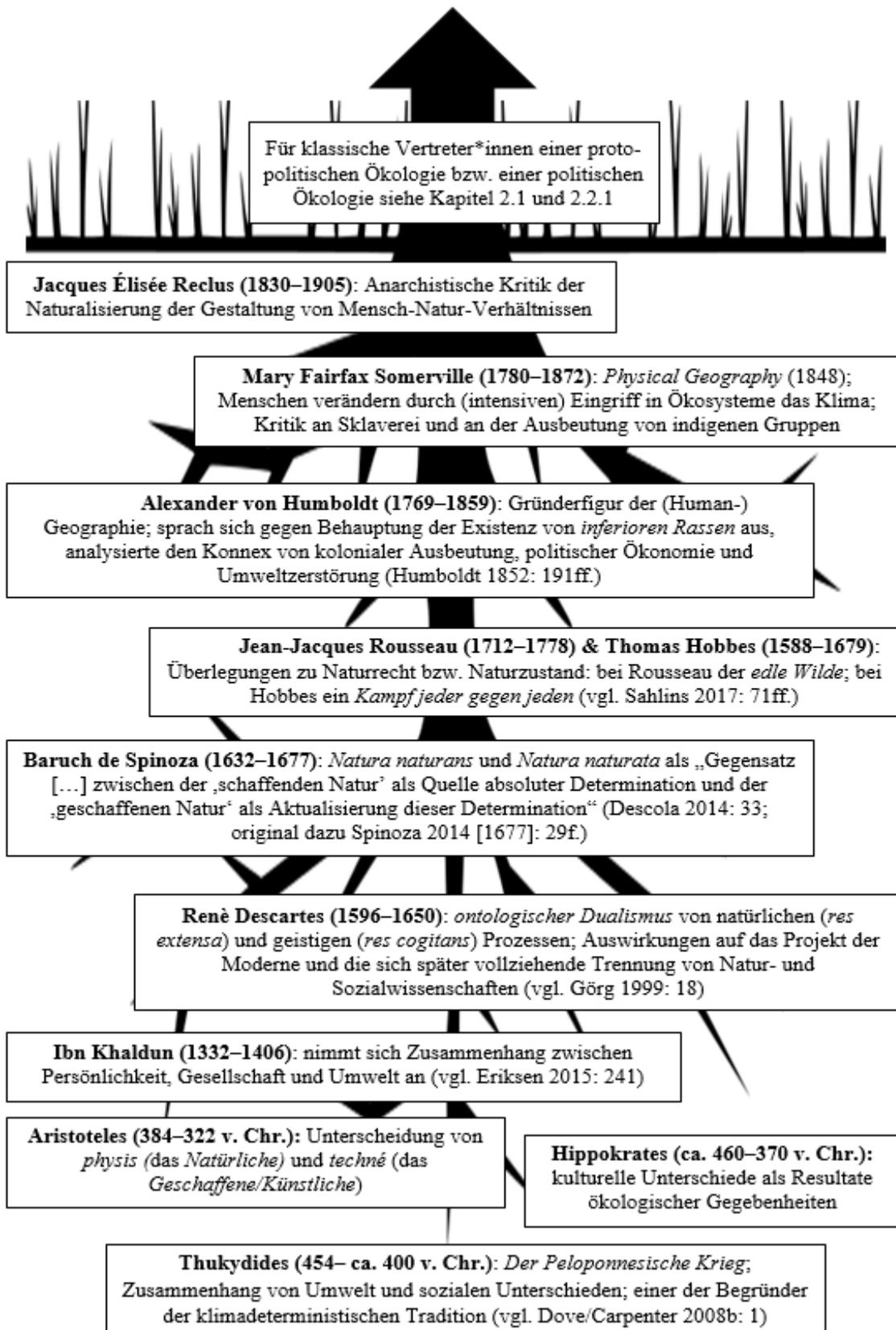


Abbildung 3: Theoriegeschichte. © Verfasser, 2019.

A2 Leitfragen-Katalog

Erlebnisgeschichtlicher/narrativer Teil:

(Erlebnisse & Erkenntnisse): Wie haben Sie das Hochwasser 2013 (die Zeit davor, die Überflutungsperiode, aber auch die Aufräumarbeiten danach) (in *Ihrer Funktion* als XXX) erlebt? Schildern Sie mir Ihre Erlebnisse/Eindrücke der damaligen Geschehnisse, gerne auch mit Vorgeschichte. Was ist Ihnen ganz eindrücklich im Gedächtnis geblieben? Wie haben Sie es bis heute verarbeitet? Inwiefern hat Sie das HW bis zum heutigen Tage geprägt? Welche Erkenntnisse/Schlussfolgerungen haben Sie aus dem HW und dessen Bearbeitung gezogen?

(Grad der Betroffenheit & Verlauf des HW): Inwiefern und in welchem Ausmaß (*materiell*) waren Sie oder Bekannte vom Hochwasser persönlich betroffen? (Welcher Schaden, was ist passiert?) Welche AkteurInnen waren damals involviert/haben Ihnen geholfen und wie bewerten Sie deren Aktionen/Strategien rückblickend? Wie hat die Politik reagiert, welches Verhältnis haben Sie zu dieser vor dem Hintergrund des HW?

(Wissen um die HW-Gefahr; ökologische Zusammenhänge): War Ihnen bewusst, dass Sie in ein (potentielles) Hochwassergebiet gezogen sind, wie sind Sie mit diesem (Nicht-)Wissen umgegangen? Welches Wissen über die Donau, deren Verlauf und über die Geschichte der hiesigen Hochwässer bringen sie grundsätzlich mit? Welche Gründe hatten Sie, sich genau an diesem Ort niederzulassen? (Grundstückspreise, Verwandtschaft, Lage etc.) Wie wichtig ist es Ihnen in dieser Gegend zu wohnen, was zeichnet das Eferdinger Becken aus, was gefällt Ihnen besonders, wie hängt die Region mit Ihrem Leben zusammen? Waren Sie überrascht von den Ausmaßen des Hochwassers? Was bedeutet Natur allgemein für Sie, wie steht sie Ihrer Meinung nach zum Menschen in Verbindung? Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur?

(In Bezug auf den Umgang mit dem Hochwasser; Bezug zur Donau): Was hätte rückblickend besser gemacht werden können, in welchen Situationen haben Sie sich unterstützt/nicht unterstützt gefühlt? Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf? Inwiefern waren Sie informiert, dass so etwas passieren könnte? Welche Reaktionen gab es damals vonseiten der Politik, der Bekannten etc.? Haben diese Erlebnisse ihre Sicht auf die Donau verändert?

Polit-ökologische Fragestellungen + Bezug zur Natur:

(Hochwasserschutz – aktuelle Situation): Wie schätzen Sie die aktuellen Entwicklungen rund um den geplanten Hochwasserschutz ein? Verlaufen diese zu Ihrer Zufriedenheit oder nicht, warum nicht? Was müsste sich an den konkreten Plänen ändern, dass

Sie zufrieden wären? Wie stehen Sie den Absiedlungsplänen gegenüber? Wem glauben Sie, nützen die Absiedlungspläne, wem nicht? Welche AkteurInnen sind involviert, wie stehen Sie zu diesen? Können Sie mir kurz erzählen, was Sie alles überhaupt über das „generelle Projekt“ des Landes wissen? Inwiefern werden Sie informiert bzw. in die Entscheidungsprozesse eingebunden? Wie gehen Sie mit dieser Situation um?

(Konflikt): Welche Konflikte bzw. Problemfelder sehen Sie zurzeit? Welche AkteurInnen machen Sie aus, wer hat ihrer Ansicht nach das Sagen, wer sollte Ihrer Ansicht nach stärker zu Wort kommen? Die Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken spricht unter Bezug auf die derzeitigen Pläne von „Enteignung“, ist das für Sie nachvollziehbar, wie stehen sie zu dieser Aussage?

(„Dableiber*innen“/„Absiedler*innen“): Was hat Sie dazu bewogen, abzusiedeln, wie geht es Ihnen dabei (bzw. ist es Ihnen gegangen)? Welche Faktoren waren für die Absiedlung förderlich, welche hinderlich? Warum möchten Sie dableiben? Wie hat sich das Verhältnis von „Dableiber*innen“ und „Absiedler*innen“ entwickelt?

(Prioritäten und Interessen): Glauben Sie, dass die aktuellen Pläne gewisse Gruppen bevorzugen und andere benachteiligen? Welche könnten das sein? Was stört Sie allgemein in Ihrer Gemeinde/an der Politik? Was ließe sich verbessern? Sind Sie selbst in einer Initiative aktiv, engagieren Sie sich politisch oder im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Organisation?

Ausblick/Wünsche:

(Wünsche): Was würden Sie sich für die Zukunft wünschen? Wie können die Schäden künftiger HW verringert/verhindert werden? Welche Maßnahmen gehören da für Sie dazu? Welches Verhältnis von Mensch und Natur wird in Zukunft nötig sein, um Herausforderungen (wie Klimawandel, Hochwässer etc.) angehen zu können, muss sich dafür Etwas verändern?

A3 Teilstrukturierter Fragebogen



Fragebogen

Hochwasserschutz im Eferdinger Becken

Master-Arbeit im Fach Kultur und Sozialanthropologie,
Universität Wien

Bei Fragen/Unklarheiten/Rückmeldungen:



→ Zunächst ein herzliches Dankeschön, dass Sie mich bei dieser Forschung unterstützen!

→ Um was geht es in diesem Fragebogen?

Dieser Fragebogen behandelt Ihre Wahrnehmung des Hochwassers 2013, der nachfolgenden Entwicklungen und der derzeitigen Situation rund um den (geplanten) Hochwasserschutz in Ihrer Gemeinde, etwaige dabei auftretende Konflikte und Ihren Bezug zur Natur im Allgemeinen.

→ Ihre Angaben im Fragebogen werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben; die Ergebnisse werden ausschließlich für meine Master-Arbeit verwendet!

→ Wie ist der Fragebogen aufgebaut?

Der Fragebogen besteht gleichermaßen aus ankreuzbaren, vorgegebenen Antwortmöglichkeiten sowie aus freien Antwortfeldern, die Ihnen die Möglichkeit bieten sollen, Ihre Sicht der Dinge kundzutun. Beantworten Sie bitte möglichst alle Fragen (teilweise sind Mehrfachnennungen sowie optionale Zusatzangaben möglich) und nutzen Sie so gut es geht die freien Antwortfelder!

→ Dauer des Fragebogens: zwischen 15 und 30 Minuten

1) Geschlecht

- männlich
- weiblich
- anderes

2) Alter

- ≤ 25
- 26-45
- 46-60
- ≥ 61

3) Ich bin zurzeit...!

- erwerbstätig (optional) mein Beruf: _____)
- nicht erwerbstätig (optional) in folgender Situation: _____)
- anderweitig beschäftigt (optional) als: _____)

4) In welcher Ortschaft/Gemeinde leben Sie zurzeit? Seit wie vielen Jahren?

Ich lebe seit _____ Jahren in der Ortschaft/Gemeinde _____

5) In welchem Wohn-/Eigentumsverhältnis befanden Sie sich zum Zeitpunkt des Hochwassers 2013?

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Mietwohnung in einem Mehrparteienhaus <input type="checkbox"/> Eigentumswohnung in einem Mehrparteienhaus <input type="checkbox"/> Miete eines Ein- bzw. Mehrparteienhauses <input type="checkbox"/> Eigentum eines Einparteienhauses und dort wohnhaft <input type="checkbox"/> Eigentum eines Mehrparteienhauses und dort wohnhaft <input type="checkbox"/> Eigentum einer Landwirtschaft (Betriebsgröße: 0-10 ha) und dort wohnhaft <input type="checkbox"/> Eigentum einer Landwirtschaft (Betriebsgröße: 11-30 ha) und dort wohnhaft | <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Eigentum einer Landwirtschaft (Betriebsgröße: > 31 ha) und dort wohnhaft <input type="checkbox"/> Nicht wohnhaft im vom Hochwasser betroffenen Gebiet, aber dortiges Grundeigentum (< 5 ha) <input type="checkbox"/> Nicht wohnhaft im vom Hochwasser betroffenen Gebiet, aber dortiges Grundeigentum (> 6 ha) <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Anderes: _____ |
|--|--|

6) **Leben Sie gerne in Ihrer Gemeinde?**

- Ja (Warum? Was gefällt Ihnen besonders?)

- Nein (Warum nicht? Was stört Sie, was ließe sich besser machen?)

7) **Hat sich Ihr Bezug zu Ihrem Wohnort seit dem Hochwasser 2013 verändert?**

- Ja, und zwar zum Besseren (optional) Warum?)

- Ja, und zwar zum Schlechteren (optional) Warum?)

- Nein, es hat sich für mich nichts geändert.

- Ich bin umgezogen und wohne nun in einer anderen Gemeinde.

8) **Wenn Sie an das Hochwasser 2013 denken, welche Gedanken/Bilder/Assoziationen kommen Ihnen da in den Sinn?**

9) **Vervollständigen Sie bitte folgenden Satz: Das Hochwasser 2013... (mehrere Nennungen möglich!)**

- hat mich materiell geschädigt.
- ist ausreichend aufgearbeitet worden.
- hat in den letzten Jahren für viele Konflikte gesorgt.
- hätte im Nachhinein betrachtet besser bekämpft werden können.
- ist für mich ein Thema der Vergangenheit.
- war nur eine Frage der Zeit.
- war ein traumatisches Ereignis.
- Sonstige Antworten: _____
- hat mich wenig betroffen/geschädigt.
- kam in dem Ausmaß überraschend.

10) **Wo liegen für Sie Erklärungen für das Ausmaß des (Schadens des) Hochwassers 2013? Was waren Ihrer Ansicht nach verschärfende Faktoren? (mehrere Nennungen möglich!)**

- Menschliches Versagen
- Landnutzungskonflikte
- Unvorteilhafte Raumplanung
- Keine oder mangelhafte (Früh-) Warnsysteme
- Unzureichende Hochwasserschutzmaßnahmen
- Fehlende/unzureichende Überschwemmungsräume
- Ungewöhnlich hohe Niederschlags-/Zuflussmengen
- Politisches (Nicht-)Handeln/Kalkül
- Unzureichendes Krisenmanagement
- Extremereignis in Folge des voranschreitenden Klimawandels
- Zu spät oder unzureichend durchgeführte Hilfsaktionen
- Es gibt keine besonderen Gründe/verschärfenden Faktoren.
- Wehrbetriebsordnungen bzw. -verhalten der Kraftwerke

Sonstige Gründe/Einflussfaktoren:

11) **Bewerten Sie bitte folgende Aussagen mittels eines Kreuzes in der jeweiligen Zeile...**

	Stimme sehr zu	Stimme zu	Stimme wenig zu	Stimme nicht zu
Das Eferdinger Becken ist seit jeher ein Überflutungsgebiet.				
Aktiver Hochwasserschutz (Dämme, Mauern etc.) ist dem passiven Hochwasserschutz (freiwillige Absiedlungen) vorzuziehen.				
Ich war von den Plänen, die das Land in Form des «generellen Projekts» zum HW-Schutz präsentiert hat, sehr überrascht.				
Das Hochwasser 2013 war nicht nur eine Naturkatastrophe, sondern auch menschengemacht.				
Wenn es dem Hochwasserschutz nützt, befürworte ich eine stärkere Regulierung der Donau.				

Fragebogen

Kultur- und Sozialanthropologie

	Stimme sehr zu	Stimme zu	Stimme wenig zu	Stimme nicht zu
Im Falle des Hochwasserschutzes sollten die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung wichtiger sein als Kosten-/Förderbarkeitfragen.				
In Fragen des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken wurde bisher gegen den Willen der Lokalbevölkerung gehandelt.				
Fragen rund um den Hochwasserschutz im Eferdinger Becken sind von unterschiedlichen Machtinteressen geprägt.				
Ich glaube, dass die stattgefundenen Umwidmungen zur «Schutzzone Überflutungsgebiet» einen großen Schaden angerichtet haben.				
Der Bau von zusätzlichen Dämmen und technischen Schutzmaßnahmen ist für den Hochwasserschutz im Eferdinger Becken unerlässlich.				
Ich fühle mich in Belangen des Hochwasserschutzes von der Politik gehört, verstanden und ausreichend informiert.				
Ich vertraue den ExpertInnen in Bezug auf die Planung und weitere Umsetzung der Hochwasserschutz-Maßnahmen.				
Ich habe den Eindruck, dass sich in Belangen des Hochwasserschutzes der/die BürgermeisterIn und der Gemeinderat für mich einsetzt.				

12) Das «generelle Projekt» des Landes Oberösterreich zum Hochwasserschutz im Eferdinger Becken erscheint mir zum jetzigen Stand der Planung geeignet, einen nachhaltigen Hochwasserschutz zu leisten...

- Stimme sehr zu
 Stimme zu
 Stimme wenig zu
 Stimme nicht zu
 Ich kenne das besagte Projekt nicht.

Fragebogen Kultur- und Sozialanthropologie

5

[optional] Für den Fall, dass Sie «Stimme sehr zu/stimme zu» angekreuzt haben: Warum ist das besagte Projekt Ihrer Meinung nach geeignet?

[optional] Für den Fall, dass Sie «Stimme wenig zu/stimme nicht zu» angekreuzt haben: Warum ist das besagte Projekt Ihrer Meinung nach nicht oder nur wenig geeignet?

13) Das «generelle Projekt» des Landes Oberösterreich zum Hochwasserschutz im Eferdinger Becken kommt allen Betroffenen gleichermaßen zu Gute...

- Stimme sehr zu
 Stimme zu
 Stimme wenig zu
 Stimme nicht zu
 Ich kenne das besagte Projekt nicht.

[optional] Für den Fall, dass Sie «Stimme wenig zu/stimme nicht zu» angekreuzt haben: Wer profitiert Ihrer Meinung nach vom Projekt besonders, wer nicht, wer kommt dadurch mitunter zu Schaden?

14) Hat Sie das Hochwasser 2013 materiell/finanziell geschädigt?

- Ja
 Nein

Fragebogen Kultur- und Sozialanthropologie

6

[optional] Skizzieren Sie in einigen Stichworten das Ausmaß des Schadens (Bsp.: Wasser im Keller, Wasser im Wohnbereich, eingedrückte Türen etc.)

15) Sofern Sie 2013 in einem vom Hochwasser betroffenen Gebiet wohnhaft waren: Leben Sie heute noch in diesem Gebiet oder sind Sie ab-/umgesiedelt?

- Ich lebe heute noch dort und das dementsprechende Grundstück wurde umgewidmet/liegt in einem umgewidmeten Gebiet.
- Ich lebe heute noch dort und das dementsprechende Grundstück wurde nicht umgewidmet/liegt nicht in einem umgewidmeten Gebiet.
- Ich bin ab-/umgesiedelt und habe dafür eine Entschädigung erhalten.
- Ich bin ab-/umgesiedelt und habe dafür keine Entschädigung erhalten.
- Ich werde absiedeln und habe dafür (noch) keine Entschädigung erhalten.
- Meine Besetzung war nicht vom Hochwasser betroffen.

16) Wie zufrieden sind Sie mit der Position, die Ihre Gemeinde/Ihr Gemeinderat in den Verhandlungen mit dem Land und dem Bund eingenommen hat/einnimmt?

- Sehr zufrieden
- Eher zufrieden
- Eher weniger zufrieden
- Gar nicht zufrieden

Ich kenne die angesprochenen Verhandlungen und die Position der Gemeinde nicht.

17) Wie zufrieden sind Sie mit dem Ausmaß und der Gestalt der in Ihrer Gemeinde geplanten technischen Hochwasserschutz-Maßnahmen (Mauern, Dämme etc.)?

- Sehr zufrieden
- Eher zufrieden
- Eher weniger zufrieden
- Gar nicht zufrieden
- Ich kenne die dementsprechenden Pläne/Maßnahmen nicht.

Fragebogen

Kultur- und Sozialanthropologie

7

18) Halten Sie die geplante Verteilung der Baulose für technische Hochwasserschutz-Maßnahmen in Ihrer Gemeinde für gerecht?

- Ja
- Nein
- Kann ich so nicht beurteilen.
- Ich bin über die dementsprechenden Baulose nicht informiert.
- Meines Wissens nach wurden in meiner Gemeinde zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Baulose verhandelt/beschlossen.

19) Erhalten Ihrer Einschätzung nach diejenigen einen Hochwasserschutz, die ihn auch benötigen?

- Ja
- Nein
- Kann ich so nicht beurteilen.

20) Wie sehen Sie die Donaukraftwerke und deren Einfluss auf Hochwässer?

- Als unproblematisch ([optional] Begründen Sie...)

- Als problematisch ([optional] Begründen Sie...)

- Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht.

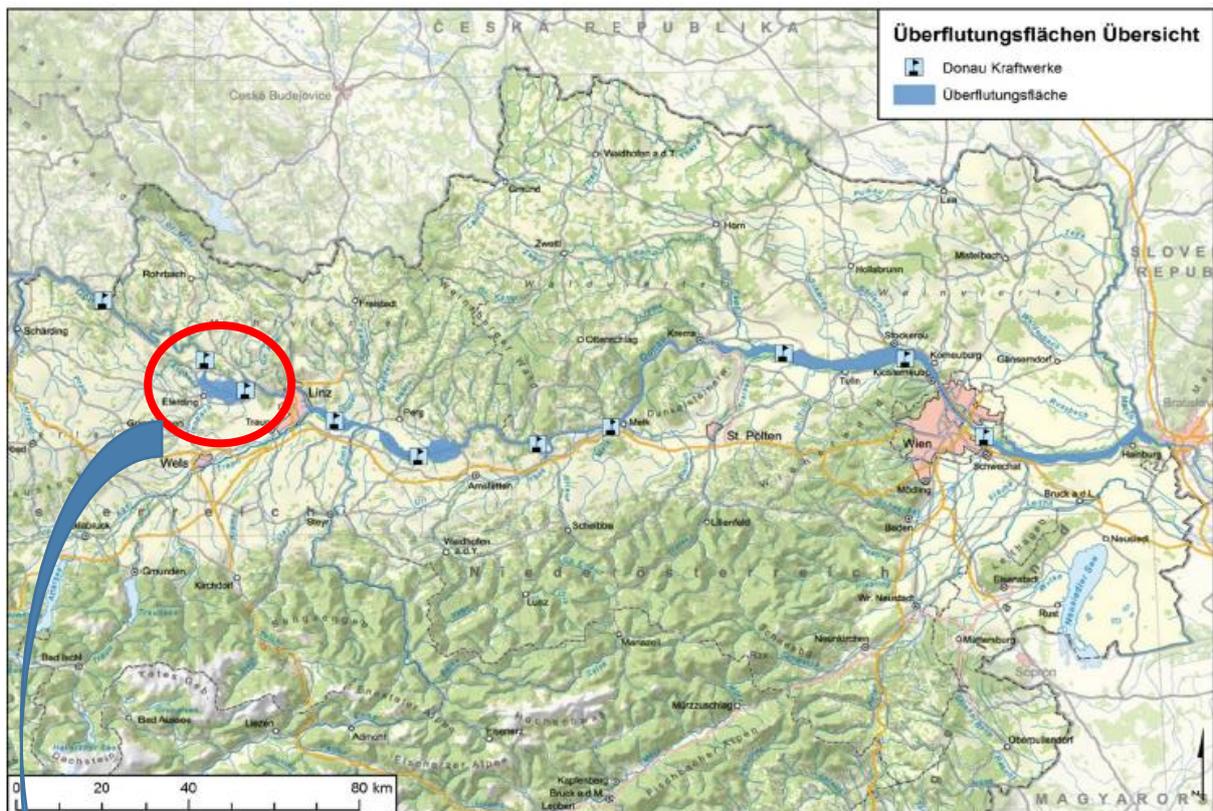
21) Welche AkteureInnen stehen Ihrer Meinung nach einem funktionierenden Hochwasserschutz (am ehesten) im Wege? Versuchen Sie eine Aufzählung...

Fragebogen

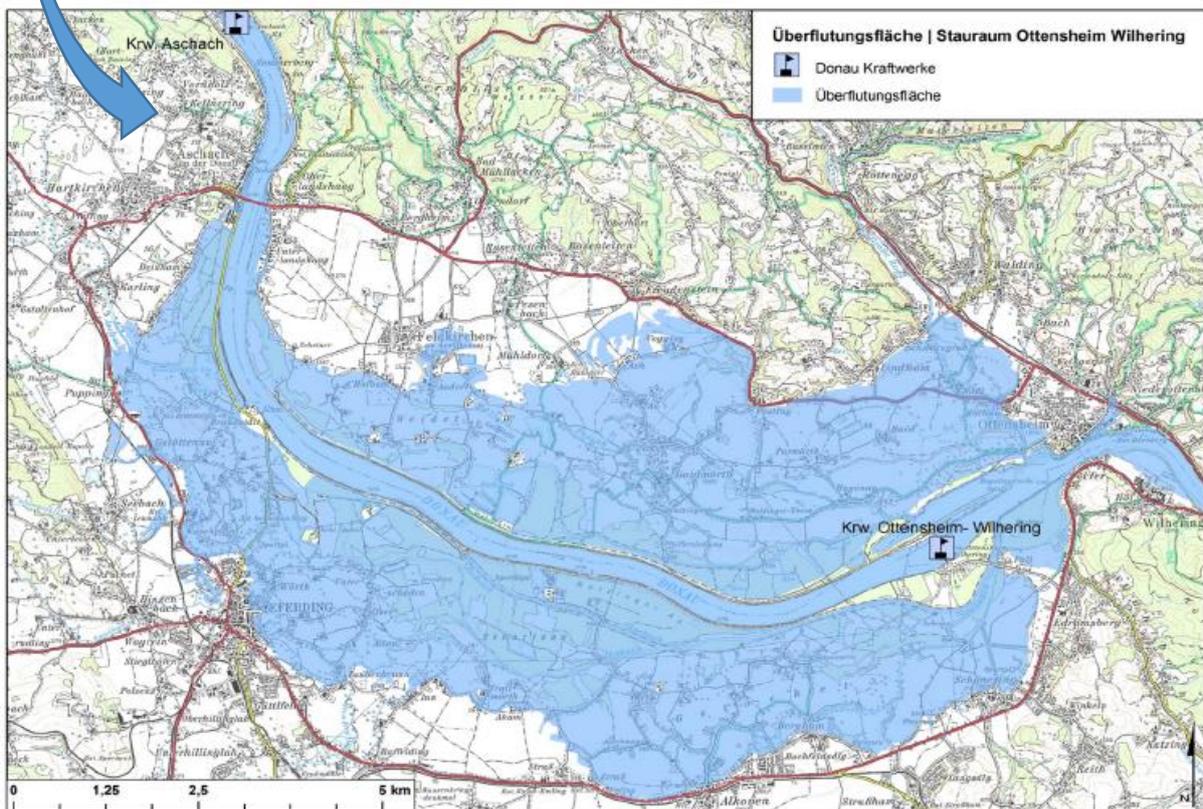
Kultur- und Sozialanthropologie

8

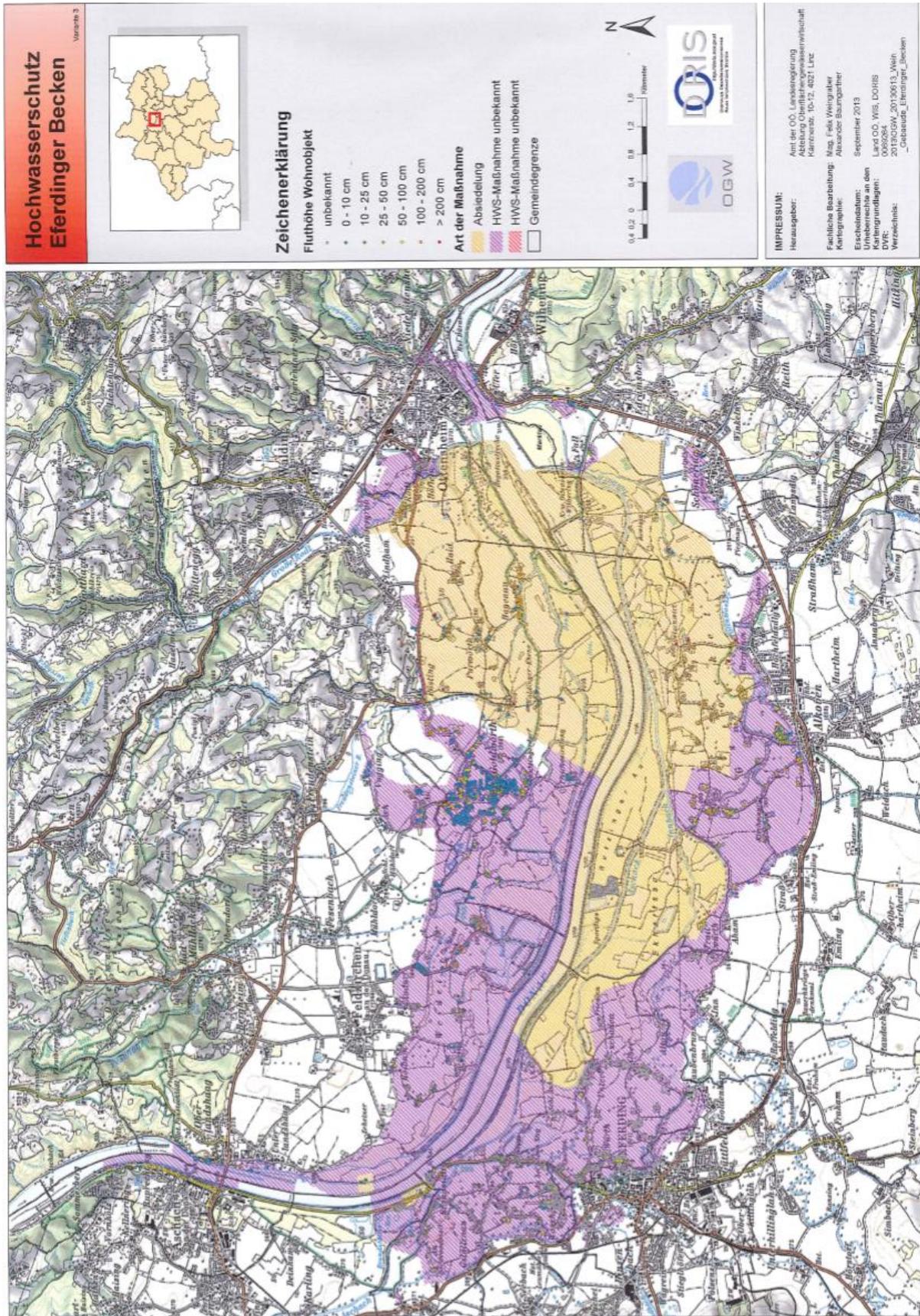
A4 Diverses Kartenmaterial



Karte 1: Übersichtskarte der Überflutungsflächen im Juni 2013 entlang der Donau (inkl. Kennzeichnung der Kraftwerke entlang der Donau). Original: IWHW. Entnommen von BMVIT 2015: 24 und leicht adaptiert durch Verfasser.



Karte 2: Übersichtskarte im Abschnitt Ottensheim – Wilhering mit den überfluteten Bereichen. Original: IWHW. Entnommen von: BMVIT 2015: 33.



Karte 3: Hochwasserschutz Eferdinger Becken (Absiedlungszone: gelb hinterlegt). Stand: September 2013.
Herausgeber: Amt der öö. LR, Abteilung für OGW. © Weingraber/Baumgartner.

A5 Schematische Grafik zum *Reading*/zur Interpretation des Eferdinger Beckens

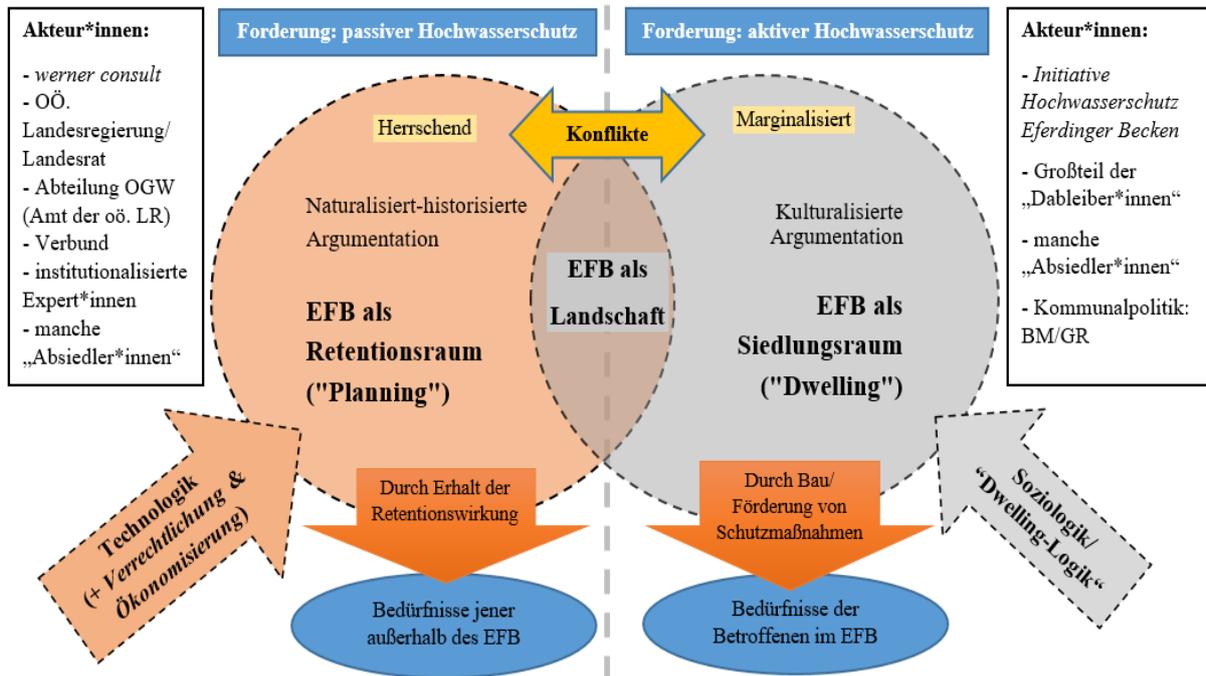


Abbildung 4: *Reading* des Eferdinger Beckens. © Verfasser, 2019.

A6 Entscheidungsbaum im Rahmen des *Generellen Projekts*

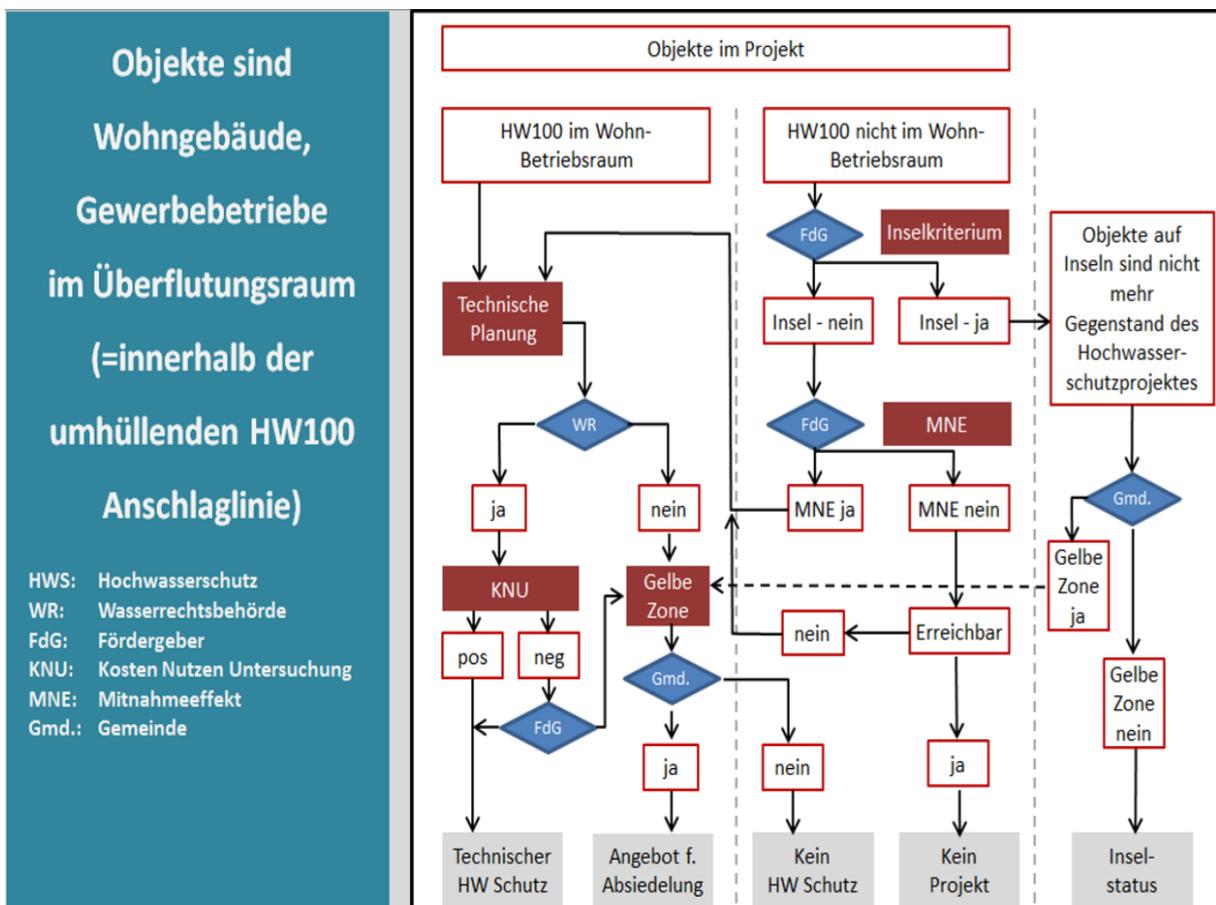


Abbildung 5: Entscheidungsbaum (Original: Abbildung 21). In: Werner consult GP/FA 2017: 36. © werner consult.

A7 Bildmaterial

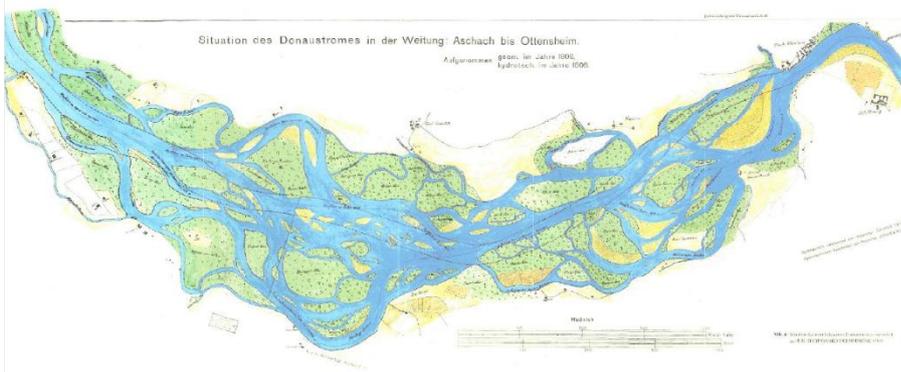


Bild 1: Situation des Donaustromes in der Weitung Aschach bis Ottensheim (1806).
Original: "Situation des naturbelassenen Donaustroms" aus K.K. Technisches
Department, 1909. Entnommen von: Weingraber 2017: 2.



Bild 3: Hochwasser-Demo in Linz. Entnommen von:
meinbezirk.at, 03.03.2015. © Gernot Fohler.



Bild 2: Hochwasser Eferding Becken 2013.
Entnommen von: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/149720.htm>, 03.10.2019. ©
Landespolizeikommando OÖ.



Bild 4: Abriss eines Gehöfts in der Absiedlungszone,
Rodl, Walding. © Verfasser, 2018.



Bild 5: Plakatwettkampf zwischen Befürworter*innen
und Gegner*innen. Entnommen von
Seebauer/Babcicky 2016: 16. © Seebauer/Babcicky.

Abstract Deutsch

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich aus einer anthropologisch polit-ökologischen Perspektive mit der Umkämpftheit des geplanten Hochwasserschutzprojektes im Eferdinger Becken in Oberösterreich. Letzteres Projekt ist als Reaktion auf das Donau-Hochwasser 2013 auf den Weg gebracht worden, wird aber keineswegs von allen Beteiligten positiv aufgenommen. Das hat damit zu tun, dass das Hochwasserschutzprojekt in einen aktiven und passiven Hochwasserschutz zerfällt und ortsspezifisch mal der eine, mal der andere vorgesehen ist. Bedeutet aktiver Hochwasserschutz beispielsweise die Errichtung von Mauern, zielt ein passiver auf die freiwillige Aussiedlung von hochwassergeschädigten Bewohner*innen ab. Kontroversiell wird es dabei nicht nur im Zusammenhang mit Fragen nach den Gründen für das Hochwasser und nach der Interpretation des Eferdinger Beckens als *Landschaft*, sondern vor allem in Bezug auf die für etliche Bewohner*innen nicht nachvollziehbare Verteilung der Maßnahmen. Demnach treffen am Beispiel der Verhandlung von Hochwasserschutz divergierende Sinnzusammenhänge aufeinander, die sich an der Frage entzünden, wie Hochwasserschutz als Eingriff in *Landschaft* auszusehen hat, wen dieser Eingriff vor dem Hintergrund von Machtkonstellationen benachteiligt und wer davon profitiert. Diese materiell-stofflich wie symbolisch-diskursiv vermittelten Sinnzusammenhänge werden in Anlehnung an eine *kritisch-theoretische* soziale Ökologie als *gesellschaftliche Naturverhältnisse* konzeptualisiert und im Rahmen der Arbeit zu fassen versucht.

Für das Vorhaben einer polit-ökologischen Darstellung *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* wird zunächst das Verhältnis von Kultur- und Sozialanthropologie und politischer Ökologie aufgearbeitet. Dabei ist es erklärtes Ziel, politische Ökologie in ihrer polit-ökonomischen Tradition mit Ansätzen aus der Umweltanthropologie und benachbarten Feldern zusammenzubringen. Darauf folgend werden zentrale Kategorien einer anthropologisch konnotierten politischen Ökologie erläutert. Im Hauptteil der Arbeit wird auf Grundlage der mittels qualitativer Interviews und teilstrukturierter Fragebögen erhobenen Lebensrealitäten der Menschen vor Ort dargestellt, welche Parteien sich in Hinblick auf Hochwasserschutz durchsetzen können und welche Auswirkungen sich dadurch auf das soziale Gefüge ergeben. Dabei wird deutlich, dass Hochwasserschutz entgegen eines für die Planungs- und Expert*innenseite charakteristischen Naturverhältnisses keine bloß technische, ökonomische oder rechtliche Aufgabe darstellt, sondern als soziale, also von Machtverhältnissen durchzogene und keineswegs von allen mitgetragene Angelegenheit aufzufassen ist.

Schlagwörter: Anthropologie, politische Ökologie, *gesellschaftliche Naturverhältnisse*, Hochwasserschutz, Eferdinger Becken, *Landschaft*, Konflikt

Abstract English

The master's thesis at hand deals with an anthropologically inspired political ecology perspective on the conflictedness of a recent flood protection project in the Eferding Basin in Upper Austria. The project developed in reaction to the Danube flood of 2013, but has since then been subject to severe criticism. This is mainly a result of the project's unequal distribution of active and passive flood protection measures. While engineered structures like dams represent active protection measures, passive measures come in form of a voluntary – and in parts strongly opposed – resettlement program aiming at those who cannot – according to the project scheme – be feasibly protected. The flood protection project is not only a matter of conflict in regards to the varying interpretations of the flood's causes and of the Eferding basin's historical character as a *landscape*, but also in terms of the distribution and conception of the to-be-built measures. The conflicts around the flood protection project are in fact heavily influenced by differing approaches of making sense of the relations between flood protection, settling and *landscape*. In this context, the thesis poses different questions, like how a specific flood protection system is based on a specific reading of *landscape*, who is in terms of power constellations disadvantaged by the project and who benefits. These differing approaches of making sense of flood protection are what I refer to as *gesellschaftliche Naturverhältnisse* – a concept stemming from critical-theory-influenced social ecology. These *gesellschaftliche Naturverhältnisse* are the core of my inquiry.

Before digging into conflicting *gesellschaftliche Naturverhältnisse* at the example of the flood protection project, I want to problematize the challenging relationship between cultural and social anthropology and political ecology. In doing so, I want to outline an anthropological political ecology as a synthesis of political-economy-inspired political ecology and recent approaches in *environmental anthropology* as well as adjacent research fields. Furthermore, I discuss central questions and categories of an anthropological political ecology. At the heart of my inquiry lies a portrayal of people's expectations and conceptions of the „right“ protection system with a special focus on the question of who is pushing through which kind of flood protection system and which social consequences arise from that. Here, it becomes obvious that flood protection is not – as planners and experts like to frame it – a mere technological, economic or legal matter, but rather a social affair being embedded into power relations and unequally-partaken decision processes.

Keywords: anthropology, political ecology, *gesellschaftliche Naturverhältnisse*, flood protection, Eferding basin, *landscape*, conflict